17°C

Zeitschrift für den Rest



NEW YORK, NEW YORK

Nummer 9
November/Dezember/Januar
1994/1995
DM 6,–/ÖS 45,–/
SFr. 6,–/Lire 7000,–

POLITIK UND KULTUR – NEUERSCHEINUNGEN 1994

Die Beute Nr. 3 / Herbst 1994

Sicherheitskonzepte: Mike Davis: Gewalt, Sicherheit, Urbanität • Daniel Stern: Zürich Kreis 5. Drogenpolitik und Rassismus • Cornelia Eichhorn/Jost Müller: Private Sicherheitsdienste • Andreas Fanizadeh: Bad Kleinen und die Linke

weitere Beiträge: Nancy Fraser: Feministische Intellektuelle in den USA • Jörg Stürzebecher: »Europa, Europa« • Critical Art Ensemble: Die elektronische Störung • Anke Feuchtenberger: Der Schatz. Comic • Marianne Kröger: Durruti und der spanische Bürgerkrieg • Udo Sierck: Diktatur der Prävention • Diederich Diederichsen: Nation of Islam

144 Seiten, 14,– DM



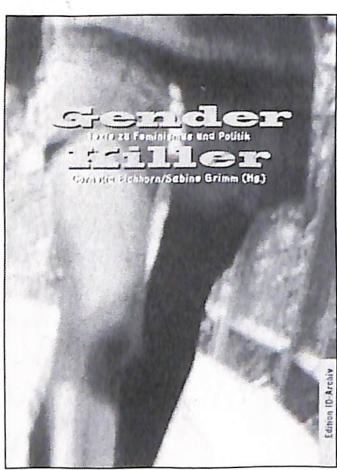


ID-Archiv im IISG (Hg.)

Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams

Nach wie vor ist dem Recht der Öffentlichkeit auf lückenlose Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen und insbesondere der Todesumstände von Wolfgang Grams nicht Genüge getan. Weder von staatlicher noch von unabhängiger Seite wurde dies geleistet. Das vorliegende Buch soll zur Aufklärung beitragen und stellt unter den gegebenen Umständen gleichzeitig Gegenöffentlichkeit her. Dieses Buch macht deutlich, daß entgegen der offiziellen Version nicht von Selbstmord ausgegangen werden kann.

320 Seiten, 29,80 DM



200 Seiten 24,– DM

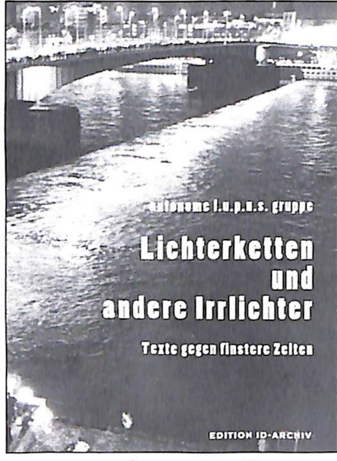
Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.)

Gender Killer

Texte zu Feminismus und Politik

Gegen das Unbehagen am gegenwärtigen Feminismus sind in dem Band Beiträge versammelt, die auf die Frage, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen Sexismus heute funktioniert, nicht immer schon die richtige Antwort haben.

Mit Beiträgen von: FEMIGRA, Antje Hagel/Antje Schuhmann, Sue Ruddick, Isabelle Graw, Kerstin Grether, Cornelia Eichhorn, Sabine Grimm u.a.



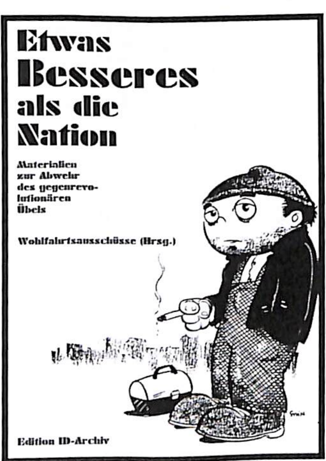
160 Seiten 20,– DM

autonome l.u.p.u.s.-Gruppe

Lichterketten und andere Irrlichter

Texte gegen finstere Zeiten

»Jede Teilnahme an den bemühten Differenzierungen von ›übersteigertem Nationalismus‹ und ›gesundem Nationalgefühl‹ setzt das Einverständnis voraus, in der deutschen Staatsangehörigkeit mehr als ein zufälliges Privileg und im deutschen Wesen anderes als das traditionelle Identitätsprojekt der Menschenjäger zu sehen.« *(l.u.p.u.s.)*



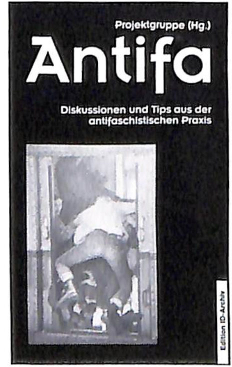
200 Seiten 24,– DM

Wohlfahrtsausschüsse (Hg.)

Etwas Besseres als die Nation

Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels

Hinter dem Namen Wohlfahrtsausschüsse verbirgt sich ein Zusammenschluß von Intellektuellen, KünstlerInnen und Polit-AktivistInnen, um mit direkten Aktionen, theoretischer Reflexion und situativen Spektakeln gegen die schleichende Verschiebung nach Rechts zu intervenieren.



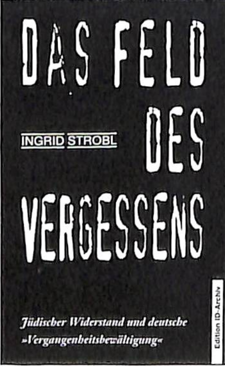
190 Seiten, 14,80 DM

Projektgruppe (Hg.)
Antifa
Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis



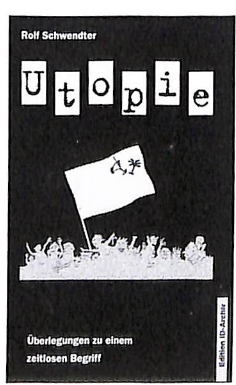
170 Seiten, 20,– DM

Hakim Bey
T.A.Z.
Die Temporäre Autonome Zone



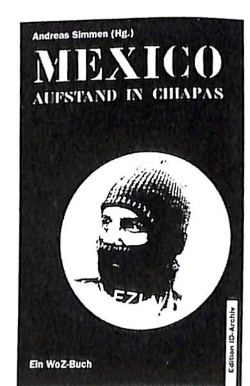
140 Seiten, 14,– DM

Ingrid Strobl
Das Feld des Vergessens
Jüdischer Widerstand und deutsche »Vergangenheits-bewältigung«



120 Seiten, 14,– DM

Rolf Schwendter
Utopie
Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff



140 Seiten 16,– DM

Andreas Simmen (Hg.)
Mexico
Aufstand in Chiapas
Ein WoZ-Buch

EDITION ID-ARCHIV • POSTFACH 360205 • 10972 BERLIN

Petri Heil

„Seit zwei Jahren steht er auf der Hitliste der deutschen Speisefische: der Nil- oder auch Victoriabarsch", so informierte Ende Mai dieses Jahres die Hannoversche Allgemeine Zeitung: kurz HAZ, ohne T, ihre Leser- und Burschenschaft. Aber ach – ein etwas unglücklicher Umstand läßt zur Zeit dem deutschen Feinschmecker nicht nur die Gräte sondern gleich den ganzen Fisch im Halse steckenbleiben. „...die erschütternden Berichte von 40 000 im See treibenden Leichen, die von den Wassern des Kagera-Flusses aus dem Bürgerkriegsland Ruanda angeschwemmt wurden" verursachen dieses kurze Unwohlsein. Wohlgemerkt: die Berichte, nicht der Umstand an sich. Berndt von Schrötter, Geschäftsführer des Bundesverbandes Fischgroßhandel warnte in diesem Zusammenhang vor Panikmache: „Man könne nicht automatisch von der Existenz von Leichen im Victoriasee auf eine Verseuchung der Fische schließen". Das gerade eine solchermaßen fahrlässig zu nennende Äußerung aus berufenem Feinschmeckerlieferantenmunde soetwas wie eine Konsumentenpanik auslösen könnte, ist diesem Penner wohl nicht in den Sinn gekommen. „Der Verbraucher reagiert aber emotional" warnte Kirsten Keller vom Fischwirtschaftlichen Marketing-Institut in Bremerhaven. Die Ängste der Kunden müßten ernst genommen werden, bestätigt auch Dieter Büchler, Fischführer eines Hamburger Geschäftsgroßhandels (oder andersherum). Endlich geht uns ein Licht auf, warum der Franzose so frühzeitig darunter in die Steppe geeilt ist – der ist ja noch viel geiler auf gutes Essen.
Fußball ist nicht nur deswegen eine der interessanteren Sportarten, weil man ab und an einigen Dummbatzen ohne vorherige Strategiediskussion mit Menschen, die von der Thematik nicht die leiseste Ahnung haben, auf die Glocke hauen kann; auch die diese Sportart medial begleitenden sogenannten Reporter machen das Gekicke so liebenswert. Bei ihnen lernt man im allgemeinen mehr über dieses Land, als glotze man zwei Jahre regelmäßig Gerd Böhmes „Talk im Turm". Als am 13. September Werder Bremen im Europapokal zu Gast bei Maccabi Tel Aviv 1:1 spielte, kommentierte jenes pausbäckige Stück Schwachsinn namens Gerd Rubenbauer ein Foul an Bremens Borowka und die anschließende Gelbe Karte für den foulenden Israeli mit den Worten „Der Schiedsrichter handelt nach der Devise: Wehret den Anfängen". Wer das schon perfide findet, warte darauf, daß der erste Antiimperialist auf die Idee kommt, was eine Mannschaft aus Tel Aviv im Europacup zu suchen hat. Da kämen nun wirklich alle in Erklärungsnotstand. Obwohl: über die Restlinke bissige oder sonstwas für Bemerkungen zu machen, muß mensch sich heutzutage gut überlegen, in einer Zeit, in der das intellektuelle und physische Dreindreschen auf alles, was nach vermeintlich alt- oder noch-links riecht zum Volks- und Feuilletonsport Nr. 1 geworden ist. Die erbärmliche Abrechnung diverser Polit- und Kultur-Fossilien mit ihrer 68er Vergangenheit – Hand in Hand mit der Hetze der Neuen Rechten gegen alles, was für sie für Aufklärung und Emanzipation steht –, macht Kritik, zumal wenn sie Grenzen gängiger Schmusekursmuster sprengt, nicht immer zum Vergnügen. Obwohl: eins müssen wir dann doch noch loswerden: Liebe „Jugend gegen Rassismus", auf Eurem grandiosen International Anti-Nazi-Camp mitte August in Reinwarzhofen gab es auch das Angebot „Plantschen gegen Rechts"! Daß heutzutage jeder Furz eines Berufsjugendlichen zu einem Pup gegen Rechts aufgeblasen werden kann, war uns schon klar, aber welcher Spätpupertierende zeichnet verantwortlich für solch' effektive Teilnahme am antifaschistischen Kampf? Mit dem Alter der Teilnehmer kann das wohl kaum begründet werden. Liebe 8 bis 14jährigen: Spart das nächste Mal die bis zu 280,– DM Eurer Eltern und wünscht Euch lieber zu Weihnachten eine Baseballausrüstung. Anschließend schnurstracks einen Verein gegründet und Ihr dürft die Dinger sogar mit Euch rumschleppen. Dann kommt Ihr auch nicht in die



FOTO: CORDULA KROPKE

Verlegenheit die Ratschläge befolgen zu müssen, die im Europäischen Paß gegen Rassismus für den Fall, daß Ihr Zeuge eines rassistischen Angriffs seid, gegeben werden. Unter Punkt 6: „Versuchen Sie nicht, dem Angreifer zu drohen oder ihn einzuschüchtern. Kritisieren Sie sein Verhalten, aber werten Sie ihn nicht als Person ab.
8: Tun Sie Unerwartetes und nutzen Sie den Überraschungseffekt zu Ihrem Vorteil, z. B. fragen Sie nach dem Weg. 9: Vermeiden Sie möglichst, den Angreifer anzufassen. Das führt meist zu weiteren Aggressionen.
Auf all diese klugen Ratschläge des Forums Buntes Deutschland könnt Ihr mit dem holzhaltigen Teil der Sportausrüstung getrost scheißen und dabei dennoch Euren Spaß haben. Kapiert?
So gut wie nichts werden wir zum „Urban Sound Clash" '94 schreiben. Er unterschritt unsere kühnsten Negativerwartungen, die wir im Vorwort des letzten Heftes andeuteten. „Alternative Gartenparty für debile 'PRINZ'-Leserschaft" ist die harmloseste Beschreibung, die uns in diesem Zusammenhang zu Ohren kam. Ohne Frage ist das organisatorische Bemühen der vielen Macherinnen und Macher Anerkennung wert, warum allerdings eine derartige Veranstaltung als hipper Selbstzweck initiiert wird, das bleibt das süße Geheimnis von Milka Tender. Fürs nächste Mal wünschen wir uns jedenfalls, daß wenigstens den konsumierenden Love + Peace-Clowns ordentlich das Geld aus der Tasche gezogen wird und ein paar vernünftige Sponsoren aufgetan werden um die Revolutionskasse aufzufüllen. Das kulturelle und politische Problem hinter dem Scheitern des Clashs muß dennoch diskutiert werden. Wie ist es für Linke möglich, zeitgemäße Konzepte zu erarbeiten ohne auf den Zeitgeist zu schielen und: kann dem Aufsaugen subkultureller Inhalte durch den Mainstream begegnet werden, und wenn ja, wie? Wir werden diese Diskussion in der 17°C führen.



Aufmerksame Leserinnen und Leser werden den Wechsel unseres Untertitels bemerkt haben, den wir übrigens der Zeitschrift konkret verdanken, die in ihrer Ankündigung unserer gemeinsamen theoretischen Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus in Dresden am 12. November (Motto: „Links ist da, wo keine Heimat ist" – zusätzlich veranstaltet von Bahamas, Die Beute, junge Welt und Kino im Kasten der TU Dresden), die 17°C richtigerweise mit „Zeitschrift für den Rest" untertitelte. Anmeldungen bitte schriftlich an die konkret-Redaktion, z. Hd. Anja Schlüter, Postfach 30 61 39, 20327 Hamburg. Die Teilnahmegebühr beträgt 40,– DM, ermäßigt 20,– DM.
Neu ist auch, daß wir uns bei jenen bedanken, die mit ihren Förderabos unsere Annahme bestätigen, das Scheißen auf Super-Deutschland muß nicht mit akuter Geldnot zusammenhängen. Die soziale Frage hat sich damit für uns beantwortet.
Die Deutsche Bundespost oder wie dieser Verein jetzt heißt, unterstützt unsere finanzielle Konsolidierung im Großen und Ganzen leider nicht. Menschen, die das Glück haben, noch nicht zum unmittelbaren Staatsgebiet Deutschlands zu zählen, können ihr Geld nur unter Schwierigkeiten an uns weiterleiten. Wer Abos, Förderabos oder sonstwelche Zahlungen aus dem Ausland leisten möchte, sollte Bargeld senden. Schecks werden von der DBP nur unter horrenden Gebühren bearbeitet, und Postanweisungen scheitern bisher an unserer c/o-Adresse. Noch eine Danksagung geht an die anonymen Spender der 17°C-Aufkleber aus Wien. Bitte bei weiteren Präsenten den Umschlag mit dem Hinweis „Keine Briefbombe" versehen. Zuguterletzt unser aktualisiertes Paket-Angebot: Wer sein Archiv auffüllen will oder diese Zeitschrift zum ersten Mal vor Augen hat, ohne die Nummern 1–8 aber die Welt nicht mehr versteht, bekommt diese für DM 40,– inklusive Porto. Zu unserem Bedauern wird dies wohl das letzte Komplettangebot aller bisherigen Ausgaben sein, da nach dieser Nummer definitiv einige vergriffen sein werden. In der Jubiläums-Nummer 10 werden wir näheres schreiben können.

Petri Dank
die Redaktion

GESETZLICH GARANTIERT: „ETHNISCHE IDENTITÄT“

Die Überzeugung, in den USA finde ein „Krieg der Rassen“ statt, ist in Deutschland nach wie vor populär. Während der Riots in South Central/L.A. hat praktisch jede deutsche Tageszeitung diese Vorstellung von einer „rassischen Essenz“ in Schlagzeilen umgesetzt. Aber auch in eher alternativen bis linken Szenen und Subkulturen ist diese Sichtweise nicht wirklich überwunden. Es ist erst ein Jahr her, daß in einem anspruchsvollen Musikmagazin Konsens darüber bestand, daß der Film „Malcolm X“ „in aller Deutlichkeit zeigt, was es bedeutet, einer **rassischen** Minderheit anzugehören.“ (1)

Neben den essentialistischen haben in letzter Zeit aber auch andere Positionen an Popularität gewonnen, die statt von „rassischer Essenz“ von einer frei gewählten Identität ausgehen, die sich nur aus politisch-strategischen Gründen auf die „ethnische“ Zuschreibung beruft, zwischen „being and becoming black“ (oder „white“) unterscheiden kann und nicht wirklich an diese Zuschreibung glaubt. Stuart Hall, Paul Gilroy oder bell hooks propagieren solche „taktisch“ gemeinten „Ethnizitäten“, weil sie davon überzeugt sind, daß es in einer Welt der Identitäten ziemlich blöde sei, selbst keine zu haben. Solche Autoren werden derzeit bei Betroffenheitslinken mit deutschem Paß gerne gelesen. Warum auch sollten sich Deutsche, die schon den Wunsch von Marginalisierten auf eigenen „Rassenstolz“ ganz spontan „gut verstehen“ konnten, nicht für modernisierte Identitätskonzepte erwärmen können?

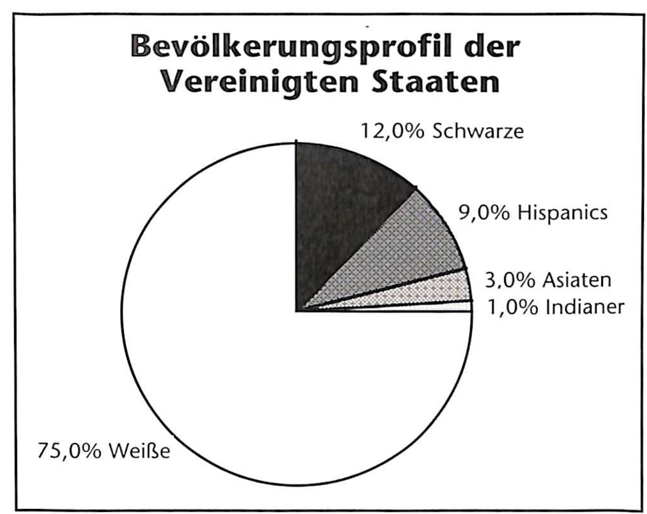
Muß es sie interessieren, daß sich die subversive Umkehrung der rassistischen Zuschreibungen für die Marginalisierten immer wieder als Täuschung über die realen Machtverhältnisse darstellt? Haben sie einen Nachteil davon, wenn sich herausstellt, daß diese Gesellschaft etwas grundsätzlich anderes ist, als die Addition kultureller Repräsentationen? Und zwar eine patriarchalisch-kapitalistische Gesellschaft, in der staatlich regulierte Auseinandersetzungen über die Verteilung von Arbeitszeit und Mehrprodukt stattfinden. In der also das „Spiel der Signifikate“ nicht zwischen Menschen stattfindet, die einfach aufgeklärte, konsenswillige und -fähige Individuen in einer ökonomisch stabilen und tendenziell herrschaftsfreien Gesellschaft sind, sondern nach den Regeln gesellschaftlich verobjektivierter (institutionalisierter, norminativer, materieller, ideologischer) Handlungsbedingungen.

Was die Zeichen bedeuten – und die Marginalisierten sind ja ganz unabhängig von jedem frei gewählten Bekenntnis **selbst** lebende Zeichen! – entscheiden zu allerletzt die Marginalisierten. Sie haben beispielsweise nicht die Macht, sich die Medien gefügig zu machen. Und deshalb können sie die Zuschreibungen nicht beliebig besetzen, umcodieren und subversiv gegen die hegemonialen Kräfte wenden. Die liberalen „weißen“ Befürworter dieses Identitätskonzeptes werden im Konfliktfall (z. B. wenn „übertriebener“ Partikularismus die „Nation“ zu gefährden scheint) immer die ersten sein, die den Marginalisierten in den Rücken fallen. Für ihre post-modern-liberale Betonung des schönen Anders-Seins und des angeblich subversiven Spiels mit Masken gilt, was Marx über Platon sagte: Dies ist keine radikale Kritik, sondern nur eine idealistische Beschreibung der bestehenden Gesellschaft.

Der Kampf der Marginalisierten um Repräsentation, um die Möglichkeit selbst sprechen zu können, hat zweifellos zu dem geführt, was heute als „Multikultur“ gehandelt wird. Das wenige, was die neuen Subjekte, die noch immer von den bedeutenden Formen der Repräsentation ausgegrenzt werden, erreichten, empfinden die dominanten Gruppen bereits als Bedrohung. Daß diese Subjekte sich in ihren Gegenidentitäten meistens verfangen, daß ihre riskante Abwehr des universalistischen Machtanspruchs periodisch zur Wiederentdeckung von Essenz (oder von Ersatzkonzepten für Essenz) führt, das hat mit eigenen Fehlern zu tun, aber auch mit den Machtverhältnissen.

In Deutschland wurde die amerikanische Wirklichkeit von linken und subkulturelle Szenen über viele Jahre hinweg vorwiegend über die Rezeption von essentialistischen Diskursen wahrgenommen. Inwischen gibt es die neuen anti-essentialistischen und dekonstruktivistischen Diskurse, die von den sozialökonomischen Machtverhältissen im „Universalismus“ (also Kapitalismus) nicht gerne sprechen und daher die Möglichkeit einer freien „Selbstkonstruktion“ überschätzen. Darüber gerät aus dem Blick, daß „ethnische Identität“ in den USA und anderswo nach wie vor auch staatlich verordnet wird. (2)

In den USA existieren amtliche „Rassenstatistiken“, auf deren Grundlage die Zuteilung quotierter Jobs, Studienplätze oder Kredite geregelt wird. Es ist eine spezielle Ironie, daß dieser institutionalisierte Rassismus als Errungenschaft der Bürgerrechtsbewegung erscheint: Die von ihr erkämpfte „positive Diskriminierung“ erfordete eine exakte amtliche Definition des Kreises der Berechtigten. Was lag da für den Staat näher, als die schon bestehenden Definitionen von „Negern“ und anderen nun für den „guten Zweck“ zu verwenden? (Nach anderen Wegen wurde nicht gesucht. Die Anspruchsberechtigung hätte



Grafik: 17°C; Quelle: F.A.Z.

z. B. durch Mitgliedschaft in einem „Verband der durch die Apartheid Geschädigten" definiert werden können).

Der folgende Artikel „One Drop Of Blood" informiert ungewöhnlich detailliert über Geschichte und Gegenwart dieser staatlich garantierten rassistischen Konstruktionen. Der Beitrag erschien zuerst im Juli in der bürgerlich-liberalen Zeitschrift „The New Yorker". Wir haben ganz bewußt die immer noch rassistische Terminologie dieses kritischen (!) Artikels nicht „wegübersetzt". Nach der Lektüre dürfte klar geworden sein, daß die statistische Einteilung der 250 Millionen Menschen, die der US-amerikanische Staat als seine Untertanen anerkennt, in Hautfarben-Kasten, auf einem Gewaltakt beruht. Wer will da noch behaupten es gäbe in den USA 75% „Weiße", 12% „Schwarze", 9% „Braune", 3% „Gelbe" und 1% „Rote"?

Der von uns gekürzte Aufsatz beginnt mit einer Vorstellung des Abgeordneten Thomas C. Sawyer, der im vergangen Jahr eine Reihe von Anhörungen vor dem House Subcommittee on Census and Statistics leitete. Als sich Sawyer eingehender mit den Kriterien beschäftigte, die der statistischen Erfassung der Bevölkerung nach Hautfarbengruppen zugrunde liegen, stieß er darauf, daß „die Art und Weise, in der in unserem Land Rasse beschrieben und definiert wird" nicht gleichbleibend ist, sondern sich im Laufe der Zeit immer wieder änderte. Seine kritischen Nachfragen lösten eine Diskussion über die Klassifizierungskriterien (Hautfarbe, Abstammung) aus, nach denen die im Jahr 2000 anstehende Volkszählung durchgeführt werden soll. An dieser Diskussion beteiligen sich auch Kräfte, die nicht den Rassismus, sondern die Quotierung kippen wollen. Wenn im „New Yorker" gefragt wird, ob es noch sinnvoll sei, „soziale Ansprüche an Gruppenzugehörigkeit zu binden?" oder wenn anderswo der „schwarze" Millionärssohn angeführt wird, der sich per Quote einen Studienplatz verschafft, während „weiße" Mittelklasse-Kids trotz einer höheren Punktezahl außen vor bleiben müssen, ahnt man, woher der Wind auch weht. Es wäre aber Unsinn, solche Motive für die einzige Triebkraft einer Kontroverse zu halten, die nach Meinung des Autors möglicherweise zur „größten Beschäftigung mit Rassenfragen in den Vereinigten Staaten seit den 60er Jahren" werden könnte. Das Subcommittee, das für die Prüfung der Richtlinien zuständig ist, nach denen die amerikanische Regierung derzeit vier „rassische" und mehrere „ethnische" Gruppen offiziell anerkennt, sieht sich mit Protesten von Vereinigungen konfrontiert, die, obwohl sie an dem rassistischen Kategorisierungssystem nicht rütteln wollen, mit „ihrer" Kategorie nicht einverstanden sind. Die Ethnisierung der sozialen Konkurrenz findet also auch als Kampf um die „Rassenstatistik" statt. Daß in diesem Streit auch die Frage auftaucht, wieso überhaupt Menschen von Behörden nach Hauttönung und „Abstammung" sortiert werden, ist kaum verwunderlich.

---

(1) Bei solchen Zuschreibungen spielt die Berufung auf „authentische schwarze Stimmen" eine wichtige Rolle. Etwa auf Essentialisten wie Nelson George und Greg Tate, die oft von „schwarzer Tradition & Kontinuität" sprechen. Dabei wird selbst deren trotziges „It's a Black thing you wouldn't understand" (das auch auf der Erfahrung beruht, daß „Weiße" nicht verstehen, sondern genießen wollen), begeistert als Freisprechung von Verantwortung interpretiert wird.

(2) Gegen diese Tendenz zur Ausklammerung der Machtfrage muß man sogar Foucault verteidigen, demzufolge nur die macht-volle soziale Praxis den Diskurs, d. h. ein spezifisches diskursives Wissen produziert, das wiederum Macht über die ausübt, über die „etwas gewußt wird". Die soziale Praxis der Sklaverei produzierte den Untermenschen-Diskurs, der die Aggression rechtfertigte (die, wenn die Fakten erst geschaffen sind, auch wieder „zivile" Formen annehmen kann). Das ist eine ganz andere Erklärung als die Vorstellung von sozialer Konstruktion als einer „Ideologie, die sich materialisiert" (vgl. etwa S. Grimm in „konkret" 9/94). Eine diskursive Formation ist eine Gruppe von Aussagen, die eine Sprechweise, einen Stil und eine Strategie zur Verfügung stellen, um ÜBER etwas (jemand) zu sprechen. Der Diskursbegriff lehnt die konventionelle Unterscheidung zwischen Sprache und Praxis ab, nicht aber den Begriff der Macht. Der Diskurs produziert zwar Wissen durch Sprache, er selbst aber wird durch eine soziale PRAXIS produziert, die wiederum Bedeutung konstituiert. Negative Zuschreibungen werden erst „wahr", wenn die Zuschreiber die Macht haben, ihre Behauptungen durchzusetzen. Zwischen zwei Diskursen kann nur ein Machtkampf entscheiden. Es kommt also darauf an, die Diskursanalyse mit einer Kritik der staatlichen Praktiken und der kapitalistischen Strukturen zu verbinden. Die Hoffnung, unter Umgehung der Machtfrage, die Stabilität der Verhältnisse via Decodierung hegemonialer Signifikationen & Bedeutungen erschüttern zu können, gehört derzeit zu den rührendsten Allmachtsphantasien von Medienarbeitern und anderen Datendandies. Eine Variante solcher Avantgarde-Phantasien präsentierte z. B. die „Beute" Nr.3 in dem Beitrag „Die elektronische Störung", der den „Aktivisten der Kunstszene" ausdrücklich die Verantwortung für die Revolution, pardon: das Anschieben eines kritischen Diskurses über die Möglichkeiten einer elektronischen Systemstörung bestätigt. Unter total subversiver Ausnutzung der „legitimierten Autorität des Kunstwerkes" sollen Künstler ein „öffenliches Forum für Überlegungen zu einem Modell von Widerstand" schaffen. Darauf muß man erst einmal kommen!

ONE DROP

Sawyers Unterkomitee steht unter dem Druck des Office Of Management And Budget (O.M.B.), der Bundesbehörde, der die Verantwortung für die Standardisierung der Klassifikation rassischer und ethnischer Daten zufällt. Definiert werden diese Kategorien seit 1977 über die Statistische Richtlinie 15 des O.M.B., die die rassischen und ethnischen Normen für alle staatlichen Formulare und Statistiken kontrolliert. Richtlinie 15 unterscheidet vier große rassische Gruppen: Indianer oder Ureinwohner Alaskas; Asiatische oder Pazifische Insulaner; Schwarze; und Weiße. Die Richtlinie führt außerdem die ethnische Trennung zwischen spanischer und nicht-spanischer Abstammung ein. Diese oder ähnliche Kategorien werden sowohl auf Anmeldebögen für Schulkinder als auch auf Bewerbungsbögen für Arbeitsplätze, Stipendien, Kredite und Hypotheken verwendet; und natürlich auf amerikanischen Volkszählungsbögen. Diese Kategorien verlangen von jedem/jeder Amerikaner/in, sich einem rassischen und einem ethnischen Feld zuzuordnen. Die so gewonnene Information dient der Überwachung und Ausarbeitung der Bürgerrechtsgesetzgebung, vor allem bezüglich des Wahlrechtgesetzes von 1965, aber auch für ein Potpourri aus Sondermitteln, Unterstützungsmaßnahmen und Gleichstellungsprogrammen für Benachteiligte. „Die Statistiken lenken das Geld" meint Sawyer, gemäß einer Washingtoner Redensart.

Die Richtigkeit dieser Einschätzung wurde in den Anhörungen mehr als bestätigt, wo sich die verschiedenen Rassen und Ethnien überboten, um ihren Anteil an den öffentlichen Mitteln zu erhöhen. Die „National Coalition for an Accurate Count of Asian Pacific Americans" setzte sich dafür ein, die neun unterschiedlichen Nationalitäten, die auf den Volkszählungsbögen unter der Kategorie Asiatische oder Pazifische Insulaner schon aufgelistet waren, um Kambodschaner und Laoten zu erweitern. Der „National Council of La Raza" schlug vor, die „Hispanics" als Rasse zu definieren und nicht nur als ethnische Gruppe. Das Arabisch-Amerikanische Institut forderte, daß für Einwanderer aus dem Mittleren Osten, bisher als Weiße erfaßt, eine eigene Kategorie eingerichtet werden sollte. Senator Daniel K. Akaka, geboren in Hawai, drängte darauf, sein Volk von der Kategorie „Asiatische oder Pazifische Insulaner" in die Kategorie „Indianer oder Ureinwohner Alaskas" zu befördern. Der Senator hält es für „eine Fehleinschätzung, daß Ureinwohner Hawais, immerhin weit über 200 000, irgendwie in die Vereinigten Staaten 'einwanderten' wie Einwohner anderer Asiatischer oder Pazifischer Inseln. Dies führt zu dem fehlerhaften Eindruck, daß es Ureinwohner Hawais, also die ursprünglichen Bewohner der Inseln Hawais, nicht mehr gibt." Seiner Ansicht nach würde eine Aufnahme der Hawaianer in die Kategorie der übrigen „Ureinwohner Amerikas" diese Situation korrigieren. (Er erwähnt nicht, daß bestimmte indianische Stämme im Hinblick auf Glücksspielkonzessionen gegenwärtig bevorteilt sind, im Gegensatz zu den gebürtigen Hawaiianern.) Der „National Congress of American Indians" setzt sich gegen eine Veränderung des Status der Hawaianer ein. Auf jeden Fall spielt in dieser Debatte immer Geld, ebenso wie Identität, eine beachtliche Rolle.

In diesem Rassenwettbewerb hat sich nun ein verwirrender neuer Kandidat eingefunden. „Als ich 1990 meinen Volkszählungsbogen erhielt, stellte sich heraus, daß es keine Rassenkategorie für meine Kinder gab" sagt Susan Graham, die als „weiße" Frau mit einem „schwarzen" Mann in Roswell, Georgia, verheiratet ist. „Ich rief also die Volkszählungsbehörde an und bekam, nach Rücksprache mit den Vorgesetzten, schließlich folgende Antwort: die Kinder sollten die Rasse ihrer Mutter haben. Als ich widersprach und fragte, warum meine Kinder nur nach der Rasse ihrer Mutter kategorisiert werden sollten, antwortete mir der Vertreter der Zensus-Stelle mit sehr gepreßter Stimme, 'weil wir in solchen Fällen immer die Mutter kennen und nicht immer den Vater.'"

Frau Graham fuhr fort: „Ich hatte keine Wahl zwischen den Haupt-

OF BLOOD

rassen als ich meinen Sohn im Kindergarten von Georgia anmeldete. Die einzige Wahl, die ich – wie viele Eltern multirassischer Kinder – hatte, war, das Rasse-Feld auszulassen. Ironischerweise war mein Kind bei der amerikanischen Volkszählung weiß, in der Schule schwarz und zu Hause multirassisch – alles zur gleichen Zeit."

Graham und andere forderten eine Erweiterung der in Richtlinie 15 spezifizierten Rassenkategorien um ein „Multirassisches" Feld – ein Vorschlag, der Vertreter der anderen Rassengruppen aus verschiedenen Gründen alarmierend auf den Plan rief, nicht zuletzt weil Gemischtrassigkeit das Konzept rassischer Klassifizierung zu unterminieren droht.

Nach verschiedenen Schätzungen könnten mehr als 75 Prozent der Einwohner, die jetzt „Schwarz" ankreuzen, wegen ihres gemischten genetischen Erbgutes „Multirassisch" ankreuzen. Angenommen, nur ein Teil dieser Menschen – sagen wir mal 10 Prozent – würde entscheiden, sich als „Multirassisch" zu identifizieren, müßten möglicherweise die Wahlbezirke in weiten Teilen des Landes neu bestimmt werden. Das gesamte Bürgerrechts-Angleichungsprogramm bezüglich Wohnungs-, Arbeits- und Bildungspolitik müßte neu ausgerichtet werden, und bestimmte Rassenintegrationspläne in den Schulen würden zunichte gemacht. Natürlich wäre es möglich, daß sich nur ein kleiner Teil der Amerikaner entschiede, das „Multirassische" Feld zu wählen, wenn es angeboten würde, mit wenig sozialen Auswirkungen. Dennoch genügt das bloße Auftauchen des Feldes auf den Formularen des Zensus, um die Menschen einzuladen, es möglicherweise anzukreuzen. Als der Zensus beispielsweise „Cajun" als eine Möglichkeit in der Erbfolgefrage aufführte, sprang die Zahl von „Cajuns" nahezu um 2000 Prozent. Erinnert man die Menschen an die bloße Möglichkeit, sind enorme Änderungen garantiert die Folge.



Diejenigen, die mit der Ausarbeitung von Bürgerrechtsgesetzen befaßt sind, sehen in dem „Multirassischen" Feld eine Abrißkugel, die es auf die Gleichstellung abgesehen hat und machen dafür die Unterstützer einer gemischtrassischen Bewegung verantwortlich. „Diese Leute bedenken in keiner Weise

die Auswirkungen auf die Politik – es gibt nur ein subjektives Gefühl, daß ihre Identität gehätschelt werden müsse", sagt ein Regierungsanalytiker. „Sie verstehen nicht, daß sie damit ihre eigenen Gruppen verraten" – durch den Verlust der Vorteile, die Minderheiten z. B. durch Gleichstellungsprogramme zugute kommen. Graham behauptet, daß es ihrer Bewegung nicht um die Schaffung einer weiteren geschützten Kategorie gehe. In jedem Fall, sagt sie, wüßten gemischtrassische Menschen, „welches Feld anzukreuzen ist, um die besten staatlichen Leistungen zu erhalten".

Natürlich hat es seit der Ankunft Christopher Columbus' in Amerika eine Vermischung der Rassen gegeben. Besucher des kolonialen Amerika fanden auf den Plantagen Sklaven vor, die so hellhäutig waren wie ihre Herren. Im Jahr 1784 schlug Patrick Henry dem Staat Virginia sogar vor, durch Steuererleichterungen und Geldprämien Anreize für Mischehen zwischen Weißen und Indianern zu schaffen. Das Vermächtnis dieser Vermischung besteht darin, daß Amerikaner, die Nachkommen von früheren Siedlern, von Sklaven oder von Indianern sind, oft Vorfahren verschiedener Rassen in ihrem Stammbaum haben.

Thomas Jefferson beaufsichtigte 1790 die erste Volkszählung. Damals wurde die Bevölkerung in freie weiße Männer, freie weiße Frauen, andere Menschen (hierunter fielen freie Schwarze und „steuerpflichtige Indianer", was bedeutete, daß diese innerhalb weißer Siedlungen oder in daran angrenzenden Gebieten lebten) und Sklaven aufgeteilt. Wie unentschlossen dieses Land immer mit seinen Rassenkategorien umging, zeigt sich an der Tatsache, daß seitdem jeder Zensus Rasse unterschiedlich beurteilt hat. In großen Teilen des 19. Jahrhunderts spiegelte der Zensus eine amerikanische fixe Idee von Rassenmischung wider. Die Farbe der Schwarzen wurde spezifiert als „B", für „Black" und „M" für „Mulatto". Im Zensus von 1890 wurden Abstufungen von Mulatten in Viertel- und AchtelnegerInnnen eingeführt. In den Jahren nach 1920 löste die Volkszählungsbehörde diese Unterscheidungen dann auf, da angenommen wurde, daß schon ca. dreiviertel der Schwarzen in Amerika rassisch gemischt waren und „reine" Schwarze bald ganz verschwinden würden. Fortan wurde jede(r) mit egal welcher schwarzen Herkunft einfach als „Schwarze(r)" gezählt.

Eigentlich waren Mischehen in der Geschichte aber selten. Gemischtrassische Kinder wurden häufig als uneheliche Mischlinge marginalisiert, die nicht bequem einer Rassegemeinschaft zugeordnet werden konnten. Dies galt besonders für den Nachwuchs aus schwarz-weißen Verbindungen. „In meiner Familie, wie in vielen Familien mit afrikanisch-amerikanischer Herkunft, gibt es eine Geschichte multirassischer Nachkommen, die aus Vergewaltigungen und Konkubinagen hervorgingen", sagt G. Reginald Daniel, der an der University of California in Los Angeles ein Seminar über multirassische Identität hält. „Ich wurde im segregationistischen Süden groß. Beide Seiten meiner Familie sind seit mindestens drei Generationen gemischtrassig. In meiner Kindheit quälte mich die Frage, warum ich meine ostindische, irische, indianische und französische Herkunft ausschließen mußte und nur die afrikanische zählte."

Bis in die jüngste Vergangenheit wurden Menschen wie Daniel einfach den Schwarzen zugeordnet, und das wegen einer spezifisch amerikanischen Einrichtung, die inoffiziell als „the one-drop rule" bezeichnet wird. Danach ist jede(r) schwarz, der auch nur einen Tropfen „schwarzen Blutes" in sich trägt. Diese Vorstellung fußt in dem längst überholten Glauben, daß jede Rasse ihre eigene Blutgruppe habe, welche in direkter Beziehung zu äußerlicher Erscheinung und sozialem Verhalten stehe. Der Vorkriegs-Süden setzte sich für die Bestimmung als Mittel zur Vergrößerung der Sklavenbevölkerung durch die Kinder der Sklavenhalter ein. Die „one-drop rule" wurde in den 1920ern, im Amerika des Jim Crow, als Gesetz des Landes etabliert. Und das ist es heute noch, einer Entscheidung des „United States Supreme Court" von 1986 zufolge, welcher die Wiederaufnahme eines „lower-court" Urteils ablehnte, das besagte, daß eine Frau aus Louisiana, deren Ur-ur-ur-ur-Großmutter die Geliebte eines französischen Pflanzers gewesen war, schwarz sei – und das, obwohl in ihrer Familiengeschichte dieses Verhältnis nicht mehr als dreizweiunddreißigstel ihres genetischen Erbgutes ausmachte. „Wir sind

das einzige Land der Welt, das die „one-drop rule" anwendet, und die einzige Bevölkerungsgruppe, bei der die „one-drop rule" Anwendung findet, sind Menschen afrikanischer Abstammung", beobachtet Daniel.

Menschen von gemischter schwarz-weißer Herkunft wurden von Weißen abgelehnt und von Schwarzen akzeptiert. Viele der angesehensten „schwarzen" Führer der letzten anderthalb Jahrhunderte waren zu einem gewissen Anteil „weiß", von Booker T. Washington und Frederick Douglass (beide hatten weiße Väter) zu W. E. B. Du Bois, Malcolm X und Martin Luther King, Jr. (der sowohl eine irische Großmutter als auch einige indianische Vorfahren hatte). Die Tatsache, daß Lani Guinier, Louis Farrakhan und Virginias ehemaliger Gouverneur Douglas Wilder als schwarz definiert werden und sich selbst auch so bezeichnen obwohl sie hellhäutig sind oder „europäische" Merkmale tragen, zeigt, wie zäh sich die „one-drop rule" in Amerika gehalten hat, nicht nur unter Weißen, sondern auch unter Schwarzen. Daniel sieht das als ein „zweischneidiges Schwert". Während die „one-drop rule" bei den Weißen den Rassismus gefördert hat, hat sie ebenso die schwarze Gesellschaft zusammengeschweißt.

„Aber die 'one-drop rule' ist rassistisch", sagt Daniel. „Es gibt keine Möglichkeit, zu leugnen, daß sie, historisch gesehen, eingeführt wurde, um so viele Sklaven wie möglich zu schaffen." Niemand wechselte in die weiße Gemeinschaft über – das war einfach die Auffassung der Nation, und Menschen afrikanischer Herkunft verinnerlichten sie. Der gegenwärtige Diskurs befaßt sich mit dem Aufheben der Rassenunterdrückung in den Institutionen und will erreichen, daß die Bevölkerung sich über die Gesamtheit ihres Erbes identifizieren kann. Wir haben der Menschenwürde einen Alptraum beschert. Das Konzept der „Multirassigkeit" birgt die Möglichkeit, die absolute Grundlage des Rassismus, nämlich seine Kategorien, zu unterwandern."

Doch „Multirassigkeit" führt zu Alpträumen einer eigenen Art. Wie sollen Gleichstellungsprogramme angewendet werden, wenn z. B. eine Bevölkerung als etwas anderes als rein schwarz gezählt wird? Angenommen, ein Gericht verordnet einer Stadt, zusätzliche schwarze Polizeibeamte einzustellen, als Wiedergutmachung für die Diskriminierung der Vergangenheit. Würden gemischtrassische Beamte akzeptiert? Würden sie ganz oder zum Teil akzeptiert? Weit davon entfernt, das Problem aufgesplitterter Identitäten zu lösen, könnte „Multirassigkeit" zu fragmentierten Rassen führen, wie wir sie schon im Fall der indianischen Amerikaner haben. Um Anspruch auf bestimmte öffentliche Unterstützungen, wie Wohnverbesserungsprogramme, zu erhalten, muß die sich bewerbende Person nachweisen, daß sie entweder Mitglied eines staatlich anerkannten indianischen Stammes ist oder fünfzig Prozent „indianisches Blut" hat. Man kann sich eine Situation vorstellen, in der „nonwhiteness" zum einzig zählenden Kriterium wird, nach dem der jeweilige Einwohner – je nach Stammbaum – unterschiedlich entschädigt wird.

Kwame Anthony Appiah von den „Harvard's Philosophy and Afro-American Studies Departments" sagt: „Die 'Multirassische Kategorie' zielt nicht auf Menschen gemischtrassischer Herkunft ab, weil die Mehrheit der AmerikanerInnen nämlich auf eine gemischtrassische Familiengeschichte zurückblickt. Diese Kategorie hat es auf Menschen abgesehen, deren Eltern als Angehörige verschiedener Rassen sozial identifiziert sind. Das ist o. k. – es ist eine interessante soziale Kategorie. Dann muß man sich allerdings fragen, was mit deren Kindern passiert. Wollen wir mehr rassische Felder, je nachdem ob sie in die eine oder die andere Gruppe zurückheiraten? Was sollten die Kinder dieser Leute sagen? Ich denke über diese Dinge nach, weil meine Mutter Britin und mein Vater Ghanaer ist. Meine Schwestern sind mit einem Nigerianer und mit einem Norweger verheiratet. Unter meinen Neffen sind blondhaarige Kinder ebenso wie sehr schwarze Kinder. Es sind alles Cousins ersten Grades. Nach dem amerikanischen Stand der Dinge sind sie alle schwarz – sogar der Junge mit dem blonden Haar, der in Oslo skifährt. So bestimmt es die „one-drop rule". Das „Multirassische Konzept", das diese Anomalien lösen soll, schafft einfach weitere eigene Anomalien, und das, weil das zugrundeliegende Konzept verrückt ist: nämlich, daß es möglich sein soll, jeden Amerikaner einer von drei oder vier zuverlässigen Rassen zuzuordnen."

Diese Ansicht teilt auch der Abgeordnete Sawyer zu tiefst. Zur „one-drop rule" sagt er, daß „sie so in unsere Politik und Wahrnehmung eingebettet ist, aber sie berücksichtigt nicht die Verwischungen, die die Realität der Bevölkerung ausmachen. – Sehen Sie sich nur die Zahlen an", sagte er in seinem Kongreßbüro, während er ein Anweisungsbuch durchblätterte. „38 Prozent der japanisch-amerikanischen Frauen und 18 Prozent der japanisch-amerikanischen Männer heiraten außerhalb ihrer ethnischen und nationalen Gruppe. 70 Prozent der indianischen Amerikaner heiraten außerhalb. Ich versichere Ihnen, daß das enorme Wachstumspotential von Mischehen von einer relativ kleinen Basis ausgeht, in Wahrheit beginnt es jedoch von einer Fiktion aus; denn was wir als schwarz-weiße Mischehen denken, sind tatsächlich keineswegs Ehen zwischen Menschen, die sich auf so etwas wie eine klar bestimmte ethnische, rassische oder genetische Basis festlegen lassen."

Der „United States Supreme Court" schaffte 1967 die letzten verbliebenen Spuren von Anti-Rassenmischungsgesetzen in Loving, Virginia, ab. Zu jener Zeit gab es kaum Mischehen; die Volkszählung von 1970 ergab nur 65 000 Ehen zwischen Schwarzen und Weißen. Ehen zwischen asiatischen und nicht-asiatischen Amerikanern bestanden hauptsächlich zwischen Soldaten und Kriegsbräuten. Seitdem sind Mischehen zwischen vielen rassischen und ethnischen Gruppen zu einem Punkt gestiegen, wo sich die Unterscheidungsmerkmale dieser Menschen verwi-

schen. Gerade die indianischen Amerikaner heirateten eher außer- als innerhalb ihrer Gruppe, stellte Repräsentant Sawyer fest. Die Anzahl der Kinder, die in Familien mit einem weißen und einem schwarzen, asiatischen oder indianisch-amerikanischen Elternteil leben, hat sich verdreifacht – waren es 1970 noch weniger als 400 000, so waren es 1990 1,5 Millionen – und dabei sind Kinder von Alleinerziehenden und Kinder von geschiedenen Eltern noch nicht mitgezählt. Bei Schwarzen kommt es auffallend selten vor, daß sie außerhalb ihrer Gruppe heiraten, und dennoch haben sich Ehen zwischen Schwarzen und Weißen in den letzten dreißig Jahren verdreifacht. Matthijs Kalmijn, ein niederländischer Soziologe, hat die Heiratsurkunden in den Nicht-Südstaaten dieses Landes seit der Loving-Entscheidung analysiert und herausgefunden, daß in den 80er Jahren zehn Prozent der schwarzen Männer weiße Frauen heirateten (schwarze Frauen, die weiße Männer heirateten, machten etwa fünf Prozent aus). Bei der Volkszählung von 1990 zählte man in sechs Prozent der schwarzen Haushalte landesweit weiße Ehefrauen – immer noch ein geringer Prozentsatz, aber ein bedeutsamer zugleich.

Indem gemischtrassische Menschen nun weder ignoriert werden wollen noch können und weil viele von ihnen sich weigern, auf traditionelle rassische Kategorien festgeschrieben zu werden, unterminieren sie zwangsläufig das ganze Konzept der Rasse als eines nicht reduzierbaren Unterschiedes zwischen Menschen. Die kontinuierliche Verschiebung rassischer Unterschiede in Amerika steigert das Durcheinander, das Jahrhunderte von ethnischen Mischehen geschaffen haben. Das daraus resultierende Dilemma ist unermeßlich groß. Sollten wir uns entscheiden, die Mischung dadurch zu messen, daß wir Menschen als „Multirassisch" zählen, so ziehen wir den Bürgerrechtsgesetzen die Zähne. Sind wir dazu bereit? Ist es überhaupt möglich, unsere Art und Weise, Amerikaner zu zählen, zu ändern, wenn die Gesetzesaufträge schon Gesetz geworden sind? „Das weiß ich nicht", fährt Sawyer fort. „Was dies betrifft, schlage ich weniger vor, die Gesetze zu ändern, die dieser Art von Fragen zugrundeliegen, als vielmehr die Frage zu stellen, ob die Art und Weise, in der wir uns für gewöhnlich definieren, die Realität dieser Nation, wie sie ist und wie sie sich künftig entwickeln wird, widerspiegelt. Wenn nicht, dann sind die politischen Grundlagen dieser Maßstäbe dazu verdammt, fehlerhaft zu sein. Was Du mißt, bekommst Du."

Lawrence Wright

(aus: The New Yorker, 14. Juli 1994, Übersetzung: Anne Schulte)

Impressum

Die 17°C erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb.
Der Einzelverkaufspreis beträgt 6 DM.
Ein Abonnement kostet 25 DM inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern. Es verlängert sich nicht automatisch.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Juni 1994.
V.i.S.d.P.: V. Schmidt

Kontaktadresse:
Redaktion 17°C
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

Bankverbindung:
V. Schmidt
Sonderkonto
Konto-Nr. 713990-200
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20

Bezahlung von Abos, Anzeigen und Einzelbestellungen bitte per Scheck, in bar, Briefmarken oder per Überweisung.

Redaktionsschluß für Nr. 10: 16. 12. 1994
Anzeigenschluß: 30. 12. 1994

Manuskripte, die an uns geschickt werden, machen viel Arbeit bis sie druckreif verarbeitet sind. Wir bitten bei der Zusendung von Artikeln folgendes zu beachten:
Bei Schreibmaschinentexten bitte maximal 2/3 der Papierbreite ausnutzen und eineinhalb Zeilen Zeilenabstand einhalten.
Wer einen Computer benutzt, schickt bitte – unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms – eine 3,5-Zoll-Diskette und legt einen Druckerauszug bei, auf dem Zwischentitel, Zitate u. ä. gekennzeichnet sind. Auch 5,25-Zoll-Disketten können verarbeitet werden. Die Texterfassung bzw. -bearbeitung wird uns so erheblich erleichtert.

vielen Dank, die Red.

Titel: Cordula Kropke
Rückseite: Wolfgang Huppertz

Last Exit Los Angeles

Madonna und die Internationalisierung des lokalen Raums

„Rostock ist auch eine soziale Explosion. Es ist unser deutsches Los Angeles"(Die Zeit, 28. 8. 92). Mit diesen Worten setzte vor zwei Jahren eine deutsche Wochenzeitung faschistische Angriffe auf Menschen, die sich aus der Peripherie des Weltmarktes in eine seiner Metropolen flüchteten, mit der Rebellion von Marginalisierten gleich. Die „soziale Frage" erscheint hier als gemeinsamer Nenner von South-Central-Riots und Nazi-Terror! Das Zitat ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie sich der Hinweis auf das Soziale zur Legitimation von Nationalismus nutzen läßt. Selbst linke Gegner der deutschen „Wiedervereinigung" verwandeln sich ja bekanntlich umgehend in Rechtsanwälte des Volkes, wenn ihnen proletarische Nationalisten davon erzählen, was sie sich alles nicht leisten können.
Gerade die national gewendete „soziale Frage" benötigt die Vorstellung von den chaotischen ausländischen Zuständen: „Auch wenn es uns nicht sonderlich gut geht, so lohnt sich doch die gemeinsame Abwehr von amerikanischen, italienischen oder gar afrikanischen Verhältnissen." Wer will schon hier ein „deutsches Los Angeles" haben? Man hat da seine Bilder im Kopf: Die einen kennen den Großraum von Los Angeles als setting für Detektivromane, Krimiserien und „Boys 'n The Hood"-Filme, während kosmopolitisch orientierte Menschen L.A. als sinn- und orientierungslos machenden Ort zu kennen glauben, der angeblich keine deutlichen sozialen Markierungen mehr kennt (so z. B. B.E.Ellis in seinem nach einem Elvis Costello-Song benannten Roman „Less Than Zero"). Ganz offensichtlich potenzieren „global cities" im allgemeinen und Los Angeles im besonderen eine Wahrnehmung, in der sich Angst und Faszination kreuzen. Als Orte der Turbulenzen und Anomalien gelten viele Großstädte dieser Welt, aber Los Angeles wird heute als die Stadt gehandelt, die alle anderen in den Spiegel ihrer Zukunft schauen läßt.
Wo Los Angeles den einen ohne Rest als Stadt des Schrekkens gilt, erscheint sie anderen wiederum als

demographisch und topographisch interessantes postmodernes Vorzeigeprojekt. „Hispanische" Barrios grenzen hier unmittelbar an „schwarze" Ghettos, und „Weiße" leben in benachbarten Vierteln. Die gesamte postmoderne und poststrukturalistische Elite hat inzwischen Aufsätze über diese Stadt geschrieben, in der so unglaublich viele „Kulturen" nebeneinander „koexistieren": Derrida, Foucault, Baudrillard und andere reden mitunter über die „mehrfach kodierte Stadt", als handele es sich um einen von Aliens bewohnten Planeten. Andere wiederum, etwa der linke Autor Mike „Orwell" Davis („City Of Quartz", 1990) neigen zu einer agitatorischen, manchmal fast verschwörungstheoretischen Dämonisierung der Stadt, die dann von befreiungsnationalistischen Linken und Subkulturen begeistert aufgegriffen wird: In der Phantasie von Davis werden schon bald „ganze städtische Sozialschichten durch elektronische Handschellen überwacht" („Die Beute" Nr. 3). Da schauderts die Leute so richtig beim Kneipengespräch und obendrein kann man das Gefühl haben, daß die Massen nur noch durch Satellitenüberwachung von der Revolution abgehalten werden können. (Zur Stereotypisierung gehört auch, daß „Die Beute" – versehen mit dem Hinweis: „Gang-Territorien" – die gleiche Standard-Polizeikarte (!) abdruckt, die im „Pop & Politik"-Heft des „Spiegel" mit der Bildunterschrift „...wie ein Konzentrationslager" erschien).
Warum sich das Kapital Metropolen wie L.A. zu Zentren einer weltumspannenden, „undurchsichtigen" Herrschaft zurichtet, das ist schon bei Marx nachzulesen. Los Angeles ist Beispiel einer fortschreitenden Globalisierung urbaner politischer Ökonomie und zugleich Paradebeispiel für die „Ethnisierung der Weltarbeitskraft" (Wallerstein), also für einen Raum, in dem die Reproduktion der Arbeitskraft getrennt nach rigoros ghettoisierten „Kulturen" reguliert wird. In die Industriestadt (!) L.A. fließt der Großteil des transpazifischen Handels der USA. Zugleich liegen in der Peripherie der Stadt riesige Militärstützpunkte (Marine, Air-Force) und die Entwicklungszentren der NASA. Man kann das alles anlaysieren und seine Schlüsse ziehen. Man kann sich L.A. aber auch als Disneyland vorstellen. Für popkulturelle Szenen hat L.A. heute mehr Hipness als New York (jedes Preisausschreiben bietet eine Reise nach New York). Aber schon reagiert der Mainstream: Rechtzeitig zu den Finalspielen in der NBA (National Basketball Association) wird in Kooperation mit der Sendung „Jump Ran" von SAT-1 ab sofort ein Reiseveranstalter Ghetto-Safaris im gepanzerten Jeep durch Compton/L.A. anbieten. Am Steuer der „That's How We're Livin'"-Tour sitzt ein Mann vom Boo-Yaa-Tribe und als Reiseführer fungiert Mike Davis, dessen Gangland-Karten authentische Orientierung geben werden.
Die Red.

In Los Angeles ist die „Dritte Welt" in der „Ersten Welt", auf engstem Raum zusammengeballt, sinnlich erfahrbar. In den riesigen deindustrialisierten Wüstungen sind die sozialpartnerschaftlichen Versprechungen des fordistischen Zeitalters endgültig begraben worden. Die schöne neue Welt der Postmoderne zeigt sich von ihrer glänzendsten und abstoßendsten Seite. Solche Tendenzen werden sich auch in anderen Regionen der Metropolen herausbilden. Schon allein aus diesem Grund muß sich die Linke von ihrer einseitigen Süd-Nord-Sichtweise befreien.

Die internationalistische Linke in den USA hat es schwer. Nicht nur, daß ihr der Mythos der Feuerwaffe fehlt, weil man, anders als in den 60ern, als die MP noch das Emblem der Black Liberation Army schmückte, an jeder zweiten Straßenecke Knarren kaufen kann, die hierzulande unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen würden. Es ist auch weniger der Umstand, daß die Repression im Land der unbegrenzten Möglichkeit um einiges härter ist, sondern vielmehr die ganz simple Tatsache, daß sich die dortigen Solidaritätsbewegten jeden Tag die Frage gefallen lassen müssen, warum sie sich zwar für Indianer im Amazonas, Bergbauern in den Anden oder Kaffeepflückerinnen in Guatemala stark machen, dafür aber noch nie im Leben einen Fuß in den nördlichen Teil von Harlem, in die South Shore Communities von Chicago oder die Wüstungen von South Central Los Angeles gesetzt haben.

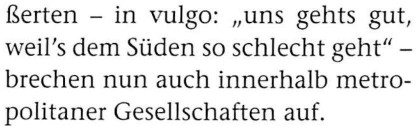
Obwohl nicht damit zu rechnen ist, daß in der bundesdeutschen Gesellschaft eine ähnlich drastische Polarisierung wie in den USA eintreten wird, läuft die hiesige Solidaritätsbewegung Gefahr, sich in nicht allzu langer Zeit ähnlichen Fragen ausgesetzt zu sehen. Dies erklärt sich nur vordergründig aus der Tatsache, daß die BRD gegenüber den Entwicklungsökonomien Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion seit dem Fall der Mauer eine ähnliche Position einnimmt wie die südwestlichen Staaten der USA gegenüber Zentral- und Südamerika. Entscheidend für die Zuspitzung der sozialen Verhältnisse in der BRD und die zunehmende „Drittweltisierung" metropolitaner Regionen in den USA sind die veränderten globalen Realitäten, die sich zwanzig Jahre nach dem Niedergang der weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnung erst langsam abzuzeichnen beginnen.

Meine zentrale Kritik an der Solidaritätsbewegung besteht darin, daß sie sich begrifflich, theoretisch und politisch immer noch in den 70er Jahren befindet, weil sie den Veränderungen der letzten zwanzig Jahre nur quantitative, nicht aber qualitative Bedeutung zumißt. Die politische Defensive, in der sich die Soli-Szene derzeit befindet, kann deshalb nur zum Teil auf die kulturelle Hegemonie des Konservatismus zurückgeführt werden.

Der Internationalismus der 90er muß theoretisch anders gedacht und politisch anders praktiziert werden, wenn er aus seiner momentanen Defensive herauskommen und nicht völlig in der Versenkung verschwinden will. Gefordert ist daher zuerst eine theoretische Neuorientierung, um dann Handlungsziele formulieren und diese in politische Strategien umsetzen zu können.

Der Süden im Norden

Heute ist häufig vom „Süden im Norden" die Rede, da die Neue Internationale Arbeitsteilung nicht mehr zwischen, sondern innerhalb von Nationalstaaten verläuft und sich zunehmend ökonomische Funktionsräume herausbilden, die gegenüber staatlichen Regulierungsinstanzen weitgehend autonom sind. Das hat sich im letzten Herbst gezeigt, als das Europäische Währungssystem dem Druck des Marktes nicht mehr standhielt, und es macht sich innenpolitisch in den Diskussionen um die Zukunft der Flächentarifverträge und den sogenannten „zweiten Arbeitsmarkt" bemerkbar. Fakt jedenfalls ist, daß die Internationalisierung des Waren-, Finanz- und Geldkapitals auch die binnenpolitische Handlungsfähigkeit selbst „starker" Staaten immer weiter reduziert. Widersprüche, die sich in der Vergangenheit eher im zwischenstaatlichen Verhältnis äußerten – in vulgo: „uns gehts gut, weil's dem Süden so schlecht geht" – brechen nun auch innerhalb metropolitaner Gesellschaften auf.

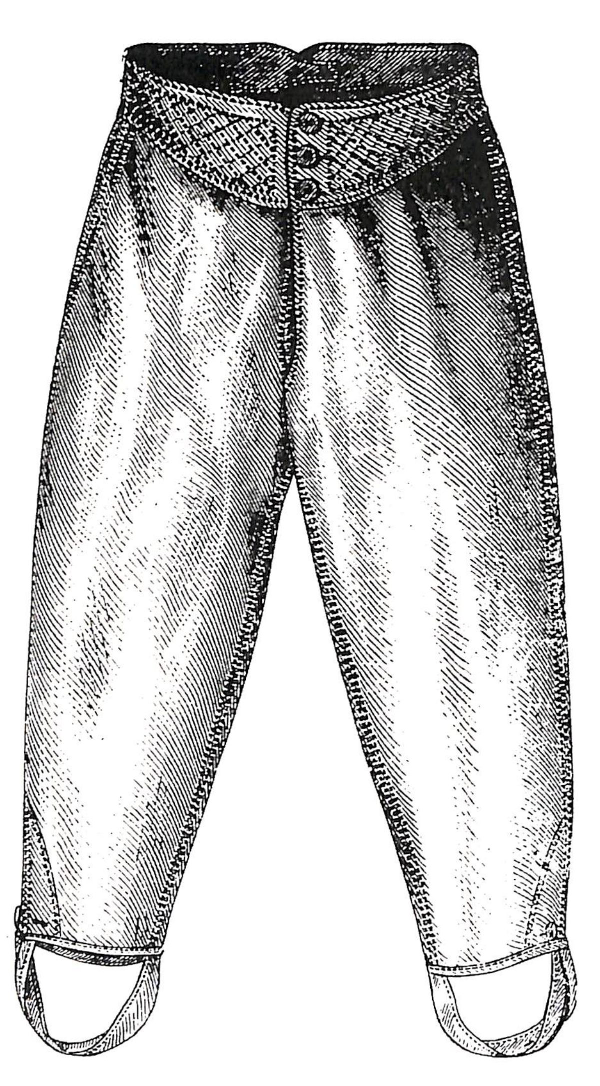


Mit am weitesten ist dieser Prozeß der Globalisierung in Los Angeles fortgeschritten, wo periphere und zentrale Produktionsprozesse nicht nur auf engstem Raum nebeneinander existieren, sondern auch eng verflochten sind. Wie explosiv die soziale und ökonomische Polarisierung ist, die aus ungleichgewichtigen Strukturen der „In-Wert-Setzung" resultiert, ist nicht zuletzt anhand der Rodney-King-Unruhen im Mai 1992 deutlich geworden, die eine der größten Nachkriegsoperationen der US-Armee zur Folge hatten.

Vom starren Fließband zur „lean production"

Der Erfolg des Akkumulationsmodells der ersten drei Nachkriegsdekaden gründete zum einen in der fortwährenden Weiterentwicklung der technischen Voraussetzungen der Massenproduktion, vor allem aber auch im sozialpartnerschaftlichen Modell, das die Nachfrage mit dem Produktivitätszuwachs der Konsumgüterindustrien in Einklang brachte. Wegen der großen Bedeutung seiner technischen und sozio-politischen Voraussetzungen wird dieses Wachstumsmodell in Anlehnung an Henry Ford auch „fordistisches Akkumulationsregime" genannt [1].

Der Fordismus der 50er und 60er Jahre ist die Hochzeit der Fließbänder: er zeichnet sich durch die Kombination starrer Automatisierung mit dequalifizierter lebendiger Arbeit aus. Die für fordistische Akkumulationsregime typische Koppelung der Löhne an den Produktivitätszuwachs hatte ihre Ursache in der Binnenorientierung dieses Modells. Entgegen gängiger internationalistischer Interpretation war die Phase fordistischer Industrialisierung ihrem Charakter nach der letzte Akt der „Binnenkolonialisierung". So lag die Exportquote der USA bis Anfang der 60er Jahre weit unter 10%. Die Internationalisierungsprozesse jener Jahre spielten sich in erster Linie zwischen den OECD-Staaten ab. Dem



Wachstum der Direktinvestitionen der Multis im Süden kam hierbei eine geringere Rolle zu, da es in erster Linie um die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte, die Aneignung und Sicherung verbilligter Rohstoffe und die Abschöpfung von Diffenrentialrenten ging.

Der eigentliche Motor des fordistischen Akkumulationsregimes waren vielmehr die Fertigungsindustrien – nicht nur, weil sie den größten Teil der Wertschöpfung auf sich vereinigten, sondern vor allem deshalb, weil das Gros der Lohnabhängigen unter relativ gleichen Bedingungen in die nationalstaatlichen Ökonomien eingebunden war [2].

Was verbirgt sich hinter den gängigen Begriffen „lean production" und „Deregulierung" oder der ideologisch geführten Diskussion zur Standortsicherung? An die Stelle der starren Automation und der dequalifizierten Arbeit sind heute die flexible, computergestützte Automatisierung und die requalifizierte Arbeit in den Kernbereichen der Fertigungsindustrien getreten. Sozialpolitische Sicherheiten vergangener Dekaden beginnen zu wanken: nicht nur das Normalarbeitszeitverhältnis ist in Auflösung begriffen; die Restrukturierung der Produktions-, Arbeits- und Unternehmensorganisation und die damit verbundene Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sind in vollem Gange.

Dies gilt für die globale Ebene ebenso wie für einzelne Staaten. Sichtbarer Ausdruck dieses Strukturwandels sind das explosive Wachstum des Dienstleistungssektors sowie die rasche Zunahme „entgarantierter", nicht-tariflich geregelter Formen der Lohnarbeit und neue Formen der Selbständigkeit, vor allem im Zuge der Auslagerung bestimmter Produktionsbereiche in von den Multis völlig abhängige Zulieferbetriebe.

Ein Bustier und die Folgen

Diese neue Formen räumlicher und funktionaler Differenzierung haben ihren Grund aber nicht nur in der veränderten Zusammensetzung von Kapital und Arbeit, sondern auch in der damit verbundenen Erschließung eines neuen Produktes – der Information. Informationsdienstleistungen, d.h. die Aneignung, Produktion und Verteilung von Informationen spielen heute auf allen Ebenen der Produktion eine entscheidende Rolle. Denn unter den Bedingungen immer flexiblerer Märkte, immer höherer Investitionskosten und zunehmend kürzerer Produktzyklen werden Reaktionsgeschwindigkeit und Informationssicherheit mehr und mehr zu einem strategischen Gut.

Als Madonna zum Beispiel mit Bustier im MTV auftauchte – wer es nicht wissen sollte: ein Bustier ist ein während der 1950er aus der Mode gekommenes BH-Modell – dauerte es nur wenige Tage, bis diese Dinger in ganz Los Angeles zu haben waren. Eine Leistung, die unter den Bedingungen starrer Automatisierung und ihrer räumlichen Organisation, sprich: der Auslagerung der Bekleidungsproduktion in den Fernen Osten, nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Nun ist ein Bustier nicht gerade das erschütterndste Beispiel für die Konsequenzen dieser Neu-Zusammensetzung von Kapital und Arbeit. Führt man sich aber vor Augen, daß auf den globalen Kapitalmärkten, die nur aus aus einem Netzwerk weniger Finanzdienstleistungszentren bestehen, innerhalb eines Tages der Gegenwert des jährlichen weltweiten Güteraustauschs bewegt wird, dann kann man sich vorstellen, zu welchen sozio-ökonomischen Verwerfungen dies führen kann.

L.A. – Back into Future

Wer sich gut zwei Jahre nach der Niederschlagung der Aufstände, die im Mai 1992 weite Teile von South Central, Pico Union und Koreatown in no-go areas verwandelten, in Los Angeles umschaut, wird feststellen, daß sich in den vielzitierten „inner cities" bisher so gut wie nichts getan hat. In den Häuserzeilen entlang Florence, Normandie und Crenshaw Boulevard klaffen immer noch dieselben Lücken wie unmittelbar nach den Riots; die ausgebrannten Ruinen der Fleamarkets, Liquor Stores und Mini-Malls werden hinter den rostig gewordenen Bauzäunen langsam aber sicher von der Natur zurückerobert; Compton, Huntington Park und Cudahy – allesamt Stadtteile von South Los Angeles – gehören mit einem Jahreseinkommen von ca. 7.000 US$ pro Kopf nach wie vor zu den 12 ärmsten Vororten der USA. Selbst bei „Rebuild Los Angeles", einer Non-Profit-Organisation, die unmittelbar nach den Aufständen gegründet wurde, um private Investitionen in die deindustrialisierten Wüstungen von South Central zu lenken, sind die Wiederaufbau-Slogans verstummt. Von den ursprünglich zugesagten

Investitionen in Höhe von 6 Mrd. US$ sind gerade einmal 580 Mio. übrig geblieben, und produzierendes Gewerbe sucht man unter den Investoren vergeblich.

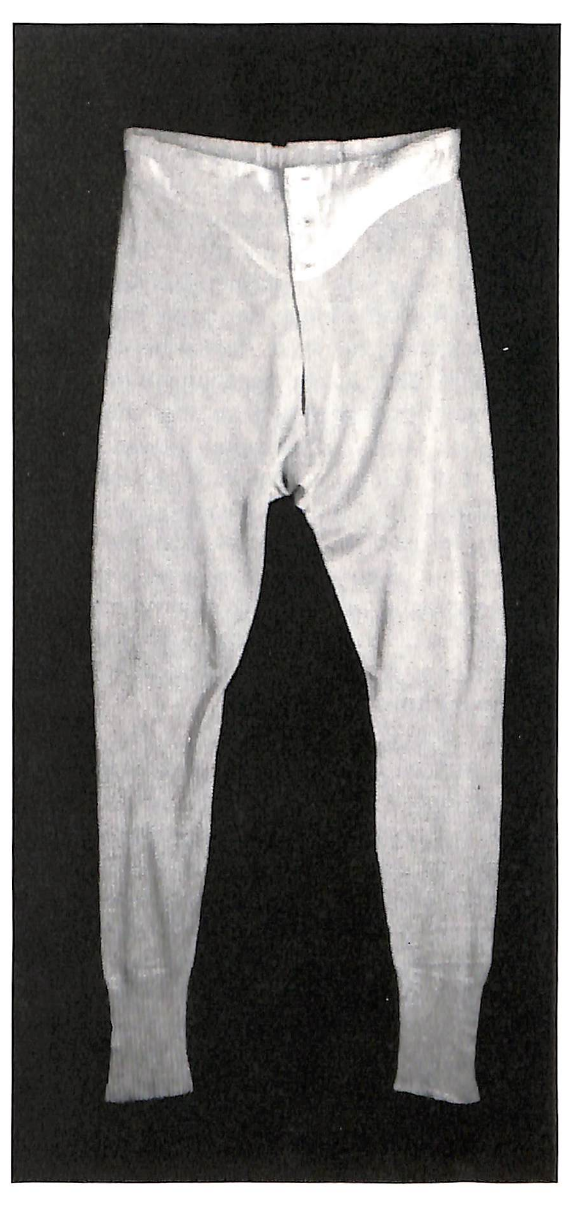
Einzig Ex-Polizeichef Daryl Gates, unter dessen Ägide das Los Angeles Police Department zu einem militärisch organisierten Aufstandsbekämpfungsapparat hochgerüstet wurde, hat dank der Riots sein Auskommen gefunden. Der in der farbigen Community L.A.s wohl meistgehaßte Mann hat ein Computerspiel auf den Markt gebracht, in dem man sich als Einsatzleiter im finalen Kampf gegen den – „schwarzen" – Mob von South Central bewähren kann. Der Absatz ist rege, und Gates lebt nicht schlecht davon.

Daß die polizeiliche Praxis in South Los Angeles und Pico Union der lateinamerikanischen immer ähnlicher wird, ist freilich ebensowenig ein Zufall wie der Umstand, daß die drastischen Einkommensunterschiede wachsen und das Gesicht der Stadt wesentlich von den labouring poor geprägt wird.

Trend zur Flexibilisierung

Die Drittweltisierung ging einher mit der in den letzten zwanzig Jahren von den städtischen Eliten betriebenen Entwicklung von Los Angeles zur Finanzmetropole am Rand des pazifischen Beckens und Frontstadt an der Grenze zu den pazifischen Märkten. Sie prägt die Lebenswirklichkeit eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung.

Tatsächlich ist Los Angeles – und damit auch der sogenannte 60 miles circle mit seinen 132 weitestgehend eigenständigen Gebietskörperschaften – heute eine der widersprüchlichsten städtischen Regionen überhaupt. Denn im Gegensatz zu den Bedingungen des fordistischen Regimes, wo mit anderen Städten um die Kommandofunktionen konkurriert wurde, finden sich heute die Städte im Kontext internationaler Konkurrenz wieder. Dies hat aber nicht nur zur Folge, daß sie nun direkt um Industrien und Arbeitskräfte konkurrieren, sondern daß sie auch eine immer weiter fortschreitende partielle Peripherisierung in Kauf nehmen müssen. So produziert man zum Beispiel im Stadtteil Pico-Union in direkter Weltmarktkonkurrenz Billigst-Bekleidung. Immer mehr Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit werden entwertet und – insbesondere in der Einwanderungsökonomie von Los Angeles – durch Deregulierung und Informalisierung „drittweltisiert".



„Der gesellschaftliche Trend zur Flexibilisierung", so Roger Keil in seinem Buch „Weltstadt – Stadt der Welt", „ist in diesem Teil der städtischen Realität gleichbedeutend mit der Internationalisierung selbst, eines ist ohne das andere nicht vorstellbar: Die Internationalisierung ist als ein durch kommunale und soziale politische Aktivitäten regulierter Vergesellschaftungs- und Urbanisierungsprozeß zu begreifen."

Dies gilt für niedrig-qualifizierte Dienstleistungen wie Fensterputzen oder Kinderhüten ebenso, wie für ehemals formale, nun aber deregulierte Arbeitsverhältnisse im gewerblichen Sektor oder die medizinische Versorgung in den state hospitals.

Kapitalimport aus dem Süden

Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ebenso wie die hohen Immigrationsraten qualifizierter und unqualifizierter Arbeitskraft haben dazu beigetragen, daß das County L.A. heute zu einem der beliebtesten Produktionsstandorte gehört, weil es die Vorteile der „ersten" und der „dritten" Welt vereint. Das Kapital kann dort jedenfalls auf einen Überfluß an Industrieflächen, eine sehr kooperative Verwaltung und die bereitwilligsten ArbeiterInnen der Welt zurückgreifen. Wobei man sich immer vergegenwärtigen sollte, daß die in internationalistischen Kreisen so weit verbreitete Ethnisierung des Kapitals – nach dem Motto: hier das böse US-Kapital, dort die armen ImmigrantInnen – wohl nirgendwo so weit neben der Wirklichkeit liegt wie in L.A. Es sei denn, man wäre bereit, die in der Regel aus Mexiko, Korea oder Südostasien stammenden Eigentümer der zahlreichen „sweatshops" in der Bekleidungsindustrie, der Holzverarbeitung, den Reparatur- und Instandsetzungsbetrieben oder dem Einzelhandel als „ausgebeutete", weil marginalisierte und beständig von der Vernichtung bedrohte Kapitalfraktion zu bezeichnen. Dann könnte man vielleicht auch über den nicht unwesentlichen Tatbestand hinwegsehen, daß die sogenannte „Drittweltisierung" der städtischen Ökonomie zu einem großen Teil auf den Kapitalimport

Marginalisierung in New York

Im Jahre 1965, als in New York ein neues Immigrationsgesetz erlassen wurde, schien die Zuwanderung zum Stillstand gekommen zu sein. Die Puertoricaner wurden damals als die „letzten Ausländer" in New York bezeichnet. Das Auf und Ab der Weltwirtschaft änderte jedoch die Lage. Neue Einwanderer kamen, zuerst aus der Karibik und aus Mittelamerika, dann aus Korea, dann aus der zusammenbrechenden Sowjetunion, aus dem mittleren Osten und aus Mexiko. Diese neuen Einwanderer machen heute die Hälfte der New Yorker Bevölkerung aus. Hinzugekommen ist ein Rückstrom aus den Vororten. Zum Teil ist dieser Rückstrom von den Besonderheiten des Immobilienmarktes erzwungen worden. Doch eine Ursache dafür ist auch der Wunsch vieler junger Leute, in die Stadt zurückzukehren: Junge „Weiße" zwischen 18 und 30 haben den größten Anteil an diesem Rückstrom.
Nach dem 2. Weltkrieg kam es in New York zu einer Art sozialen und familialen Aufspaltung. Erfolgreichere Leute griechischer, italienischer oder irischer Herkunft und auch erfolgreichere US-amerikanische Juden verließen den Kernbereich, ihre weniger erfolgreichen „Verwandten" blieben zurück. Vor allem ältere Leute. Eines der großen unbekannten Dramen New Yorks in den letzten fünfzig Jahren ist das der jüdischen Armut gewesen. Das Stereotyp von den New Yorker Juden als einer besonders erfolgreichen Gruppe hat über die Zehntausenden armer Juden an der Lower East Side, an der Upper West Side und in Flatbush hinwegsehen lassen. In anderen „Minderheiten" haben die Mobilität der Klassen und die Generationenklüfte zu ähnlichen Dramen geführt, wenn beispielsweise erfolgreiche „Schwarze" der Mittelschicht in die Suburbs zogen.
Das Wort „Ghetto" hat im modernen New York daher eine andere Bedeutung als im Venedig der Renaissance. „Ethnische Reinheit" in einem Ghetto setzt eine deutliche Anweisung der Macht zur „ethnischen Trennung" voraus, eine staatliche Anweisung wie die in Venedig, die Juden an einem bestimmten Ort zusammenzufassen, oder eine „informelle" Anweisung, wie im modernen New York, „Schwarzen" kein Geld zu leihen. Ursprünglich waren die New Yorker Ghettos Bezirke, denen die Obrigkeit eine bestimmte Identität verleihen wollte. Die Lower East Side war zwar arm, aber „ethnisch" sehr heterogen. Little Italy war in den 20er Jahren der Bezirk der Iren und wird heute von ebensoviel Menschen aus dem Nahen Osten wie von den Nachkommen italienischer Einwanderer bewohnt. Harlem beherbergte auf dem Höhepunkt der „Harlem Renaissance" mehr griechische und jüdische Einwanderer als Afroamerikaner.
Zum Ghetto wurde Harlem erst, nachdem Juden und Griechen in den 30er Jahren wegzogen und nachdem auch die afroamerikanische Bourgeoisie in den 40er Jahren wegzog. Der Begriff des Ghettos steht in New York deshalb für die „die zurückgeblieben sind". In einem Ghetto zu leben, bedeutete von da an, mit einem Makel behaftet zu sein.
Viele der bürokratischen Versuche, die Ghettobezirke neu zu beleben, verfolgten das Ziel, auch dem Leben der Marginalisierten eine „ehrenhafte kollektive Identität" zu stiften. Dieser Versuch ist überall in New York unternommen worden. Unter neuen Migranten ebenso wie unter Afroamerikanern und US-amerikanischen Juden. Die „Ehre" des Ghettos herzustellen lief darauf hinaus, die Leute aufzufordern, sich räumlich und mental nach Innen zu wenden. Es sollte also nicht darum gehen, mit anderen Kontakt aufzunehmen, sondern darum, unter „ethnisch Gleichen" eine gemeinsame Identität zu definieren.
Nach dieser Richtlinie wurden die Ghettobezirke auch mit neuen Einwanderern besiedelt. Die Armutsbezirke nordöstlich der Wall Street beispielsweise füllten sich jetzt mit der Armee der Nachtarbeiter, mit denen die in Putzkolonnen, als Drucker, Boten und Dienstleistende in den Tempeln der Fiberglasfinanz arbeiten. Dominikaner, Salvadorianer und Haitianer drängen sich in den noch bewohnbaren Bezirken der Nordwestecke von Harlem. In Brooklyn haben russische Juden und Syrer die Orte wieder besiedelt, die eine andere jüdische Einwanderergeneration bereits verlassen hatte. Und im ganzen Stadtkern drängt der unablässige Strom junger „Weißer" dorthin, wo einst die „weiße" Mittelklasse lebte. Die jüngere Geschichte des „Multikulturalismus" in New York hat sich in eine separatistische Richtung bewegt. Dieser „ethnische" Separatismus wird vom „Klassenseparatismus" nur teilweise gebrochen.
Differenz und Indifferenz bestehen daher nebeneinander. Das konstruierte „Verschiedensein" veranlaßt die Leute nur selten dazu, miteinander Umgang zu pflegen. Im Laufe dieser Entwicklung sind die Individuen auffällig still geworden. Die Straßen, das Café, das Kaufhaus, Eisenbahn, Bus und U-Bahn sind zu Orten geworden, wo der Blick eine größere Rolle spielt als das Gespräch. Wenn sich verbale Beziehungen schwer unterhalten lassen, werden die Anflüge von Neugier oder Sympathie, die die Leute empfinden, wenn sie sich umschauen, augenblickhaft. Das ist sicher in anderen Städten auch so, aber diese Augenblickhaftigkeit vermischt sich angesichts der Kulturalisierung des öffentlichen Lebens mit den Merkmalen des Rassismus.

R.S./New York

aus Ländern des Südens zurückzuführen ist.

„Mobilisierung des Territoriums"

Illegale ImmigrantInnen – zur Zeit in der Regel zentralamerikanischer oder chinesischer Herkunft – werden vor allem in den Klitschen der eben genannten Branchen verheizt und nur selten von us-amerikanischem Kapital ausgebeutet. Die Flexibilisierung, Informalisierung und die damit verbundene Entstehung unregulierter urbaner Räume geht also Hand in Hand mit der fortschreitenden Internationalisierung des städtischen Raums, der „organisierten Mobilisierung des Territoriums", wie Lipietz es nennt. „Los Angeles", so Edward Soja, „besteht aus scheinbar paradoxen, funktional aber dennoch aufeinander bezogenen und voneinander abhängigen Gegensätzen. Hier gibt es High-Tech-Landschaften ebenso wie industrielle Wüstungen; boomende Wirtschaftsregionen à la Silicon Valley oder Houston ebenso wie Stadtteile, die genauso gut ein Teil von Detroit oder Cleveland sein könnten. L.A. ist alles zugleich: South Bronx, São Paulo, Lower Manhattan, Boston und Singapur. Es scheint, als wolle die Stadt sämtliche Formen der jüngeren Geschichte kapitalistischer Urbanisierung gleichzeitig durchkonjugieren."

Diese „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" ist für kapitalistische Gesellschaften konstitutiv und damit an sich nichts Neues. Aber die extreme Form, die sie in Los Angeles angenommen hat, ist nicht einfach nur eine zugespitztere als in anderen Städten, sondern Ausdruck der Zerstörung und anschließenden Neu-Zusammensetzung des ehemaligen fordistischen Raums.

Denn seit die sogenannten F.I.R.E.-Branchen – F.I.R.E. steht für die Boom-Branchen der neuen Dienstleistungsökonomie, Finance, Insurance und Real Estate – die klassischen Fertigungsindustrien abgelöst haben, haben sich nicht nur Produktionsbeziehungen und Arbeitsorganisation, Produkte und Märkte verändert, sondern auch die sozialen und räumlichen Muster der In-Wert-Setzung verschoben. Nicht nur die Standorte haben sich verlagert, sondern auch die Form ihrer Vernetzung. Denn während beispielsweise eine Reifen- und eine Automobilfabrik über arbeitsintensive Transporttechnologien interagieren, kommunizieren die neuen Industrien weitgehend via Kabel, Glasfaser oder Funk, so daß der Raum zwischen Produzent und Konsument, Angebot und Nachfrage zunehmend an Bedeutung verliert. In den 40 Quadratmeilen zwischen Interstate 10, Compton und Downey, dort also, wo das Gros der Afro-AmerikanerInnen und der – meist illegalen – lateinamerikanischen ImmigrantInnen lebt, existiert jedenfalls nicht einmal mehr der Hauch einer städtischen Infrastruktur.

„Cyb-Urbia"

Die mit den neuen Technologien und Produkten einhergehende „Informationsordnung" hat nicht nur neue Märkte, sondern noch mehr weiße Flecken auf der Landkarte geschaffen. Wer sich zum Beispiel eine Karte anschaut, die den weltweiten Datenfluß dokumentiert, wird feststellen, daß diese „Un-Räume" nicht nur in den „Least Least Developed Countries" zu finden sind. Ein vergrößerter Ausschnitt von L.A. würde zeigen, daß Downtown – ähnlich einer Spinne im Netz – das Zentrum eines Daten- und Informationsnetzes bildet, dessen konzentrische Verbindungslinien fast alle in die Randbereiche des 60 miles Circle hineinreichen. Der Raum dazwischen verliert ebenso wie dessen Bevölkerung zunehmend an Wert und wird irgendwann einmal der Bedeutungslosigkeit anheim fallen. „Cyb-Urbia" nennt Mike Davis dieses Mosaik aus Entwertung und „In-Wert-Setzung". In South Central L.A. jedenfalls gibt es mit Sicherheit mehr Analphabeten als PCs, mehr Liquor-Stores als Unternehmensberatungen und mehr Knarren als Funktelefone oder Faxgeräte.

In dem verödeten Brachland im Süden der Stadt glaubt jedenfalls niemand mehr an den American Dream. Die „Schwarzen" schon lange nicht mehr, die „Latinos" spätestens seit Mai '92 nicht mehr. Wie lange der „weiße" Mittelstand noch daran glaubt, ist ebenfalls fraglich, denn auch Reagans militärkeynesianische Revolution frißt ihre Kinder: 27% der Arbeitsplätze, die 1993 in den USA vernichtet wurden, gingen allein in Süd-Kalifornien verloren.

Die Organisationsfrage stellen

Die am Beispiel von Los Angeles näher ausgeführte Internationalisierung des lokalen Raums stellt auch die hiesige Solidaritätsbewegung vor Probleme, die relevanter sein dürften als der Konflikt zwischen Transfair-Kaffee und Sandino-Dröhnung.

Hilfreich wäre hierbei ein Blick in die organisatorische und politische Praxis einiger Stadtteilinitiativen in L.A., die aufgrund der geschilderten Umstände notgedrungen in einem globalisierten Kontext arbeiten und selbst lokalpolitische Stragien nur internationalistisch formulieren können. Die Solidaritätsbewegung muß sich entnationalisieren. Sie muß aufhören, Konflikte entlang nationalstaatlicher Grenzen festmachen zu wollen.

Frank Sträter

Dieser für die 17°C überarbeitete Artikel erschien zuerst in „blätter des iz3w", Nr. 200, September 1994.

Anmerkungen:

1) Ford hatte nach Einführung des Fließbandes – das neben einer Produktivitätssteigerung die Vergrößerung des Produktionsvolumens sowie die Senkung der Lohn-Stückkosten nach sich zog – die Löhne eines Teils seiner Arbeiter erhöht, um zu gewährleisten, daß seine eigenen Arbeiter später nach den von ihnen hergestellten Gütern nachfragen könnten. Ford war damit einer der ersten, die die volkswirtschaftliche Notwendigkeit stabiler Nachfrage bei steigender Produktivität und wachsenden Kapazitäten auch betriebs- und lohnpolitisch anerkannten.

2) Aus Platzgründen verzichte ich auf die historische Beschreibung des Krisen- und anschließenden Transformationsprozesses.

PUBLIC ENEMY:

WHAT KIND OF POWER WE GOT

Sieben Jahre nach „Fight The Power“ zieht Public Enemy Bilanz: Außer viel Spaß für „weiße Hörer“ und viel Geld für einige Künstler hat HipHop nicht viel gebracht. Die Tatsache, daß HipHop überall konsumiert wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß von Power keine Rede sein kann. Die Frage lautet also wieder „Was tun?“ bzw. „So Whatcha Gone Do Now?“. Doch diese Frage will man sich in den subkulturellen Szenen nicht mehr stellen. Seit Chuck D davon berichtet, wie Onkel Tom zum Studio-Gangster wurde, gilt er hier als Spaßverderber.

1 Für viele deutsche Hörer war die Beschäftigung mit HipHop nie mehr als eine Zapping-Safari durch die Virtual Reality exotischer Träume. Ihre erste Bedingung an Rap war immer, daß er zusagen mußte, wenn er keine Absage erhalten wollte. Sofern überhaupt ein Interesse an der politischen und sozialen Dimension von Rap bestand, wurde es letztlich doch dem Unterhaltungsbedürfnis untergeordnet. Diese Überhöhung einer einseitig ästhetischen Wahrnehmung zieht sich als markante Zeitgeistspur durch die HipHop-Rezeption der letzten Jahre. Und daran hat die sogenannte Re-Politisierung der Subkultur nichts geändert. Im Gegenteil: Der Prozeß der Entgrenzung von Popkultur und Warenwelt hat damit auch das Soziale erfaßt. Das Ästhetische färbte lediglich auf das neue Politische ab, und die ästhetischen Kategorien der Wahrnehmung wurden letztlich nur mit einer (inzwischen prestigeträchtigen) „politisierten" Rhetorik aufgeladen. An die Stelle der in den 80er Jahren üblichen Ausgrenzung des Sozialen, trat in den 90er Jahren die Suggestion von „Politik". Die „Re-Politisierung" entpuppt sich als zeitgemäße Technik der Entsorgung der sozialen Frage. Die Sorge einiger Pop-Fans, mit der Losung „The Kids are not alright" solle jedem Spaß ein Ende gemacht werden, beruhte auf einem Mißverständnis. Schluß gemacht wurde nur mit dem Agit-Pop-Spaß, der dem subkulturellen Haben-Wollen in die Quere kam. Indem das Soziale ästhetisiert wurde (und nichts anderes meint „Re-Politisierung": Überwindung der Trennung von Kunst und Leben durch Aufnahme des Lebens in die Kunst. Es ist das alte dadaistische Projekt der totalen künstlerischen Erfahrung, der „Überwindung" der Trennung auf dem Boden von Pop & Kunst und daher jenseits einer revolutionären Antipolitik), konnte der ästhetische Diskurs um politische Kategorien erweitert werden, die dann zu Abwehrwaffen gegen Polit-Rapper wurden, denen ästhetisch nicht beizukommen war.

Die Reaktionen auf das jüngste Public Enemy-Album „Muse Sick N Hour Mess Age" belegen das: Während man die Musik, die man wieder einmal vom „Inhalt" abtrennte, als „eindrucksvoll" bezeichnete (obwohl die meisten Rockisten den R&B-Sound von „Give It Up" und anderen Stücken nicht wirklich mögen), distanzierte man sich mehr oder weniger offen von diesem „Inhalt" oder verschwieg ihn.

Der einzige angemessene Beitrag zu dem Album erschien nicht in einer Musikzeitschrift (interessant ist auch, wo überall überhaupt kein Artikel dazu erschien), sondern in der „taz" (16.10.), wo Dietrich Roeschmann (u.a. Radio Dreyecksland) richtig festhält, daß die neue Platte (a) über den Black Nationalismus hinaus geht (b) in ihrer Polemik gegen Guns, Drugs & Money eine konservative Tendenz erkennen läßt, (c) sich auf diesen Konservatismus aber nicht reduzieren läßt und (d) insgesamt die Anti-These zu allem ist, was Kids heute Spaß macht.

2 Kurz nachdem im September in Washington ein 11jähriger Junge von seiner Streetgang hingerichtet wurde, erinnerte Bill Clinton auf einer Großveranstaltung von 12 500 afroamerikanischen Baptisten (die insgesamt 8,2 Millionen Mitglieder haben) an die Bedeutung familiärer Werte und an deren Verletzung durch eine wachsende Zahl von Singlemüttern und durch jugendliche Kriminelle. Das keineswegs nur mittelständische Publikum spendete heftigen Beifall.

Werden die Baptisten und ihr Präsident auch Public Enemy Beifall spenden, nachdem die auf ihrem jüngsten Album Gangsta Rapper als „slaves to the rhythm of the master" bezeichneten? Steht Public Enemy damit auf der Seite der Reaktion?

Chuck D's frontaler Angriff auf die bei Rappern und ihren Fans verbreitete Ästhetisierung der Ghetto-Situation hat einige Pop-Schreiber aus dem Kölner Raum in eine gewisse Verlegenheit gebracht. Darin geübt, noch die fragwürdigsten Statements aus HipHop-Land entweder gut zu finden oder wenigstens wegerklären zu können, war mit Chuck's Gangsta-bashing schlagartig eine neue Lage entstanden: Der Mann kritisierte den affirmativen Blick aufs Ghetto und damit auch die zurückliegende (schlechte und immer häufiger direkt auf den Infos der Plattenfirmen beruhende) deutsche Rap-Berichterstattung. Der Versuch, sich mit der Wiedergabe der in den US-Magazinen geführten Diskussion aus der Affäre zu ziehen, konnte da nicht weiterhelfen, und man konnte die Sache auch nicht jenen freien Mitarbeitern überlassen, deren wichtigstes Ziel die lückenlose Verbraucherberatung ist. Das Ergebnis ist bekannt: Die Band, die man immer schon als zu sperrig empfunden hatte, wurde nun von höchster Stelle als „rechtsbürgerliche" Kraft denunziert und damit abserviert. Und das nicht in einer Titelstory, wie es angemessen gewesen wäre, wenn dieses Urteil über die Gruppe (mit der für viele Fans HipHop erst begann) zutreffen würde, sondern als Hausmitteilung, die in einer launischen Plattenkritik versteckt wurde.

Die Band, der man sich da auf eine ganz und gar billige Tour entledigte, hatte immerhin Ende der 80er Jahre mit „Bring The Noize", „Fight The Power" und „It Takes A Nation Of Millions To Hold Us Back" die Pop-Welt verändert und viele von uns zur Auseinandersetzung mit der Realität von Rassifizierung und Marginalisierung geradezu genötigt. Plötzlich entdecken Leute, die mit dem Black Nationalism nie ein Problem hatten, bei Public Enemy das „Problem der nationalistischen bis islamistischen Fraktion der schwarzen Opposition." Man tut so, als hätte Chuck D den Moralismus eben erst erfunden und als fordere er zum ersten mal „Disziplin" ein. Aber alle diese Elemente finden sich bei Public Enemy praktisch von Beginn an. Es gibt bei dieser Band auch mit Sicherheit keinerlei „Umorientierung vom Kampf gegen zum Aufruf für" etwas, weil sie von der ersten Platte an ausdrücklich *für* Selbstorganisation und Kampfdisziplin plädierten. Auch die in der preach & teach-Strategie des Grafikdesigners Carlton Ridenhour aka Chuck D enthaltenen konservativen bis verschwörungstheoretischen Momente sind seit sieben Jahre bekannt.

„Die Glorifizierung der prächtigen Underdogs läuft auf die des prächtigen Systems hinaus, das sie dazu macht" (Adorno)



Chuck D's Kritik an Gangsterism stellt keinen Bruch mit seiner bisherigen Argumentation dar. Wenn er sagt „I'm not spinning some fantasy gangsta shit about gangbanging and drug-slinging – I'm talking about racism", dann spricht er bestenfalls deutlicher aus, was er früher schon sagte und was auch z.B. KRS-One sagt: Stop the violence, spielt nicht Amos & Andy, reißt Euch zusammen und unternehmt etwas gegen die fatale Situation! Das ist zunächst nur Agitation für ein Minimum an Zusammenhaltskultur. Diese Agitation bleibt moralisch, weil sie die Lösung nur im Appell sucht und nicht untersucht, wieso die nationalistische Propaganda der letzten Jahre scheiterte, wieso sie die Lage falsch beschrieb. Aber Chuck D's Kritik zielt immerhin auf Strukturen, die die „Verwandlung des politischen Kampfes aus einem Zwang zur Entscheidung in einen Gegenstand kontemplativen Behagens" (Benjamin) begünstigen und auf Rapper, deren selbstgefälligem „my shit is real!"-Habitus man schon ansieht, daß sie davon nichts begreifen (oder aber ein diffuses Gefühl der Fremdbestimmtheit in Antisemitismus verwandeln, wie Ice Cube in „No Vaseline": „...get rid of that devil, real simple/put a bullet in his temple/ cause you can't be the nigger for life crew/ With a white jew telling you what to do"). Wenn Chuck D den supermaskulinen Ghettocentric-Rappern vorwirft, nach der Pfeife der Macht (des Masters) zu tanzen, appelliert er zugleich an ihren politischen Verstand. Nicht nur an ihren: Seine Frage „What Side You On?" hat inzwischen einen anti-essentialistischen Ausgangspunkt. In seine Forderung nach „abgestimmten Aktionen" gegen das „White establishment" (!) bezieht er alle Antirassisten ein – „egal ob grün, weiß oder schwarz".

3 Chuck D ist sich also treu geblieben. Die Kritik an seinem Moralismus, der nicht konservativer (nur drastischer) ist, als der von Nelson George, Cornel West oder Henry Louis Gates, wurde bisher von genau den gleichen Leuten sabotiert, die uns jetzt erzählen wollen, dieser Moralismus sei ein neues Phänomen.

Aber Chuck D hat ein Problem, das seine abtrünnigen Fans nie hatten: Weil er einen bestimmten Anspruch hat (und weil er ganz un-hip daran glaubt, daß Medienkommunikation auch Botschaften transportieren kann), macht es ihm Sorgen, daß bei dem ganzen HipHop-Aufwand außer einigen Rap-Millionären, einer idealisierenden Doktorarbeit von Tricia Rose und akademischen Spekulationen über das „uneigentliche Sprechen" der Rapper nicht viel rumgekommen ist. Es stört ihn, daß die Verhältnisse, gegen die er angetreten ist, letztlich immer noch die gleichen sind. The war's still on.

Deutsche Rap-Fans, die in all den Jahren wenigstens ihren Spaß hatten (und die heute über ein beruflich verwertbares USA-Wissen verfügen, die nützliche Kontakte zu afroamerikanischen Videokünstlern, Kritikern... unterhalten, etc.) muß das nicht weiter interessieren, aber Chuck D muß es schier verrückt machen. Es ist deshalb demagogisch, wenn ausgerechnet jene, die bisher noch jedes rappende Arschloch verteidigten, weil sie sich ihren exotischen Blick nicht nehmen lassen wollen, aus genau diesem Grund mit dem Kritiker des Cartoon-Gangsterism brechen und behaupten, er würde sich von nun an „nicht die Bohne von jenen rechtsbürgerlichen schwarzen Politikern unterscheiden, die das Verbot von Gangster-Rap fordern." Chuck D hat weder ein Verbot gefordert, noch hat er behauptet, die desolate Ghetto-Situation wäre vom fantasy gangsta shit verursacht. Er interpretiert den Boom des Gangsta Rap als Affirmation der Verhältnissse und bedauert die Entpolitisierung der HipHop-Szene.

Dabei stellt er zugleich die bei deutschen Rap-Konsumenten beliebte Vorstellung vom „militanten" Field-Negro (heute: Street-Nigger) in Frage. John Woodford, der von 1969–1972 Chefredakteur des NOI-Blattes „Muhammad Speaks" war, und der heute eine linksliberale Position vertritt, hat diese Entgegensetzung von Field- und House-Negro erst kürzlich als reaktionäre Metapher bezeichnet: „Der Feld-Neger steht in dieser Mythologie für radikale und militante Schwarze und der Haus-Neger für einen Weichling, der die Einheit untergräbt. Wie jedoch der linke Theoretiker Adolphe Reed belegen konnte, waren die Führer der wichtigsten Sklavenrevolten – Nat Turner, Denmark Vesey und Gabriel Prosser – Haussklaven." („The Current" 8/94).

Die Haus/Feld-Dichotomie wird von „weißen Hörern" zur Aufwertung der begehrten street/ghetto-culture und zur Abwertung politischer Diskurse benötigt. Die subkulturelle Vorliebe für „militanten" Studio-Gangsterism beruht auf der Ablehnung politischer Militanz. Damit die Party weitergehen kann, mußte Chuck D als reaktionärer Haus-Neger entlarvt werden.

Es zeigt sich erneut, daß die radikale Linke von „antikonformisischen" Subkulturen nicht viel erwarten darf. Auch dort nicht, wo es um Pop-Phänomene geht. Wenn die Rede zum dritten Mal auf Burroughs kommt, kann man sicher sein, daß sich die Verweigerungs-Schleife tot gelaufen hat. Wirklich unheimlich sind denen, die sich in der subkulturellen Identität häuslich eingerichtet haben, nur die periodisch auftauchenden Abgrenzungsprobleme gegenüber dem Mainstream. HipHop ist ein aktuelles Beispiel dafür. *Günther Jacob*

VOM ANTIKOLONIALISMUS ZUM BEFREIUNGSNATIONALISMUS

Beitrag zur Konferenz „Links ist da, wo keine Heimat ist"

Der Befreiungsnationalismus (und das damit verknüpfte Ideal souveräner Staatlichkeit), an dem die Linke glaubte umstandslos anknüpfen zu können, war also ein Import. Die Vorkämpfer für eine „nationale Befreiung" waren nur deshalb „Nationalisten", weil sie das Vorbild westlicher „Nationalstaaten" und ihren gesamten kulturellen Begründungszusammenhang vor Augen hatten. Dazu mußten sie nicht einmal Kolonialschulen und westliche Universitäten besuchen: Die ökonomische, militärische und kulturelle Praxis der Kolonialisierung unterrichtete auch die breiten Massen in den Kolonien über die Grundzüge westlicher Logik, die dann auch den meisten Befreiungsbewegungen aufgeherrscht wurde. Und viele der antikolonialistischen Bewegungen übernahmen den Nationalismus ironischerweise direkt von Marxisten, deren begriffslose und von taktischen Erwägungen bestimmte Debatte über die „nationale Frage" über Jahrzehnte vielerorts das Feld beherrschte. „Die Befreiung von Ländern einer Welt, die noch nicht als die ‚dritte' bekannt war, wurde nunmehr überall als ‚nationale' oder von den Marxisten als ‚nationale und soziale Befreiung' verstanden." (Hobsbawm). Weil das Ziel der Befreiung irgendwann nur noch in der Installation einer „Nation" nach dem Vorbild der „großen Nationen" der Kolonisatoren bestand und eine Kritik des nationalen Mythos weitgehend aus der Aufgabenstellung herausfiel, konnte man sich schließlich etwas Besseres als die Nation kaum noch vorstellen.

Wie wenig selbstverständlich der Gedanke an NATIONALE Befreiung und NATIONALE Einheit zunächst war, davon zeugen die Schwierigkeiten der Unabhängigkeitsbewegungen bei der Herstellung der erwünschten nationalen Identität: Andere Identitätsformen religiöser, lokaler oder sonstiger Art (auch „ethnische Identitäten" waren häufig gemeinsame Konstrukte von Kolonisatoren und lokalen Eliten), standen der Herausbildung eines „Nationalbewußtseins" im Wege.

Es muß in diesem Zusammenhang aber daran erinnert werden, daß der antikoloniale Widerstand auch bedeutende Analytiker hervorbrachte, die vor ethnischem Partikularismus und Nationalismus warnten. Neben George Antonius („The Arab Awakening"/1938) und C.L.R. James („The Black Jacobins"/1938) und vielen anderen (Edward W. Saids benennt auch Neruda, Tagore und Cabral) ist hier besonders Frantz Fanons 1961 erschienenes Buch „Die Verdammten dieser Erde" zu erwähnen.

Daß diese Autoren in der gegenwärtigen Situation (in Jugoslawien, Algerien, Jemen, etc.) wieder verstärkt rezipiert werden (so wie auch James Baldwin, der ganz ähnlich argumentierte und deshalb in den Black Power-Jahren abgeschrieben war, von vielen afroamerikanischen und afrokaribischen Autoren derzeit wieder entdeckt und rehabiliert wird), ist kein Zufall: Diese Theoretiker hatten vor der Sackgasse gewarnt, in die der Befreiungsnationalismus heute geraten ist. Ihre Einwände werden nun wieder interessant.

Fanon zum Beispiel hat in seinen Buchkapiteln „Mißgeschicke des nationalen Bewußtseins" und „Über die nationale Kultur" detailliert die Übernahme des westlichen Modells durch die Kolonisierten nachgezeichnet: Der antikoloniale Kampf hat sich demnach „nicht auf Anhieb unter einer nationalen Perspektive abgespielt... Lange Zeit richtete der Kolonisierte seine Anstrengungen auf die Beseitigung gewisser Ungerechtigkeiten: Zwangsarbeit, körperliche Strafen, Ungleichheit der Löhne, Beschränkung der politischen Rechte, usw...", bis der Kampf schließlich „bei dem Anspruch auf Eigennationalität" anlangte.

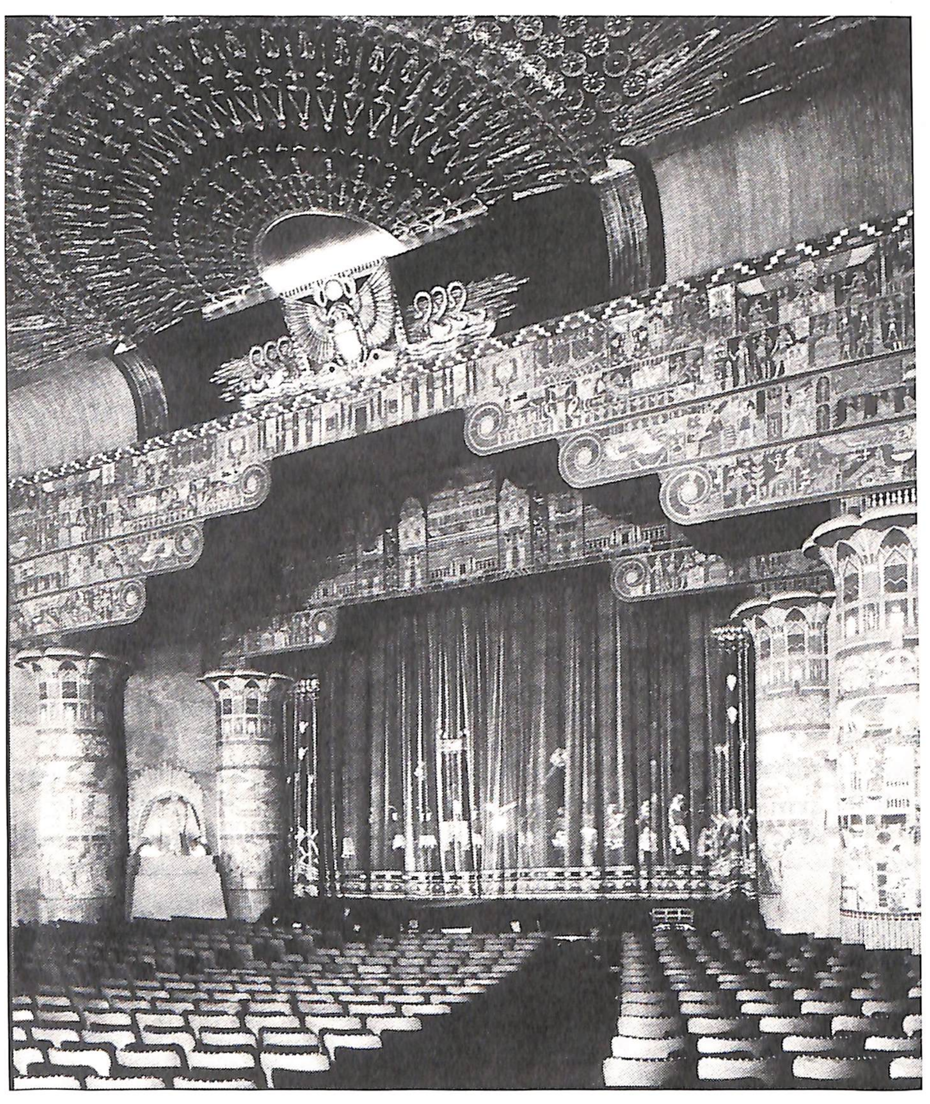
Selbst wo Fanon die „Schwäche des nationalen Bewußtseins" als Hemmnis für den Widerstand bezeichnet, vergißt er nicht, den Widerspruch dieser Konzeption zu benennen. Er sieht wie die lokalen Eliten die europäische Bourgeoisie nur beerben wollen, er beschreibt die Losung von der „Afrikanisierung der Kader" als tendenziell rassistisch und sieht den Fall der Elfenbeinküste, wo es damals zu Pogromen gegen Minderhei-

„Dem Befreiungsnationalismus liegt die Vorstellung zugrunde, daß vor der sozialen die Befreiung von nationaler Unterdrückung durch die Kolonialmächte liegt. Erst durch ihre Unterdrücker wurden die Menschen zu „Völkern" und „Nationen" homogenisiert. Der Kolonialismus hat nicht Nationen unterdrückt, sondern er hat sie erst konstituiert zu neuen Nationalstaaten, deren Befreiung als Verstaatlichung der nationalen Befreiungsbewegungen endete
Der emanzipatorische Ansatz der Befreiung von Unterdrückung und Ausplünderung endete im Nationalismus, weil die soziale Befreiung nicht gelang, sondern in ökonomischer Abhängigkeit stecken blieb." (Aus der Ankündigung der theoretischen Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus. Samstag, 12. November, Dresden. Veranstaltet von Bahamas, Beute, junge Welt, konkret und 17°C. Anmeldung über Konkret, Pf. 30 61 39, 20327 Hamburg).

zu: der Kolonisierte wird behaupten, daß er dem Kolonialherrn gleich sei." Ihm ist auch klar, daß die Feier der alten Bräuche auf die konkrete Lebenssituation der Kolonisierten keine Antwort mehr bieten kann: Weil die „Traditon" stattdessen zum abgesteckten und von den Kolonialmächten zugewiesenen Terrain zu werden droht, muß die Widerstandskultur unvermeidlich „hybrid" werden. Sie trägt die Spuren der westlichen Kultur: vom abstrakten Postulat der Gleichheit aller Menschen über die Identitätspolitik bis zum Nationalismus.

Edward W. Said, der derzeit wohl wichtigste Autor der postcolonial studies, hat diese Erkenntnis in seinen Buch „Culture And Imperialism" an Fanon selbst festgemacht. Im Kapitel „Themes Of Resistance Culture" bezeichnet er es als die „Tragik des Widerstandes", der er viele seiner Kategorien der „Kultur des Empires" entnehmen muß. Fanon, der den Gegner begreifen muß, wenn er ihn treffen will, schlägt ihn schließlich durch Rückgriff auf Hegels Master-Slave-Dialektik: „The irony is that Hegel's dialectic is Hegel's, after all: he was there first..."

Die gewaltsame Begegnung mit dem Unterdrücker war eben auch eine Begegnung, ein Bekanntwerden mit den globalen und imperialen Mustern ihrer westlichen Kultur. Und diese Kultur (Sozialwissenschaften, Ethnologie, Geschichtswissenschaften, Philosophie, moralische Standards, Literatur und Kunst, etc.) ist der kapitalistischen „Ökonomie" (und der damit einhergehenden militärischen Macht) nicht äußerlich. Sie ist vielmehr – Said beschreibt das am Beispiel von Wissenschaften (Geographie etc.), Literatur (Albert Camus) und Kunst (Verdis Oper „Aida") – ein komplexes hegemoniales und expansionistisches Beschreibungs- und Repräsentationssystem zur konsolidierenden Selbstdefinition des Westens und zur Konstruktion des Fremden (z.B. eines essentialistischen „Orients"). Nach der gewaltsames Begegnung mit dem Imperialismus ist eine nativistische, essentialistisch und isolationistische Politik nur noch der Form nach möglich. Der Westen ist mehr oder weniger allgegenwärtig, so daß die antikoloniale bzw. postkoloniale Kultur durch „Hybridität" (E.W. Saids) gekennzeichnet ist. Der Knecht greift nach den Waffen des Herrn – in jeder Hinsicht. Frantz Fanons Hegel-Rezeption, die im nachfolgenden Beitrag vorgestellt wird, ist ein Beispiel dafür.



Graumann's Egyptian Theatre, Hollywood (1922)

ten aus anderen afrikanischen Ländern kam, als Folge der nationalistischen Orientierung: „Im Namen eines engstirnigen Nationalismus oder der Rasse zur Macht gekommen, tritt die (afrikanische) Bourgeoisie mit Erklärungen an, die direkt aus europäischen Traktaten über Moral oder politische Philosophie stammen." Während Fanon in „Schwarze Haut, weiße Masken" die psychische Metamorphose der Kolonisierten als innere Reise von der Selbstverneinung zur Selbstbejahung beschreibt, analysiert er in „Die Verdammten dieser Erde" die Suche nach einer eigenen „Nationalkultur" („ein verzeifelter Rückgriff auf IRGEND ETWAS") in all ihren Widersprüchlichkeiten, und das auf eine Weise, die es weder Eurozentristen (die sich über die Suche nach den „Roots" lustig machen, aber auf „ihre Kultur" stolz sind), noch Ethnopluralisten erlaubt, sich auf ihn zu berufen: „Gegen die bedingungslose Behauptung einer europäischen Kultur wurde die bedingungslose Behauptung eine afrikanischen Kultur gesetzt".

Bei Fanon wird bereits klar, daß die „Entkolonisierung des kolonialen Bewußtseins" nicht wirklich gelingen kann: „Der berühmte Grundsatz, daß alle Menschen gleich seien, läßt in den Kolonien nur EINE Anwendung

Herr + Knecht

Im Zentrum der Fanonschen Hegel-Rezeption, die zunächst über Sartre zustande kam, stehen seine Reflexionen über das Herr-Knecht-Verhältnis. Fanons Aufmerksamkeit gilt der neuen historischen Form dieses Verhältnisses: der Kolonialherrschaft und -knechtschaft. Hatte Hegel gezeigt, daß die Welt, in der das Selbstbewußtsein sich zu bewähren hat, in zwei entgegengesetzte Bereiche aufgespalten ist, in denen verschiedene Gestalten des Bewußtseins vorhanden sind: „die eine das selbständige, welchem das Fürsichsein, die andere das unselbständige, dem das Leben oder das Sein für Anderes, das Wesen ist; jenes ist der Herr, dies der Knecht“[1], so zeigt Fanon entsprechend, daß „die kolonisierte Welt... eine zweigeteilte Welt“[2] ist: die Welt des Kolonisierten und die des Kolonialherrn. Und konstatierte Hegel, daß das Herr-Knecht-Verhältnis kein friedliches ist, sondern bestimmt „durch den Kampf auf Leben und Tod“[3], so hebt Fanon hervor, daß Kolonisierte und Kolonialherrn diese, ihre Bestimmung im Schatten der Bajonette und Kanonen erlangen. Sie haben sich durch Gewalt kennengelernt. „Der Kolonialherr und der Kolonisierte sind alte Bekannte“[4]. Nach Hegel hat der Knecht kein selbständiges Sein; er hängt an einer „Kette, von der er im Kampfe nicht abstrahieren kann“[5]. Er ist kein Sein für sich, sondern ein Sein für Anderes. Deshalb existiert sein Bewußtsein nur „in der Gestalt der Dingheit“[6]. Herr und Knecht befinden sich in einem Prozeß des Anerkennens. Dieses ist aber „ein einseitiges und ungleiches Anerkennen“[7]. Das Anerkanntsein des Herrn durch den Knecht stellt Hegel nicht infrage. Der Knecht bleibt ein Ding. Wie Hegel erkennt Fanon, daß der Kolonialknecht ein Ding ist. Fanon geht es indes darum, diesen Dingcharakter zu überwinden. „Das kolonisierte 'Ding' wird Mensch gerade in dem Prozeß, durch den es sich befreit“[8]. Dieser Prozeß der Menschwerdung des Kolonisierten bildet die ganze Thematik des Fanonschen Werkes.

Der Status des Kolonialherrn beruht auf der totalen Ausbeutung des Kolonisierten. Diese Herrschaft wird nicht verschleiert, sondern geradezu transparent gehalten. Der Kolonialherr „trägt die Gewalt in die Häuser und in die Gehirne der Kolonisierten“[9]. Er drängt ihnen ihren Dingcharakter ins Bewußtsein; er bedient sich einer zoologischen Sprache, wenn er über sie spricht. Der Kolonisierte reflektiert darüber und entdeckt, daß er den gleichen Atem und die gleichen Herzschläge wie der Kolonialherr hat; er entdeckt damit sein Menschsein und erkennt, „daß er kein Tier ist. Und genau zur selben Zeit, da er seine Menschlichkeit entdeckt, beginnt er, seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen“[10]. Die Tatsache also, daß der Kolonisierte mit Gewalt droht, beweist nach Fanon, „daß er sich des außergewöhnlichen Charakters der gegenwärtigen Situation bewußt ist und sie zu nutzen gedenkt“[11].

Und das heißt in einem Satz: „Der Kolonisierte entdeckt die Realität und verändert sie in der Entfaltung seiner Praxis, in der Ausübung der Gewalt in seinem Befreiungsplan“[12].

Die Implikationen des Fanonschen Gewaltbegriffes sind ausschließlich emanzipativer Art. Fanon versteht Gewalt als Gegengewalt; verherrlicht sie nicht; sieht in ihr keine Moralität wie etwa G. Sorel, der Gewalt als eine qualifizierte Lebensäußerung auffaßt, zu der der Mythos aufruft, der dann moralische Kräfte in Bewegung setzt. Sorel spricht von „unsere(n) Neigungen zur Gewalt“[13], die naturhaft seien. Es verwundert daher nicht, daß Mussolini sich offen zu Sorel bekannte:

> Georges Sorel verdanke ich am meisten... Für mich ist die Gewalt moralisch:..., moralischer als Kompromisse und Verhandlungen... Der Faschismus wird sorelianisch sein“[14].

Dieser faschistischen Moralisierung der Gewalt steht Fanon fern. Er hat einen historisch vermittelten Begriff von Gewalt, die dazu dient, Befreiungsprozesse einzuleiten. Nach Fanon beansprucht der Kolonisierte die revolutionäre Gewalt, weil es „seit seiner Geburt... für ihn klar (ist), daß diese sperrige, mit Verboten gespickte Welt nur durch die absolute Gewalt in Frage gestellt werden kann“[15]. Gewalt, und zwar revolutionäre Gewalt, ist somit Gegengewalt; ist eine sich selbst wie andere aufhebende Gewalt.

Gewaltlosigkeit lehnt Fanon entschieden ab; sie ist nichts anderes, als „ein Versuch, das koloniale Problem am grünen Tisch zu regeln“[16], ein Versuch, der von vornherein die totale Kapitulation impliziert. Denn: „Die Infragestellung der kolonialen Welt durch den Kolonisierten ist keine rationale Konfrontation von Gesichtspunkten. Sie ist keine Abhandlung über das Universale“[17]. Die Infragestellung kann nur durch revolutionäre Gewalt und nicht durch Argumente geschehen, weil „der Kolonialismus... keine Denkmaschine, kein vernunftbegabter Körper (ist). Er ist die Gewalt im Naturzustand und kann sich nur einer noch größeren Gewalt beugen“[18]. Aus diesem Grund wiederholt Fanon unermüdlich, daß die Befreiung des Kolonisierten „durch Gewalt geschehen muß und nur durch sie geschehen kann“[19].

Fanons Gewalttheorie & Hegel-Rezeption

Die Kolonisierten, darauf weist Fanon stets hin, schaffen die Gewalt nicht, denn diese steht „hinter der Einrichtung der kolonialen Welt... zur Zerstörung der eingeborenen Gesellschaftsformen“[20]. Ihrer Situation sich bewußt werdend, beanspruchen die Kolonisierten die Gewalt, übernehmen sie, da sie „entschlossen sind, zur aktiven Geschichte zu werden“[21]. Aber die

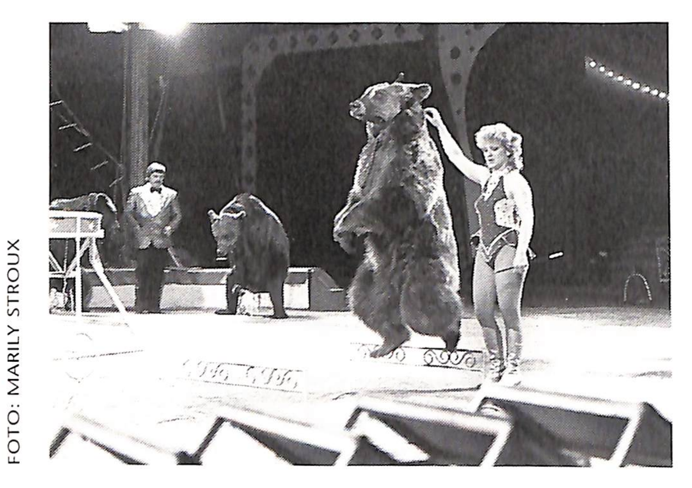


FOTO: MARILY STROUX

Gewalt, die von den Kolonisierten praktiziert wird, ist nicht mehr die alte, ist bereits etwas qualitativ Neues. Wenn der Kolonisierte „beschließt, zu den Waffen zu greifen,... jede Methode verwirft, die nicht gewaltsam ist, so handelt es sich um etwas ganz anderes: hier hat Gewalt ein neues Gesicht“[22].

Die Anwendung emanzipativer Gegengewalt begreift Fanon als Prozeß. In der vorrevolutionären Phase ist das Unbewußte der Ort der Gewaltanwendung. Die Träume der Kolonisierten sind:

„Muskelträume, Aktionsträume, aggressive träume... Während der Kolonisation hört der Kolonisierte nicht auf, sich zwischen neun Uhr abends und sechs Uhr früh zu befreien... Der Kolonisierte ist ein Verfolgter, der ständig davon träumt, Verfolger zu werden“[23].

Auch wird diese unbewußte Gewalttätigkeit kanalisiert in den ekstatischen Tänzen, die nichts anderes sind als Muskelorgien; in ihnen entspannt sich der aggressive Kolonisierte. Fanon nennt diese vorrevolutionäre Phase im Prozeß der Entstehung emanzipativer Gewalt die Stufe der „atmosphärischen Gewalt“[24]. Sie ist charakterisiert durch:

1. die objektiv reife Situation zur Anwendung emanzipatorischer Gewalt und
2. die subjektive Beförderung dieser objektiven Situation durch internationale revolutionäre Kommunikationsprozesse.

„Jede gewaltsame Aktion, die Erfolg hatte, spielt eine nicht nur informative, sondern auch operative Rolle für den Kolonisierten. Der große Sieg des vietnamesischen Volkes in Dien-Bien-Phu ist keineswegs nur ein Sieg für Vietnam“[25].

Vergeblich bemüht sich das Kolonialsystem, die Entwicklung der „atmosphärischen“ Gewalt zu einer „aktiven“ durch Repression zu verhindern; dies aber macht „deutlich, daß zwischen Unterdrückern und Unterdrückten keine Frage gelöst wird, es sei den durch Gewalt“[26].

Mit der „aktiven Gewalt“ beginnt der Prozeß der Dekolonisation. Die in Herrschaft und Knechtschaft geteilte Welt vereinigt sich während der Dekolonisation, die „das Zusammentreffen zweier von Geburt an antagonistischer Kräfte“[27] und „ein Programm absoluter Umwälzung ist“[28].

In diesem Zusammenhang rekurriert Fanon auf Hegels Arbeitsbegriff und verleiht ihm neue Akzente. Bei Hegel kommt der Knecht „durch die Arbeit... zu sich selbst“[29]. Denn seine vergegenständlichte Arbeit tritt „in das Element des Bleibens...; das arbeitende Bewußtsein kommt also hierdurch zur Anschauung des selbständigen Seins als seiner selbst“[30]. Auch für Fanon kommt der Kolonialknecht durch die Arbeit zu sich selbst, doch Fanon begreift Arbeit anders als Hegel.

„Für den Kolonisierten bedeutet... Gewalt die absolute Praxis. Deshalb versteht sich der Kämpfer als Arbeiter“[31].

In diesem Sinne heißt „arbeiten“ für den Kolonialknecht: „am Tod des Kolonialherrn arbeiten“[32]. Das Hegelsche Verständnis von Arbeit als Schaffung von Werten lehnt Fanon ab, weil die Arbeit des Kolonisierten nicht eine an seiner Geschichte ist: er arbeitet an der Geschichte seines Herrn, des Kolonisators. Die Arbeit des Kolonisierten entspricht einem primären Inhalt des Hegelschen Arbeitsbegriffes vorab nicht: sie tritt nicht in das „Element des Bleibens“. – Die Arbeit des Kolonisierten ist zunächst an dem Ziel orientiert, das autochthone Moment seiner eigenen Geschichte herzustellen. Für Fanon ist daher alles wahr, „ was die Auflösung des Kolonialregimes vorantreibt“[33]. Erst dann beginnt die Geschichte des Kolonisierten; erst dann tritt seine Arbeit in das „Element des Bleibens“.

Wenn Fanon von der Arbeit des Kolonisierten spricht, dann legt er die Pointe stets auf die vom subjektiven Bewußtsein autorisierte und auf revolutionäre Gewalt basierende Praxis. „Diese Praxis klärt den Handelnden auf, weil sie ihm Mittel und Zweck zeigt“[34].

Damit greift Fanon genau das auf, was Hegel aus seiner Philosophie eskamotiert. Hegel verneint zunächst, daß Gewalt durch Gegengewalt aufgehoben werden könne; nach ihm muß Gegengewalt dem geschichtlichen Prozeß verhaftet bleiben, dem „fremde Gewalt ist Besonderes gegen Besonderes“[35] – und Hegel empfielt daher einsichtige Reformen. Revolutionäre Gewalt lehnt er ab, weil sie zu einer vom subjektiven Bewußtsein autorisierten Praxis führe, welche die absolute Freiheit und der Schrecken sei.

„Das einzige Werk und Tat der allgemeinen Freiheit ist... der Tod, und zwar ein Tod, der keinen inneren Umfang und Erfüllung hat, denn was negiert wird, ist der unerfüllte Punkt des absolut freien Selbst; er ist also der kälteste platteste Tod, ohne mehr Bedeutung als das Durchhauen eines Kohlhauptes oder ein Schluck Wassers“[36].

Deshalb führt Hegel „die absolute Freiheit aus ihrer sich selbst zerstörenden Wirklichkeit in ein anderes Land des selbstbewußten Geistes über“[37]. Revolutionäre Prozesse werden also bei Hegel als ein objektiver Vorgang interpretiert – ohne jegliche subjektive Beteiligung der Individuen. Hegel „will die Revolutionierung der Wirklichkeit ohne Revolutionäre“[38]. Fanon hingegen geht es gerade um die Revolutionäre in der bewußt revolutionären Praxis. Denn die in der revolutionären Praxis ausgeübte Gewalt wirkt „auf individueller Ebene entgif-

tend. Sie befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex, von seinen kontemplativen und verzweifelten Haltungen. Sie macht ihn furchtlos, rehabilitiert ihn in seinen Augen selbst"[39].

Scharfe Kritik übt Fanon an Engels' Bestimmung der Gewalt, wonach der Erfolg der Gewalt von der ihr zugrunde liegenden technischen Ausrüstung, das heißt: dem Stand der Produktivkräfte abhängt. Engels' Gewalttheorie entstand im Rahmen der Kontroverse mit Eugen Dühring. Engels' Polemik richtet sich gegen Dührings Ableitung der ökonomischen Verhältnisse aus der politischen Gewalt. Er zeigt, daß die Anwendung von Gewalt durch den Menschen zur Unterjochung des Menschen voraussetzt, daß der Unterjocher über die Arbeitsmittel verfügt, durch die er den Geknechteten ausbeuten kann[40]. Damit will Engels hervorheben, „daß die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist"[41]. In Engels' Gewalttheorie wird der Sieg der Gewalt „durch die Wirtschaftslage bestimmt, die ihr die Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung der Werkzeuge verschafft"[42]. Präziser formuliert heißt das, „daß die Gewalt kein bloßer Willensakt ist, sondern sehr reale Vorbedingungen zu ihrer Bestätigung erfordert, namentlich Werkzeuge, von denen das vollkommenere das unvollkommenere überwindet; daß ferner diese Werkzeuge produziert sein müssen, womit zugleich gesagt ist, daß der Produzent vollkommenerer Gewaltwerkzeuge, vulgo Waffen, den Produzenten der unvollkommeneren besiegt, und daß, mit einem Wort, der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt..."[43].

Durch diese Bestimmung wird freilich der Gewaltbegriff stark eingeengt, so daß Engels schließlich behaupten kann: „Die Gewalt, das ist heutzutage die Armee und die Kriegsflotte"[44].

Nach Engels müßte diese Bestimmung der Gewalt selbst dem kindlichsten Axiomatiker, also auch Dühring begreiflich sein. Fanon dagegen sieht gerade in Engels' Bestimmung ein „Monstrum an Puerilität"[45], weil durch sie die Praktizierung emanzipativer Gewalt durch die Unterdrückten a limine ausgeschlossen wird: sie verfügen nicht über solche Werkzeuge wie die Unterdrücker. Nach Fanon antizipiert Engels mit seiner Gewalttheorie bereits den Reformismus, der seine Trägheit mit dem Hinweis auf den Stand der gegnerischen Waffentechnik rationalisiert. Was Engels übersieht – so Fanon – ist, daß die Gegengewalt der Unterdrückten schon etwas qualitativ Neues ist. Napoleon konnte mit seiner überlegenen Waffentechnik die Spanier mit ihrer Guerilla-Taktik nicht besiegen. In der imperialistischen Ära einer polarisierten Welt werden Bedingungen geschaffen, die Engels Gewaltbestimmung unbrauchbar machen. Fanon betont, daß „die Gewalt des Kolonisierten nur dann verzweifelt wirkt, wenn man sie in abstracto mit der Militärmaschinerie der Unterdrücker vergleicht. Sieht man sie jedoch innerhalb der internationalen Dynamik, so merkt man, daß sie eine furchtbare Bedrohung für den Unterdrücker darstellt"[46]. Fanon weist darauf hin, daß „die Guerilla der Kolonisierten... als Instrument der Gewalt gegenüber anderen Gewaltinstrumenten nichts (wäre), wenn sie nicht zugleich ein neues Element im globalen Konkurrenzkampf der Trusts und der Monopole wäre"[47].

Wirkt die Gegengewalt der Kolonisierten mit Erfolg, das heißt, führt sie zur Emanzipation von der unmittelbaren Kolonisation, so bedeutet das – Fanon zufolge – längst noch nicht, daß der Kolonialknecht sich total emanzipiert hat. Es geht darum, „diese Welt zu vermenschlichen, die der Imperialismus auf die Stufe des Animalischen herabgedrückt hat"[48].

(B.T.)

1 Hegel, C.W.F.: Die Phänomenologie des Geistes, Hamburg 1972, S. 146
2 Fanon, F: die Verdammten dieser Erde, Frankfurt 1966, S.29
3 Hegel, S. 144
4 Fanon, S.28
5 Hegel, S. 146
6 Ebd., S. 145
7 Ebd., S. 147
8 Fanon, S.28
9 Ebd., S.29
10 Ebd., S. 33
11 Ebd., S. 57
12 Ebd., S. 45
13 Barth, H: Masse und Mythos. Die Theorie der Gewalt: George Sorel, Hamburg 1959, S. 100 ff.
14 Mussolini, B., zit. nach Bertelé, ed.: Panorama des zeitgenössischen Denkens, Frankfurt 1961, S. 295
15 Fanon, S. 29
16 Ebd., S. 47
17 Ebd., S. 31
18 Ebd., S. 47
19 Ebd., S. 56
20 Ebd., S. 31
21 Ebd.
22 Ebd., S.57
23 Ebd., S. 41
24 Ebd., S. 54
25 Ebd.
26 Ebd., S. 55
27 Ebd., S. 27
28 Ebd.,
29 Hegel, S. 148
30 Ebd., S. 149
31 Fanon, S. 65
32 Ebd., S. 66
33 Ebd., S. 39
34 Ebd.
35 Habermas, J.: „Hegels Kritik der französischen Revolution", in: Theorie und Praxis, S. 89 ff., hierzu S. 97
36 Hegel, S. 418 f.
37 Ebd., S. 422
38 Habermas, J., S. 105
39 Fanon, S. 72
40 Engel, F.: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, berlin 1962, S. 16-303, hierzu S. 150
41 Ebd., S. 148
42 Ebd., S. 155
43 Ebd., S. 154
44 Ebd.
45 Fanon, S. 49
46 Ebd., S. 61
47 Ebd., S. 50
48 Ebd., S. 78

vielleicht sollte das geheim bleiben:

photographie ist ein beruf für faule.

man braucht dafür nicht trainieren

wie musiker, ärzte oder tänzer.

man muß nur (ein bißchen) sinn für

komposition haben und etwas feingefühl.

ganz schöne sachen entstehen aus dem

nichtstun und beobachten.

ein photo ist nichts anderes als eine

kombination von nichtstun und beobachten,

entwickelt auf einem schwarz-weiß-papier,

das gut fixiert werden muß

um nicht zu schnell zu verschwinden . . .

elliot erwitt

fotos: markus dorfmüller/markus kröger





River Andoni

17. 4. 1992
Nigeria/Lagos
Baujahr 1979
BRT 10 983
Ladetonnen 11 557
Länge 147,28 m

Muntenia

15. 8. 1993
Rumänien/Constantza
Baujahr 1974
BRT 46 900
Ladetonnen 86 094
Länge 242,12 m





Zim Sydney

11. 4. 1993
Israel/Haifa
Baujahr 1972
BRT 15656
Ladetonnen 22111
Länge 191,31 m

Capricorn

20. 4. 1992
Zypern/Limassol
Baujahr 1973
BRT 12053
Ladetonnen 13000
Länge 175,34 m





Castillo de Quermenso

9. 4. 1993
Spanien/Gijon
Baujahr 1973
BRT 53 728
Ladetonnen 106 476
Länge 273,34 m

Trade Dawn

17. 4. 1992
Liberia/Monrovia
Baujahr 1977
BRT 12 183
Ladetonnen 19 607
Länge 152,36 m



Die Autonomen

Ursprünge und Entwicklung der autonomen Bewegung, Teil III

Aus gegebenem Anlaß – 5 Jahre Super-Deutschland und die Linke mittendrin – setzen wir unsere Serie mit dieser Chronologie fort, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Zur Entwicklung der Autonomen nach 1991 werden wir als Abschluß Stellung nehmen, in der nächsten Nummer schließen wir an die Beschreibung des SDS und der APO aus der Nr. 8 an.

Chronologie der Geschichte der Autonomen in der BRD bis 1991

Die Anmerkungen beziehen sich auf Bücher, Broschüren, Zeitungen und Interviews. Hierin finden sich ausführlichere Darstellungen zu den angeführten Einzelpunkten. Bewußt weggelassen wurden die meisten Repressionsmaßnahmen des Staates gegen z.B. Einzelpersonen, Gruppen, Zeitungskollektive, Buchläden. Druckereien etc. Zur Gesamtentwicklung der Repression gibt es die Broschüren „Restrisiko -Mensch" [4/5 1987, Bremen] sowie „Sand im Getriebe der Macht" [1981/82, Berlin]. Wenn es um die Repression gegen Einzelpersonen und Gruppen geht, dann sind die durchgängigen Periodika der Szene zu empfehlen (radikal, Aktion, Sabot, interim etc.); zur Repression gegen Zeitungen, Buchläden und Druckereien gibt die Broschüre „SchwarzeTexte" [ID-Archiv 1989, Amsterdam] einen guten Überblick. Ebenfalls nicht eingegangen wurde auf die Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF und Widerstand (zum letzten Hungerstreik s. radikal 137, Mai 1989) sowie auf die einzelnen antifaschistischen Aktivitäten.

1967/68: antiautoritäre, undogmatische und anarchistische Strömungen in der StudentInnenbewegung und der APO; bewußte Regelverletzungen bei Demonstrationen und durch Besetzungen (z.B.Universitätsinstitute) [Geronimo 1990. Langguth 1983]

Anfang der 70er Jahre: Spontis und Anarchos entstehen in Abgrenzung zu dogmatischen K-Gruppen [vgl. Geronimo 1990]; Beginn der Randgruppen- und Stadtteilarbeit. Alternative Milieus und Treffpunkte entstehen [Wildcat 38+40/1986]; starkes Interesse an autonomen Fabrik- und Häuserkämpfen in Italien [Autonomie AF 1975, Kursbuch 26/1971]

1970–1974: HausbesetzerInnenbewegung in Frankfurt und vereinzelt in anderen Städten (z.B. Hamburg-Hohenfelde), erste Formen von organisierter Massenmilitanz bei Demonstrationen in Frankfurt [Wildcat 38+40/ 1986].

1971: die letzten Mietpreisbindungen in der BRD fallen, italienische ArbeitsemigrantInnen werden in den Frankfurter Häuserkampf mit einbezogen und bringen ihre autonomen Erfahrungen in die Kämpfe ein [Wildcat 38/1986]; das Kursbuch widmet sich ausschließlich den autonomen Klassenkämpfen in Italien [Kursbuch 26/1971]

1972: Beginn des regionalistischen Kampfes gegen das KKW in Whyl [Gladitz, Hrsg. 1976].

1973: der von den USA, Großbanken und den Ölmultis mitherbeigeführte „Ölschock" legitimiert Energieeinsparungen, Konsum- und Lohnverzicht sowie den forcierten Ausbau der nationalen „Risikotechnologie" Atomenergie in der BRD; mit dem Ölpreisschock von 1973 wurde die Umstrukturierung der bundesdeutschen Wirtschaft legitimiert, um bei veränderten Wettbewerbsbedingungen weiter weltmarktfähig zu sein [Autonomie NF 4+5/1980]; von 1973 bis 1975 stieg die durchschnittliche Jahreserwerbslosenzahl von 217.000 auf 1,035 Millionen Menschen, die Energieeinsparungen entlasteten die Handelsbilanz und die erhöhten Gewinne der OPEC - Länder flossen als Investitionen in die Industrieländer zurück und erhöhten so die dortigen Profite [Autonomie NF 11/1982]

ab Mitte der 70er Jahre: autonome Gruppen im Anti-AKW-Kampf und in antimilitaristischer Arbeit [Brand/ Büsser/Rucht 1983]; militante Auseinandersetzungen an den Bauplätzen von Kernkraftwerken in Whyl und Brokdorf [Autonomie NF4+5/1980]; erste Anschläge auf am Bau von AKW's beteiligte Firmen; im städtischen Milieu entstehen linke, undogmatische BürgerInneninitiativen (BI's) gegen Atomanlagen, wie z.B. die BI Osterstraße in Hamburg, die Aufklärungsarbeit leisten, Aktionen durchführen und Einzelinitiativen koordinieren [Geronimo 1990].

1975–1979: die Zeitschrift „Autonomie (Alte Folge)" bringt die Gedanken von Regionalismus, autonomen italienischen Klassenkämpfen und neuer Klassenrealität in der BRD in die linksradikale Szene ein [Geronimo 1990].

1976: schwere Auseinandersetzungen am Standort des AKW Brokdorf zwischen gut ausgerüsteten DemonstrantInnen und der Polizei [Autonomie NF 4+5/1980]; die „radikal" erscheint in Berlin als sozialistische Zeitung [ID-Archiv 1989a].

1977: im Frühjahr in Grohnde und im Somer in Malville/Frankreich erleidet die massenmilitante Strategie an Bauplätzen ihr Fiasko durch überlegene Polizeikräfte, viele DemonstrantInnen werden schwerverletzt, einer getötet und viele zu Haftsstrafen verurteilt [Autonomie NF 4+5/1980]; im „Deutschen Herbst" herrscht in der BRD quasi Ausnahmezustand, ein Krisenstab regiert die Republik, das linksradikale Spektrum wird mit Hausdurchsuchungen und vorläufigen Festnahmen überzogen, die Sicherheitsgesetze werden verschärft [Geronimo 1990]; starke Verunsicherung, Rückzugstendenzen und Distanzierungen von linker Politik, Militanz und der Vorgehensweise der RAF im speziellen nach der Repressionswelle des Staates [Tolmein/v. Winkel 1987]; Gorleben wird Atommüllendlager-Standort [Wendland-Widerstandsbericht 1985]; aus der Nachrichtensperre, durch Selbstzensur der „freien" bundesdeutschen Presse im „Deutschen Herbst" entsteht das Zeitungsprojekt „tageszeitung", das die Kommunikation, Koordinierung und Information unter den linken, undogmatischen Gruppen fördert [Tolmein/v. Winkel 1987]; im Rahmen der Kalkar-Demonstration am sog. Schnellen Brüter zieht der Sicherheitsstaat alle Register, zehntausende von Personen-und Fahrzeugkontrollen werden durchgeführt [Autonomie NF 4+5/1980]; ein Stadterneuerungskonzept für Berlin-Kreuzberg SO 36 wird aufgelegt [Autonomie NF 3/1980].

1977/78: schwere Auseinandersetzungen in norditalienischen Städten, Herausbildung der StadtindianerInnen und Wiederaufnahme autonomer Politikformen; Aufarbeitung in der BRD.

1978: im Januar findet in Berlin der Tu-nix-Kongreß mit ca. 15.000 Menschen aus der radikalen Sponti-Linken statt, antiautoritäre und undogmatische Ideen werden breit diskutiert; innerhalb dieses Spektrums kann die Resignation des „Deutschen Herbstes" überwunden werden [Geronimo 1990]; aufgrund der Integrationsstrategien der SPD zur Beseitigung linksradikaler Tendenzen und der aufkommenden AusteigerInnenmentalität aus dem „Modell Deutschland", dem Wunsch nach selbstbestimmtem Leben und Arbeiten, bei gleichzeitiger Absage an militante gesellschaftsverändernde Strategien, entsteht eine reichhaltige Alternativkultur und -ökonomie [Brand/Büsser/Rucht 1986; Hartmann 1981]; an den Fragen Militanz/Gewaltfreiheit und außerparlamentarische Bewegung/Parlamentarismus spaltete sich die Sponti-Szene zunehmend; das Scheitern von massenmilitanten Strategien und das Agieren des Staates im „Deutschen Herbst" 1977 fördern gewaltfreie Aktionskonzepte, auch im Anti-AKW-Kampf, und das Entstehen der Partei „Die Grünen" aus ehemaligen BewegungsmitgliederInnen, gewaltfreie und militante BI's trennen sich [Haasken/Wigbers 1986]

1979: in der BRD sind 250.000 Jugendliche bis 25 Jahre erwerbslos [Autonomie NF 11/1982]; erste Hausbesetzungen in Freiburg/Breisgau [Interview] und vereinzelte in Berlin [Kursbuch 65, 1981]; in der Anti-AKW-Bewegung nehmen gewaltfreie Tendenzen zu, die staatliche Strategie der Spaltung in militant und gewaltfrei trägt Früchte, gewaltfreien AtomkraftgegnerInnen wird teilweise eine Pseudopartizipation an Entscheidungsprozessen gewährt, militante GegnerInnen inhaftiert [Haasken/Wigbers 1986]; am 12.2. werden 4 Drucker nach den Paragraphen 88a und 129a zu Gefängnisstrafen verurteilt [Agit-Druck 1979]; im März demonstrieren 100.000 Menschen in Hannover gegen das Atomüll-Endlager in Dragahn/Gorleben [Kassel 1979]; ebenfalls im März treten beim Reaktorunfall in Harrisburg/USA große Mengen radioaktiver Substanzen aus und verseuchen die Umgebung [Haasken/Wigbers 1986]; im Dezember marschiert die Sowjet-Armee in Afghanistan ein und es wird der NATO-Doppelbeschluß gefaßt, in dessen Folge eine große Menge atomarer Sprengraketen in der BRD aufgestellt werden, die auch eine Selbstbedrohung darstellen [Brand/Büsser/Rucht 1986]; die Zeitschrift „Autonomie (Neue Folge)" erscheint (bis 1985 mit 14 Schwerpunktausgaben); zusamenfassend kann von einer starken Zunahme der persönlichen Bedrohung durch Kriegsgefahr, Atomindustrie und berufliche Perspektivlosigkeit in dieser Gesellschaft gesprochen werden, für die besonders Jugendliche sensibilisiert sind;

1980: in Amsterdam, Zürich, Freiburg und Berlin kommt es zu massenhaften Hausbesetzungen und beim Eingreifen der Polizei zu schweren Straßenschlachten; der Kampf geht jeweils um „Freiräume" (Jugendzentren und Häuser), gegen Spekulantentum und Leerstand von Wohnraum, das Motto ist „Die Häuser sind sowieso schon abbezahlt" und „Legal, illegal, scheißegal"; in England und Frankreich kommt es in den Großstadtghettos zu Revolten von Jugendlichen aus den ehemaligen Kolonien dieser Länder, die einer zweifachen Diskriminierung ausgesetzt sind [Geronimo 1990; Langguth 1983; Brand/ Büsser/Rucht 1986; Autonomie NF 12/1982; „Züri Brennt", Zürich 1981, radikal 93, 6/1981]; nachdem es im September in Zürich „brennt", liegen die Schwerpunkte in der BRD in Freiburg mit der Auseinandersetzung um das Dreisameck und in West-Berlin mit den Bezirken Kreuzberg und Schöneberg (s.o.), auch in anderen Städten kommt es zu Hausbesetzungen; im Rahmen einer Demonstration gegen eine Wahlveranstaltung von F.-J. Strauß in Hamburg wird ein Demonstrant von der Polizei auf die S-Bahn-Gleise getrieben, überfahren und stirbt; am 6.5. kommt es in Bremen im Rahmen einer öffentlichen Rekrutenvereidigung zu schweren Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei [Kassiber 8/9 1990]; am 12.12. kommt es zu den bis dahin schwersten Auseinandersetzungen in West-Berlin nach einer verhinderten Hausbesetzung [radikal 87, 1/1981]; in Gorleben wird ein Hüttendorf auf dem Bohrloch 1004 errichtet [Wendland-Widerstandsbericht 1985].

1981: am 28.2. Großdemonstration gegen das AKW Brokdorf mit über 100.000 Menschen, trotz guter Ausrüstung gelingt der Durchbruch zum Gelände nicht, der BGS setzt „Luftlandetruppen" und massiv Giftgas ein; zwei

Menschen werden im Zusammenhang mit der Demonstration zu langjährigen Haftstrafen verurteilt [radikal 105, 6/1982]; die Autonomen versuchen, eine anti-imperialistische Anti-Kriegs-Bewegung statt bzw. in der Friedensbewegung aufzubauen; am 6.3. werden nach einer Demonstration in Nürnberg im Kommunikationszentrum „Kom" 168 Personen festgenomen, 142 davon dem Haftrichter vorgeführt und gegen 141 von ihnen kopierte Haftbefehle erlassen [Ehrig u.a. 1982]; die Autonomen stellen den Widerstand gegen die Startbahn-West in Frankfurt von einem ökologischen auf einen mehr antimilitaristischen Standpunkt, nach der Hüttendorfräumung eskaliert die Konfrontation mit der Staatsmacht [Geronimo 1990; radikal 99. 11+12/1981]; am 16./17.5. findet in Gießen ein Kongreß der autonomen HäuserkämpferInnen statt; Mitte Mai sind in Berlin 168 Häuser besetzt [Langguth 1983]; am 26.5. kommt es in West-Berlin im Rahmen von Hausbesetzungen am Winterfeldtplatz zu schweren Straßenschlachten [radikal 93, 6/1981]; ebenfalls in West-Berlin kommt es dann zur Konfrontation zwischen VerhandlerInnen mit dem Senat und Nicht-VerhandlerInnen (besetzte Häuser als eigene Nische oder als Ausgangspunkt für die soziale Revolution?) [radikal 100, 1/ 1982]; im August/September findet in West-Berlin der Tu-wat-Kongreß statt, auf dem ausführlich über den Autonomie-Gedanken diskutiert wird [radikal 96, 8/1981 und 97, 9/1981]; am 13.9. findet eine militante Demonstration gegen den Besuch von US-Außenminister Haig in West-Berlin statt [Geronimo 1990]; am 22.9. wird ein Hausbesetzer im Zusammenhang von Auseinandersetzungen mit der Polizei von dieser vor einen Bus getrieben und stirbt [radikal 98, 10/1981];

1982: am 23.2. werden in Hamburg erstmals Häuser an der Hafenstraße besetzt [Herrmann u.a. 1987]; wachsende Zahl von anti-militaristischen Aktionen der Autonomen [radikal 105, 6/1982]; im Februar wird gegen die West-Berliner Zeitung „radikal" Anklage erhoben wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung [ID-Archiv 1989b; radikal 106, 7/1982]; im Frühjahr Aktionen gegen die in Hannover stattfindende Militärelektronikmesse IDEE [radikal 104. 5/1982]; am 10./11.6. kommt es in West-Berlin zu massiven Protestaktionen gegen den Besuch des US-Präsidenten Reagan [Anti-NATO-Texte 1982; radikal 106, 7/1982]; im September kommt es beim „Tanz auf dem Vulkan" in Gorleben zu schweren Auseinandersetzungen [Wendland-Widerstandsbericht 1985]; obwohl die Startbahn-West fertig gebaut ist, läßt der Widerstand vor Ort nicht nach [Geronimo 1990]; in West-Berlin kommt es im Zusammenhang mit der Verfolgung der „radikal" zu vielen Durchsuchungen von Druckereien und Privatwohnungen [ID-Archiv 1989a]; Massenaktionen der Anti-AKW-Bewegung in Kalkar, Gorleben und am Schacht Konrad bei Salzgitter [radikal 110, 11/1982]; Autonome spalten sich, hauptsächlich aufgrund der Militanzfrage und dem anti-imperialistischen Ansatz, von der restlichen Friedensbewegung ab [radikal 112, 1/1983 und 114, 3/ 1983]; West-Berlin ist Hochburg des autonomen Widerstandes, vor dem Hintergrund der besetzten Häuser werden andere Themen angegangen und vernetzt; Autonome Gruppen verüben zunehmend Anschläge auf Banken, Militäreinrichtungen und Firmen, die an AKW's beteiligt sind [ID-Archiv 1989b; radikal 113, 2/1983];

1983: am 26./27.2. findet in Hannover ein bundesweites Treffen autonomer Gruppen statt [Arbeitsmaterialien zum Treffen 1983]; der Volkszählungs-Boykott organisiert sich, bundesweit gründen sich unzählige Initiativen [Schanzenleben 3/1983; radikal 113, 2/1983]; militante Auseinandersetzungen an der Hamburger Hafenstraße [Herrmann u.a. 1987]; am 25.6. kommt es in Krefeld anläßlich des Besuches von US-Vizepräsident Bush zu schweren Auseinandersetzungen mit vielen Verhaftungen und Verletzten, ein Nachbereitungstreffen in Wuppertal wird von der Polizei gesprengt [Prozeß-Info zu den Krefelder Gefangenen 11/1983; radikal 120, 9/1983]; im Wendland wird durch Anschläge gegen Stromtrassen, Betreiberfirmen etc. von Kleingruppen großes Aufsehen erregt [Wendland-Widerstandsbericht 1985; radikal 122, 11/1983]; Klöckner und Härlin werden in West-Berlin im Zusamenhang mit der Herausgabe der „radikal" verhaftet [ID-Archiv 1989a; radikal 118/119, 7+8/1983]; in Hamburg kommt es zur sog. Springer-Blockade; autonome Gruppen beteiligen sich an den Blockaden in Bremerhaven im Rahmen des „heißen Herbstes" der Friedensbewegung [Geronimo 1990; radikal 122, 11/ 1983]; die Autonomen verlegen sich auf die Blockade von Munitionstransporten (nach Nordenham) [GroßeFreiheit 64, 1983; radikal 122, 11/1983]; am 30.11. erhalten die BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße auf drei Jahre befristete Mietverträge [Herrmannu.a. 1987];

1984: Aktionen im Wendland, gegen NATO-Manöver in Hildesheim und Fulda (Gap), an der Startbahn-West sowie erste autonome Ansätze in Wackersdorf [ID-Archiv 1989b; Geronimo 1990; Wendland-Widerstandsbericht 1985; Große Freiheit 72. 1984; Abgebrannt 1988]; am 30.4. Wendland-Blockade-Tag; die Sabotage auf Bahnstrecken im Kreis Lüchow-Dannenberg, auf denen Castor-Behälter transportiert werden sollen, nimmt ebenso zu wie die gegen andere Infrastruktureinrichtungen [Wendland-Widerstandsbericht 1985; radikal 128, 1984; Große Freiheit 72, 1984]; die Startbahn-West wird in Betrieb genommen, 10.000 Menschen nehmen an der Demonstration gegen die Einweihung teil [Geronimo 1990]; Härlin und Klöckner werden im „radikal"-Prozeß nach Paragraph 129a zu jeweils 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt [ID-Archiv 1989b];

1985: das süddeutsche Autonomenplenum gründet sich, Schwerpunkt ist die geplante WAA in Wackersdorf [Abgebrannt, 1988]; am16.2. demonstrieren in Schwandorf 40.000 Menschen gegen die WAA [ID-Archiv 1989b]; starke Repression gegen die Hafenstraße (Durchsuchungen und Verwüstungen von Wohnungen, Festnahmen, Angriffe auf die Häuser), der Höhepunkt der Hetze wird erreicht, als der Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte in einem Interview mit der „tageszeitung" in der Hafenstraße RAF-Strukturen ausmacht [37-seitiges Gesamtinterview], am 21./22.10. werden die „taz"-Redaktionsräume demoliert [Schwarzer Faden 20, 1/1986]; an der Startbahn-West haben die sog. Sonntagsspaziergänge gro-

ßen Zuspruch [Aktion 19/20, 1/1986]; bei der 1.Mai-Demonstration in Hamburg kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Block der JobberInnen/Erwerbslosen mit der Polizei und DGB-Ordnern [Schanzenleben 6/1985]; gegen die besetzten Häuser in der Düsseldorfer Kiefernstraße wird die gleiche RAF-Kampagne wie in Hamburg in Gang gesetzt [ID-Archiv 1989b]; im Verlauf einer antifaschistischen Demonstration in Frankfurt am 28.9. wird ein Demonstrant von einem Wasserwerfer überrollt und getötet [Aktion 19/20, 1/1986], in den Tagen darauf kommt es als Reaktion auf den Tod in der BRD sowie in Kopenhagen und Amsterdam zu Anschlägen auf staatliche Einrichtungen, Banken und Kaufhäuser [radikal 1989]; am 14.12. wird der Bauplatz in Wackersdorf besetzt [Abgebrannt 1988]; im Dezember wird in Hamburg die Räumung der Hafenstraße verhindert [Herrmann u.a.1987], über Sylvester finden erstmals die sog. Hafentage statt;

1986: am 7.1. wird das Hüttendorf in Wackersdorf geräumt; vom 31.1. bis 4.2. findet in der Frankfurter Fachhochschule der Kongreß „Antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa" unter Teilnahme von Autonomen statt [Aktion 21, 2/1986]; am 3.3. stirbt eine Demonstrantin nach Giftgaseinsatz in Wackersdorf [Abgebrannt 1988]; im März erscheint die erste Ausgabe der „Unzertrennlich", einer überregionalen autonomen Zeitung; am 26.4. geschieht der Reaktorunfall in Tschernobyl/UdSSR; am 13.5. demonstrieren 40.000 Menschen gegen die Atompolitik der BRD [Sabot 10. 7/1986]; vom 17. bis 19.5. findet in Wackersdorf ein Pfingstcamp statt, in dessen Verlauf am ersten Tag gegen überraschte Einsatzkräfte der Bauzaun massiv angegriffen wird, die Massenmilitanz gewinnt für kurze Zeit aufgrund des Zusammengehens der Oberpfälzer Bevölkerung mit Militanten eine neue Qualität; die Polizei antwortet mit Gasbombenabwürfen, was wiederum zu einer Solidarisierung von Militanten und Nichtmilitanten führt [Abgebrannt 1988; radikal 132 (2. Teil), 1986]; am 7.6. Großdemonstration in Brokdorf, wo die DemonstrantInnen ständig mit Wasserwerfern, Giftgas und Hubschraubern an Kundgebungen und Aktionen gehindert werden, sodaß zum zweiten Mal innerhalb von 10 Jahren die Massenmilitanz ihre Grenzen findet, zumal die Demonstration weitgehend ohne Hamburger Beteiligung stattfindet, weil der Hamburger Konvoi bei der Ortschaft Kleve gestoppt wird, Polizisten werden per Hubschrauber abgesetzt, viele DemonstrantInnen verletzt und ihre Fahrzeuge zerstört; aufgrund dieser Vorfälle wird am Abend in Hamburg für den nächsten Tag eine Demonstration vom Heiligengeistfeld vereinbart; am nächsten Tag um 12.00 Uhr werden die erschienenen ca. 800 DemonstrantInnen von der Polizei eingekesselt und bis zu 13 Stunden dort festgehalten (sog. „Hamburger Kessel"); am 12.6. demonstrieren in Hamburg 50.000 Menschen gegen Brokdorf und die Einkesselungsstrategie der Polizei [BUU Hamburg u.a. 1986; Schanzenleben 7+8/1986; Sabot 10, 7/1986]; zeitgleich zur Demonstration in Brokdorf demonstrieren in Wackersdorf 30.000 Menschen, dabei werden u.a. auch 36 Beamte der GSG9 eingesetzt [Abgebrannt 1988]; im August werden Teile der Hafenstraße geräumt, die Verträge zum 31.12.1986 gekündigt [Schanzenleben 9/1986; Sabot 9/1986]; am 29.10. wird, erstmalig in der BRD, die Kiefernstraße in Düsseldorf von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr abgesperrt und alle Häuser (vier besetzte und fünf Mietshäuser) pauschal durchsucht, dabei kommt es zu Verwüstungen durch die Polizei und zur Beschlagnahme von Unterlagen; 800 Polizisten, 20 Staatsanwälte, 200 Kriminalbeamte und SEK-Einheiten erreichten als Ergebnis zwei Wochen Jugendarrest für eine Frau, einige BTM-Delikte und Verstöße gegen das Fernmeldegesetz [Sabot 12, 11/1986; Freiraum 16, 1986/87; Unzerstrennlich 10/11, Winter 1988]; am 8.11. findet eine Großdemonstration gegen die Nuklearwerke in Hanau statt; am 20.12. demonstrieren 10.000 Menschen für den Erhalt der Hafenstraße, die Polizei greift die Demonstration an und versucht, ein Spalier aufzuziehen, was aber verhindert werden kann [Geronimo 1990]; im gesamten Jahr werden viele Strommasten umgesägt und andere Anschläge verübt [Geronimo 1990; radikal Info 1, 1987]; bundesweit werden in Wuppertal, Bochum, Köln und Freiburg besetzte Häuser geräumt [Flugblatt Hafenstraße, 10/1986; Aktion 28, 4/1987; Hungrige Herzen 9/1986]; die Mobilisierung gegen den zweiten Versuch, die Volkszählung durchzuführen, läuft an [Schanzenleben 9/1986].

1987: am 1.1. tritt der erweiterte Paragraph 129a und der Paragraph 130a in Kraft [Freiraum 16, 1986/87; Schanzenleben 12/1986; Restrisiko Mensch 1987]; vom 16. bis zum 20.4. finden in Frankfurt „Libertäre Tage" unter dem Motto „Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution" mit TeilnehmerInnen aus dem anarchistischen und autonomen Spektrum statt [Schwarzer Faden 25. 3/1987, Reader „Libertäre Tage"; Aktion 27, 3/1987]; am 23.4. ist der sog. „Tag X" für Solidaritätsaktionen für die Hafenstraße mit Aktionen bei PolitikerInnen, Behörden etc. im gesamten Stadtgebiet [Hermann u.a. 1987; Sabot 15, 1987]; am 1.5. kommt es in West-Berlin nach einem Polizeiüberfall auf ein Straßenfest in Kreuzberg zu schweren Straßenschlachten [radikal 133, 8/1987, Dokumentation 1.5., Aurora 1]; die im Mai anlaufende Volkszählung trifft auf starken Widerstand, der von Sammelstellen von unausgefüllten Fragebögen bis zur Abnahme von ausgefüllten Bögen von ZählerInnen reicht [Verfassungsschutzbericht 1987, 1988]; zum Reagan-Besuch am 12.6. in West-Berlin demonstrieren 50.000 Menschen geschlossen am 11.6., am Tage des Besuchs werden 170.000 BewohnerInnen in Kreuzberg vom Rest der Stadt abgeriegelt und von der Infrastruktur (U-Bahn etc.) abgeschnitten und zusätzlich existiert ein flächendeckendes Demonstrationsverbot für diesen Tag [Geronimo 1990; radikal 133, 8/1987]; das ganze Jahr über kommt es an der Hafenstraße zu Konfrontationen, Wiederbesetzungen lösen sich mit polizeilichen und staatlichen Begehungen ab [Hermann u.a. 1987]; am 2.11. werden im Rahmen von Auseinandersetzungen um die Startbahn-West aus den Reihen der DemonstrantInnen Schüsse auf die Polizei abgegeben, zwei Polizisten sterben, drei werden verletzt; die Folge davon ist völlige Irritation in der

autonomen Rhein-Main-Szene (Distanzierungen, Verratsvorwürfe, unreflektierte Befürwortungen etc.), und der Bundesanwaltschaft (BAW) und der Polizei gelingt es, die StartbahngegnerInnen-Szene zum Großteil "aufzurollen", diverse Anschläge auf Stromasten und Firmen aufzuklären, bevor die Aussageverweigerungskampagne „Anna und Arthur halten's Maul"greift [Geronimo 1990; ID-Archiv Dokumentation 2.11.1987, März 1988; Aktion 31, 7/ 1987 und 32, 8/1987]; in der Hamburger Lokalpresse macht sich imSommer/Herbst Bürgerkriegsstimmung und RAF-Hysterie wegen der Hafenstraße breit [z. B. Hamburger Abendblatt 5.8.; Hamburger Morgenpost 20.10.; Bild 4.8.]; im November scheint die „Schlacht" um die Hafenstraße unvermeidlich, 1.500 HäuserverteidigerInnen stehen einigen tausend Polizei-, BGS- und MEK/SEK-BeamtInnen und schwerem Räumgerät gegenüber, Radio Hafenstraße ist auf Sendung, im letzten Moment kommt es zum Kompromiß, der dem damaligen Bürgermeister v. Dohnanyi den Rücktritt (allerdings erst im Mai 1988) und den BewohnerInnen Mietverträge beschert, die in ihrer Verquickung von Miet- und Strafrecht jedem normalen Hamburger Mietvertrag Hohn sprechen, die „größte Straßenschlacht der Nachkriegszeit" fällt aus; zwischen dem 18. und 20.12. holen BKA und BAW unter dem Motto „anschlagsrelevante Themen" zum Schlag gegen die autonome Frauenbewegung aus, allein die Beschäftigung mit Themen wie Bevölkerungspolitik, Gentechnologie, Abschiebepraxis und Leichtlohnarbeit im Trikont macht Frauen zu UnterstützerInnen der „Roten Zora" [Dokumentation Anschlag, März 1988; E-coli-bri 3, 2/ 1988];

1988: im Februar beginnen im Hamburger Schanzenviertel die Auseinandersetzungen um einen geplanten Musical-Palast („Phantom of the opera") auf dem Flora-Gelände, die Aktionen sind vielfältig und steigern sich im Laufe der Monate [Flora-Dokumentation, September 1988]; in autonomen Zusammenhängen gehen die Diskussionen um den in West-Berlin stattfindenden IWF-Gipfel weiter [Geronimo 1990]; vom 14. bis zum 17.4. finden in Bremen die autonomen Internationalismus-Tage im Hinblick auf den IWF-Gipfel statt [Aktion33, 1/1988]; in Berlin findet in Abgrenzung zur 1. Mai-Demonstration des DGB eine revolutionäre 1. Mai-Demonstration mit 8.000 Menschen statt [Geronimo 1990]; seit dem 1. Mai erscheint in West-Berlin die autonome Wochenzeitung „interim" [Schwarzer Faden 30, 1/1989]; am 27.5. wird das „Lenne-Dreieck" (später „Kubat-Dreieck") in West-Berlin besetzt, eine unbebaute Fläche direkt an der Mauer und zur DDR gehörig, über das die Westtangente in West-Berlin führen soll; die Skurrilität der Berliner Verhältnisse kommt zum Tragen, als bei beginnender Räumung durch die West-Berliner Polizei die LandbesetzerInnen über die Mauer in den Ost-Teil der Stadt flüchten [Schwarzer Faden 29, 3/1988]; am 25.6. wird das Flora-Gelände in Hamburg besetzt mit dem Motto „Den Widerstand in den Vierteln organisieren" [Flora-Dokumentation, September 1988]; eine der beiden verhafteten Frauen aus der autonomen Frauenbewegung wird nach einer breit angelegten Kampagne freigelassen [Sabot 8/1988]; ab dem 25.9. finden in West-Berlin und anderen westdeutschen Städten Demonstrationen und Aktionen gegen den IWF/Weltbank-Kongreß statt, so demonstrieren 80.000 Menschen am 25.9. in West-Berlin und 8.000 am 29.9. auf der autonomen Demonstration zum Abschluß des Kongresses; auch wenn der „Mördertreff" nicht verhindert werden konnte, wurde doch eine Menge an internationaler Öffentlichkeit und internen Zusammenhängen geschaffen [Geronimo 1990; Schwarzer Faden 29, 4/1988; Freiraum 23, Sommer 1988; radikal 135, 10/1988; Unzertrennlich 10/11, Winter 1988]; im September wird das Musical-Projekt im Hamburger Schanzenviertel nach vielfältigen Protesten gestoppt [Neues Schanzenleben Sept./Okt. 1988]; im Oktober findet in Bonn der zweite Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie „mit 2.000 Teilnehmerinnen statt [SchwarzerFaden 30, 1/1989]; im November beginnt der Prozeß gegen den Hamburger Lehrer Fritz Storim als angeblich presserechtlich Verantwortlichen für nach Paragraph 129a inkriminierte Artikel in der Stadtzeitung „Sabot" [Neues Schanzenleben, Dezember 1988]; von Sommer 1986 bis Februar 1988 werden insgesamt 33 legal lebendeMenschen verhaftet und unter Isolationsbedingungen gehalten, teilweise werden sie nach Monaten einfach wieder entlassen [radikal 134, 1988].

1989: am 10.2. beginnt ein Hungerstreik der politischen Gefangenen aus Guerilla und Widerstand, der auch von autonomen Gruppen breit mitgetragen wird [Freiraum 23, Sommer 1989]; in West-Berlin demonstrieren 10.000 Menschen auf der revolutionären 1. Mai-Demonstration gegen Spekulantentum und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen, im Anschluß an die Demonstration kommt es zu Auseinandersetzungen am Lausitzer Platz; selbst in autonomen Gruppen treten Irritationen aufgrund von ungezieltem Vandalismus (z.B. gegen Alternativprojekte) von deutschen und ausländischen Jugendlichen auf [Schwarzer Faden 32, 3/1989; radikal 138 (Teil 2), 9/1989; konkret 1/1990]; im Verlauf einer antifaschistischen Aktion in Göttingen wird am 17.11. eine Frau von der Polizei vor Autos getrieben und stirbt, am 25.11. demonstrieren 20.000 Menschen gegen die Polizei [interim 123, 15.11.1990].

1990: am 1.5. wieder Auseinandersetzungen in West-Berlin nach der revolutionären 1.Mai-Demonstration [radikal 140, 6/1990]; in Hamburg finden vom 23. bis zum 30.6. die sog. Phantomenalen, anti-kapitalistischen Aktionstage gegen die Tagung der Internationalen Handelskammer (ICC) und die Premiere des Musicals „Phantom of the opera" statt [interim 103, 24.5.1990; NeuesSchanzenleben 6/1990und 8/1990]; im November werden fünf Wochen nach der Vereinigung besetzte Häuser in der Mainzer Straße in Ost-Berlin von West-Polizei geräumt, es gibt Massenverhaftungen und -verletzungen [interim 124, 22.11.1990];

1991: in Hamburg arbeitet der Senat an einer rechtsstaatlichen Lösung für die Räumung der Hafenstraße weiter.

Die Linke im Jahr 1989

Als mit dem Zusammenbruch der DDR die kühnsten Träume westlicher Politiker und Bürger wahr wurden, war von den Linken nicht viel zu hören. Die meisten benötigten Wochen und Monate, um zu begreifen, daß nicht die „Reisefreiheit für Frau Müller aus Dresden" oder die „positive Überwindung des bürokratischen Sozialismus" auf der Tagesordnung stand. Als die Leipziger Montagsdemonstranten dann „Wir sind ein Volk" skandierten, hatte sich ein Teil der Linken, tüchtig und volksnah wie eh und je, bereits an den Gedanken gewöhnt, fortan als großdeutsche Linke den erneuten Griff nach den Sternen kritisch zu begleiten – als fürsorgliche Anwälte der Vereinigungsverlierer. „Ein wie schnell auch immer vereinigtes Deutschland braucht auch eine starke sozialistische Linke", stellte damals die „Sozialistische Studiengruppe Hamburg" fest. Nach dem Motto: „Ihr neuer PKW braucht einen guten Kraftstoff" verwandelte sie, ebenso wie ehemalige DKP-Mitglieder, den nationalistischen Taumel in eine Chance für linke Politik. Es blieb ihr Geheimnis, wieso Linke und Alternative ausgerechnet in einem Großdeutschland schaffen wollten, was sie vorher nicht erreichten – die Lösung der sozialen und ökologischen Frage.

Außerhalb der populistischen Linken gab es noch Menschen, die die „Wiedervereinigung" auf keinen Fall wollten – weder mit altem noch mit neuem Grundgesetz. Ihnen wurde speiübel, wenn Helmut Kohl, Willy Brandt und ihre Statthalter aus der DDR zu Wort kamen. Der Volksempfänger spuckt seither ohnehin nur ein Thema aus: Deutschland muß noch fetter und gemeiner werden. Wer so empfindet, weiß, daß eine linke Mitgestaltung des Neuen Reiches der größte Fehler wäre. „Unsere kategorische Weigerung, mitzumachen in Deutschland", so steht es deshalb in Heft 1/91 dieser Zeitschrift, „schließt die Weigerung mit ein, das schlechte Gewissen einer Nation zu spielen."

Am 15. Dezember 1989 diskutierten in Hamburg Linke aus den verschiedensten Zusammenhängen – konkret, BWK, DKP, MG, VSP, Radikale Linke, IMK und Unorganisierte – über die sich anbahnende „Wiedervereinigung". Dazu eingeladen hatte ein ad-hoc-Zusammenschluß von unorganisierten Antinationalisten und Antinationalistinnen, der sich Rotes Forum nannte und damals die Losung „Nie wieder Deutschland" in Umlauf brachte.

Wir drucken das Einladungsflugblatt des Roten Forums, das der damaligen Veranstaltung als Diskussionsgrundlage diente, sowie den aus diesem Umkreis stammenden Text „Dressierte Esel" hier nach, weil diese Beiträge, nachdem die durchgesetzte „Vereinigung" heute Fakten geschaffen hat, die wie ein „Urteil der Geschichte" aussehen, daran erinnert, daß keineswegs „alles kam, wie es kommen mußte".

Heute leben und arbeiten auch „Westlinke" im einkassierten Osten, die am 3. Oktober 1990 hier demonstrierten oder nach Amsterdam flüchteten, und die sich damals geschworen hatten, die ehemalige Ostgrenze der BRD niemals zu überschreiten, solange sie dabei „nicht den Reisepaß vorzeigen dürften" (Fülberth). Heute veranstalten DJ's aus der linken Subkultur HipHop-Tanzveranstaltungen im zu St. Petersburg zurückgetauften Leningrad. Es wäre im schlechten Sinn des Wortes weltfremd, wollte man ihnen das zum Vorwurf machen. Die Schwüre von damals klingen heute lächerlich, so wie jeder Widerstand lächerlich wirkt, wenn die andere Seite auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung ist. Angesichts unumkehrbar erscheinender neuer Tatsachen wird die Kritik von damals zur HalluziNATION. Die Sieger schreiben die Geschichte, auf die sie sich dann berufen.

Doch im Dezember 1989 war noch längst nicht alles entschieden. Es gab außerhalb Deutschlands Widerstand gegen die imperialistischen deutschen Pläne, es gab in der DDR noch diffuse Vorstellungen von einem „eigenen Weg" und selbst die Kohl-Regierung war sich (das ist belegbar) damals noch keineswegs sicher, ob sie wirklich einige Monate später ALLES in der Hand haben würde.

Hermann Gremliza hatte damals den zwar aussichtslosen, aber doch bemerkenswerten Vorschlag gemacht, wenigstens das Territorium der DDR zu halten und interessierte Menschen aus den ärmeren Weltregionen dazu einzuladen, sich dort niederzulassen. Durch die Fluchtwelle, die ein entsprechender Staatsratsbeschluß ausgelöst hätte, wäre ausreichend Wohnraum frei geworden. Ein schöner Traum? Ja, aber einer, der daran erinnert, daß es KONKRETE Umstände waren, die seine Verwirklichung verhinderten. Hier war kein Wertgesetz am Werk und es war auch nicht das Gewicht des Exportweltmeisters BRD allein, das zum heutigen Zustand führte. Entscheidend war letztlich, daß jene, die in der DDR die Staatsmacht ausübten, keine Revolutionäre waren, die bereit gewesen wären, die West-Fans ziehen zu lassen, aber das Gelände und die Sachmittel zu halten und an ein neues Publikum zu übergeben.

Wende in der DDR...

Nach 28 Jahren äußerst restriktiv gehandhabter Reise- und Ausreiseregelungen hat die DDR-Regierung ihrer Bevölkerung am 9. November praktisch eine generelle Freizügigkeit gewährt. Vorausgegangen war eine bis an den Rand des Bürgerkrieges zugespitzte innenpolitische Lage und ein massiver Richtungsstreit in der SED-Führung um die adäquate Antwort darauf. Die dann gefällte Entscheidung, auf die Proteste mit einem Dialog-Angebot zu antworten, hat eine bis dahin geradezu unvorstellbare Dynamik in Gang gesetzt. Einerseits eine Diskussions- und Handlungsfreiheit für die Bevölkerung und die Medien, die es so in keinem westeuropäischen Land gibt, andererseits – mit der Tendenz, den Protest in parlamentarische Bahnen zu lenken – eine Umgruppierung des Parteiengefüges. Darüber, wie die durch die Fluchtbewegung und die Reisewelle zugespitzte wirtschaftliche Lage zu verbessern ist, gehen die Vorstellungen der Parteien und Oppositionsgruppen weit auseinander: Von der pragmatischen Effizienzdiskussion über die Vorstellung einer „Mischwirtschaft" bis zur Forderung einer „sozialen Marktwirtschaft" kursieren viele, meist wenig ausgereifte Sanierungskonzepte, die, so weit sie auf eine soziale Differenzierung und Verarmung der Werktätigen hinauslaufen, auch ihre Gegner finden. Kaum kritisch thematisiert wird bisher das Konzept einer Orientierung am kapitalistischen „Weltniveau", dessen Folgen u.a. in ausgedehnter Schichtarbeit und Ruinierung der äußeren Natur augenfällig sind.

Einmischung der BRD

Wenn die DDR auf dem Mond liegen wurde, könnten es westdeutsche Linke dabei belassen, den Machtverlust einer bürokratisierten SED zu begrüßen und sich kritisch und unterstützend auf den prosozialistischen Teil der Protestbewegung zu beziehen. Doch die DDR liegt nicht nur nicht abseits imperialistischer Reichweite, sondern ganz im Gegenteil an der „Nahtstelle der Blöcke" und im unmittelbaren Zugriffsbereich der mächtigsten europäischen Supermacht, „unserer" BRD. Und hier werden die Veränderungen in der DDR unter einem ganz anderen Titel gehandelt, nämlich als die bisher größte Chance zur Verwirklichung des imperialistischen Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes und somit als Möglichkeit, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren. Die BRD hat es geschafft, die „Wende" in der DDR als „DEUTSCHE FRAGE" auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen. Die BRD hat sich mit den Resultaten des 2.Weltkrieges nie abgefunden. Im Bestreben, die europäische Landkarte doch noch neu zu ordnen, war noch jede westdeutsche Regierung bemüht, zunächst im Westen militärische (NATO) und ökonomische (EG) Reserven zu erschließen. Innerhalb von 4 Jahrzehnten stieg die BRD zur ökonomischen und militärischen – offiziell fehlt noch die Bombe – Hegemonialmacht im westlichen Europa auf. Seit 1986 der größte Welthandelsexporteur, dominiert die BRD das kapitalistische Bündnisunternehmen EG und nutzt ihre dadurch erweiterten Möglichkeiten (solange diese existieren, geben sich knalldeutsche BRD-Politiker gern als „Europäer") zur politischen Einflußnahme auf dem ganzen Erdball. Mit Krediten, Warengeschäften, Waffenlieferung und Ausbildungshilfen für fremde Polizeitrup-

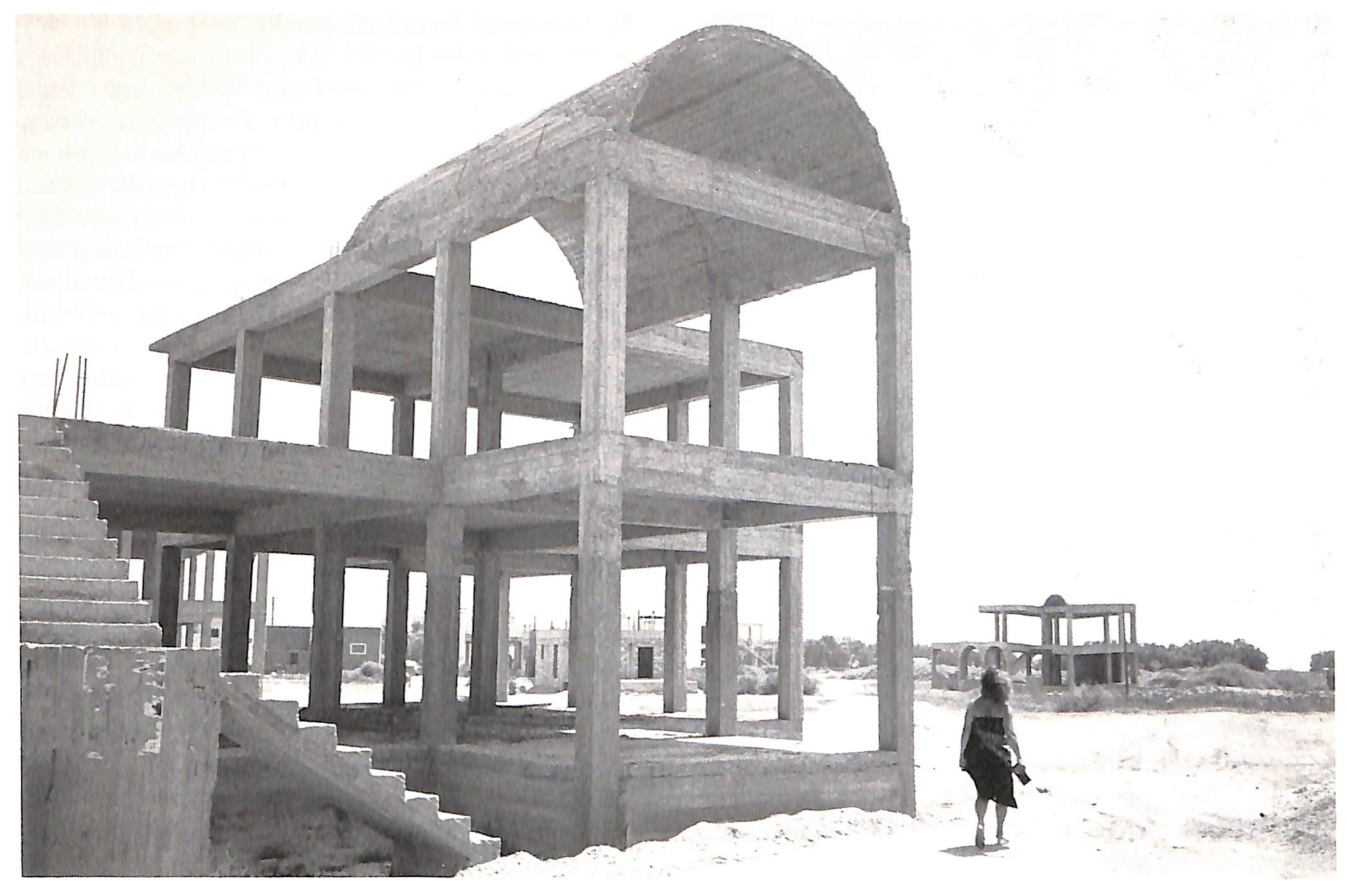
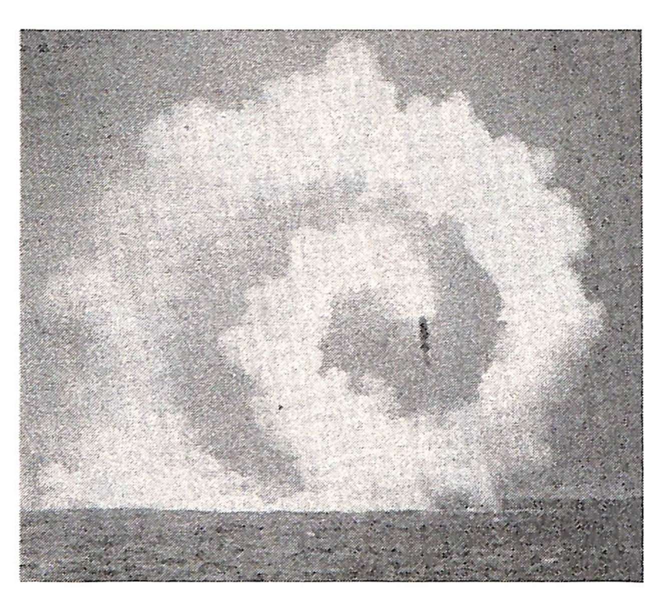



FOTO: MARILY STROUX

pen ist „Deutschland" praktisch überall präsent. Am „Verlust der Ostgebiete" schmerzte hierzulande besonders die Tatsache, daß die SU dort den Verlierern des Bürgerkrieges der 30er Jahre, den Kommunisten, die Staatsmacht übertrug und daß diese dort entschädigungslos das kapitalistische Privateigentum beseitigten. Damit war nicht nur das Territorium verloren, sondern auch die Möglichkeit erheblich erschwert, sich dort nach eigenem Belieben ökonomisch breit machen zu können. Doch die beschränkte Zielsetzung einer „geplanten Warenproduktion" in den RGW-Staaten ermöglichte es der im Westen rückversicherten BRD mittels ihrer „Artillerie der wohlfeilen Waren" (Marx) und über die Verleihung riesiger Summen zu ansehnlichen Zinsen zum größten Gläubiger der RGW-Staaten zu werden und darüber hinaus innerhalb des Westens eine Spitzenstellung im Osthandel und in der Ostpolitik zu erlangen. Jetzt hoffen maßgebliche BRD-Politiker auf die Errichtung eines supermodernen 4. Reiches und es gibt keinen Grund, ihre Absichten für Illusionen zu halten.

Nachdem Kohl seinen mehrstufigen Wiedervereinigungsplan vorgelegt hat und FDP und SPD sich – zunächst 100%ig, dann mit geringfügigen taktischen Bedenken – auf diese großdeutsche Plattform stellten, erscheint selbst die Option einer „nur" ökonomischen Durchdringung, d.h. einer großdeutschen „DM-Zone" im Herzen Europas, als kleinmütiges Zweiflertum. So oder so, die westeuropäische Hegemonialmacht BRD verfügt über genügend ökonomische und politische Potenz, um in das im Osten entstandene Vakuum (Hegemonieverlust der SU, Desintegration des RGW) vorstoßen zu können. Die neue mitteleuropäische Supermacht scheint schier unvermeidlich zu sein und der Hausherr im „Gemeinsamen Haus Europa" scheint schon festzustehen. Die Brisanz der jüngsten Entwicklung besteht gerade darin, daß der BRD-Imperialismus soeben die Nachkriegsordnung aushebelt und an die für ihn längst durchlässige polnische Westgrenze heranrückt. Nach der Lösung der „deutschen Frage" stünde dann die „polnische Frage" und letztlich die „russische Frage" auf der Bonner (bzw. dann Berliner) Tagesordnung. Für die Völker des Ostens und die der EG-Staaten, wie auch für die BRD-Werktätigen und insbesondere für die hier lebenden Immigranten bedeutet all das nichts Gutes. Der jetzt konkret umgesetzte Anspruch der BRD, den 2. Weltkrieg doch noch zu gewinnen, macht die Welt nicht friedlicher und läßt auch eine gigantische ökonomische Kraftanstrengung erwarten, für die ein erheblicher Teil der Bevölkerung wird bezahlen müssen. Schon jetzt werden Sonderbelastungen angekündigt, darunter auch ein imperialistischer Subotnik am 17. Juni, der zur Finanzierung der „Hilfsprogramme" dienen soll. In der BRD hat, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, ein beispielloser Versuch der Bevormundung der DDR-Bevölkerung gegenüber eingesetzt. Dabei ist man sich ziemlich sicher, daß die wirtschaftliche Erpressung auf DDR-Seite den Wunsch nach Wiedervereinigung schon irgendwann hervorbringen wird. Praktisch alle politischen Parteien und alle Verbände produzieren unterschiedliche Konzepte, an denen die DDR genesen soll. Von der sofortigen Abschaffung der Planwirtschaft



über „weichere“ Übergangskonzepte bis zu scheinbar harmlosen Hilfspaketen (Umweltschutz, Runderneuerung des Telefonnetzes) wird alles mögliche gehandelt, doch das Ergebnis ist immer das gleiche: Erstens: Die große und reiche BRD trägt furchtbar viel Sonderverantwortung für die Brüder & Schwestern östlich der Elbe. Zweitens: Die Planwirtschaft ist der westlichen Marktwirtschaft strukturell unterlegen und muß mehr oder weniger schnell und nachhaltig weg. Bestenfalls soll eine „soziale Abfederung“ die zu erwartenden „Übergangshärten“ etwas lindern. Zweifellos: Vieles ist noch offen, auf Seiten der DDR-Opposition und der SED wie auch auf westlicher Seite. Wie werden USA und EG-Verbündete reagieren, wie die SU? In taktischen Details gibt es weiterhin Differenzen zwischen Kohl, Lambsdorff, Vogel und Lafontaine etc. Doch bei aller Pflicht zur differenzierten Wahrnehmung: Daran, daß wir momentan den Übergang von den Sonntagsreden über die „Unteilbarkeit Deutschlands“ zur praktischen Organisierung der Vereinnahmung der DDR miterleben, kann es keinen Zweifel geben.

Strategie der Linken ?

Große Teile der Linken verhalten sich angesichts der sich überschlagenden Ereignisse erstaunlich passiv oder legen ihren Schwerpunkt auf Sympathieerklärungen gegenüber den basisdemokratischen Aufbruchstimmungen in der DDR. Diese Zurückhaltung lindert jedoch nicht den Druck auf die DDR, denn das politische Gewicht der BRD beruht ja nicht nur auf ihrer ökonomischen Potenz, sondern auch auf der weltweit wohl einmaligen innenpolitischen Stabilität – auf dem Mangel an Verweigerung. Es ist natürlich nicht einfach, ein zutreffendes Panorama des Standes der Dinge und der voraussichtlichen Entwicklung zu skizzieren, und ohne eine genaue Analyse geht es auch bei den Linken nicht, denen der großdeutsche Taumel immerhin Anlaß genug ist, spontan auf die Straße zu gehen.

Mit dem Ziel der Selbstverständigung (und der Option auf eine gemeinsame Demonstration) wollen wir auf einem Teach-In u.a. folgende Fragen diskutieren.

1. Worin liegt die neue Qualität der aktuellen Entwicklung? Ist die BRD „*nur*“ dabei, nochmals ein Stück mächtiger zu werden, wie schon in den vergangenen Jahren, als sie etwa in Spanien, Portugal etc. einzog, oder geht es heute nicht doch um viel mehr, nämlich um den erneuten „Griff nach der Weltmacht“? Kann man sagen, daß die kontinuierliche Expansion der BRD nun einen Punkt erreicht hat, an dem SIE es in der Hand hat (mehr als die USA oder England), die Säulen der Nachkriegsordnung zum Einsturz zu bringen und vollkommen neue Machtverhältnisse in Europa und darüber hinaus herzustellen? Ist die BRD dabei, die Welt schon bald in militärische Konflikte hineinzureißen? Welche Konzepte verfolgen momentan die Bundesregierung, die Bonner Parteien und die Kapitalistenverbände?

2. Die zum Teil fanatische Deutschland-Begeisterung der über Prag und Ungarn gekommenen „Rübersiedler“ ist noch frisch in Erinnerung. Doch von welcher Seite wurde die Mauer eingerissen? Welche Widersprüche haben die Oppositionsbewegungen der Dableiber hervorgebracht? Welche politischen und materiellen Interessen verbergen sich hinter der summarischen Redeweise vom „Volk“? Was ist der Inhalt des „Dialogs“? Ost-CDU'ler und andere fordern bereits das vom „Volk“ getragene Parlament mit der Begründung, daß nur so die Legitimation zur Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen gewährleistet sei. Also: Wem wird dieses Parlament nützen?

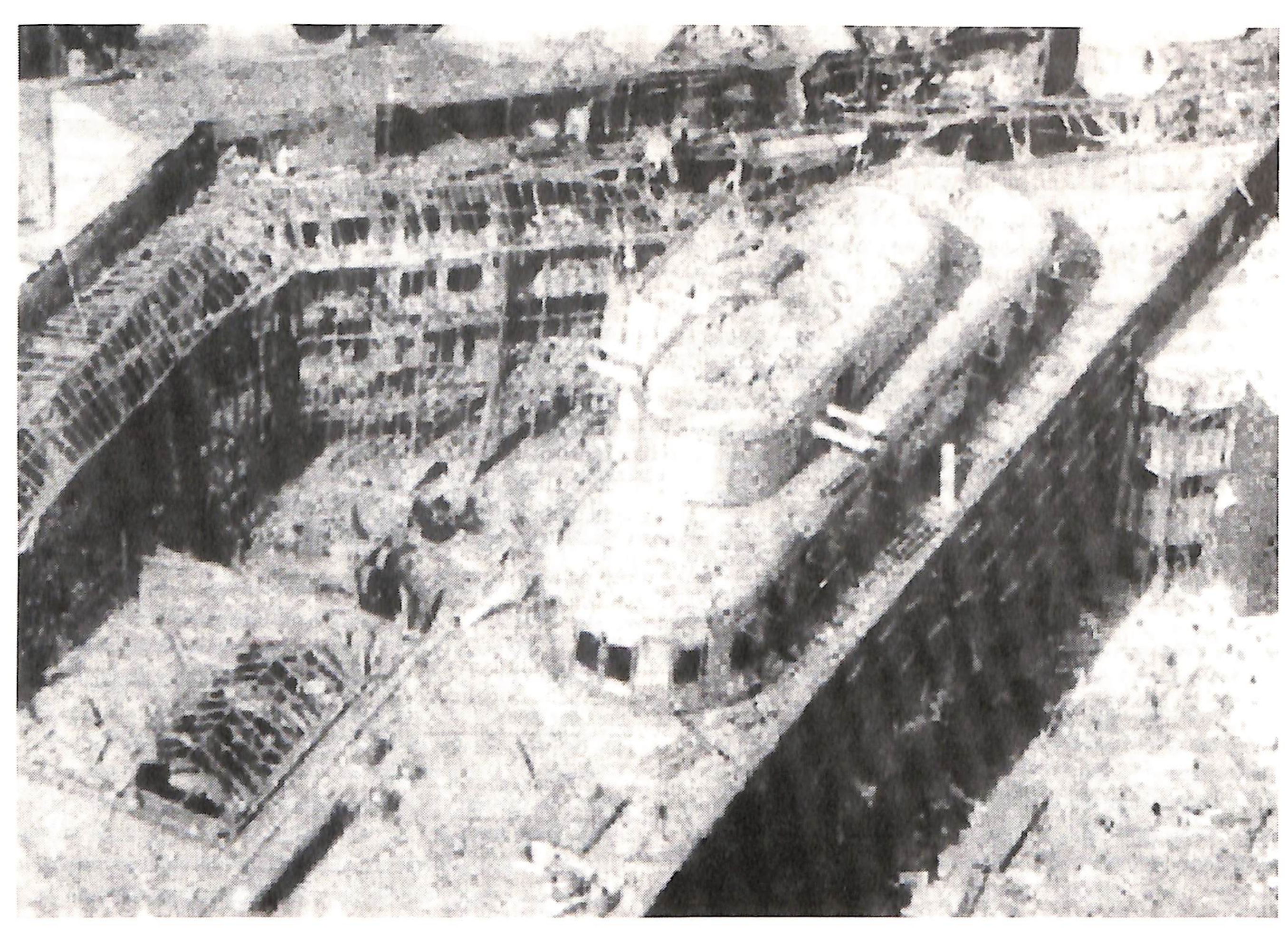
3. Konkurrenzstreß, Abhängigkeit der Lebensgrundlage von betriebswirtschaftlicher Entscheidungslogik, Zwang zur individuellen Selbst-Beherrschung, rassistische und sexistische Diskriminierung, Unterwerfung unter die Willkür des Sozialstaates und blanker Hunger: Für Millionen Menschen in den kapitalistischen Metropolen, und erst recht in der sogenannten 3.Welt, ist die kapitalistische Produktionsweise – ob mit oder ohne Sozialstaat – eine Katastrophe. Doch angesichts der krisenhaften Umwälzungen in den RGW-Staaten ist nur noch von der angeblichen Überlegenheit der freien Marktwirtschaft die Rede. Fehlendes Privateigentum und Planwirtschaft gelten hier als strukturelle Ursache einer östlichen Murx-Wirtschaft. Kohl kann es sich erlauben, die von der SED gewollte Hilfe an die Vorbedingung der Abschaffung der Planwirtschaft zu knüpfen. Wieso muß sich die SED solche Demütigungen bieten lassen? Welche Produktionsweise geriet in den RGW-Staaten eigentlich in die Krise? Ist es die Idee der assoziierten Produzenten, die sich vernünftig über das „WAS“ und „WIE“ der Reichtumsproduktion verständigen, oder ist es eine ausgerechnet am kapitalistischen „Weltniveau“ orientierte bürokratische Despotie über die Produktionsmittel? Wieso glaubte die SED bislang, unkontrollierte öffentliche Diskussion nicht zulassen zu können, und wieso hatte sie immer Probleme mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“? Seit der Öffnung der Mauer befürchten auch Oppositionsgruppen einen Ausverkauf ihres Landes an die BRD. Was ist unter „Ausverkauf“ zu verstehen? ■

Dressierte Esel

Um die Planwirtschaft der DDR kritisieren und die (soziale) Marktwirtschaft der BRD loben zu können, muß sich ein Bundesbürger weder ins Studium östlicher Fachliteratur vertiefen noch an einer Uni Volkswirtschaft studieren. Sein Wissen um die Überlegenheit des Kapitalismus über die Murx-Wirtschaft drüben bezieht er aus der Betrachtung des für ihn persönlich relevanten Resultats: Volle Regale und harte Mark hier – keine Bananen aber technisch oft veraltete Automobile dort. Daß der Kapitalismus für die Mehrheit der Bewohner der freien Welt eine Katastrophe ist – vom entwürdigenden Betteln um einen Arbeitsplatz bis zum millionenfachen Hunger im Getreideland Argentinien – interessiert ihn genausowenig wie der augenscheinliche Widerspruch, daß DDR-Bewohner einerseits stolze Autobesitzer sind, andererseits Südfrüchte vermissen. Die Mehrzahl derer, die im nationalistischen Taumel Almosen an DDR-Touristen verteilen, Geldscheine, Apfelsinen und Schokoriegel in vorbeifahrende Trabis und Wartburgs werfen, hat sich noch niemals gegen eine Herrschaft aufgelehnt, geschweige denn ihre Rolle als dressierte Naturkraft des kapitalistischen Maschinensystems in Frage gestellt. Die Mehrheit der Bundesbürger hat hier noch jede Rationalisierung hingenommen, ordnet sich ohne Bewußtsein vom Gesamtzusammenhang der Reichtumsproduktion und -verteilung und daher wie „dressierte Esel“ (Marx) den Wechselfällen des Arbeitsmarktes und dem vorgegebenen Arbeitstempo unter. Die in ihren Arbeitsmitteln verdinglichten Machtverhältnisse übersetzen sie sich als Sachzwänge und die freiwillige Anpassung an diese als persönliche Entfaltung.

Die Bundesrepublik ist das Land mit den längsten Maschinenlaufzeiten, der umfangreichsten Samstagsarbeit und dem höchsten Anteil an Schichtarbeitern. Diese Superlative setzten sich in allen anderen Produktionszweigen fort, also in den Büros und kleinen Klitschen bis hinein ins Schulsystem. Acht Stunden Arbeit sind hier wirklich acht Stunden intensivste Arbeit. Doch wer denkt schon daran, daß zum Beispiel die technische Konstruktion eines bundesdeutschen Chemiewerkes nicht „naturbedingt“ so ausgefallen ist, daß die Contischicht geradezu unausweichlich erscheinen muß, weil die Anlage eben so gebaut ist, daß eine Stockung sie zerstören würde? Die konkrete Gestalt der Maschinerie und auch die der damit hergestellten Waren und schließlich auch die von Industrie und Waren ausgehenden Wirkungen (Arbeitsunfälle, verstopfte Straßen, idiotische TV-Serien für ausgelaugte Lohnarbeiter) sind letztlich das Resultat durchgesetzter Eigentümerinteressen gegenüber Leuten, die ihr Schicksal glauben an diese Interessen anbinden zu müssen.

Das Elend der dressierten Naturkraft in den wohlhabenden aber von krisenhaften Zusammenbrüchen keineswegs freien Staaten Westeuropas, Japans und der USA findet seine grausame Fortsetzung in den Ländern der sogen. Dritten Welt. In Mexiko leiden 40% der Menschen an absolutem Nahrungsmangel während reiche Großgrundbesitzer über das gesamte bewässerte Land verfügen und darauf Nahrungsmittel für den Export (u.a. in die BRD) anbauen lassen. In dem hochverschuldeten Sambia geht der Tod von tausenden Kindern unmittelbar auf die Zinsverpflichtungen gegenüber westlichen Gläubigern zurück. Dagegen sind die Lebensmittelengpässe in der Sowjetunion eher harmlose Probleme. Bisher jedenfalls. Das alles ist so bekannt, daß es fast langweilig ist, darauf hinzuweisen. Dennoch hält sich hierzulande hartnäckig die Vorstellung von einem florierenden Kapitalismus, und das hat viel mit der Weigerung zu tun, die Internationalisierung der Waren-, Geld- und Arbeitsmärkte als strukturell unabtrennbaren Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems zu betrachten. Klar, in der BRD klappt alles erstaunlich gut. Doch warum? Der „Spiegel“ weiß es: „Nur wer den Markt zuläßt, wird ohne dauerhafte Verschuldung wirtschaften und genügend Dienste und Güter bereitstellen. „Dieses alte vulgärökonomische Märchen von den freien Knappheitspreisen, die immer alles ins rechte Lot bringen, ließe sich keineswegs in jedem Land im 43. Jahrgang für DM 4,50 ans Publikum bringen. In der BRD geht das, weil sie reich genug ist, um ihre Fehlkalkulationen auf andere abzuwälzen. Wer jemals einige Zeit in einer Firma tätig war, weiß, daß „Mißwirtschaft“ auch zwischen Hamburg und München kein Fremdwort ist. Nur: wenn etwa die Firma Pelikan schlechte Fotokopiergeräte baut, die kein Mensch haben will, dann schließt sie eben das Werk und bürdet die Verluste den ehemaligen „Mitarbeitern“ und den Käufern von Tintenkulis auf. Wenn MBB für 10 Millionen Mark eine Montagehalle baut, um sie gleich darauf wieder abzureißen, weil sie zu klein und an der falschen Stelle errichtet wurde, dann zahlen das eben „die Steuerzahler“ und die Endabnehmer, die einen Airbus brauchen, aber nicht selber hinkriegen. Wenn die BRD 200.000 Wohnungen für Aus-, Um- und Übersiedler aus dem Boden stampfen will, dann scheitert das nicht daran, daß im Fünfjahrplan soviele Steine, Bagger und Arbeitskräfte gar nicht vorgesehen waren, sondern man kauft sich eben Arbeiter und Material auf dem Weltmarkt zusammen. Wen interessiert schon, welche Lücken dieser Gewaltakt



anderswo aufreißt? Einigen kritischen Leuten fällt immerhin auf, daß für unser herrlich weiches Klopapier indonesische Regenwälder in der Größenordnung Belgiens draufgehen. Aber augenscheinlich sind erstens nicht alle Zusammenhänge, und zweitens wird aus dieser Entdeckung nur zu oft unter der Hand ein Problem des Umweltschutzes, zu dessen Lösung man sogar Sanktionen von Helmut Kohl gegen die auswärtigen Landesherren fordert. Ohne Weltzerstörung ist ein Weltmarkt nicht zu machen. Auch nicht ohne Staatsgewalten und Militärbündnisse.

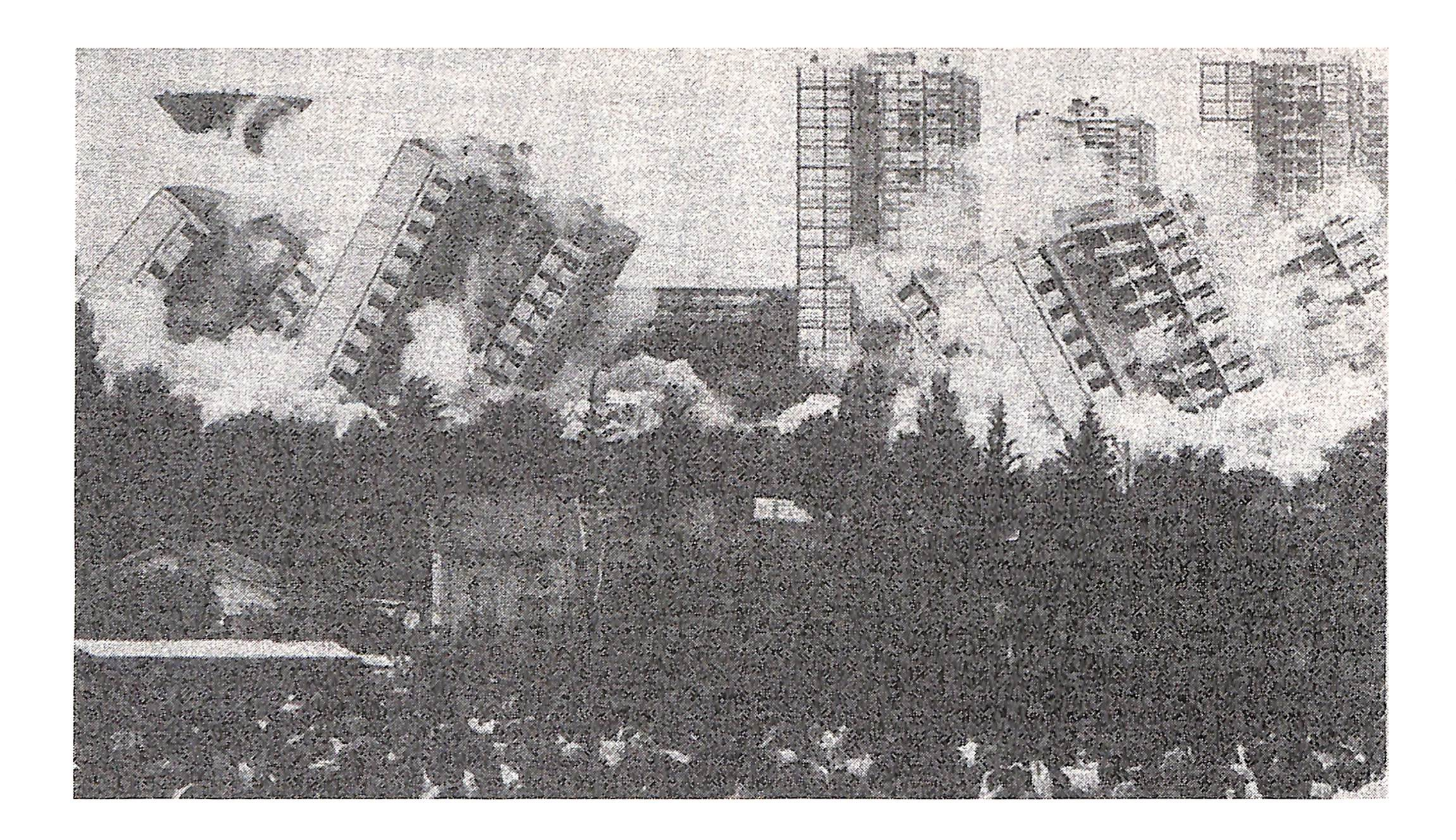
Allein Produktion und Export bundesdeutscher Automobile erfordern hinsichtlich Kapitalbeschaffung, Arbeitskräfte- und Rohstoffimporte, Durchsetzung des Akkordtempos, Beseitigung der Abfälle und Export der fertigen Ware über lange Handelswege (Transitabkommen) in ärmere und reichere Länder (Zoll- und Wechselkursabkommen) ein derartiges Gewaltpotential, daß dies alles ohne finanzielle Erpressung, Ausländergesetze, politische Intrigen, ökonomische und militärische Bündnisse nicht zu haben ist. So erklärt sich dann auch, daß die BRD dem türkischen Folterregime militärische und wirtschaftliche Hilfe gewährt, in Guatemala Polizeitruppen ausbildet, mit Argentinien und 86 weiteren Ländern Rüstungsgeschäfte macht, in Brasilien am Atombombenbau beteiligt ist, in Südafrika investiert und an Chile die Entwicklungshilfe zahlt, die man Nicaragua gestrichen hat. Für den durchschnittlichen Bundesbürger, der das alles weiß oder jederzeit wissen könnte, ist dies nur die unumgängliche Begleitmusik des politischen Alltages einer großen Exportnation. Und damit hat er auch recht.

Und die DDR-Touristen, die hier staunend vor prall gefüllten Regalen in postmodernen Einkaufszentren stehen? Ist ihnen der Zusammenhang zwischen Bananenschwemme und westdeutschem Investionsgüterexport klar? Wissen sie, daß BRD-Maschinen Konkurrenzmittel sind, die andere Länder einfach kaufen müssen, wenn sie nicht völlig ins Abseits geraten wollen? Wissen sie, daß ärmere Länder für ein paar westliche Werkzeugmaschinen ganze Schiffsladungen mit Bananen hergeben müssen, und daß die Menschen, die diese Bananen pflücken, oft nicht das Geld haben um sich selber eine zu kaufen? Wollen sie es überhaupt wissen? Die meisten abstrahieren erst einmal von dem Zusammenhang zwischen der imponierenden Warenfülle und dem dahinterstehenden Hochleistungsniveau in Fabrik und Büro. Sie hoffen, die vollen Regale könne es auch ohne „soziale Differenzierung", ohne die typischen Wechselfälle des Lohnarbeiterlebens, ohne höheres Niveau an individueller Selbstkontrolle, ohne kaputte Natur und ohne aggressives Energieprogramm geben. In der Bild-Zeitung berichtet IG-Chemie-Chef Rappe – ohne jede kritische Absicht – aus unserer Arbeitswelt: „Bei uns fällt weder ständig eine Maschine aus, und hier muß man auch nicht die Arbeit unterbrechen, um schnell Bananen in der Stadt zu kaufen, weil es gerade mal welche gibt. Bei uns wird acht Stunden intensiv gearbeitet, und darüber

entstehen die meisten Diskussionen. Aber daran werden sich die neuen Kolleginnen und Kollegen schon gewöhnen". Auf die Idee, statt eines Dienstleistungsdonnerstages den Einkauf während der Arbeitszeit zu fordern oder sich für eine Senkung des Arbeitstempos auf DDR-Niveau einzusetzen, würde Rappe nie kommen. Warum nicht mal das konfliktträchtige und für die DDR letztlich tödliche Kräftemessen der Systeme dadurch beenden, daß man hier den Streß beseitigt?

1966 gab es in der BRD die Bewegung der sogenannten Gammler. Nach Schätzung der von Erhard persönlich beauftragten Staatsschutz-Organe bestand der harte Kern aus nicht mehr als 1000 Personen. Doch ihr untätiges Herumlungern auf den Stufen der Westberliner Gedächtniskirche und der Frankfurter Hauptwache zog tausende empörte („Arbeitsdienst") Gaffer an. Nicht daß jemand ernsthaft geglaubt hatte, diese 1000 Leute würden durch ihre Untätigkeit irgendeinen Exportauftrag hintertreiben. Man befürchtete jedoch, daß das offene Bekenntnis zum Müßiggang – „gammeln" bedeutet laut Wörterbuch der deutschen Umgangssprache: „langsam tätig sein" – den ökonomischen Aufstieg der Nation gefährden könnte, wenn es unter der Jugend Nachahmer fände. Leider ist es dazu nicht gekommen, was sicher auch daran lag, daß die Gammler den Weg zur Vermehrung der freien Zeit etwas einseitig im Konsumverzicht sahen. Trotz mancher konservativen „kulturkritischen" Implikationen: die Redeweise der 60er Jahre vom „Konsumterror" enthielt richtige Momente der Kritik der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionslogik. Doch ohne Ausdifferenzierung der Genüsse ist eine Entwicklung der Individualität nicht möglich. Die Lösung ist woanders zu suchen: In der Ersparnis von Arbeitszeit durch größere Wirksamkeit der Arbeit und durch die permanente gesellschaftliche Diskussion über das „Wie" und „Was" der Produktions- und Konsumstruktur. Voraussetzung für beides wäre jedoch, daß frei assoziierte Individuen gemeinsam über die Produktionsbedingungen verfügen und ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse den Stoffwechsel mit der Natur nach Maßgabe ihrer Diskussionsergebnisse organisieren können. Auf diese Weise könnten die Gesellschaftsmitglieder frei darüber entscheiden, welche Gebrauchsgegenstände sie produzieren wollen, wieviel Arbeitszeit auf die einzelnen Bereiche entfallen soll, wie man mit der gesellschaftlichen geschlechtlichen und körperlich/geistigen Arbeitsteilung umgehen will. Weil Richtung und Umfang der zu befriedigenden Bedürfnisse (Trabi oder Bananen, weniger Trabi – mehr Bananen, U-Bahn und Bananen statt Zweitaktgestank...) öffentlich diskutiert werden und damit auch Umfang und Verteilung des Arbeitsaufwandes vorher bekannt sind, erübrigt sich auch das bisher in West und Ost übliche Verfahren, den geschaffenen Reichtum erst von den Produzenten zu trennen, ihn in private und staatliche Kassen zu leiten und ihn dann nach ziemlich anmaßenden Kriterien (Tariflohn, Bereitschaft zur Unterordnung, etc.) wieder zu verteilen. Damit entfallen dann auch sämtliche entfremdete Zwischeninstanzen, sprich Staat, Parteien, etc. Was notwendig bleibt, ist eine herrschaftsfreie- Sachdiskussion über die praktischen Produktions- und Distributionsprobleme.

In den RGW-Staaten hat man diesen bedenkenswerten Marx'schen Vorschlag auf den Gegensatz Markt/Plan heruntergebracht und ihn dadurch jedes emanzipatorischen Gehaltes beraubt. Selbst wenn man berücksichtigt, daß diesen Staaten seit den Tagen der Oktoberrevolution von imperialistischer Seite wenig Spielraum für gesellschaftliche Experimente gelassen wurde (das reicht von den Interventionstruppen am Ende des Ersten Weltkrieges über den Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion bis zum Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz der BRD), so bleibt doch festzustellen, daß man dort aus der Not rasch eine Tugend machte. Genaugenommen war es schon in der alten Arbeiterbewegung mit den „Utopien" nicht weit her. Die Forderung nach Aufhebung der Warenproduktion im Erfurter Programm der SPD (1891) hatte schon damals keine Auswirkung auf die praktische Parteipolitik. Sie blieb Verbeugung vor dem Buchstaben der Marx'schen Theorie. Sozialismus stellte man sich eher als ein rundherum abgesichertes Lohnarbeiterdasein vor. Die Idee eines Staatssozialismus mit „geplanter" Warenproduktion existierte als Resultat einer äußerlichen Kritik der kapitalistischen Krisen schon vor der ersten proletarischen Revolution. Im Westen ist die Arbeiterbewegung durch die sukzessive Verwirklichung ihrer beschränkten Ziele (die sie immer gegen einen massiven Widerstand – bis hin zur faschistischen Unterdrückung – durchsetzen mußte), in eine Situation geraten, in der sie sich unbegriffen als Konglomerat atomisierter Individuen wiederfindet. Dort, wo die alte Arbeiterbewegung Staat geworden ist, hat sich der auf ihren Anschauungen begründete Staatssozialismus in der gewollten Systemkonkurrenz zum Imperialismus ruiniert. Die herrschenden kommunistischen Parteien sind an der Beschränktheit ihrer Ziele gescheitert. Anstatt einmal einen wirklichen alternativen Gesellschaftsentwurf vorzulegen und zur Diskussion zu stellen, setzten sie ein maximales Wirtschaftswachstum mit dem „Aufbau des Sozialismus" gleich. Man wollte den Westen auf dessen eigener Straße und in derselben Fahrtrichtung ein- und überholen, dabei jedoch einige „negative Seiten" vermeiden. Einerseits orientierte man sich hinsichtlich Produktions- und Konsumzielen am vom Westen vorgegebenen „Weltniveau", andererseits verfügte man – weil man sich selbst verfassungsrechtlich verpflichtet hatte, dem eigenen Volk soziale Sicherheiten zu garantieren und weil man das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft hatte – nicht über die Instrumente des Konkurrenten. Ohne Börse, freien Arbeitsmarkt und unterentwickelte Dritte-Welt-Hinterhöfe ging es den sozialistischen Staaten in diesem Wirtschaftskrieg jedoch wie im Hase und Igel-Spiel: die andere Seite war immer schon – auch was die Überbauten betrifft – früher angekommen. Obwohl diese Länder selbst auf dem Weg durchaus mehr erreicht haben als die westliche Propaganda zugeben mag, blieb die gutge-



meinte Kopie letztlich hinter dem Original zurück. Der Westen hat diesen Fehler viele Jahrzehnte lang auf aggressive Weise ausgenutzt. Nicht um eine bessere Gesellschaft zu erreichen, sondern um die ganze Welt nach dem eigenen Ebenbild zu gestalten.

Es ist schon wahr: viele Leute haben sich bisher in der DDR nicht wohlgefühlt. Es hat sie genervt, daß man ihnen nicht zutraute, den Verlockungen des Goldenen Westens zu widerstehen. Die SED hat sie bevormundet, statt mit ihnen die Gründe für das Konsumniveaugefälle in einigen Bereichen zwischen BRD und DDR zu diskutieren. Die SED hat ihre Werktätigen entpolitisiert und auf ihre individuellen Interessen zurückgeworfen. Honecker hat noch im Dezember letzten Jahres betont: „Wir haben kein gestörtes Verhältnis zur Existenz von Ware, Wert, Geld, Kosten, Preis und Gewinn. Ganz im Gegenteil". Diese „sozialistische Warenproduktion" schwankte in allen RGW-Staaten von Anfang an zwischen „Plan" und „Markt". Sie brachte immer wieder „Reformer" hervor, die immer neue Markt/Plan-Mischungsverhältnisse (Joint-Ventures, Sonderwirtschaftszonen und dergleichen) vorschlugen, die mit immer neuen „materiellen Anreizen" und „Hebeln" das bewerkstelligen wollten, was der Kapitalismus viel eleganter hinkriegt. Sie machten das Einkommen der Arbeiter von Verhältnissen abhängig, die außerhalb von deren Kontrolle liegen. Mit diesen unfairen Bestechungs- und Erpressungsmethoden (die niemals so wirkungsvoll waren wie der stumme Zwang der Verhältnisse im Westen) beseitigten sie die subjektiven Voraussetzungen einer höheren Arbeitsproduktivität (nicht identisch mit Arbeitshetze). Die linke Staatsmacht die anfangs vielleicht noch notwendig ist, um für die arbeitende Gesellschaft „Buch und Rechnung" zu führen, verselbständigte sich bis zu einem Punkt, an dem sie „die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution" (Marx) wurde. Die Vermittlung der vielen Bedürfnisse und Arbeitskräfte zu einer gesellschaftlichen Kraft fand nicht als gemeinsame Veranstaltung der unmittelbaren Produzenten statt. Unter diesen Bedingungen mußte der „Plan" in die Verschwendung von Material, Maschinenkapazitäten und Arbeitszeit münden und somit auch in die Verschwendung von potentiell freier Zeit.

Die Abschaffung des Privateigentums an Fabriken, Maschinen und Land war (und ist immer noch!) eine Voraussetzung, um überhaupt die Frage diskutieren zu können, wohin eine Gesellschaft gehen will. Soll man sich am „Weltniveau" orientieren und dafür die Schichtarbeit ausdehnen und Mensch und äußere Natur ruinieren, um anschließend stolz auf schöne Krankenhäuser und Filteranlagen verweisen zu können? Die SED hat diese Fragen nicht aufgeworfen. Das wäre jedoch selbst dann nötig gewesen, wenn man weiß, daß ohne Weltniveautechnologie keine Weltniveauwaffen gebaut werden können, die man braucht, um äußerer Aggression standhalten zu können.

Zwischen Niemandsland und Vaterland

VON BERND SCHULZ
FOTOS: MARILY STROUX

Die Restlinke in Deutschland fünf Jahre nach dem Mauerfall[1]

Als am 9.11.1989 die Mauer in Berlin fiel und die deutsche Wiedervereinigung einläutete sowie den Anfang vom Ende des RGW markierte, reagierten die meisten Linken in diesem Land überrascht und konnten sich zumeist nicht vorstellen, welche Entwicklungsrichtung das neue Deutschland nehmen würde. Aber hätte die deutsche Linke in den Achtzigern die geistig-moralische Wende, die Kohl mit seinem Regierungsantritt 1982 angekündigt hatte, ernstgenommen, hätte sie der mit Bitburg, Historikerstreit und einer unter den Eliten wieder verstärkt geführten „Deutschland-Debatte" beginnenden Geschichtsrevisionierung mehr Aufmerksamkeit geschenkt, hätte sie womöglich die durch den imperialistischen Kampf gegen das „Reich des Bösen" entstehenden Wirkungen auf den RGW näher untersucht und hätte sie sich genauer angeschaut, welche grundlegenden politischen Eruptionen die auf viele so sympathisch wirkende „Gorbi-Welle" freisetzte, wer weiß, womöglich hätte wenigstens ein nennenswerter Teil der 1989 noch verbliebenen Linken nicht so versagt, als der „Lauf der Geschichte" am 9.11.89 einen so heftigen Sprung machte.

Aber eben das alles hatte die Linke nicht getan. Es erforderte schon „Nationalitätenkonflikte", die von Deutschland wesentlich mitbetriebene Zerschlagung Jugoslawiens, Kriege, Verfolgungen von „Minderheiten", zunehmende Armut und Verelendung in den ehemaligen RGW-Staaten, neue Weltordnung per UNO-Einsätze und Golfkrieg u.a., damit sich wenigstens ein Teil der Restlinken der Tatsache stellte, daß hier nicht einfach nur ein ungeliebtes, bürokratisches System abdankte, sondern daß mit dem Fall der UdSSR ein machtmäßiger Bezugsrahmen auch für linksradikale Politik verschwand, der seit 1917 entscheidenden Einfluß auf die Verlaufsformen von Konflikten und Kriegen in der Welt hatte.

Und es mußte erst eine erhebliche Zunahme der häufig tödlichen Angriffe auf ImmigrantInnen und Flüchtlinge, auf Obdachlose, Krüppel und Andersdenkende in Deutschland geben, es bedurfte pogromartiger Angriffe wie in Hoyerswerda oder Mannheim und das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen sowie der Morde in Mölln und Solingen, des weiteren die Abschaffung des Asylrechts und die Schaffung eines rassistischen Ausgrenzungsgesetzes wie das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz, und es brauchte auch erst eine Welle von antisemitischer Hetze und Anschläge sowie den offensiv betriebenen Geschichtsrevisionismus mit der sogenannten Umgestaltung der KZ-Gedenkstätten zu „Mahnmalen gegen die Verbrechen von Rot und Braun", die ideologischen „Entsorgung" des antifaschistischen Motivs der DDR-Gründung, die Einweihung der „Neuen Wache" und schließlich den Somalia-Einsatz der Bundeswehr und den Zapfenstreich unter dem Brandenburger Tor und... und... und..., damit mehr als einer Handvoll von Leuten klar wurde, daß der mit der Wiedervereinigung verbundene Wegfall aller Restriktionen aus der Niederlage des Nationalsozialismus (und die daraus resultierende nationale Selbstbestimmung Deutschlands) weit mehr bedeutete als einen „bloß" quantitativen Macht- und Einflußzuwachs der alten BRD.

Die Linken, die die vor allem von den Alternativen und GRÜNEN in den Achtzigern vorangetriebene Eingemeindung in die herbeigeredete „demokratische Zivilgesellschaft" noch nicht mitgemacht hatten, mußten sich



angesichts der Ereignisse von 1989 und danach entscheiden, ob sie bei dem beginnenden Prozeß des Sich-Einrichtens in den neuen Verhältnissen dabeisein wollten oder sich grundsätzlich verweigerten. Die meisten 1989 noch verbliebenen Restlinken wurden dabei auf dem rechten Fuß erwischt: Ein Teil sah in dieser nationalen Selbstfindung Chancen für eine „mitgestaltete linke Opposition", ein anderer Teil meinte zumindest, so weitermachen zu können wie bisher, was vor allem eine wie auch immer aussehende Massenpolitik beinhaltete. Als es dann darauf ankam, obsiegte das Bekenntnis zu „Volk" und Nation, verbrämt als Politik, die nun mal bei den Bedürfnissen der Menschen anzusetzen habe.

Und somit arbeitet sich seitdem ein gewichtiger Teil der Restlinken in unterschiedlichster Aufmachung an den Folgen des „Anschlusses" ab, insbesondere in und mit der PDS. Vielen dieser Linken reicht schon der Hinweis darauf, daß die PDS „von ihrer Massenbasis her ... die mit Abstand mitgliederstärkste und damit potentiell wichtigste antikapitalistische Kraft in diesem Deutschland (ist)"[2], um jeden Unsinn, welchen Linke im Zusammenhang mit den GRÜNEN schon mal betrieben hatten, und noch einiges mehr zu rechtfertigen.[3] Allerdings ist das, was Deutschland heute veranstaltet, ungleich gefährlicher als zu den Zeiten, als wesentliche Teile der damaligen Linken ihren Ausgleich mit den bundesdeutschen Verhältnissen via grünes Ticket betrieben, und es ist von daher nicht belanglos, daß ein Gutteil der Restlinken sich als linksnationale Opposition aufspielt und damit dem neuen Deutschland auf seine Weise zur Legitimierung verhilft.

Es kann den verbliebenen radikalen Linken auch deshalb nicht egal sein, weil bekanntlich in der Not der Teufel Fliegen frißt. Angesichts einer verschärften Rechtsentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und eines Erstarkens faschistischer Kräfte nimmt die Attraktivität einer im Vergleich zu den existierenden linken Kleinstgruppen stark und mächtig wirkenden Partei wie der PDS auf Teile der radikalen Linken, insbesondere aus dem Antifaspektrum und auf große Teile der sich in der ehemaligen DDR befindlichen Linken, erheblich zu.[4] Kaum eine bis dato noch vor sich hinwurschtelnde Partei oder Gruppierung überstand die total kontrovers geführten Diskussionen über die Bewertung der Wiedervereinigung und der für die linke Politik daraus zu ziehenden Konsequenzen unbeschadet. Nicht wenige Organisationen und Zusammenhänge verschwanden völlig von der Bildfläche.

Dies gilt auch für die autonome „Bewegung". Hatte diese spätestens mit Wackersdorf 1986 den Zenit ihres politischen Daseins überschritten, mußte die grundlegende Umwälzung der politischen Situation beim größten Teil des autonomen Spektrums (angesichts eines



vorwiegend subjekthaften Verständnisses von Politik und ewiger Identitätssuche sowie einer verbreiteten Theorielosigkeit) zur Ratlosigkeit und zur Paralysierung führen. Der Knackpunkt für das autonome Spektrum liegt dabei vor allem in seinem Scheitern während und nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, dem folgenden rassistischen Herbst in Deutschland, der den Nazi-Morden von Mölln folgenden Lichtershow des angeblich anständigen Deutschland und letztlich der Abschaffung des Asylrechts. Diesem durch Eskalation und Deeskalation gekennzeichneten nationalen Konsens hatte das autonome Spektrum weder intellektuell noch aktionsmäßig etwas entgegenzusetzen. Und die Möglichkeit, die darin deutlich werdenden grundlegenden Defizite des eigenen politischen Denkens und Handelns wenigstens zu hinterfragen, wurde nur von kleinen Teilen „der" Autonomen wahrgenommen. Wer nicht abtauchte, versuchte sich vorwiegend in bekanntes Fahrwasser zu retten.

Militanz und Entschuldung

So suchte ein großer Teil der militanten Antifaszene seine Radikalität in dieser Situation darin zu bewahren, daß sie ihren Unterschied zu den reformistischen Kräften vor allem an den Auseinandersetzungsformen gegenüber den Nazis festmachte.[5] Aber in der Bewertung der Wiedervereinigung, der nationalen Selbstfindung Deutschlands und dem völkischen und rassistischen Coming-Out großer Teile der Bevölkerung bewegten und bewegen sie sich bedenklich oft in der Nähe der FolgenbekämpferInnen des „Anschlusses".[6]

So bleibt z.B. auch die Entwicklung des „Antifa-Infos" aus Berlin vorwiegend auf bekanntem Terrain. Einer wenig sensationellen Erkenntnis, daß das „Projekt des imperialistischen Deutschland nach Außen und Innen mit aller Macht durchgesetzt werden (soll)... Begonnen hatte dieser Kurs nicht erst mit der deutschen Vereinigung. Die konservative Wende von 1982 hatte sich zum Ziel gesetzt, Preußendeutschland zu restaurieren und damals erkannt, daß Nationalismus vor allem für eines gut ist: Für die uneingeschränkte Herrschaft und den ‚Profit'"[7], folgt in der gleichen Nummer eine „Ehrenrettung" der deutschen Bevölkerung. In einer Erwiderung auf „Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler", die im Rahmen des Buches „Der Pakt" eine heftige Kritik an den Erklärungsmustern vieler AutonomeR und Antifas, auch aus dem „Antifa-Info", zu Rassismus und Nationalismus vorgenommen haben, wird festgestellt, daß „Rassismus, Sexismus und Nationalismus von oben propagierte Verhaltensmuster (sind), die in erster Linie dazu dienen, die Bevölkerung zu spalten und zugunsten der Herrschenden Konkurrenz zu säen."[8] Insgesamt ist diese Position bemüht, eine antideutsche

Argumentation als völkisch zu denunzieren, und es wird, wie so oft, heftigst nach konkreten Lösungsansätzen gerufen. Die enden dann schon mal dabei, „daß es richtig ist, den rassistischen MitläuferInnen im Falle eines Angriffes auf die Schnauze zu hauen, aber ansonsten zu versuchen, mit ihnen zu reden, um einzelne von unserer Meinung zu überzeugen..."[9] Daß das „Antifa-Info" seine peinliche Bejubelung der angeblich so positiven Motive der Mehrheit der 300000 DemoteilnehmerInnen bei der nationalen Propagandashow in Berlin am 8. November 1992 inzwischen selbstkritisch hinterfragt, darf bezweifelt werden.[10]

Insgesamt muß für das verbliebene Antifaspektrum festgestellt werden, daß schon in der Vergangenheit eher untaugliche Mittel, wie die traditionelle Antifa-„Volks"aufklärung oder die Versuche, große Bündnisse gegen die Nazis zu bilden, auch weiterhin ideel favorisiert werden; wenn auch die deutschen Realitäten dazu geführt haben, daß das autonome Antifaspektrum heutzutage bei öffentlichen Aktionen und Demos gegen Nazis meist unter sich bleibt.

Eine gewisse Ausnahme vom letzteren ist die Antifa (M) in Göttingen, die spätestens seit ihren bundesweiten Antifa-Organisationsbemühungen „Antifaschistische Aktion-Bundesweite Organisation (AA-BO) vielen bekannt sein dürfte. Die Antifa (M), über die z.B. die „FAZ" ganzseitige Hetzartikel schreibt, stellt in gewisser Weise das autonome Pendant zur PDS dar. Sie war in der Vergangenheit in der Lage, gut organisierte Demonstrationen und Aktionen durchzuführen sowie anlaßbezogen (z.B. nach dem von der Polizei verschuldeten Tod der Göttinger Antifaschistin Conny Wissmann) eine breitere Bündnispolitik bis in SPD-Kreise hinein zu entwickeln. Und dies, obwohl die Antifa (M) auf dem Anspruch beharrt, daß sie in der Regel im schwarzen Block demonstriert und daß „sich Autonome nicht den staatlichen Spielregeln unterwerfen. Es wird in der Form demonstriert, die dem eigenen Selbstverständnis entspricht - staatliche Gesetze werden nicht anerkannt, und es wird somit am Gewaltmonopol gekratzt".[11] Bei der fortschreitenden Zersplitterung der Restlinken übt das Antifa (M)-Projekt auf Teile der aktiven Antifakreise eine Menge Reiz aus. Ob aber die Mischung aus ritualisierter „Stärke"demonstration und häufig „volks"nah aufgemachter Antifaagitation der Antifa (M) der richtige Ansatz sind, um der deutschen Entwicklung ein adäquates Mittel entgegenzusetzen, muß bezweifelt werden.[12] Der bundesweite Organisierungsversuch der „AA-BO" jedenfalls hat sich mit dem Vertrieb eines Plakates zum 9.11.93 eher als deutsche denn als antinationale Linke erwiesen. Auf diesem Plakat wird nach- und nebeneinander die gescheiterte Novemberrevolution von 1918, der gescheiterte Hitler-Putsch von 1923, die Reichspogromnacht von 1938 und der Mauerfall von 1989 aufgelistet. Als wolle mensch sagen, daß der 9.11. irgendwie ein deutscher (Schicksals?-)Tag sei. Damit hat die „AA-BO", um es mal vorsichtig zu formulieren, nicht gerade dazu beigetragen, um das großdeutsche Bemühen, die Reichspogromnacht und deren Opfer hinter dem deutschen „Freudentag" von 1989 verschwinden zu lassen, zu erschweren.

Auf seine Weise reagierte das sich als sozialrevolutionär verstehende Spektrum „der" Autonomen auf den Mauerfall und dessen Folgen. War deren illusionistische Wahrnehmung der „geknechteten Massen" schon davor kaum zu verkraften, so stellt sich diese Linie inzwischen als satte Entschuldungslegitimation angesichts der immer offensichtlicher werdenden und immer häufiger auch handfest dokumentierten rassistischen und nationalistischen Interessen großer Teile der deutschen Bevölkerung heraus. Selbstverständlich verurteilen solche SozialrevolutionärInnen pogromartige Gewalttaten wie in Hoyerswerda oder Mannheim oder das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, aber sie interpretieren in diese rassistischen und nationalistischen Gewalttaten eine darin zum Ausdruck kommende spontane Rebellion der unterdrückten Massen gegen Unzufriedenheit mit einer als negativ empfundenen Herrschaft hinein. Womit die Leute unzufrieden sind und in welche Richtung dies geht, spielt dabei für die SozialrevolutionärInnen oft genug nur eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist die Aktion der „Massen". Sie sind davon überzeugt, eine handelnde Linke müsse diesen irregeleiteten Menschen nur die richtigen Feinde zum Verhauen zeigen, wahlweise MaklerInnen, „Bonzen"schweine, KapitalistInnen, Bankiers, PolitikerInnen, Bullen oder Nazis.[13] Dieses Herangehen an die deutsche Wirklichkeit der letzten Jahre ist durch K.H. Roths Beitrag „Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken", in dem er genau dieser „linken" Sozialentschuldung von rassistischen und nationalistischen Motiven und Denkweisen der deutschen TäterInnen ein scheinbares theoretisches Fundament verleiht, ernsthaft diskutierbar geworden und hat dadurch einen wichtigen Schub bekommen. Daß gerade die SozialrevolutionärInnen extrem bemüht sind, reputierlich und für die „Massen" glaubwürdig zu erscheinen, ist allerdings nicht K.H. Roth anzulasten, sondern hat viel mit deren eigenen Befindlichkeiten und ihrem sehnsüchtigen Wunsch zu tun, Teil eines idealisierten aufbegehrenden „Unten" zu sein.

Einen ähnlichen Weg scheinen Teile der noch einsitzenden und Teile der ehemaligen politischen Gefangenen sowie größere Bereiche der Unterstützungszusammenhänge zu gehen.

Das viel strapazierte Beispiel ist die von in Lübeck inhaftierten Frauen verbreitete Vorstellung, daß die Linke sich z.B in die Auseinandersetzung um die Verkehrsberuhigung der Stresemannstraße einmischen soll. Es zeigt, wo die von dieser Seite propagierte „Rückkehr in die Gesellschaft" womöglich landet. Sicherlich mußte und muß es eine kritische Aufarbeitung des militanten Widerstandes gegen den deutschen Staat geben, aber daß dabei nun gerade das Konzept der „radikalen und kompromißlosen Minderheit in den Metropolen" zugunsten eines ominösen „Ansetzens" an angebliche oder wirkliche Interessen von „unten" über den Deister geht, ist bitter. Und um so bitterer, da gerade die letzten

Jahre zeigen, daß sich der Konsens zum Wohle der deutschen Nation stärker denn je verfestigt.[14]

Deutsche Linke oder Kraft der Negation?

Aber es gab auch autonome Zusammenhänge, die sich frühzeitig im Rahmen der „Nie wieder Deutschland"-Kampagne entschlossen, gegen den durch den Mauerfall beginnenden Aufbruch des neuen Deutschland zu stellen. Aber in ihren Redebeiträgen auf der „Nie wieder Deutschland"-Demonstration am 12.5.90 in Frankfurt erwarteten sie einen massenhaften Widerstand von „unten" gegen das sich entwickelnde neue Deutschland. Auch sie blieben damit einem falschen Verständnis von Politik und Widerstandsmöglichkeiten in Deutschland verhaftet.[15]

Viele Gruppen, die sich an der „Nie wieder Deutschland"-Kampagne oder an der Frankfurter Demo beteiligten, wehrten sich in unterschiedlicher Schärfe gegen das kommende Großdeutschland, aber als es ihnen unabdingbar klar war, daß dieser Prozeß grundsätzlich nicht aufzuhalten ist, begann in differierender Ausprägung der gewohnte Gang der Linken: die Suche nach Einflußmöglichkeiten. Bei nicht wenigen existierte die Illusion, daß die Linke in Deutschland die Hegemonie gewinnen könnte. Es wurden wie gewohnt fleißig Initiativen gebildet, wobei es jetzt halt mit dem Antirassismus einen weiteren Schwerpunkt gab, andere beteiligten sich im Rahmen der die Wiedervereinigung legitimierenden Reichstagswahlen von 1990 (VSP und grüne Fundis) etc.

Desgleichen widerfuhr dem größeren Teil des Sammlungsversuches „Radikale Linke". Aber der RL kommen, bei allem, was Linke unterschiedlichster Coleur an ihr negativ ausmachen können, einige wichtige Verdienste zu: Sie hat in dem Prozeß nach dem Mauerfall den Versuch unternommen, einen fundamentalen Widerstand gegen das neue Deutschland zu entwickeln, der sich auch inhaltlich den neuen Verhältnissen stellt. Die im Januar 1990 in der ersten RL-Erklärung gegen die Wiedervereinigung gebündelten Annahmen und Befürchtungen, die in der antinationalen Kampfparole „Nie wieder Deutschland!" zusammengefaßt wurden, haben sich, von der Wirklichkeit in vielen Teilen bestätigt oder gar überholt, als durchaus richtungsweisend für antinationale Politik erwiesen. Es ist einem Teil der RL zu verdanken, daß die eigentlich selbstverständliche Erkenntnis „Deutschland denken, heißt Auschwitz denken" als Prämisse für linksradikale Politik überhaupt diskutiert wurde. Und schon vor dem Mauerfall hatte die RL in ihrem ersten Grundlagenpapier mit einer grundsätzlichen Kritik am bestehenden Kapitalismus, einer Analyse der sich vollziehenden Modernisierung des Kapitalismus und mit der Forderung an die Linke, künftig „Kraft der Negation" zu sein, statt immer wieder in unterschiedlichster Weise zur Reformierung und Modernisierung der bürgerlichen Gesellschaft beizutragen, einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung der Linken vorgelegt. Dies gilt auch angesichts der Tatsache, daß besonders das letztere nur von einer Minderheit der an der RL interessierten Menschen und Gruppen geteilt wurde, wie der RL-Kongreß im Juni 1990 zeigte. Diese positiven Aspekte bleiben, wenn die RL sich dann später auch mit allen gewohnten Mechanismen der Linken in die Geschichte verabschiedete.

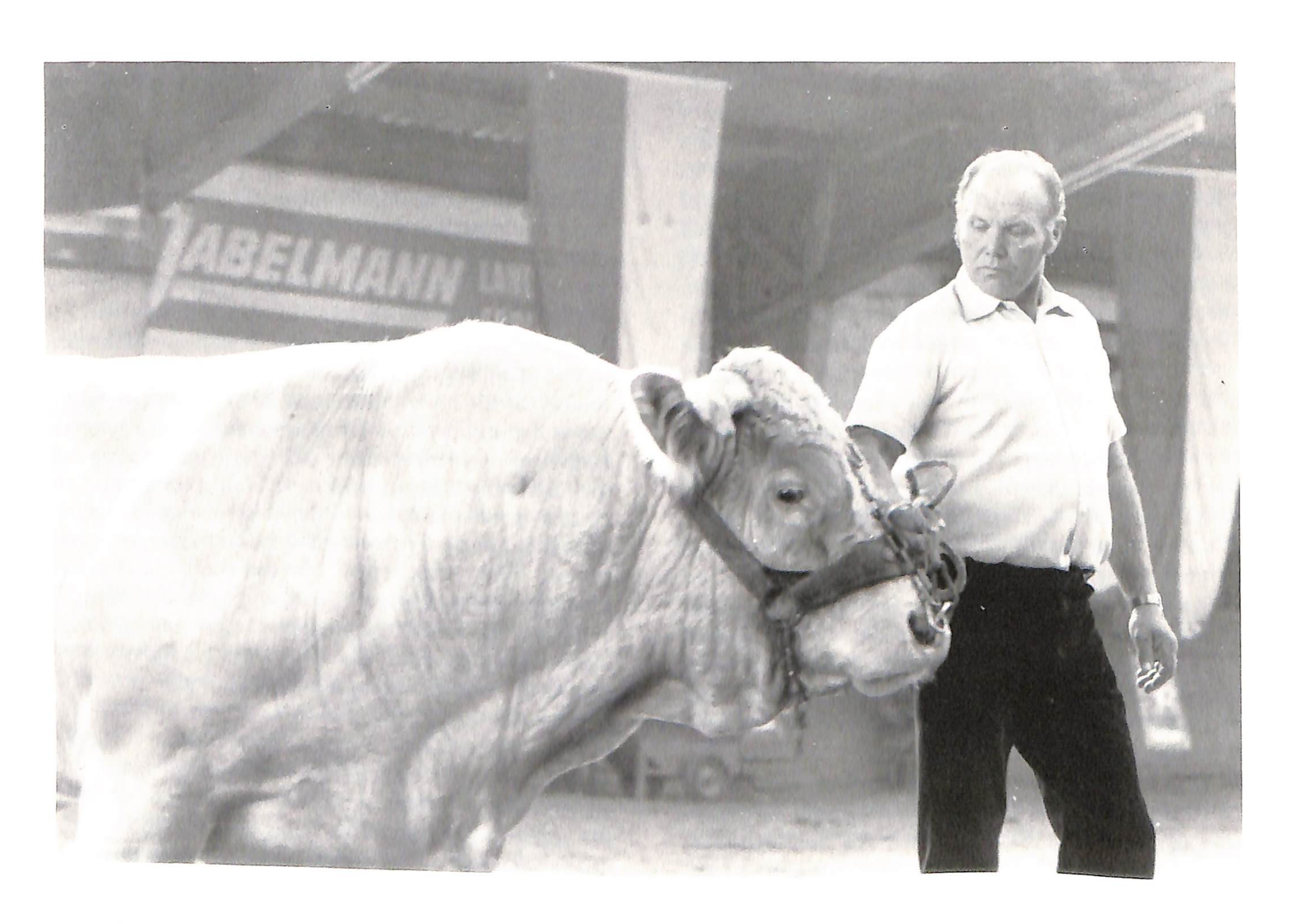
Im Rahmen der RL und der „Nie wieder Deutschland"-Kampagne hatte sich ein kleines antinationales und antideutsches Spektrum herausgebildet, welches zunächst der Gefahr widerstand, sich in irgendeiner Weise für die deutsche Entwicklung einspannen zu lassen. Dieses Spektrum rief u.a. zum politisch begründeten Boykott der Reichstagswahlen im Dezember 1990 auf, da jedwede Beteiligung an diesen Wahlen eine Legitimation der Wiedervereinigung darstellte. Des weiteren veranstalteten sie zeitgleich eine sogenannte Außerparlamentarische Konferenz, auf der über die Konsequenzen für die Linke aus dem stattfindenden Prozeß diskutiert wurde. Auf dieser Konferenz waren antideutsche und sich als antinational verstehende Teile der Linken aus dem autonomen und RL-Spektrum sowie einzelne Linke aus anderen Sektoren der Restlinken an dem Versuch beteiligt, um herauszuarbeiten, warum eine Linke in Deutschland nach Auschwitz auf keinen Fall eine deutsche Linke sein darf und deshalb eine grundlegende Neubestimmung von Theorie und Praxis braucht. Dies ist eine Voraussetzung, damit die Linke in Deutschland künftig überhaupt eine Chance hat, einen den deutschen Verhältnissen entsprechenden Widerstand zu entwickeln.

Das Richtige im Falschen richtig falsch machen

Mit dem zweiten Golfkrieg kam das Ende dieses zwar auch in der Restlinken minoritären, aber nichtsdestoweniger wesentlichen Ansatzes. Dieser erste „große" Krieg unter der Regie der „neuen" Weltordnung (die UdSSR als faktische Gegenmacht zum Imperialismus war praktisch nicht mehr existent) pulverisierte die letzten noch angenommenen oder scheinbar schon gewonnenen Gemeinsamkeiten in der Restlinken. Nur eine kleine Minderheit unter ihnen schaffte es, den verschiedenen Implikationen, die mit diesem Golfkrieg verbunden waren, halbwegs gerecht zu werden. Die Restlinke mußte diesen imperialistischen Krieg ablehnen, ohne das diktatorische und terroristische Saddam-Hussein-Regime in irgendeiner Weise zu beschönigen. Sie mußte die Inhalte und Zielsetzungen der sich spontan bildenden und genauso schnell wieder verschwindenden pazifistischen Bewegung anläßlich des Golfkrieges herausarbeiten und schärfstens kritisieren, ohne das grundsätzlich berechtigte Anliegen, gegen den stattfindenden Krieg aufzutreten, zu denunzieren. Die Restlinke mußte den doppelten Charakter Deutschlands in diesem Krieg herausarbeiten, nämlich einerseits wesentlicher „Erfüllungsgehilfe" im Gefolge der imperialistischen Großmacht USA zu sein, und andererseits diesen Krieg dafür zu nutzen, auf dem Weg zu einer eigenständigen imperialistischen Großmacht voranzukommen. Sie mußte diese Erkenntnis dann noch möglichst zu einem zentralen Anliegen der Propaganda gegen den

Krieg machen. Und last but not least mußte die Restlinke in Deutschland noch ihrer Herkunft und Deutschlands Geschichte gemäß angemessen darauf reagieren, daß das angegriffene Regime Saddam Husseins die israelische Bevölkerung durch seine Vernichtungsandrohungen (mit deutschem Giftgas!) gegen den Staat Israel quasi in einen Geiselstatus versetzte.[16] Dieses Konglomerat von Implikationen überforderte den größten Teil der Restlinken – das gewohnte Schwarz-Weiß-Bild vieler LinkeR, hier böser Angreifer, dort ehrbares Opfer, war endgültig obsolet. Ein Teil der antideutschen Linken schlug sich in dieser Problemlage aus Angst um Israel und aus Verärgerung über die jenigen, die sich als wirkliche deutsche Restlinke erwiesen, indem sie selbst angesichts einer realen Bedrohung Israels dieses als „imperialistischen Vasallen der USA" wahrnahmen, auf die Seite der sogenannten Alliierten. „Es macht, daß hier einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint... Daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können;... daß daran mit Appellen zu Gewaltlosigkeit so wenig zu ändern ist wie mit klugscheißerischen Ratschlägen an die Insassen von Schutzräumen; daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist, rechtfertigt nicht die Politik und die Politiker, die diese Lage geschaffen haben."[17] In den so oder ähnlich vorgetragenen Haltungen eines Teil des antideutschen Spektrum kommt die koloniale und imperialistische Vorgeschichte dieses Krieges nicht mehr vor.

Aber wegen der doch richtigen Beweggründe, die bei den meisten dieser antideutschen „KriegsbefürworterInnen" im Vordergrund standen, ist diese Haltung nicht schlimmer als die von sogenannten Linksradikalen, die zwar scheinbar straight gegen den imperialistischen Überfall waren, aber die die reale Gefahr für Israel völlig ignorierten.[18] In so manchen autonomen WG-Küchen wurden die Raketen auf Israel sogar „geil" gefunden, und viele leugneten einfach die besondere Verantwortung, die sich auch und gerade für eine Linke in Deutschland aus der Shoa ergibt. Ingrid Strobl bemerkt hierzu: „Während sich im Verlauf des Golfkrieges also die Herzen für alles Irakische erwärmten, gab es für die Menschen in Israel nur Eiseskälte. Auf einer der vielen Golfkriegsveranstaltungen erzählte ein Jude auf dem Podium, seine Großmutter sitze jetzt in Tel Aviv in einem abgedichteten Raum mit einer Gasmaske vor dem Gesicht. Diese unerträgliche Vorstellung war offenbar kaum jemandem im Saal unerträglich, es regte sich nichts, kein Entsetzen und auch, inmitten der omnipräsenten „Betroffenheit" über alles und jedes, kein Mitgefühl für diese alte Frau in Tel Aviv. Selbst die Tatsache, daß das Giftgas, das diese Frau, die den Gaskammern der Deutschen entkommen war, nun in Tel Aviv bedrohte, aus deutscher Produktion stammte, konnte die Nach-



kommen der Tätergeneration nicht erschüttern. Zu lange hatten deutsche Linke, wenn jemand sagte: «die Shoa», erwidert: «Ja, aber die Palästinenser...»"[19]

Der Golfkrieg stellte inhaltlich einen weiteren Crash für die Restlinke in Deutschland dar und brachte eine erneute Zäsur für die antinationale Linke. Zarte Bande, wie oben beschrieben, rissen abrupt ab und konnten bis heute zumeist nicht wieder aufgenommen werden.

Ganz neu: Annäherungsversuch an das Proletariat

Die radikale Restlinke mußte nach alledem (Mauerfall, Umwälzung der weltpolitischen Situation, Wiedervereinigung, Golfkrieg, rassistisches und nationalistisches „Coming-Out" großer Teile der Bevölkerung) zur Kenntnis nehmen, daß die Instrumentarien, mit denen in der Vergangenheit versucht wurde, den Kapitalismus und seine Herrschaft zu verstehen, absolut unzureichend waren und daß auch die Praxis, mit der bisher versucht wurde, dem beizukommen, in einer Sackgasse gelandet war.

Diese Aussage negiert nicht die täglich stattfindende und uneingeschränkt notwendige Arbeit in antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen, die versuchen, diejenigen zu schützen, die bei dem deutschen Selbstfindungsprozeß als störend ausgemacht werden.[20] Der Druck, unter dem diese Arbeit erfolgen muß, läßt nur allzu häufig keinen Raum für die notwendige Reflexion über die kapitalistische und nationalistische Dynamik.

Daß es einen nationalen Konsens für das Wohl des „Standortes Deutschland" gibt, daß es bezüglich der ImmigrantInnen und der Flüchtlinge in der Sache, nämlich dem ausgemachten „Ausländerproblem", in Deutschland einen rassistischen Konsens gibt, daß sich dieses Deutschland konkret viel schlimmer entwickelt, als es viele sich zunächst vorstellen konnten oder wollten, gehört oberflächlich inzwischen zum Allgemeinplatz in den Resten der radikalen Linken. Selbst an der „Roten Flora" kann mensch schon mal die Parole „Gegen den nationalen und rassistischen Konsens" lesen. Aber wenn dann über die Konsequenzen für die Linke diskutiert wird, ist oftmals schnell klar, daß damit nicht das gleiche gemeint ist.

Auch viele der neueren Projekte, die im Gefolge des Waterloo der Linken entstanden sind, hängen oft an einem alten Verständnis von linker Politik. Ein Beispiel dafür liefert die linke Berliner Zeitung „Arranca" in ihrer jüngsten Ausgabe. Dabei steht die „Arranca" hier für eine Reihe ähnlich herangehender Initiativen und Einzelpersonen. In einem längeren Artikel „Changing Times oder Just do it" wird zunächst festgestellt, daß „auf der Grundlage veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse linke Politik nicht mehr die gleiche sein (kann) wie früher". Es wird dann kritisiert, daß „radikalkriti-



sche... meinungsmachende Teile der Linken z.B. in den Zeitschriften „Konkret“, „Bahamas“ und „17°C“... auf intellektuell ausgearbeitetem Niveau das radikale Herausfallen aus der Gesellschaft“ einfordern. Aber, so die Kritik, „der radikale Diskurs ist allzu häufig nur konsequenzloser Gestus“. Zwar stellt „Arranca“ selber fest, daß „damit nicht gemeint (ist), daß Texte, Zeitschriften oder politisches Handeln ständig Lösungsmöglichkeiten aufzeigen müßten“. Denn: „Wer immer Handlungsperspektiven und Lösungen sucht, ist bei Realo-GRÜNEN am besten aufgehoben. (Das meine ich in keinem Fall!!, d.A.) In falschen Verhältnissen kann es nicht unbegrenzt «richtige» Teillösungen geben.“ Die Feststellung „nicht unbegrenzt“ eröffnet einen erstaunlich breiten Spielraum des Mitmachens in den „falschen Verhältnissen“. Und die „«richtigen» Teillösungen“ werden leider nicht spezifiziert, so daß den RadikalkritikerInnen ein weites Feld der Spekulation bleibt, was denn wohl gemeint sein möge. Aber der Hinweis auf die GRÜNEN läßt einiges befürchten. Gnädig wird zugestanden, daß „radikale Gesellschaftskritik eine unverzichtbare Rolle für eine relevante Linke (spielt)“ und „nicht nur abgehobene Sesselfurzerei (ist)“. (Da kommt beim Pupsen Freude auf.) Aber was „Arranca“ überhaupt nicht leiden kann, das ist „eine Linke, die sich verächtlich und undifferenziert über die Menschen im eigenen Land äußert“. Denn die „kann in den Augen der Bevölkerung keine gesellschaftliche Alternative darstellen, sie verstärkt mit ihrer Angebotslosigkeit den vorhandenen Rechtstrend und trägt damit dazu bei, daß sich die anfangs gemachte Analyse auch tatsächlich bestätigt“. Die bevölkerungsverächtliche antideutsche Linke als Horrorvision ist in der deutschen Restlinken ja derzeit absolut trendy.

Indem die „Arranca“ bemängelt, daß „die RadikalkritikerInnen (dabei) nicht einmal (leugnen), daß auch die Bevölkerung hier ausgebeutet wird“ und „daß auch Metropolengesellschaften weiterhin Klassengesellschaften sind. Sie halten nur einfach die Distanz zum «Pöbel» für geboten“, zeigen die AutorInnen, daß sie die Analysen der „RadikalkritikerInnen“ nicht richtig zur Kenntnis nehmen. Warum sollten antideutsche Linke die Tatsache einer Klassengesellschaft leugnen? Allerdings wird im weiteren Verlauf des Textes deutlich, daß es über die Realitäten dieser Klassengesellschaft erheblich differierende Ansichten gibt.

„Arranca“ erkennt, daß „der kapitalistische Entwicklungsprozeß zumindest in den Metropolen zum Verlust «natürlicher» sozialer Subjekte geführt (hat)“. Für die AutorInnen heißt das:“ Die herausragende Aufgabe der Linken (ist) heute nicht die Suche nach dem revolutionären Subjekt, sondern dessen Herausbildung.“ Bei der Konkretisierung dessen wird aber klar, daß hier der drölfigste „Annäherungsversuch an das «Proletariat»“ gestartet wird. Und wenn dann noch „die Verankerung linker Politik in der sozialen Wirklichkeit eingefordert wird“ und dabei „ein wesentliches Ziel der Arbeit im sozialen Bereich dabei sein (muß), konkrete Lösungen anzustreben“ sowie ständig von „Assimilationsleistungen“ geredet wird (was meint, daß sich „eine – durchaus privilegierte – bundesdeutsche Linke in die sozialen Realitäten hineinbewegen muß“ und „eigene subkulturelle Normen aufzugeben“ habe), dann wird klar, daß „die Suche nach Neuem“ endgültig in der bekannten Sackgasse gelandet ist.[21] Heiner Möllers hat zur rumgeisternden „sozialen Frage“ festgestellt, daß „es notwendig werden (wird), eine antinationale Linke zu formieren, die den Widerspruch gegen das deutsche Projekt nicht nur sozial, sondern politisch begründet. Entsprechend heißt dies auch, die Subjektfrage anders zu beantworten. Zwar wird und muß auch für die antinationale Linke die soziale Frage als ökonomische zentral sein, da der Kapitalismus mehr denn je die Verelendung immer größerer Teile der Erde forciert und keinerlei Klassengegensätze auflöst. Doch läßt sich dies weniger national, sondern vor allem international analysieren. Die objektive Notwendigkeit, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu revolutionieren, findet gerade auf nationaler Ebene kaum subjektive Entsprechung. Wer also Notwendigkeit und Subjektsuche gleichermaßen aus der sozialen Frage ableitet, steht unweigerlich vor der Tatsache, daß er es mit rassistischen und nationalistischen sozialen Subjekten zu tun hat“.[22]

Masseneinfluß durch „Abfallsammeln“?

Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen bildete sich in Hamburg der „Wohlfahrtsausschuß“ (WA) als adhoc-Gruppe antinationaler Leute aus linksradikalen und subkulturellen Szenen. In einer ersten Stellungnahme wurde festgestellt, daß jetzt die Notwendigkeit eines gemeinsamen inhaltlichen und aktionsmäßigen Handelns unterschiedlicher Sektoren der Linken bestehe: „Alle, die nur ihre Ruhe haben wollen, werden zu Mitläufern.“ In seinen Aufrufen formulierte der WA Hamburg eine scharfe Kritik an der deutschen Nation und der derzeitigen rassistischen Entwicklung und rief zu der Veranstaltungsreihe „Etwas besseres als die Nation“ auf. In einer dreitägigen Tour durch die Städte Rostock, Dresden und Leipzig sollten Aktionen, Podiumsdiskussionen mit vorbereiteten Redebeiträgen, Diskussionen über die Situation vor Ort und last but not least Musik aus diversen Subkulturen eine „Provokation der Normalität“ erreichen und eine Ahnung davon vermitteln, was es denn besseres als die Nation geben könnte. Sinn dieser Aktionsreihe sollte sein, „vorhandene Antifastrukturen zu stärken, die Akzeptanz der linksradikalen Positionen zu verbreitern sowie die Diskussion über die bisherigen Erfahrungen zu entwickeln. Darüber hinaus wollen wir die Notwendigkeit einer grundsätzlichen und praktischen Kritik des Kapitalismus und seiner sich verschärfenden nationalistischen und rassistischen Kräfte deutlich machen“[23] Die beteiligten Gruppen wollten mit dieser Veranstaltungsreihe ausdrücklich keine musikalische Variante der Lichterketten sein. Es wurde auch festgestellt, daß eine inhaltlich falsch oder schwach begründete, rein erfahrungs- und praxisorientierte Gegenaktion wirkungslos und fatal wäre.

Der Verlauf der dreitägigen Aktion zeigte, daß es unter den TeilnehmerInnen doch ein sehr unterschiedliches

Verständnis der im Vorwege postulierten Ansprüche gab. Zwar war die Konfrontation sehr unterschiedlicher Zugänge (wie z.B. der Musikszene mit militanten Antifazusammenhängen oder den eher traditionelleren Antifas mit sich als explizit antinational und antideutsch verstehenden AktivistInnen) durchaus spannend und zum Teil auch gewinnbringend, aber dem äußerst heterogenen Spektrum gelang es nicht, zumal unter den extremen Bedingungen der organisatorisch anstrengenden Aktion, die auftretenden Widersprüche in eine produktive Konfrontation zu bringen.

Grob vereinfacht bewegte sich der Grundwiderspruch zwischen zwei Positionen, die sich mit antideutsch versus linksradikalem Populismus schlagwortmäßig umreißen lassen. Eine Gruppe von TeilnehmerInnen aus dem Umfeld des Antinationalen Plenums Hamburg formulierte in einer Nachbetrachtung zur Tour, daß „es heute darum (geht), eine Politik gegen den nationalen Konsens in diesem Land in Theorie und Praxis zu entwickeln. Die „Provokation der Normalität", muß sich hier und heute gegen den Großteil der deutschen Bevölkerung richten, die durch ihr Verhalten die aktuelle Entwicklung Deutschlands bezüglich Rassismus, Geschichtsrevisionismus, Militarisierung etc. fordert, befördert und durch Weggucken begünstigt"[24].

Dem gegenüber erwartete zum Beispiel ein Redakteur der ehemaligen Frankfurter Studentenzeitschrift „Diskus" (die Diskus-Redaktion nannte sich nun WA-Frankfurt) in einem in Dresden gehaltenen Redebeitrag von einer Linken, „daß sie zu intervenieren versucht bei den Aktionen von Leuten, die zumindest den Anspruch haben, eine antirassistische Politik zu machen, auch wenn die sich in Grönemeyerhören und Kerzenhalten erschöpft. Ein Spießer muß noch kein Faschist sein, und ein Lichtlein kann subjektiv auch anderes als Zustimmung zum sogenannten Asylkompromiß signalisieren... Also, in irgendeiner Art und Weise muß man sich überlegen, wie sich ein minimaler Masseneinfluß gewinnen läßt".[25]

Daß diese Sehnsucht nach Einfluß im WA-Spektrum keine Einzelerscheinung ist, zeigte auch der Beitrag von Mark Terkessidis auf einer WA-Veranstaltung in Köln. Seine Sorge galt der alternativen „Politikfähigkeit", und er fragte sich deshalb, „welches Angebot wir Leuten machen (können), um sie für eine «soziale Gegenmacht von unten» zu mobilisieren". Und dann wird einiges an „Phänomenen" aufgezählt, die angeblich den Wunsch nach „korrektem Leben" widerspiegeln und die „von höherer linker Warte aus immer gern verächtlich kritisiert" werden wie „massenweises Abfallsammeln, Spenden, die überall aus dem Boden schießenden kleinen antirassistischen Aktionen in Stadtteilen, die Plakate gegen Ausländerfeindlichkeit und zum Teil auch die Lichterketten". M. Terkessidis legt uns nahe, an diesen Dingen im Interesse einer „sozialen Gegenmacht von unten" anzuknüpfen.

Was M. Terkessidis damit gemeint haben könnte, wenn er feststellt, daß „die positiven (Hervorh. v.A.) Begriffe und Handlungsfähigkeit bereitstellenden Ideologien den anderen (gehören): Staat, Nation, Ausländer raus usw."[26], wage ich nicht so richtig zu Ende zu denken. Auf dem Kölner WA-Kongreß im Juni 1993 warf er jedenfalls die Frage auf (im WA-Buch ist dies rausgekürzt worden!), ob es richtig sei, immer Maximalforderungen aufzustellen, zum Beispiel ständig die Forderung nach „Offene Grenzen für alle"?

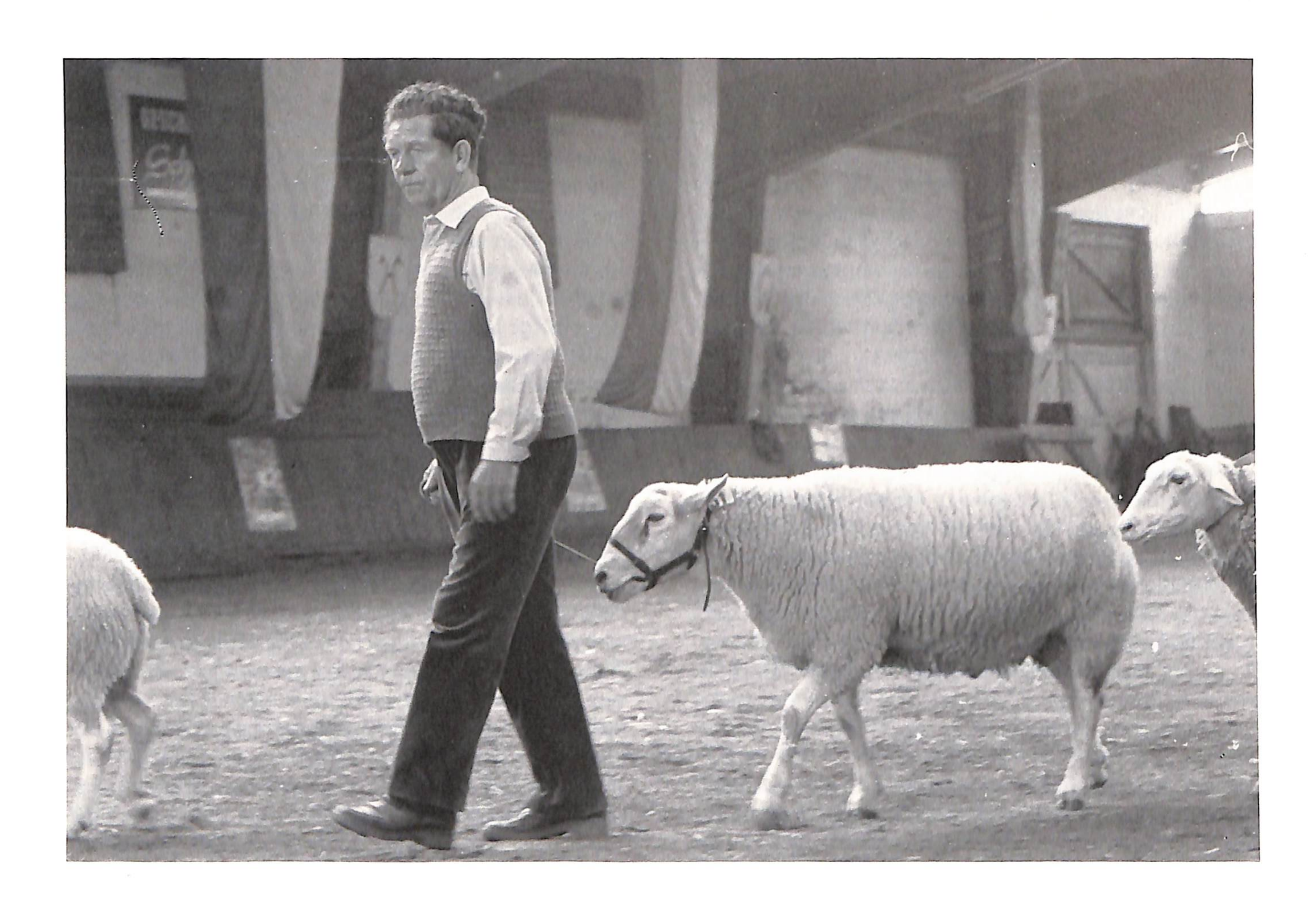
Ganz allgemein sei es ja richtig, diese Forderung zu erheben, aber dies ständig und bei jeder Gelegenheit zu tun, würde uns Möglichkeiten nehmen, an nicht so konsequent antirassistisch denkende Menschen ranzukommen. Das alte Lied: Wenn die Leute nicht so links sind, wie wir sie gern hätten, dann müssen eben unsere Forderungen reduziert und angepaßt werden. Angesichts der realen Bedeutung der radikalen Linken ist dies eine besonders bizarr anmutende Überlegung.

Der Einzelheinz und der erlösende Rechtsstaat

„Die Beute-Politik und Verbrechen", die seit Jahresanfang erscheinende „Zeitschrift für radikale, linke Kritik", will „Beiträge von politischen AktivistInnen und Intellektuellen" in einer Zeitschrift erneut zusammenzubringen. Bedenklich über deren künftige Entwicklung stimmt allerdings ein Artikel in der dritten Ausgabe der von der „Süddeutschen Zeitung" despektierlich die „Erlösung des Einzelheinz" genannten „Beute". Dort fragt A. Fanizadeh in dem Beitrag „Bad Kleinen und die Linke", „warum sich die Linke nach Bad Kleinen so ruhig verhielt".

Er selbst kommt dabei zu dem Ergebnis, daß „sich die Linke in den 80ern weiterhin an den falschen, vom Staat vorgegebenen strategischen Konflikten (spaltete), obwohl es immer Gruppen... gab, die legale und illegale Kampfformen miteinander verbanden. Bei der parlamentarisch fixierten Linken führte dies zu dem gänzlichen Verzicht auf die Organisierung einer außerparlamentarischen sozialen Gegenmacht, die die Voraussetzung für eine einflußreiche parlamentarische Opposition wäre". So oder ähnlich stand es schon im Leitfaden der linken GRÜNEN der frühen Achtziger, die ständig behaupteten, daß das Spielbein nur treten könne, wenn das Standbein (meinte die AktivistInnen auf der Straße) erhalten bliebe. Aber nicht genug damit: „Die außerparlamentarische Linke schnitt sich durch die Hypostasierung des Gegners zur kapitalistisch-faschistischen Bestie und durch ihre revolutionären Phrasen von den legalen Mitteln der Beeinflussung bürgerlicher Öffentlichkeit ab. Dadurch wurde der weitaus größte Teil der politischen Auseinandersetzungsformen dem Gegner überlassen."

Hier wird so getan, als hätte die Linke mit einer „weniger sektiererischen Politik" den grundsätzlichen Vernichtungswillen des deutschen Staates und weiter Teile der (west-)deutschen Gesellschaft gegenüber der RAF und später auch anderer wesentlich verringern können. Dabei hat der fast absolute Konsens von (west-)deutschem Staat und (west-)deutscher Bevölkerung anläßlich der ungeklärten Tode von Stammheim und dem Vorgehen der GSG 9 in Mogadischu 1977, anläß-



lich des Ausnahmezustands des Staates, dem quasi faschistischen Krisenmanagement im Deutschen Herbst, deutlich gemacht, daß der Spielraum in dem Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Deutschlands minimal war. Gerade in den Siebzigern zeichnete sich Deutschland dadurch aus, daß es eine sogenannte „demokratische Öffentlichkeit" gegen den Druck von Staat und Gesellschaft praktisch nicht gab. Mutige Menschen wie Prof. Brückner blieben Einzelerscheinungen. Das jetzt hinter weitschweifige Ausführungen über angebliche oder wirkliche Fehler der Linken gegenüber der staatlichen Strategie verschwinden zu lassen, ist gerade angesichts der Entwicklung der letzten Jahre sehr fragwürdig.[27]

Um ein paar Linksradikale für die Verteidigung des Rechtsstaates über den Tisch zu ziehen, führt der Artikel dann weiter aus, daß „die juristische Auseinandersetzung, um den Tod des Wolfgang Grams ernst zu nehmen", noch „nicht gleichbedeutend mit einer Apologie des Rechtsstaates (wäre). Genau diese Apologie wird aber im nächsten Satz praktiziert – in der Form dessen, was Engels „Juristen-Sozialismus" nannte: Die Linke dürfe keinesfalls „hinter bürgerliche Gerechtigkeitsideale zurückfallen, auch dann nicht, wenn sie diese als unzureichend erkannt und kritisiert hat. In der Erschießung von Wolfgang Grams fokussiert sich die Geschichte der ausgebürgerten Linken in Deutschland, eine Geschichte, die Vorbedingung auch für das ist, was mit 1989 zur neuen deutschen Innen- und Außenpolitik wurde". Das mit der Ausbürgerung scheint den Autor besonders zu schmerzen. Und darüber wird er zum linken Pfarrer: „Gelänge es nur ein einziges Mal, das historische Schema zu brechen, daß der Tod eines «Terroristen» juristisch nicht geahndet wird, hätte dies Folgen für Geschichte und Gegenwart. Die Selbstverständlichkeit, mit der seit den 70er Jahren Linke als «Terroristen» umgebracht wurden, wäre mit einem einzigen Urteil dahin. Es würde das offizielle Geschichtsbild der postfaschistischen Bundesrepublik korrigieren." Das ist starker Tobak! Daß jedeR Linke immer gleich Geschichte schreiben muß. Es ist ja wahr, daß es deprimierend und häufig auch mit psychischen Kosten verbunden ist, ständig und auf Dauer feststellen zu müssen, daß dieser Staat und diese Gesellschaft, dieses Deutschland nach Auschwitz, immer abzulehnen war und ist. Es ist menschlich verständlich, daß sich Linke nach einem irgendwie erträglichen Deutschland sehnen, in dem es sich besser aushalten läßt.

Es wird aber tragisch, wenn dieser Wunsch dazu führt, daß die kritische Analyse durch beschönigende „Utopien" ersetzt werden. Wenn, ja wenn alles anders wäre, könnten „16jährige kurdische Jungen wie Halim Dener Plakate kleben, ohne damit rechnen zu müssen, von einem Zivilfahnder eine Kugel in den Rücken zu bekom-

men, wie es diesen Sommer in Hannover geschah. Die polizeilichen Todesschützen würden es sich zweimal überlegen, ob sie so schnell draufhalten, wenn das statt Vertuschung und Freispruch („Putativ-Notwehr") künftig Knast bedeuten könnte. Für die GSG-9 wäre es am 24. Juli in Kassel der letzte staatsterroristische Angriff auf kriminalisierte Asylbewerber gewesen".[28] Das ist verantwortungsloses Gerede, verniedlicht den derzeit stattfindenden Prozeß von Staat und Gesellschaft und trägt zur falschen Orientierung für die radikale Restlinke in der Diskussion um die anstehenden Aufgaben bei.

Politische Bewußtwerdung

Die mittlerweile existentielle Aufgabenstellung für eine Linke in Deutschland, einerseits theoretische und analytische Erkenntnisgewinnung und Fundierung zu betreiben und andererseits die heute notwendigen und machbaren Schritte zu unternehmen, um wenigstens einen Widerstand gegen die bittersten Ausprägungen der kapitalistischen Herrschaft zu organisieren, hat einem andauernden Problem der Linken noch mal zusätzliche Dynamik verliehen: Der real existierende Graben zwischen denjenigen, die sich grundsätzlich einen Kopf über die Lage machen und denjenigen, die einen täglichen Abwehrkampf organisieren, wird immer breiter.

Für diejenigen, die sich nicht von vornherein an den immer enger gezogenen Protestrahmen von Staat und Gesellschaft halten wollen, wird es in den gefährlicher werdenden Zeiten ständig schwieriger, öffentliche Aktionen oder andere Widerstandsformen gegen die herrschenden Verhältnisse zu entwickeln und durchzuführen. Da ist es schon nicht unverständlich, daß diejenigen, die sich trotzdem daran versuchen, die zumeist aus dem sicheren Off kommentierende Linke für eine handelnde Praxis wenig hilfreich finden. Denn „antideutsche Politik konkret zu machen wird in absehbarer Zeit wesentlich gefährlicher sein als Marxismus abstrakt zu rekonstruieren".[29]

Überhaupt nicht hilfreich ist dabei, wenn antinationale und antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen, die z.B. in Hamburg massiv versucht haben, die „antifaschistisch" drapierte Propagierung der „Auschwitzlüge" durch den Film „Beruf Neonazi" zu verhindern, in der „Konkret" heftigst attackiert werden.[30] Der Artikel stellt dabei selber fest, daß „ein Film wie „Beruf Neonazi" unter Umständen dazu beiträgt, die Diskussion über die «Auschwitzlüge» salonfähig zu machen, einfach dadurch, daß sie ein weiteres Mal medial gestreut wird und damit als eine zulässige oder diskussionswürdige Annahme erscheint." Dieser Beitrag zur Verteidigung der „linken" Tabubrecherei steht ausgerechnet in der „Konkret", die ansonsten (und völlig zu Recht!) schärfstens jede indifferente Haltung in der deutschen Linken gerade gegenüber den nationalsozialistischen Verbrechen und dessen Verdrängungen und Uminterpretierungen in Deutschland geißelt.[31]

Gleichwohl arbeiten manche Projekte und linksradikale Ansätze nicht hauptsächlich aus „bösem Willen" vorwiegend oder ausschließlich theoretisch oder analytisch. Denn z.B. für ein antideutsches Projekt, wie die 'Bahamas' der Gruppe K, welches seit der Wiedervereinigung eine verdienstvolle analytische Arbeit darüber leistet, was das neue Deutschland bedeutet und welche Fehler der Linken in der Vergangenheit und der Gegenwart zu ihrer existentiellen Krise geführt haben, sind die existenten Zusammenhänge und Gruppen, die sich vorwiegend um eine handelnde Praxis bemühen, aus inhaltlicher Sicht oft nicht gerade ermutigend, um eigene Lethargien und Frustrationen zu überwinden.

Denn fast jeder noch so kleine existente linksradikale Ansatz ist auch heute noch auf der Suche nach gesellschaftlicher Bedeutung und Anerkennung, anstatt endlich klarzukriegen, daß unter den aktuellen Bedingungen in den Metropolen und insbesondere in Deutschland ein fundierter linksradikaler Ansatz zunächst mal nur absolut minoritär sein kann.[32]

Es gibt jedenfalls kaum noch Zusammenhänge, die in der Lage wären, einen sinnvollen Austausch zwischen theoretischen Erkenntnissen und den sich aus der handelnden Praxis ergebenen Erfahrungen hinzukriegen oder gar eine Verknüpfung der beiden unverzichtbaren Stränge zu organisieren. Ohne diese Verknüpfung aber wird es perspektivisch keinen theoretisch und analytisch fundierten Widerstand gegen die deutschen Verhältnisse geben. Aktuell kann eine konstruktive, weiterführende Diskussion darüber, mit wem eine verbliebene radikale Restlinke in Deutschland in Zukunft noch rechnen und was sie tun kann, praktisch nur mit denjenigen stattfinden, die die gesellschaftliche Minorität mit allen Implikationen anerkennen, mehr noch, sie zur Voraussetzung für unsere politischen Überlegungen machen.

Auf der Suche nach AdressatInnen für eine künftige revolutionäre Politik hat Heiner Möller eine interessante Spur gelegt, indem er feststellt, daß „antinationale, antideutsche revolutionäre Politik daher im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die Abgrenzung von Nationalismus und Rassismus in den Mittelpunkt stellen (muß). Die Subjekte eines linksradikalen Projekts lassen sich nicht klassenmäßig sozial definieren, sondern nur politisch. Wenn die Arbeiter des 19. Jahrhunderts kein Vaterland hatten (so das «Kommunistische Manifest»), dann sind in den imperialistischen Metropolen diejenigen, die kein Vaterland haben (wollen), die «Arbeiter» des ausgehenden 20. Jahrhunderts".[33] Dies ist natürlich für eine angebotsorientierte Linke nicht gerade der Startschuß zum Losrennen, aber dafür eine grundsätzliche Überlegung der Beantwortung der Frage „Mit wem gegen die real existierenden kapitalistischen Verhältnisse?" Diese so oder ähnlich ausgemachten Subjekte werden nicht um die Anstrengung der Erkenntnis ihrer im Vergleich zum Weltmaßstab relativen Priviligiertheit und der damit verbundenen Abhängigkeiten und Verwobenheiten mit den herrschenden Verhältnissen herumkommen. Und sie werden zudem nicht darum herumkommen, die besondere Rolle Deutschlands in Vergangenheit und Gegenwart, zumal nach Auschwitz, zu erkennen. Erst dies ermöglicht die umfas-

sende Ablehnung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse hier und weltweit.

In den imperialistischen Metropolen werden es auf absehbare Zeit nicht viele sein, die sich so bewußt auf die Seite der Revolution stellen. Aber die politische Bewußtwerdung ist die einzige Möglichkeit für die Herausbildung eines „revolutionären Subjektes" in den kapitalistischen Zentren, da es hier kein „natürliches" revolutionäres Subjekt (mehr) gibt. Für die Linke bedeutet dies, endlich damit zu brechen, es für revolutionär zu halten, den Sozialarbeiter oder die Anwältin für die angeblichen oder wirklichen Bedürfnisse der Massen abzugeben. Revolutionär ist hier und heute, den eben beschriebenen Prozeß in Theorie und Praxis zu befördern und zu organisieren. Dabei kann es derzeit nur darum gehen, Widerstandsnester gegen die herrschenden Verhältnisse zu bilden und perspektivisch auszubauen.

1 *Theorie und Praxis von linken ImmigrantInnen und Flüchtlingen werden in diesem Beitrag nicht weiter erörtet. Dieser Artikel handelt von dem Prozeß der Aufspaltung von Linken mit deutschem Paß in deutsche Linke und antideutsche, antinationale, antiimperialistische Linke. Wo von einer revolutionären Linken in Deutschland die Rede ist, sind die antinationalen Teile der ImmigrantInnen und Flüchtlinge mit gemeint.*

2 *So Sarah Wagenknecht, eine der Sprecherinnen der Kommunistischen Plattform in der PDS. Auch in der Mehrheit des Kommunistischen Bundes (KB) wurde reihenweise auf diesem Niveau argumentiert, um das ungehemmte Mitmachen beim „linken" Mitgestalten der Wiedervereinigung im Rahmen der PDS zu legitimieren.*

3 *Zwei bezeichnende Beispiele: Bei der Abstimmung über die künftige Hauptstadt des neuen Reiches stimmte die gesamte PDS-Fraktion (Ausnahme war nur U. Briefs) für Berlin. Darunter waren auch zwei ehemalige KBlerinnen. Auf dem Weg der nationalen Selbstfindung von der „Bonner Demokratie" hin zum neuen Deutschland hatte die selbsternannte „wichtigste antikapitalistische Kraft" somit ihre demokratische Pflicht erfüllt, selbstverständlich im Namen und Interesse der BürgerInnen der neuen Ostprovinzen.*
Und als sich nach der Kür des deutschnationalen Grafen Einsiedel zum PDS-Kandidaten Kritik aus den eigenen Reihen gegen allzu offensichtliche nationale Ansichten von Einsiedel und anderen Teilen der PDS erhob, waren an einer scharfen Stellungnahme prominenter PDS-Funktionäre gegen angebliches „Sektierertum" einiger PDS-Linke wiederum zwei ehemalige KBlerinnen und jetzige PDS-Funktionsträgerinnen beteiligt.

4 *So ist z.B. der Bund Westdeutscher KommunistInnen, der sich nach 1989 noch an antinationalen Demonstrationen beteiligte und seither in der linken Antifabewegung aktiv ist, inzwischen in Hamburg und einigen weiteren Bundesländern zu einer Arbeitsgemeinschaft in der PDS mutiert.*

5 *Es geht nicht darum, die Militanzbereitschaft gegenüber den Nazis zu kritisieren. Ganz im Gegenteil! Angesichts einer unter dem gesellschaftlichen Druck stattfindenden zunehmenden Reputierlichkeit auch einst aus dem militanten politischen Lager kommender Gruppen und Zusammenhänge muß die Berechtigung von Militanz auch und gerade gegenüber Nazis verteidigt werden. Es ist aber ein Problem, wenn sich der Widerstand auf den gegen Nazis beschränkt und wenn die Militanz als Analyseersatz die eigene radikale Gesinnung dokumentieren soll.*

6 *Hier sei nur an die Reaktion vieler Linker auch gerade aus dem autonomen Antifaspektrum auf das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen erinnert. In der Einschätzung dieses Ereignisses spielte das durch dieses Pogrom dokumentierte völkische und rassistische Coming-Out der Bevölkerung so gut wie keine Rolle oder wurde sogar entschuldigt. So kam die bundesweite Antifademo am 29.8.92 in Lichtenhagen auch als Aufklärungsdemo daher, wo ernsthaft die Bevölkerung zum Sich-Einreihen aufgefordert wurde. Antinationale Positionen, die die durch das Lichtenhagener Pogrom zumindest zeitweilig zum Ausdruck kommende Interessensidentität von Nazis, Staat, Eliten und Bevölkerung zum zentralen Ausgangspunkt von Widerstand machen wollten, blieben in den dem Pogrom folgenden Diskussionen äußerst minoritär.*

7 *Zitiert aus „Antifa-Info Nr. 24, Oktober/November 1993, S.3": „Dem Vaterland zum Geburtstag".*

8 *ebenda, „Keine Klassen mehr? – Nur noch Deutsche?", S. 26. Weiter auf S. 27/28: „...Wir denken, daß der Hauptstreitpunkt zwischen dem Info-Blatt und den calamities derjenige ist, ob es in Deutschland möglich ist, Rassismus, Faschismus und Sexismus mit Teilen der deutschen Bevölkerung zusammen zu besiegen oder es mit dieser Bevölkerung nicht geht".*

9 *Ebenda.*

10 *Siehe „Antifa-Info Nr. 21, März/April 1993", S.6.: „Über 300000 gegen eine Änderung des 16" (!!).*

11 *Zitiert aus der Dokumentation „Demonstration in Adelebsen/Göttingen, 20. März 1993".*

12 *Wer nur einen Blick in die „Adelebsen-Broschüre" wirft, bekommt einen zwiespältigen Eindruck von der demonstrierten „Stärke" der Antifa (M). Es ist zumindest nicht recht ersichtlich, worin der tiefere Sinn der immergleichen Darstellung des schwarz maskierten und behelmten Führungsblocks der Adelebsen-Demo liegt. Völlig daneben ist es auch, daß zwei Antifas in schwarzer Kampfmontur und mit roten Antifa-Fahnen ausgestattet eine Mahnwache vor einer ehemaligen Synagoge abhielten. Viele Auftritte der Antifa(M) erinnern an die Zwanziger, wo die KPD es versäumte, die solchen Ritualen zugrundeliegenden bürgerlichen Denkmuster zu entlarven. Der Versuch, mit diesen Ritualen die Nazis zu bekämpfen, scheiterte bekanntlich.*
„Die aufwendig und öffentlichkeitswirksam angelegte Agit-Prop-Aktion samt abendlicher Demo am 2. Oktober 1992 (2000 TeilnehmerInnen)" (Originalton Antifa (M)) bediente meiner Wahrnehmung vorwiegend Argumentationsmuster der FolgenbekämpferInnen des „Anschlusses" und leistete auch schon mal einen autonomen Beitrag zur Geschichtsklitterung, wenn z. B. in einer Ausstellung unterschiedslos deutsche Polizeiuniformen aus der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und Westdeutschland sowie aus der DDR nebeneinandergestellt werden. Diese „aufwendige Agit-Prop-Aktion" bekam denn auch wohlwollende Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse in Göttingen.

13 *Fast wörtlich argumentierte so ein während der rassistischen Gewalttaten eines zusammengerotteten Mobs vor dem Sammellager in Mannheim-Schönau verteiltes Flugblatt mit dem fast nicht zu glaubenden Titel: „REBELLION IST GERECHTFERTIGT – Aber so geht's nicht!" Dieses Flugblatt wurde in der Beilage zur „Wildcat Nr. 60" ausdrücklich als „richtungsweisend" für ein politisch vernünftiges Eingreifen bezeichnet.*

Zwei weitere Beispiele: Auf dem Nachbereitungstreffen der bundesweiten Demo in Rostock-Lichtenhagen stellte eine Frau der Berliner Antifa-Combo, die diese Demo wesentlich mitorganisiert hatte, fest, daß, wenn sie dort leben würde (in Lichtenhagen), es sie auch stören würde, wenn dort alles vollgeschissen wird. Sie würde selbstverständlich keinen deswegen totschlagen, sondern versuchen, mit allen dort, Deutschen wie Flüchtlingen, für bessere Wohnbedingungen aller zu kämpfen. Diese Aussage begreift nicht einmal, daß selbst die sozialen Interessen von Flüchtlingen und hier lebender deutscher Bevölkerung in aller Regel höchst unterschiedlich sind. Von allen anderen gesellschaftlichen Bedingungen mal ganz abgesehen.

Und ein Mensch, der damals im Antirassismus-Büro Bremen mitarbeitete, vertrat in einem Streitgespräch zur Situation Deutschlands nach dem Pogrom, daß in solchen „rechten Riots" der Wille zur Auflehnung der Massen zum Ausdruck käme, da sie sich ja auch gegen den Staat und die Politiker richteten. Auf den Einwand, daß diese „Massen", wenn mensch sie denn gelassen hätte, womöglich eine braune Fahne auf das Rathaus von Rostock gepflanzt hätten, gab es zur Antwort, daß das erst mal nicht entscheidend wäre. Die Linke müßte die spontane Bereitschaft zur Gegenwehr gegen die herrschenden Verhältnisse positiv aufnehmen und ihnen dann den revolutionären Weg weisen.

Nicht alle Ansätze sind so politisch verwahrlost wie die eben erwähnten, aber sie kennzeichnen doch, wohin dieses Verständnis von Politik führt. Solche „Linken'"sind längst Teil des Problems.

14 Innerhalb dieses Konsens gibt es sicherlich eine Reihe von Interessensunterschieden und Streit darüber, wie das „Wohl der Nation" erhalten oder erreicht werden kann, aber grundsätzlich wird dieser Konsens nennenswert von niemandem in Frage gestellt.

15 Vorbereitung, Verlauf und sämtliche Reden der „Nie wieder Deutschland"-Demo vom 12.5.1990 sind in dem Kongreßreader der RL: "Deutschland? Nie wieder!" enthalten.

16 Es geht hier jetzt nicht darum, ob der Irak dazu wirklich in der Lage war. Eine Linke in Deutschland hat sich unabhängig davon der Tatsache zu stellen, daß ein in der Vergangenheit durch antisemitische Rhetorik hervorstechendes und mit nachweislich deutschem Giftgas ausgestattes Regime ein Land bedrohte, welches als Zufluchtsstätte für die Überlebenden der millionenfachen Vernichtung durch das nationalsozialistische Deutschland geschaffen wurde.

17 Gremliza in dem „Konkret"-Kommentar 3/91: „Richtig falsch".

18 Und dies gilt auch, obwohl Gremliza himself in einem echten Ausfall in einem Kommentar die MacherInnen der „Flugschrift der Radikale Linken zum Golfkrieg", die versuchte, dem beschriebenen Konglomerat gerecht zu werden, mit Schönhuber auf eine Stufe stellte (Konkret 4/91). Dabei griff die Flugschrift mit Sicherheit bei der Problematik „Deutsche Linke und Israel im Golfkrieg" zu kurz. Dieser schweinische Kommentar spricht gegen Gremliza, nicht aber gegen die z.T. sachlich gerechtfertigten Beweggründe, die einzelne Sektoren des antideutschen Spektrums zu einer Haltung brachten, die „richtig falsch" war.

19 Zitiert aus: „Dokument, der Konkret-Kongreß, S. 395". Der Beitrag von Ingrid Strobl zum Antisemitismus in der Linken ist sehr lesenswert. Ingrid Strobl hatte während des Golfkrieges in der „Konkret 4/94" das Einschwenken der sogenannten fortschrittlichen deutschen Intelligenzia auf die Pro-Kriegs-Linie schärfstens kritisiert.

20 Das Antirassistische Telefon in Hamburg z.B. bemüht sich neben der Organisierung der täglichen Arbeit auch immer wieder darum, Klarheit über die Lage herzustellen, in der diese Arbeit stattfindet. Die antirassistische Zeitschrift „Off Limits" entstand wesentlich aus einer Initiative von Leuten aus dem „Telefon". Sie versucht, aktuelle Ereignisse in Zusammenhänge zu stellen und analytische und theoretische Fundierung bezüglich des Rassismus zu betreiben. Ähnliches läßt sich auch für die „Antirassistische Initiative" aus Berlin und dem antirassistischen Zeitungsprojekt „ZAG" sagen. Es gibt weitere Beispiele.

21 Alle Zitate aus „Arranca, Nr. 4": „Changing Times oder Just do it".

22 Heiner Möller in „Bahamas, Nr. 12, S.15": „Die Linke und die „soziale Frage".

23 Aus dem Papier der HHer Vorbereitungsgruppe der Tour

24 Aus „Provokation der Normalität oder Produktion deutscher linker Identität", abgedruckt in „17°C" Nr. 6.

25 Aus: „Im dritten Jahr der deutschen Einheit", abgedruckt in „Etwas besseres als die Nation", „Edition ID-Archiv".

26 Alle Zitate aus „Die Geschichte zurückerobern", abgedruckt in „Etwas besseres als die Nation".

27 Nebenbei gesagt: Eine nicht unerhebliche Zahl von Linken verschliß sich dabei, diese eben nicht vorhandene demokratische Öffentlichkeit ersatzweise wahrzunehmen. Geändert hat das an der Entwicklung hin zum heutigen neuen Deutschland wenig.

28 Alle Zitate aus: „Die Linke und Bad Kleinen", „Beute Nr. 3".

29 Aus dem Reader „Dokument, Der Konkret-Kongreß" „Deutschland ohne Opposition?", S. 109.

30 „Konkret Nr. 9", September 1994, „Gewalt, Lügen & Videotapes" von F. Roller, K. Schönberger und M. Zaiser.

31 Nähereres zu der Auseinandersetzung um den Film „Beruf Neonazi" und der Geschichte des „linken Tabubruchs" seit den Siebzigern steht im Artikel „Faszinosum Nationalsozialismus" in der „17°C, Nr. 7".

32 Thomas Ebermann bemerkte auf dem „Konkret"-Kongreß hierzu, daß Leute oft „so tun, als brauchte man eine wahnsinnige Anstrengung, rauszukriegen, was man tun kann. Da wird sehr wichtig geguckt. Das ist völliger Blödsinn... Die Frage, ob man was Sinnvolles tun kann, wie Selbstschutz organisieren oder das rassistische Pack angreifen, weil man weiß, wenn sie einen auf die Schnauze kriegen, dann hemmt das den autoritären Charakter, da noch mal mitzumachen – diese Frage sollte man (davon) trennen, daß das irgend etwas damit zu tun hat, daß man jetzt über Probleme der Hegemoniegewinnung der Linken sprechen könnte. Man kann was Sinnvolles tun und dafür einen Namen finden: ein solidarischer Akt... Aber das hat nichts mit Hegemoniegewinnung zu tun. Ich wäre froh, wenn hier Konsens wäre, daß wir – völlig unfreiwillig, aber ebenso selbstverständlich – gesellschaftlich marginal sind und deswegen – völlig unfreiwillig, aber selbstverständlich – nicht auf der Suche danach, wie wir das aktuell aufheben können. Denn dabei kann nur Opportunismus herauskommen." Reader S. 107/108.

33 Aus „Bahamas Nr. 12, S.15": „Die Linke und die soziale Frage". Der Gedankengang folgt einer Überlegung von Detlef zum Winkel, die er in seinem Beitrag „Deutsche Frage – welche Frage?" entwickelte. Abgedruckt im „Kongreßreader „Deutschland?-Nie wieder!" der RL von 1990".

Die Angst der Deutschen

Herrschaftslogik ist einfach. Die Herrschenden machen der Bevölkerung Angst und bieten sich als Retter an. Die Zustimmung zum Handeln der Mächtigen, das Einhalten der von den Herrschenden vorgegebenen Handlungmuster, verspricht Angstfreiheit. Ein besonders großer Teil der deutschen Bevölkerung hat als Persönlichkeitsstruktur den von Freud entdeckten und der Frankfurter Schule mit soziologischen Verfahren empirisch untersuchten Zwangscharakter. Dieser Artikel behauptet, daß es einen Sozialisationstyp „den Deutschen" gibt, der durch Erziehung und Geschichte angstvoll ist. Darum wollen die Deutschen den „starken Staat" als Identifikationsobjekt. Darum ist die „innere Sicherheit" das zentrale Thema im Superwahljahr. Denn ohne Bereitschaft in der Bevölkerung für diese Thematik, die bedient werden will, läuft keine Apologetik der Macht.



FOTO: CORDULA KROPKE

Kaum geboren, ging es beim deutschen Säugling los mit der Reinlichkeitserziehung. Sauberkeit und Pünktlichkeit sollten von Anfang an die Grundlage jeder weiteren Zucht sein. Soldatische Erziehungsleitbilder prägten die staatstragenden Klassen, die Arbeiterklasse wurde einer militärischen Disziplin unterworfen. Die Autoritätsstrukturen der patriarchalen Kleinfamilien (Ödipuskomplex) beförderten eine Entwicklung, die dem Kind, insbesondere dem Sohn, nur die Möglichkeit der Identifikation mit dem Aggressor (Vater) übrigließ. Der Charakter, der sich so gebildet hat, bezieht seine Sicherheit nur aus der Einhaltung seiner verinnerlichten Regeln, jede Abweichung davon, alles außerhalb dieser Regelhaftigkeit erzeugt Angst. „Die moralische Hemmung der natürlichen Geschlechtlichkeit des Kindes, deren letzte Etappe die schwere Beeinträchtigung der Sexualität des Kleinkindes ist, macht ängstlich, scheu, autoritätsfürchtig, gehorsam, im autoritären Sinne ‚brav' und ‚erziehbar'; sie lähmt, weil nunmehr jede lebendig-freiheitliche Regung mit schwerer Angst besetzt ist".[1]

Der Drohung mit Hölle und Teufel sind in der bürgerlichen Welt neue Greulmythen gewichen. Für die Bundesrepublik läßt sich geradezu eine Geschichte der Angstproduktion schreiben. Nach dem Ende der Naziherrschaft konnte die sich reorganisierende bürgerliche Herrschaftspropaganda an der massiven und durch Reichspropagandaminister Goebbels gesteuerten Hetze des 3. Reichs gegen Kommunisten und den „bolschewistischen Untermenschen" aus dem Osten anknüpfen. Die Produktion der faschistischen Feindbilder, Kommunisten und der „asiatische Untermensch, der Russe", wurden von den bundesdeutschen Medien weiterkultiviert.

Die gesellschaftlichen Ursprünge des deutschen Zwangscharakters finden sich aber schon früher im preußischen Militarismus; alle jungen Männer wurden rekrutiert, kaserniert und gedrillt. Der preußische Mann blieb sein ganzes Lebens lang Soldat, zum sonntäglichen Gottesdienst mußte er uniformiert erscheinen. Die Lehrer der preußischen Schulen waren die ausgedienten Unteroffiziere. Preußische Armee und preußischer Staat, diese Trennung gab es nicht, beide bildeten eine Einheit. Die Entfaltung des Kapitalismus erfolgte durch den Militärstaat, Stadtentwicklung, indem eine Garnison irgendwohin gelegt wurde, daran gliederten sich nach Plan Handwerksbetriebe und Handelsunternehmen.

Die Gründung des deutschen Reichs, die Geburt der deutschen Nation als Ergebnis des Sieges des deutschen Bundes über Frankreich 1871 brachte dann auch einen Obrigkeitsstaat, der ohne jeglichen revolutionären Bruch an der militaristischen und autoritären Struktur Preußens anknüpfte und diese nun auf das ganze deutsche Reich übertrug. Damit war der Zwangscharakter als Norm im Deutschen Reich etabliert. Insbesondere das Personal des Staatsapparates hatte ihn tief verinnerlicht. „Die Aggression der Zwanghaften dient der Macht und die Macht dient wieder der Aggression. Daher finden wir zwanghafte Menschen in Berufen, die Macht verleihen und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, ihre Aggressionen legal auzuleben; im Namen der Ordnung, der Zucht, des Gesetzes, der Autorität usf. Es wird von daher nicht wundern, daß viele Politiker mehr oder minder ausgesprochen zu diesem Strukturtyp gehören, Militärs, Polizei, Beamte, Richter, Geistliche, Pädagogen und Staatsanwälte".[2]

Die Kriegstribution Frankreichs an das gerade entstandene Deutsche Reich in Höhe von 700 Mill. Goldmark wurde in die materielle Ausstattung des neuen Staats gesteckt. Es war die Zeit, da überall in Deutschland Gefängnisse, Psychiatrien, Schulen, Kirchen und Kasernen aus dem Boden gestampft wurden. In Hamburg glotzt uns die Reichsgründungsarchitektur vom AKO Ochsenzoll bis zur JVA Fuhlsbüttel entgegen.

Ohne diese materielle, psychische und ideologische Zurichtung im Deutschen Reich hätte es keinen ersten Weltkrieg, kein organisiertes Morden in Flandern, keine Todesmaschine von Verdun gegeben. Trotz der militärischen Niederlage und dem Ende des Deutschen Reichs zeigt sich die Unfähigkeit der Deutschen, radikal mit den herrschenden Verhältnissen zu brechen. Zu tief waren sie ans Gehorchen, an militärische Disziplin gewöhnt und hatten soldatische Leitbilder verinnerlicht. Zu klein war der Kreis derjenigen, die zur Veränderung fähig waren. Die Deutschen konnten sich nicht mit sich selbst auseinandersetzen. Zu keiner Katharsis fähig, projezierten sie wieder den Feind nach außen, Frankreich, der Versailler Schandfrieden. Oder die Dolchstoßlegende, der deutsche Soldat/Mann „im Felde unbesiegt" nur durch Verrat niederzustrecken. „Menschen mit Ich-Schwäche, (...) neigen dazu, unerwünschte Neigungen und Impulse in sich selbst zu ignorieren; sie leben dafür, Selbstbeobachtung oder Einsicht in ihre eigenen Bedürfnisse zu vermeiden, weil sie zu leicht sich in Angst und Schuld verstricken".[3] Zur Sinnkrise infolge des Zusammenbruchs des Deutschen Reichs kommt der Sieg der Oktoberrevolution. Die russische Revolution gab der Angst der Eigentümern um ihren Besitz eine Richtung. Seitdem ist die Angst vor dem Kommunismus eine zentrale Gefühlskonstante des deutschen Besitzbürgers.

Die Weimarer Republik konnte von diesen Deutschen nur als politisches Chaos erlebt werden. Die Weltwirtschaftskrise, das war das Chaos der Ökonomie. Das Ende aller Regeln schien gekommen, die Angst riesengroß. Da bedurfte es der Autorität, des Starken mit dem man sich identifizieren konnte, der Sauberkeit und Ordnung versprach. „Daß diese Massenpropaganda gelang, lag an den Massen und nicht an Hitler. Es lag an der autoritären, freiheitsängstlichen Struktur des Menschen, daß seine Propaganda Wurzeln fassen konnte."[4]

Die Regelung des sozialen Lebens im Faschismus durch „Befehl und Gehorsam" sicherte einfachst die gesellschaftliche Hierarchie. „Nach oben buckeln - nach unten treten wurden zum alltäglichen Begrüßungsritual. Die Übertragung von militärischen Strukturen und Formen ins private und öffentliche Leben führten zur Beruhigung der Angst, das brachte das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit. Seinen Vorschriften blieb der deutsche Soldat bis zum Tode treu. Lieber in Ordnung sterben, als im Chaos leben.

Weder während des Kriegs noch nach ihrer Niederlage sind die Deutschen zur Auseinandersetzung mit ihrer Schuld fähig. Die Alliierten hatten zwar das faschistische Herrschaftssystem zerschlagen, den durch den Faschismus verstärkten autoritären Charakter aber nicht aufbrechen können. Das hätte Selbstreflexion und Infragestellen der eigenen Rolle als Militär und Staat bei den Alliierten vorausgesetzt. Vielmehr setzten sie in der Westzone eine gigantische Verdrängungsmaschine in Gang: die Entnazifierungskommissionen. Das bürokratische Verfahren verhinderte die Auseinandersetzung mit dem eigenen Anteil am Faschismus und reduzierte die Entnazifizierung zur Jagd auf den „Persilschein". Die Täter des 3. Reichs erkannten ihre Schuld nicht, sie hatten „immer nur ihre Pflicht getan" (Helmut Schmidt). Und tatsächlich hatten sie treu und brav nur nach Gesetzen, Richtlinien, Vorschriften, Anweisungen und Befehlen gehandelt. Schuldgefühle und die damit verbundenen Ängste konnten bei ihnen nach dem 2. Weltkrieg gar nicht entstehen, wenn in der moralischen Kontrollinstanz (Über-Ich) nur sekundäre Tugenden wie Treue, Ordnung, Sauberkeit enthalten waren.

Die Masse der Deutschen begriff sich eh nicht als verantwortlich, verstand ihr Verhalten im Faschismus als unpolitisch. Sie hatten nur mitgemacht „weil sie mußten". Nach den verloren Schlachten, der Gefangenschaft, dem Bombenkrieg, der Flucht vor der Roten Armee schlüpften sie nun in die Rolle des Opfers, das immer schon passiv alles hinnehmen mußte. Die Mitläufer des Faschismus konnten so die „Schuldfrage" zur Legitimierung einer explizit apolitischen Haltung „laß mich nur mit Politik zufrieden" stilisieren.

Damit waren die Voraussetzungen für den „Neubeginn, der keiner war," bestimmt. Die alten Eliten in Wirtschaft und Staat, nun „demokratisch" gewendet, konnten weiterhin in ihren alten Positionen verbleiben oder wurden wieder in diese eingesetzt. Der „kleine Mann auf der Straße" konnte seine Verantwortung für das Geschehene verdrängen oder an Hitler delegieren. „Ich wars nicht – Hitler wars!" Im Grunde war man trotz allem immer anständig geblieben. Der Wiederaufbau sollte das 3. Reich ungeschehen machen, die Zerstörung verdrängen, die Ordnung wieder herstellen und die Angstgefühle beschwichtigen.

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Staates wirkte die im 3. Reich produzierte Angst vor dem Kommunismus und den Russen weiter. Zur Bekämpfung der sozialen Bewegungen in der Aufbauphase der BRD dienten sie genauso wie zur Loyalitätsstiftung gegenüber der neuen/alten herrschenden Klasse. Die neue politische Klasse in Westdeutschland vom Typ des „inneren Emigranten" betrat die Bühne. „Den Juden" aber, als Schreckbild, ließen die Deutschen mit dem Faschismus zurück. An die ermordeten jüdischen Nachbarn wollte niemand erinnert werden.

Die Erfahrungen der Niederlage der Deutschen, zum 2. mal in diesem Jahrhundert, hatte jeden positiven Gedanken an den Krieg beseitigt. Der Mythos vom „Deutschen Soldaten" war zerschlagen. Da mußte jeder Neubeginn für den Aufbau einer Armee Protest und Widerstand hervorrufen. „Jeder Versuch einer Normierung von Wehrstrukturen in der neuen Verfassung wäre nicht nur auf den strikten Widerstand der westlichen Alliierten, sondern auch und vor allem in der deutschen Bevölkerung gestoßen, die vom Krieg nichts mehr wissen wollte".[5]

Dennoch wurden diejenigen, die ihren Protest gegen die Wiederbewaffnung, dann unter Strauß als Verteidigungsminister die Atombewaffnung der Bundeswehr öffentlich machten, dem Verdacht ausgesetzt, Kommunisten oder Ostunterwanderer zu sein. Man wollte abschrecken: „Wenn Du in die Nähe der Kommunisten, zu sehr vom Osten beeinflußt bist, dann grenzen wir Dich aus, Du darfst in unserer Demokratie nicht mehr mitspielen."

Zumindest bei den Jugendlichen, bei denen, die das 3. Reich nicht mehr bewußt miterlebt hatten, blieb die antikommunistische Propaganda und die Angst vor „dem Russen" unwirksam. Im Gegenteil, ihre Abrechnung mit dem Faschismus war auch eine Abrechnung mit den Eltern als Deutsche. Der neuen Generation, die ihren politischen Ausdruck in der 68er-Bewegung fand, konnte mit dem Antikommunismus keine Angst mehr gemacht werden, auch die Drohung mit der Gefahr aus dem Osten war wirkungslos geworden. Vielmehr hatte diese Jugend die Autoritäten, den US- Imperialismus als Feind erkannt, sein Wüten im Vietnamkrieg angeprangert.

Der Bruch, der durch die Generationen ging, der Streit zwischen Eltern und Jugendlichen, war mehr als der übliche Generationenkonflikt. Durch den Krieg fielen die Väter wegen Fronteinsatz, Gefangenschaft und Tod als Autoritäten weitgehend aus. Der Einsatz der Frauen in der Rüstungsindustrie, die alleinverdienende Mutter in der Nachkriegszeit brachte „Schlüsselkinder" hervor, die frühzeitig selbständig und dem familiären Erziehungszugriff weitgehend entzogen waren. Die tradierten deutschen Erziehungsmuster konnten nicht mehr transportiert werden.

Die Niederlage des 3. Reichs bedeutete auch das Ende der deutschen Nationalökonomie, des nationalen Marktes. Westdeutschland wurde an die Dollarzone, den „freien" Weltmarkt angeschlossen. Die Nachkriegsgeneration in den Weltmarkt hineingeboren. Die Elterngeneration hingegen konnte sich aus ihrer nationalen Perspektive nicht lösen. Diese Brüche zwischen den Generationen haben sich als Spaltung der westdeutschen Gesellschaft fixiert. In diejenigen, denen kein Zwangscharakter anerzogen werden konnte und einen größeren Teil, „der aus seiner Haut nicht mehr heraus konnte" und deren Kinder.

Diejenigen, die über die Freiheit verfügen, im Supermarkt der Lebensstile wählen zu können, sind die aktuelle Ausführung der Nachkriegsgeneration. Ihre Ängste speisen sich nur noch aus der Konkurrenz um Arbeitsplätze und der Sorge um die eigene Karriere. Jedoch im größeren Teil der Westdeutschen reproduziert sich weiterhin der Zwangscharakter. Diese waren auch die bevorzugten Adressaten von Medienkampagne und Staatsaktionen zur RAF. Es wurde den Eltern Angst gemacht, ihre Kinder könnten bei den Terroristen mitmachen. „Kontaktschuld"

sollte Berührungsängste mit der RAF und der radikalen Linken auslösen. Konnten sich nun die einen vor der RAF fürchten, war den anderen Gelegenheit gegeben, sich mit dem starken Staat zu identifizieren. Für diese war es eine ideale Möglichkeit, ihre kollektiven Gewaltphantasien auszudrücken.

Den Sicherheitsbehörden hingegen kamen die „Gefahren des Terrorismus" gerade recht, konnten sie doch nun unter dem Deckmantel der Bedrohung durch den Terrorismus Personalstärke, Kompetenz und Ausrüstung verstärken. „Der entscheidende Wandel in der Sicherheitsdiskussion der siebziger Jahre, (...) lag in der Verlagerung von der Rechtsgutgefährdung durch die allgemeine Kriminalität zur Systemgefährdung durch ideologische und politische „Kriminalität". Ausdruck findet dieser Wandel in dem Übergang vom „Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung" von 1970, in der Modernisierung, Elektronisierung und Verstärkung des Personals im Mittelpunkt stand, zum „Programm der Inneren Sicherheit" von 1972, das zu einer Umstrukturierung ganzer Rechtsbereiche im Namen der neuen präventiven Staatsschutzkonzeption ansetzte."[6] Trotz aller Verteufelung, trotz der Inszenierung des starken Staates merkte langsam auch der letzte Spießer, daß vom „Terrorismus der Bader-Meinhof-Bande" für ihn keine Gefahr ausging. Er begriff, daß es sich um ein herrschaftliches Berufsrisiko handelte, um die Sorgen „derer da oben".

Zwar hatte die Kampagne gegen die RAF auch viele Linke verängstigt und zum Rückzug aus der Politik bewegt, jedoch traten mit der Anti-Atom- und der Friedensbewegung wieder soziale Bewegungen auf, die den herrschenden Konsenz und die Legitimität von Herrschaftsentscheidungen infragestellten. Gegen diese immer noch aufmüpfige und unangepasste Jugend richtete sich nun die „Drogenkampagne". Zwar war diese nicht auf dem Mist der bundesdeutschen Bourgeoisie gewachsen, sondern von der US-„law and order"-Fraktion übernommen worden, jedoch war es die erste ideologische Kampagne, die nicht an das tradierte „Deutsche Bewußtsein„ gerichtet war. Die Angst der Eltern um das Wohl ihrer Kinder wurde damals schamlos ausgebeutet, der Anpassungsdruck auf die Kinder erhöht. „Für mich hat der Kampf gegen Rauschgift den selben Stellenwert wie der Kampf gegen den Terrorismus" verlautbarte 1979 Innenminister Baum. Von Innenminister Zimmermann konnte man 1983 genau den gleichen Satz hören und für Innenminister Schäuble ist 1990 „der Kampf gegen Drogen (...) eine noch größere Herausforderung als der Kampf gegen den Terrorismus". „War on drugs: Diese von den USA ausgegebene Spachregelung (...) förderte weltweit die Militarisierung des Bewußtseins."[7]

Der massenhafte Konsum von Drogen, ihre Integration in die Jugendkultur, hat dieser Angstpropaganda den Boden entzogen. In der polytoxikomanen Gesellschaft, in welcher ohnehin Alk, Barbis, H, Kaffee, Haschisch, Remis usw von allen Gesellschaftschichten gleichermaßen genutzt wird, ist die Droge als Sache kaum noch mit Angst besetzt. Mehr als 10 Jahre lang war „die Droge" der Staatsfeind Nr. 1. Daran anknüpfend wird der Dealer zum Abbild des „Bösen" stilisiert. Er wird der neue Staatsfeind Nr. 1. Im Dealer wird uns der böse Verführer, „das Südländische, Mafiose", das Unheimliche personifiziert. Durch die Wortverknüpfung „kriminell" und „Ausländer" entsteht semiotisch der „Kriminelle Ausländer" als Stereotyp. Das Schreckensbild des kriminellen Ausländers enthält alle Klischees des Bösen in einer einzigen Gestalt. Das ist der Monotheismus der Sicherheitsfetischisten. Dealer, Mafia, Organisierte Kriminalität – Horrorbilder satt, ohne „Ausländer" nicht denkbar. Diese Entwicklung der Feindbilder ist nicht zufällig, sie bildet vielmehr Konjunktur und Stagnation auf dem Arbeitsmarkt ab.

Die aktuelle ökonomische Krise, die Umstrukturierung der Wirtschaft, die gesellschaftlichen Veränderungen infolge des DDR-Anschlusses usw. verunsichern. Man kann nicht weiter in seinem alten Regelsystem verharren, der Angstpegel steigt. In solchen Zeiten des Umbruchs werden die dabei auftretenden Ängste üblicherweise auf den äußeren Feind gelenkt. Festungsdenken wird aufgebaut, die Gemeinschaft im Innern gegen den Feind da draußen propagiert. Auch ein „starker Staat" kann diese Ängste besänftigen. Damit sich der Staat als solcher in Szene setzen kann, bedarf es des gefährlichen Feindes. Im sozialen Konstrukt der „Organisierten Kriminalität" begegnet uns das letzte Produkt dieser Entwicklung. Der Zusammenarbeit der sozialwissenschaftlichen Kompetenz von Innenministerien und Polizeischulen ist es zu danken, daß keine Planstellen im Sicherheitsapparat abgebaut werden, obwohl der ideologische und materielle Gegner weitgehend abhanden gekommen ist. Medial erscheint es so, als ob alle relevanten Gefahren von der „Organisierten Kriminalität" ausgehen. Die „Organisierte Kriminalität" ist zum aktuellen Schreckensgemälde geworden. Praktisch wird jeden Monat eine neue polnische, kirgisische usw. Mafia aus dem Hut gezaubert. Diese rassistische Kampagne zielt neben der Kriminalisierung von MigrantInnen auch darauf ab, eine breite Akzeptanz für bereits eingeführte und noch geplante Maßnahmen, Technologien und Kompetenzerweiterungen in puncto Erfassung und Kontrolle durch Polizei und Behörden zu schaffen. Sie zieht auf den „starken Staat" als Stifter von Volksgemeinschaft und Nationalismus. *Hartmut Wehrstedt*

[1] *Wilhelm Reich, Die Masssenpsychologie des Faschismus, Fischer Verlag 1977 S. 49*

[2] *Fritz Riemann, Grundformen der Angst, Ernst Reinhardt Verlag München S. 123*

[3] *Peter Brückner, Zerstörung des Gehorsams, Wagenbach Berlin 1983 S. 69*

[4] *Wilhelm Reich, Die Massenpsychologie des Faschismus, Fischer Verlag Berlin 1977 S. 57*

[5] *Biener Bähr, Das Deutsche Volk und der Krieg als Mittel der Politik, aus FR vom 20.4.1994*

[6] *Kutscha, Norman, Im Staat der „Inneren Sicherheit", Rödenberg Frankfurt/M 1981 S. 41*

[7] *Günter Amendt, Die Droge, der Staat, der Tot, Rasch und Röhring Hamburg 1992 S.138*

[8] *Morgenpost, Hamburg 22.4.1994*

ANGENEHMES GRAUEN

Das Schreckliche in der Literatur

1 Die Nachricht von Auschwitz traf mitten in den Transformationsprozeß der sich (seit der Weimarer Zeit) in Auflösung befindlichen bürgerlichen Bildungskultur in eine moderne Kulturindustrie. Seither hat eine Kultur, die eigentlich heiter und unterhaltsam sein will, ein Problem. Das unabweisbare Wissen über das Grauen wurde als störend empfunden und die Boten, die davon berichteten, als Störenfriede der Gegenwart. Es war eine Botschaft, die den Genuß verderben konnte und die eine Kultur, die sich als Medium des Vergessens etabliert hatte, immer wieder zum Nachdenken über sich selbst zwang. Adorno war einer der Störenfriede und deshalb kennen auch die, die nichts von ihm wissen, wenigstens einen Teil seiner Äußerungen über Kunst nach 1945: „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch." Dieser (aus dem Zusammenhang gerissene, weil so scheinbar leicht zu widerlegende) Satz bringt noch immer jene aus der Fassung, denen das Erinnern lästig ist. Doch Auschwitz berührt alles, was danach kommt, handele es sich um Literatur, Kinofilme, Videos oder Pop. Vor allem aber berührt es die Frage, wie die Gewalterfahrungen und die Gewaltimaginationen der Gegenwart ästhetisch zu behandeln sind? Eine Frage, die unter anderem dadurch verkompliziert wird, daß die Macht nicht ungern im Namen des „Schönen" auftritt und den Widerstand dazu nötigt Partei für das verdrängte und marginalisierte „Böse" zu ergreifen.

2 Oliver Stones Film „Natural Born Killers" wird als der gewalttätigste seit „Clockwork Orange" gehandelt. Auf dem Highway 66 läßt das Liebespaar Mallory und Mickey zweiundfünfzig Leichen hinter sich. Der Film bekam zunächst eine gute Presse, bis die BILD und einige CDU-Politiker Anfang November ein Verbot forderten. Als im vergangenen Jahr in England zwei 10jährige ein Kleinkind umbrachten, suchten die gleichen Medien, die mit Hollywood-Western, in denen seriell „Untermenschen" gekillt werden, keine Probleme haben, die Erklärung für die Tat in dem Videofilm „Chucky 3", den die beiden Jungen vorher gesehen haben sollen. Die Kampagne wuchs sich schon bald zu einem heuchlerischen Feldzug gegen Horrorfilme aus. Das Gewaltverhältnis Kapitalismus verschwand dabei hinter einem Nebel aus Moral.

3 Die Darstellung oder Beschreibung von Gewalteinwirkungen auf den menschlichen Körper wird heute rigoroser ausgeblendet als das in vergangenen Epochen der Fall war. Bilder der Opfer von Verkehr- und Industrieunfällen, von schweren Kriegsverletzungen und durch Granaten zerfetzte Körper werden radikal geschnitten, bevor sie in die Nachrichtensendungen gelangen. Sie passen nicht zum Idealbild des unversehrten, ja perfekten Körpers, das zuvor im Werbeblock gezeigt wurde: Die empfundene Diskrepanz zwischen dem unvollkommenen Ist-Zustand und den aus dem sozialen Feld heraussezierten Werbe-Körpern ist inzwischen eine bedeutende Quelle von agressiver Frustration. Selbst bei der Gewalt der Faschisten spielt heute jene asoziale Verrohung eine Rolle, wie sie durch die Idee vom narzißtischen Individualrecht auf Konsum befördert wird.

4 „Gewaltvideos" oder „Gewaltliteratur" können also nicht die Ursache der Gewalt im realen Kapitalismus sein, und über den Konsum von ästhetisierter Gewalt kann niemand verbindlich sagen, ob er abschreckend, neutralisierend und/oder stimulierend wirkt. Diese Wahrheit muß also immer noch gegen den bürgerlichen Mainstream verteidigt werden. Andererseits ist die Art und Weise, in der sich der Gore- und Splatterfilme konsumierende und sich gerne als „bad" oder „wicked" inszenierende intellektuelle Mediennachwuchs über die geheuchelte Panik der Bürgerpresse aufregt, auch nicht erfreulich. Der Eifer, mit dem sie (etwa in „taz"-Artikeln zu „Chucky") immer wieder die Harmlosigkeit dieser Genres beweisen wollen, ist schon wieder spießig („wir aufgeklärten Bürger brauchen keine Zensur") und zudem meilenweit vom deftigen Antikonformismus der Klassiker der Schreckensästhetik entfernt. Ihre Light-Version von „Politik und Verbrechen" ist vor allem aber gleichgültig gegen das, was Marx als „stumme Gewalt", Bourdieu als „Sozialkonstellation"

und Galtung als „strukturelle Gewalt" bezeichneten. Daß sich der vereinzelte Einzelne vor dem Hintergrund vorgefundener Verhältnisse, die das geronnene (und weiterhin gewaltsam gesicherte) Resultat FRÜHERER Gewalttaten sind – Kriege, Grenzen, Gesetze, soziale Ordnung, Moral, etc. – einem Fitnessprogramm in Sachen ziviler Gewaltfreiheit unterwerfen muß, kommt in diesem Diskurs nicht mehr vor.

5 Während ausgewiesene Rechte wieder vor einer „Entartung der Kunst" warnen und eine Rückkehr zum klassischen Schönheitsideal fordern, setzen sich konservativ-bürgerliche Kulturkritiker für einen neuen Ästhetizismus ein, in dem auch „das Böse" wieder ohne einschränkende Erinnerung an Auschwitz seinen Platz haben soll. Die Lage ist mehr als komplex. Karl Heinz Bohrer plädiert unter der Losung „Ästhetik statt Politik" für eine Orientierung an der Werk-Ästhetik und behandelt Adornos Diktum als Zensur. Bohrer polemisiert gegen linke literarische Agenten des „gesellschaflich Guten" und wirft ihrer „engagierten und politisch korrekten Erbauungsliteratur" vor, nicht mehr zu sein, als moraltriefende schlechte Kunst (vgl. Bohrer „Das absolute Präsens", FFM 1994 sowie Welsch (Hg.) „Die Aktualität des Ästhetischen", München 1993). Die von Bohrer provozierte Debatte, die nicht zufällig im „wiedervereinigten" Deutschland geführt wird, zielt auf Entsorgung der Erinnerung. Aber das Wissen um diesen Zusammenhang kann für die Linke nicht ausreichen. Auch auf dem Konkret-Kongeß wurde über eine moralisierende linke Literatur kontrovers diskutiert. Gleichzeitig geht bei linken Künstlern, die mehr oder weniger offen an die historischen Avantgarden anknüpfende Rede von der Re-Politisierung um: Ästhetik und Politik sollen wieder zusammen kommen. Aber auch dieses Konzept ist beschädigt, seit die italienische Avantgarde den Faschismus unterstützte (und seit Goebbels „Politik als die umfassenste Kunst" bezeichnete). Es gibt seither gute Gründe dafür, mit Adorno daran zu erinnern, daß sich Ästhetik und Politik nicht zufällig als getrennte Diskurse darstellen und daß die Behauptung einer realisierbaren Unmittelbarkeit von Kunst und Leben in einer Klassengesellschaft reaktionär ist.

6 „Der andalusische Hund" (1928): Nach dem Eingangstitel sieht man einen MANN ein Rasiermesser schärfen. Auf dem Balkon sitzt eine junge FRAU in passiver Haltung mit weit geöffneten Augen. Er nähert sich und durchschneidet ihr mit dem Rasiermesser das linke Auge (Großaufnahme). Man sieht dabei, daß er eine diagonal gestreifte Krawatte trägt. Zu dieser Szene hat der Regisseur Bunuel in einem Interview bemerkt, daß ihn der Stolz der unnahbaren und für seine sexuellen Wünsche unerreichbaren Frauen in der Pariser Metro immer aufs äußerste provoziert habe: „Ich hätte diese schönen Augen mit einem Rasiermesser sadistisch zerschneiden mögen, um die Beleidigung auszulöschen." Bei der Aufdeckung von Kunstgriffen und Strategien, durch die Gewalt gegen Frauen ästhetisiert wird, geht es nicht darum, Personen wie Goya oder Bunuel zu diskreditieren, sondern die männlichen Weiblichkeitsinszenierungen insgesamt zu untersuchen, wie auch die neuen Fremd- und Selbstinszenierungen als „Bad Sisters" und „Angry Women".

die Red.

In der literarischen Gewaltimagination sieht sich die Macht mit sich selbst konfrontiert, sie erblickt da – wie immer codiert und verschoben – ihre eigene, zur Kenntlichkeit entstellte Fratze. So wird sie alles daran setzen, die Symbolik der Gewaltdarstellung zu kontrollieren und zu zensieren. Das ist eine fatale Feststellung, besagt sie doch, daß die Macht selbst es ist, die darüber bestimmt oder Einfluß darauf zu nehmen sucht, wie die von ihr selbst exekutierte Gewalt in der Symbolik der Textwelt erscheint. Das ist ihr mit Hilfe eines einfachen Tricks über lange Zeit hinweg gelungen: mit der über 2000 Jahre lang automatisierten Koppelung von Kunst und Schönheit.
Solcherart war die künstlerische Gewaltimagination mit einem höchst wirksamen Tabu belegt und die theoretische Rede über sie in eine vorbestimmte Perspektive fixiert. Gewalt gehört nämlich zum Bereich des Schrecklichen, Abstoßenden, Bösen, »Häßlichen« und damit zu dem, was nach dem Begriff einer »Schönen Kunst« als rechtfertigungsbedürftiges Korrelat des ontologisch vorgeordneten Schönen und Guten und damit als Grenzphänomen des Ästhetischen schlechthin aufgefaßt wurde. Wenn die ausdrückliche Frage nach der Kunst- und Literaturwürdigkeit des Häßlichen gestellt wird, dann impliziert dieses die fraglose Kunst- und Literaturwürdigkeit des Schönen. Das Häßliche kann so nicht in seiner möglichen Eigenexistenz wahrgenommen werden, sondern versteht sich immer nur vom kanonisierten Schönen her als Defizit. Für Karl Rosenkranz, den Autor immerhin einer ersten, 1853 erschienenen *Ästhetik des Häßlichen* ist das noch ganz selbstverständlich: »Das Schöne ist die positive Bedingung seiner (des Häßlichen) Existenz... Das Schöne ist also, wie das Gute, ein Absolutes, und das Häßliche, wie das Böse, ein nur Relatives«.
Man hat, beschäftigt man sich mit dem Verhältnis von »schöner« und »häßlicher« Gewalt, mit einer von Platon aus noch bis in die Gegenwart hineinreichenden, allen epochalliteraturtheoretischen Doktrinen vorausliegenden Prämisse zu rechnen, die sich normativ an dem orientiert, was Arnold Hauser die »flüchtigen Augenblicke der klassischen Kunst« genannt hat und die dazu geführt hat, die Leitfunktion des Schönen niemals ganz aufzugeben. Von diesem klassischen Standpunkt des Häßlichen als eines ästhetischen Grenzphänomens aus werden beträchtliche Bereiche der älteren Literatur verkannt oder zu Unrecht marginalisiert und ganze Epochen aus dem Kanon ausgeblendet.

Den Mächten, die sich darin gleichen, daß sie ihr Gesicht nicht zeigen wollen, ist es über einen langen Zeitraum hinweg gelungen, die literarische Gewaltimagination am kurzen Zügel einer von ihr selbst ausgehaltenen Symbolik zu führen. Weil Gewalt die Kennmarke der Macht ist, darf sie nur unter bestimmten Bedingungen und auf jederzeitigen Widerruf in der Theorie und Praxis der Literatur als einem gesellschaftlich relevanten, von der Macht besetzten Symbolsystem aufscheinen. Aber der Arm der Macht ist noch länger: nicht nur kontrolliert sie die Symbolik der Gewaltdarstellung, sondern selbstverständlich auch das Reden, unser Reden über diesen Sachverhalt.

Mit Baudelaire, Rimbaud, Mallarmé, Lautréamont beginnt die eigentlich moderne Literatur. Das Neue dieser Texte liegt darin, daß das semiotische Triebsubjekt das vom kulturellen Symbolsystem Unterdrückte und Verdrängte – das Schreckliche, Gewalttätige, »Böse« – unzensiert ausagiert. Die semiotisch gewendete Literatur der Moderne wird damit zu dem Ort, an dem das Nicht-Schöne sich artikuliert. In der Textpraxis der Avantgarde des 19. Jahrhunderts wird der ganze Bereich des Schrecklichen aus jenem heteronomen metaphysisch-moralischen Funktionszusammenhang freigesetzt, wie er seit Plato doch immer, positiv wie negativ, den Bezugshorizont abgegeben hatte.

Das authentische Böse wird hier freigesetzt – nicht lediglich als Negation des Guten und Akt der Transgression, sondern vielmehr als die aktive, dämonische Energie einer Leidenschaft, die alle Schranken hinter sich läßt und in ihrer zerstörerischen Kraft Bewunderung und Schrecken erregt.

Unter Zensur: das Schreckliche als Schönes

Die Textpraxis der französischen Avantgardisten des 19. Jahrhunderts markiert einen entscheidenden Bruch mit den literarischen Verarbeitungskonventionen der Gewalt als Opfernarratio. Die Gewaltimagination entzieht sich jetzt den verschiedenen Techniken ihrer rationalisierenden Bewältigung und wird ganz Realisation des semiotischen Textsubjekts. Die sprachliche und darauf wesentlich begründete soziale Ordnung des Symbolischen und seiner Sinn-Festlegung wird unterwandert und aufgesprengt von der rhythmischen Insistenz und der extremen Bildwelt psychosomatischer Triebphantasien, in denen das »Böse« nicht mehr lediglich als Transgression sozialer und moralischer Normen erscheint, sondern sich als »schöne« Leidenschaft ausagiert. Damit bringen diese Texte wieder ans Licht, was besonders der Tragödie in immer raffinierterer und verdeckenderer Sublimierung eigentlich zugrunde lag: die kathartische Gewaltentladung.

Doch die Gewalt-Erfahrungen dieses Jahrhunderts haben zu einer Situation geführt, die es uns nicht mehr erlaubt, der Kunst noch »das wunderbare Vorrecht« (Baudelaire) der Transformierung des Schrecklichen ins sprachlich Schöne der bösen Leidenschaft zuzugestehen. Das alle Imagination übertreffende Unmaß an wirklicher Gewalt, deren Täter und Opfer noch leben, verbietet sich, so scheint es, der beruhigenden Aufhebung ins Gestaltschöne. Die künstlerische Darstellung von Massenleiden und Massensterben hat sich mit der Botschaft zu legitimieren, die da übermittelt werden soll, und die lautet: Nie wieder! Aber wäre solche Zensur nicht ein Rückfall hinter die Tradition der ästhetischen Moderne, deren Leistung es war, die Sphäre der Kunst von allen außerästhetischen Verpflichtungen durch Politik, Philosophie, Moral befreit, die ästhetische Radikalität, den Innovationsgehalt als die entscheidenden Kriterien der Qualifizierung von Kunstwerken zur Geltung gebracht zu haben? Führt das Verbot, Auschwitz als Material ästhetischer Inszenierung zu exploitieren, nicht zurück zu der als obsolet erachteten Verknüpfung von Kunst und Moral, geradewegs in die gute alte Gesinnungs- oder auch Inhaltsästhetik, der es eben auf die richtige Botschaft, nicht auf die imaginative Kühnheit, die ästhetische Exponiertheit ankam?

Literaturstreit nach der „Wiedervereinigung"

»Die deutsche Gesinnungsästhetik« – das ist auch das Stichwort, unter dem Anfang der neunziger Jahre, nach der »Vereinigung« der beiden deutschen Staaten und ihrer Literaturen, in den Feuilletons ein vehementer Literaturstreit ausgetragen wurde. Unter der beziehungsreichen Überschrift »Die Ästhetik am Ausgang ihrer Unmündigkeit« hält Karl-Heinz Bohrer den beiden deutschen Literaturen vor, sie hätten, unter der traumatischen Erfahrung des Nationalsozialismus und der deutschen Teilung, ästhetische Kriterien durch solche der Gesinnung ersetzt; die Kategorie des Mutes sei, oft auch bei noch so mißlungenen Werken, zum entscheidenden literarischen Kriterium avanciert, der Text als der moralische Selbstentwurf des Autors mißverstanden worden. Gefordert wird für die Zukunft, das heißt im nun vereinigten Deutschland, eine der säkularisierten Gesellschaft gemäße Literatur: »Keine Droge für Unterdrückte, kein quietistisches Labsal. Vielmehr verschärfter Anspruch an die imaginative Potenz«.

Diese von anderen Großkritikern aufgenommene Rundum-Attacke auf nahezu die gesamte deutsche Literatur nach 1945 hat ihre Merkwürdigkeiten und Pikanterien. Einerseits geht sie über den eigentlichen Anlaß, Christa Wolfs umstrittene jüngste Veröffentlichung, verdächtig rasch hinaus, offenbar, um einen längst gehegten Bedürfnis Genüge zu tun: nämlich gegen die kulturelle Dominanz der sogenannten literarischen Linken von Grass und Böll bis Peter Weiss, Rühmkorf und Erich Fried zu Felde zu ziehen und die Geschichte der deutschen Nachkriegsliteratur neu zu schreiben. Andererseits läuft das Ganze auf eine Selbstbezichtigung der deutschen Literaturkritik selbst hinaus, die die Maßstäbe der Beurteilung 45 Jahre lang geprägt oder mindestens nachvollzogen hat. Und zum dritten ist es bemerkenswert, daß als Gewährsmann jenes, wie Bohrer das so männlich-schneidig formuliert, »verschärften Anspruchs an die imaginative Potenz« kein anderer als Ernst Jünger – und nicht nur von ihm – auf den Schild gehoben wird. An diesem Punkt wird die Angelegenheit hochbedenklich.

Mit dem abgewirtschafteten Begriff »Gesinnungsästhetik« wird offenbar hier operiert, um damit eine neue Gesinnung durchzusetzen, die eigentlich besagt: Laßt uns nun, nach der »Vereinigung«, zur „Normalität" und zu einer normalen, das heißt endlich modernen, politisch-moralisch entlasteten Literaturproduktion kommen, die statt auf gesellschaftliche Realität auf künstlerische Radikalität gestellt ist. In seiner Eröffnungsrede zum Hannoveraner Kongreß »Die Aktualität des Ästhetischen« im September 1992 hat Bohrer seine Forderung einer neuen ästhetischen Radikalität ausgeführt als Angriff auf jene »grassierende Aktualität des Ästhetischen, die über dessen moralisch-philosophisch, sozial-emanzipatorisch oder hedonistisch-kulturell motivierter Entgrenzung den substantiellen Kern des ästhetischen Diskurses zu verlieren droht«. Dem stellt er das Plädoyer für eine emphatische Beschränkung des Ästhetischen auf eben jenen Kern entgegen. Darunter versteht Bohrer – im Anschluß an die Tradition der Moderne von Baudelaire bis Benjamin – ein ästhetisches »Jetzt«, ein »Ereignis«, eine Überwältigung, eine begriffsfremde »Vagheit«, enigmatisches Surplus des ästhetischen Eindrucks, das sich nicht mit einem Signifikat identifizieren lasse. Im Lichte der neuen Aktualität eines solchen autonomen Ästhetischen erscheinen alle »ideologiekritisch-historischen Verrechnungen ästhetischer Formen auf ein politisches Analogon hin«, das heißt die sozial- und funktionsgeschichtliche Interpretation von Literatur völlig irrelevant. Damit wäre also die gesellschaftliche Institution Literatur radikal aus allen gesellschaftlichen Bezügen freigestellt – und dies im Namen angeblich rein ästhetischer Kategorien, die aber ihrerseits als gesellschaftlich vermittelte leicht erkennbar sind. Das ausgeschlossene Politische spricht sich im Akt des Ausschlusses unübersehbar aus: die Vergangenheit ist abgewickelt, das neue Deutschland braucht einen neuen Literaturbegriff. Die Ähnlichkeit mit den im Historikerstreit besetzten Positionen ist nicht zu übersehen, die Normalisierungsstrategie aus revisionistischer Ecke die gleiche. Fazit: »Mit der Moral einer von Auschwitz erschütterten Kunst soll es ein Ende haben«. Gegen die Forderung einer „moralfreien" Radikalästhetik unter Berufung auf die historische Avantgarde wäre zweierlei festzustellen. Was, zum einen, uns Heutige von den ästhetisch inszenierten Gewaltphantasien in den Werken de Sades, Lautréamonts, Poes, Octave Mirbeaus trennt, ist in der Tat Auschwitz, ist die Erfahrung, daß diese Phantasien von der Realität eingeholt und übertroffen worden sind.

»Betrachtet eure Lage, wer ihr seid, wer wir sind, und mögen diese Überlegungen euch zittern lassen. Ihr seid hier außerhalb Frankreichs, inmitten eines unbewohnten Waldes, diesseits steiler Berge, deren Übergänge zerstört worden sind, sogleich nachdem ihr sie passiert habt. Ihr seid eingeschlossen in einer uneinnehmbaren Festung; keiner sieht euch dort; man hat euch euren Freunden, euren Eltern entrissen, ihr seid schon gestorben für die Welt ...« (De Sade, Oevre, 1986, S.77; Übersetzung J. N.)

So läßt de Sade den Herzog Bangis sich zu Beginn von *Les cent-vingt journée de Sodome* (Die hundertzwanzig Tage von Sodom) an die Frauen wenden, die da der Lust der vier Libertins geopfert werden sollen – aber so, genau so, ist ja *in Wirklichkeit* gesprochen worden: in deutscher Sprache zu den Insassen der Vernichtungslager! Die Literatur kann und darf sich von dem Entsetzen über diese Gewalt-*Realität* nicht verabschieden, um »stattdessen« freischwebende ästhetische Radikalität zu praktizieren, als habe es Auschwitz nicht gegeben oder als sei das dort Geschehene verjährt.

Zum anderen aber steht diese ganze Gesinnungsästhetik-Debatte mit der von beiden Seiten stillschweigend vorausgesetzten Opposition von ästhetischer Radikalität versus moralischem Engagement auch unter einer falschen Alternative. Natürlich gibt es Romane, Gedichte, Theaterstücke über die großen Verbrechen unseres Jahrhunderts, die ihr gutgemeintes „moralisches" Einstehen durch wohlfeile, literarisch altbackene ideologische Sinn-Konstruktionen kompromittieren. Radikalität in der Faktur des Werkes und Ausdruck des Entsetzens müssen sich aber deshalb keineswegs ausschließen.

Unbrauchbar: Sinnstiftung durch Gestaltung

Die mit der Gewalt unseres Jahrhunderts befaßte Literatur hat es hinsichtlich der Mittel und Methoden, die ihr *nicht mehr* zur Verfügung stehen, mit einer weiteren Schwierigkeit zu tun, die sie selbst in ihrer Grundverfassung betrifft. „Sinngebung" ist nämlich, wie wir wissen, nicht nur ein Moment des Erzählten, im sujet also einer verdeckt oder offen ausgeführten Opfernarratio ausgeführt, sondern auch der unvermeidbare Effekt allen Erzählens selbst. Denn die traditionelle Erzählung, sei es die literarische oder auch die historische, gehorcht in der chronologischen Wiedergabe der Ereignisse, in der Logik von Vorausgehendem und Folgendem einer Struktur, die darauf aus ist, das Geschehene dem Gedächtnis des Lesers und der Zeit einzuprägen, indem sie es als notwendig, verständlich, ontologisch gerechtfertigt erscheinen läßt: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Es ist die einfache Reihenfolge, die Abbildung der überwältigenden Mannigfaltigkeit des Lebens in einer eindimensionalen, wie ein Mathematiker sagen würde, was uns beruhigt; die Aufreihung alles dessen, was in Raum und Zeit geschehen ist, auf einen Faden, eben jenen berühmten »Faden der Erzählung«, aus dem nun also auch der Lebensfaden besteht. Wohl dem, der sagen kann »als«, »ehe« und »nachdem«! Es mag ihm Schlechtes widerfahren sein, oder er mag sich in Schmerzen gewunden haben: sobald er imstande ist, die Ereignisse in der Reihenfolge ihres zeitlichen Ablaufs wiederzugeben, wird ihm so wohl, als schiene ihm die Sonne auf den Magen. Das ist es, was sich der Roman künstlich zunutze gemacht hat: der Wanderer mag bei strömendem Regen die Landstraße reiten oder bei zwanzig Grad Kälte mit den Füßen im Schnee knirschen, dem Leser wird behaglich zumute, und das wäre schwer zu begreifen, wenn dieser ewige Kunstgriff der Epik, mit dem schon die Kinderfrauen ihre Kleinen beruhigen, diese bewähr-

teste »perspektivische Verkürzung des Verstandes« nicht schon zum Leben selbst gehörte. Die meisten Menschen sind im Grundverhältnis zu sich selbst Erzähler. Sie lieben nicht die Lyrik, oder nur für Augenblicke, und wenn in den Faden des Lebens auch ein wenig »weil« und »damit« hineingeknüpft wird, so verabscheuen sie doch alle Besinnung, die darüber hinausgreift: sie lieben das ordentliche Nacheinander von Tatsachen, weil es einer Notwendigkeit gleichsieht, und fühlen sich durch den Eindruck, daß ihr Leben einen »Lauf« habe, irgendwie im Chaos geborgen.

In diesem Zusammenhang haben alle Taten und Leiden ihren bestimmten Ort, ihre bestimmte moralische Qualität, eben: ihren Sinn. Mag ein solcher auch dem Helden selbst nicht einsichtig sein, mag er daran verzweifeln, der Leser jedenfalls, aus seiner Außen- und Höhenperspektive, weiß immer, woran er ist. So bindet der Roman Begebenheiten, Charakter, Zeichen und Schicksal in seiner Komposition zusammen zum Bild einer in jedem Zug bedeutenden, in sich sinnhaften Welt.

Der Schriftsteller, der sich heute literarisch auf die Gewalterfahrung unserer Zeit und deren extremen Manifestationen – Krieg und Genozid – einläßt, steht also vor einer tabula rasa. Die traditionellen literarischen Ausdrucksweisen mit ihrem schon ihrer Form nach inhärenten Sinnproduktionsmechanismus sind ihm ebenso verdächtig wie auf der thematischen Ebene das Sinn-Konstrukt der Opfer-Erzählung; und die Transposition des wirklich Bösen in eine schöne Leidenschaft aus der Position einer freischwebenden ästhetischen Radikalität scheint ihm eine nachträgliche Verhöhnung der wirklich Gequälten und Ermordeten. Unter diesen Voraussetzungen steht die Diskussion der Kriegs- und Shoaliteratur.

Nach Auschwitz: Darstellungsverbot

Vier Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges sprach Theodor W. Adorno, gerade aus dem Exil heimgekehrt, jenes Verbot aus, in dem sich das Entsetzen angesichts der Geschehnisse ebenso schneidend wie wirkungsmächtig zum Ausdruck brachte: daß es „barbarisch" sei, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Adorno hat sich bekanntlich genötigt gesehen, seinen Satz zu überdenken, zu mildern und am Ende gar zurückzunehmen. Dazu mögen die hier angesprochenen Implikationen wohl beigetragen haben: die mit dem Redeverbot gegebene Tendenz zur Sakralisierung und Mythisierung des geschichtlichen Ereignisses Auschwitz und der totale Bruch mit einer Tradition, in der Adorno selbst steht und zu deren Voraussetzungen die klärende Kraft der Versprachlichung gehört. Auch mag diesen Revisionsprozeß die schlichte Beobachtung gefördert haben, daß trotz Auschwitz und wegen Auschwitz Literatur geschrieben wurde, die sich nicht als »barbarisch« abtun läßt. Wichtig für Adorno war Beckett, dessen *Endspiel* die ähnlich grundsätzlich gelagerte Problematik einer Literatur nach der Atombombe reflektiert und, nach der 1957 verfaßten Interpretation Adornos, auch zu einem Darstellungsmodus findet: »Jedes Drama des Atomzeitalters wäre Hohn auf sich selbst, allein schon, weil seine Fabel das historische Grauen der Anonymität, indem sie es in Charaktere und Handlungen von Menschen hineinschiebt, tröstlich verfälscht... Die Gewalt des Unsäglichen wird nachgeahmt von der Scheu, es zu erwähnen«.

In der *Negativen Dialektik* wird dann 1966 der Verbotssatz endgültig zurückgenommen, und zwar im Hinblick auf die Opfer, denen das sprachliche Eingedenken nicht versagt werden dürfe: »Das perennierende Leiden hat soviel Recht auf Ausdruck wie der Gemarterte zu brüllen; darum mag falsch gewesen sein, nach Auschwitz ließe kein Gedicht mehr sich schreiben«. Daß die Literatur Auschwitz thematisiert, wird von Adorno mit diesem Widerruf akzeptiert – die Frage ist dann, *wie* sie es tut. Das rein Unmenschliche scheint sich jeder Darstellung zu entziehen, aber es verlangt nach Darstellung, um der Opfer willen, aber auch um der Lebenden willen, die sich dem Ereignis Auschwitz zu stellen haben. Dieser Aporie einer Darstellung des Nicht-Darstellbaren, der Kommunikation eines Nicht-Kommunikablen darf die Genozid-Literatur nicht durch die Flucht in überlieferte Gestaltungsmuster ausweichen. Sie muß vielmehr diese Aporie als für sie konstitutiv in sich hineinnehmen und ihr so zu ihrem Ausdruck verhelfen. Gefordert wäre dann eine Sprache, die das Geschehene zugänglich macht, ohne darstellend darüber zu sprechen, die also, in der Verweigerung des Sprechens über das Schreckliche, Formen des Sprechens findet, die das Schreckliche vergegenwärtigen, *indem* sie an dessen Nicht-Darstellbarkeit als seinem Wesenszug festhalten. Die aporetische Grundverfassung muß, weit darüber hinaus, bloßes Thema sein, die Struktur des Textes selbst, bis hinein in das sprachliche Verfahren, bestimmen. Die Verpflichtung zur Darstellung eines mit den herkömmlichen Mitteln nicht Darstellbaren erzwingt den Bruch mit den ästhetischen Konventionen und die Entwicklung neuer Methoden.

Jürgen Nieraad (Jerusalem)

Auszüge aus: Nieraad, Jürgen: „Die Spur der Gewalt. Zur Geschichte des Schrecklichen in der Literatur und ihrer Theorie", Lüneburg 1994.

Wir danken dem zu Klampen Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Anmerkung:
Die Kritik Nieraads an den ästhetischen Konventionen zielt auf die Linearität der traditionellen Erzählform und den Naturalismus als Darstellungsmodus, der seine Prinzipien mit dem „gesunden Menschenverstand" begründet. Eine neue und adäquate Methode sieht Nieraad u.a. bei dem österreichischen Autor Heinrad Bäcker, der das, was für Auschwitz steht, zu einer besonderen Dichtung machte: Er schrieb nicht über Auschwitz, sondern montierte Textzeugnisse bürokratischer Gründlichkeit, die Buchhaltung der Massenvernichtung sozusagen, sowie Dokumente der Opfer zu dem Buch „nachschrift". Dieses Verfahren, so Nieraad, eröffnet die Möglichkeit, das Unsägliche zu thematisieren. Eine andere Möglichkeit haben wir im letzten Heft – in Abgrenzung von „Schindlers Liste" – vorgestellt: „Maus" von Art Spiegelman.

Titos Geburtstag

Über richtige und falsche Einwände gegen LAIBACH

Laibach kann man heute ignorieren. Jedenfalls leichter als Mitte der 80er Jahre, als sie in Westberlin und Hamburg auf Industrial/Atonal-Festivals spielten und zusammen mit Roted Sausage und der Gerechtigkeitsliga als Erben von Throbbing Gristle auftraten. Auch leichter, als zu der Zeit, als sie ihre sechs Versionen von „Sympathy For The Devil" veröffentlichten oder „One Vision" von Queen coverten. Ihre neue Platte „NATO", die Ende Oktober erschien, liegt derzeit in keinem Trend und wird daher von der Pop-Presse nur am Rande erwähnt. Schon das vorletzte Album „KAPITAL" fand wenig Beachtung. Was also veranlaßt uns unbeugsame Anti-Nationalisten dazu, uns diskursiv (statt handgreiflich) mit Laibach zu beschäftigen? Wo doch in der Redaktion dieser Zeitschrift sogar Leute vertreten sind, die vor zehn Jahren Antifa-Flugblätter vor Laibach-Konzerten verteilten?

Unser Interesse gilt nicht so sehr Laibach, als vielmehr den FALSCHEN Einwänden, die gegen sie möglich sind. Und die können sich Linke heute weniger erlauben denn je. Über Laibach diskutieren wir heute vor einem ganz besonderen Hintergrund: Die Renaissance des Nationalen, das Wiederaufblühen von „ethnischen" Loyalitäten und der bis in die Subkulturen reichende Boom von konkurrierenden Identitätskonzepten (etwa nach dem „Spex"-Motto „Es hilft nur Identität, wo Identität herrscht"). Laibach kommt heute nicht mehr aus Jugoslawien, sondern aus dem nach „ethnischen" Kriterien abgespaltenen Slowenien. Laibachs Nazi-Kunst-Inszenierungen, die die Band als pädagogische Provokation verstanden wissen will, finden heute vor dem Hintergrund von Anschlägen deutscher Faschisten (im subkulturellen Jargon „Kids" genannt) statt. Damit teilt Laibach das „Problem" einer ganzen Reihe von Künstlern (darunter den in einigen subkulturellen Kreisen gefeierten Martin Kippenberger), die von sich behaupten, mit gnadenlosen anti-antifaschistischen, anti-schwulen und anti-feministischen Aktionen einen angeblich existierenden Konsens „strategisch" angreifen und so das Recht auf Dissidenz verteidigen zu wollen: Ihre „Anti-PC"-Aktionen wirken heute wie die direkte Anstiftung zum Pogrom. Wo Symbol und Wirklichkeit ununterscheidbar geworden sind und der Nazi als tabubrechender „Rebell" gilt, mißlingt die „avantgardistische" Selbstinszenierung als subversives Arschloch.

Mit dieser Feststellung könnten antinationale Linke nun ihre Analyse abschließen und zu Gegenaktionen aufrufen, wenn da nicht noch einige falsche Untertöne wären. Töne nämlich, die gelegentlich wie Aufrufe zu Recht & Ordnung klingen, die mit der problematischen Provokation gleich jede Provokation verdammen und die sich letztlich als bürgerliches Hohelied auf das Wahre, Gute und Schöne entpuppen. Und genau darum geht es uns: Wenn Linke die „Ästhetisierung des Bösen" pauschal angreifen (um den „bösen" Tabubruch ging es ja schon bei Roxy Music, Punk, etc.), werden sie zu konservativen Fürsprechern des herschenden Guten, des schönen Scheins und damit z.B. auch solcher dem Werbefernsehen verfallenen mitleidslosen Monster, wie sie Ellis in „American Psycho" (in welcher Absicht auch immer) beschrieben hat. Denn das sollte man wissen: Die, die Macht haben und deshalb die grausamsten Verbrechen begingen und begehen, haben die Darstellung des „Bösen" immer zensiert. Schon die Nazis warnten vor der „Verkrüppelung" des Herrenmenschen durch eine Kunst, die das „Häßliche", das „Böse" und das „Niedrige" in den Mittelpunkt stellte. Ihre Helden waren sauber & schön & edel. Der rechtsradikale Künstler Hans Jürgen Syberberg wettert gegen ein von Juden und Künstlern angeblich durchgesetztes Häßlichkeitsgebot, das die „Ratte zum Symbol des Interessanten" gemacht habe (vgl. dazu Wolfgang Schneiders Beitrag in „konkret" 10/90).

Und in der Geschichte der Linken existiert leider ebenfalls eine mehr als konservative Tradition der Idealsierung des „Schönen" und damit des Ausschlusses des „Unschönen." Generationen von Marxisten haben sich als „Erben" der bürgerlichen „Hochkultur" aufgespielt und mit Schiller & Goethe-Zitaten auch noch auf das draufgehauen, was vom kapitalistischen Rationalitäts-

und Fortschrittswahn in den seelischen und kulturellen Untergrund verdrängt wurde. Das Bollwerk des Guten ist nicht zufällig die Werbung, denn dort wird praktisch nie explizit „Unschönes" gezeigt, sondern vor allem ästhetisch glatte Oberflächen bei Dingen und Menschen. Oder, wie es der italienische Piratensender Radio Alice vor Jahren ausdrückte: „Deswegen ist alles, was nicht in die Ordnung paßt, obzön, laut Polizisten und Richtern. Wo man diese Scheiße schnüffelt, da riecht das Wesen. All das Ungesagte taucht empor. Spricht aus den „Gesängen des Maldoror" von Lautreamont, und aus den Kämpfen für die Verkürzung des Arbeitstages. Aus der Pariser Commune und aus der Poesie von Rimbaud. Das Begehren gibt sich eine Stimme. Und für SIE ist sie obzön." Und da gerade das Stichwort „Arbeitskampf" gefallen ist, muß noch ein wichtiges Mißverständnis der volksaufklärerischen, flugblattverteilenden Linken erwähnt werden: Die Show von Laibach kann nicht deshalb als affirmativ bezeichnet werden, weil sie sich dem Gestus der Aufklärung verweigern. Denn ihr Argument, daß die Leute sehr wohl wissen, daß sie sich unterordnen, ist für Linke nicht uninteressant, die immer noch so tun, als wären die (im Herzen guten) Massen bloß Verführte.

Was bleibt, ist das Problem der Möglichkeit eines Umschlagens der notwendigen Herausforderung des herschenden schönen Scheins (Wohlanständigkeit, liebenswürdiger Schein, Werbung, Schönheit der Macht, etc.) durch das antikonformistische „Böse" (nichtnormierte Erotik, Aggression, Anti-Helden, Nihilismus, Delinquenz, etc.) zu einer Ignoranz oder sogar Rechtfertigung gegenüber den globalen kapitalistischen Verbrechen. Wir wissen, daß es zu solchen Seitenwechseln kam, nicht nur bei den inzwischen vielzitierten italienischen Futuristen, deren antibürgerliche Anfänge ja recht eindrucksvoll sind.

Laibach, seit ihrer Mitwirkung an „Macbeth" im Hamburger Schauspielhaus (1990) auch „hochkulturell" engagiert, traten Anfang Oktober im Dresdener Festspielhaus auf einem Performance-Treffen zum derzeit boomenden Thema „Ästhetik & Gewalt" vor 1200 Zuschauern auf. Vorausgegangen war dem Konzert ein Vortrag des oben erwähnten Rechtsradikalen Hans Jürgen Syberberg, der über Kunst & Propaganda referierte und eine Vorführung von Leni Riefenstahls Reichsparteitagsfilm „Triumph des Willens", der ja ein klassisches Beispiel für eine Ästhetisierung des realen Schreckens zum „gesunden, reinen und natürlichen Schönen" ist (vgl. dazu Ingrid Strobl in „konkret" 5/94)

Hier bleibt von dem Anspruch, faschistische Phantasmen öffentlich zu machen, sie auf die Bühne zu bringen, um Distanz zum Phantasma zu schaffen, nichts übrig. Wo die faschistischen Phantasien nicht nur gesellschaftlich akzeptiert sind, sondern längst brutal realisiert werden, braucht man über die „Abwehr des Unbewußten" mit künstlerischen Strategien nicht mehr zu streiten. Eine Faschisten-Combo ist Laibach trotzdem nicht. Warum, das erklärt Katja Diefenbach, die Laibach schriftlich interviewte, im folgenden Beitrag.

Provokation als Gleitmittel

14 Jahre nach ihrer Gründung sich mit Laibach auseinandersetzen – Jahre, in denen sie zeitweise in Jugoslawien verboten waren und Jahre, in denen sie immer wieder bei den jugoslawischen Herrschenden und bei der westlichen Linken unter Faschismusverdacht standen, Jahre, in denen sie berühmt wurden und dann vielleicht langweilig, Jahre, in denen sie nur immer eine Linie verfolgt haben, nämlich die Liebe zur Macht in Musik zu fassen, die Liebe zur Herrschaft und die Lust zu freiwilliger Unterwerfung – birgt die Chance, auf ein ganzes Feld von Kontroversen zu stoßen. Auf eigenwillige Art und Weise überschneiden sich hier eine ganze Reihe von Fragen.

Laibach und NSK (KünstlerINNENkollektiv Neue Slowenische Kunst) benutzen das Schwarze Kreuz als Erkennungs- und Erinnerungszeichen für das Scheitern der russischen Avantgarde. Das Schwarze Kreuz dient ihnen als Logo für ihr retrogardistisches Programm. Retrogarde heißt, man kann nicht mehr weiter gehen als schon die historische Avantgarde in der revolutionären Vereinigung von Politik, Ästhetik und Technik gegangen ist. Also gilt es alle Wendepunkte aufzuzeigen, an denen die Avantgarde ihr Versprechen nicht eingelöst hat, zurückzurasen in der Geschichte und alle Erscheinungsformen aufzudecken, in denen sich Herrschaft und Ästhetik, Ideologie und Kunst die Hände gereicht haben.

Anfang dieses Jahres hat sich in Belgrad eine Gruppe von KünstlerInnen zusammengeschlossen, die das Retro-Prinzip von NSK zu ihrem Prinzip erklärt und das ganze Konzept von Laibach und NSK um 180 Grad nach rechts gewendet haben. Diese Gruppe nennt sich PolitArt und versammelt Leute, die ehemals der Subkultur-Szene Belgrads und jetzt eher der Yuppie- und Kulturschickeria angehören, versammelt Antisemiten, Mitglieder paramilitärischer Einheiten und Faschisten, die seit dem Zerfall Jugoslawiens und dem Beginn des Krieges offen an Einfluß gewinnen. In einem Telefongespräch erklärte mir Isidora Bjelica von PolitArt klipp und klar, was ihr Programm ist: Sie sind anti-kommunistisch und anti-demokratisch. Als künstlerische Extremisten sind sie für die Abschaffung der Politik. Ihr System soll ein von Religion, Nationalismus und Monarchie durchdrungenes System sein. Ganz im Tonfall der Neuen Rechten erklären sie Nationalismus zur Voraussetzung eines jeden Kosmopolitismus. Ihre Aktionen sind öffentliche Manifeste, mit denen sie für die Neue Rechte eintreten, Performances, in denen sie mit fortgeschrittenen Mitteln wie Techno und Multi-Media reaktionäre Positionen ästhetisieren. Sie verbreiten Nazi-



Kunst und Hakenkreuze, Bilder von Tito am Galgen, Leni-Riefenstahl-Filmstills und Cetnik-Kult.
Wo Laibach gegen Demokratie redet und damit die historische Wahrheit der Demokratie als kapitalistische Technokratie zur Sprache bringen will, ist PolitArt klassisch antidemokratisch. Sie sind schlichtweg gegen Volksherrschaft und für Autorität und Herrschaft. Wo Laibach mit der Begründung gegen Politik ist, daß sie die etablierte Form darstellt, in der den Menschen die Bestimmung ihrer Lebensverhältnisse abgenommen worden ist, fordert PolitArt die Zerstörung der Politik in reaktionärem Sinne. An ihre Stelle soll ein quasi natürliches Führerprinzip treten. Wenn Laibach/NSK Nazi-Kunst, neo-klassizistischen Kitsch, wagnerianisches Pathos, Dancefloor, sozialistischen Realismus zusammenmontierten, dann um zu zeigen, wie Ideologie und Kultur verbunden sind. Die von ihnen verwandten Hakenkreuze waren Kopien von Heartfields Hakenkreuz-Montage aus vier gekreuzten Beilen. Ihre Aktionen standen im Kontext einer subkulturellen Strategie im Slowenien der 80er Jahre. Es ging um eine kleine Strategie der semiologischen Kriegsführung, mit der das dogmatische jugoslawische System provoziert und herausgefordert und all sein ästhetischer Konservatismus und beschränkter Antifaschismus sichtbar gemacht werden sollte: 1987 zum Beispiel reichte die Design-Abteilung von NSK Novi Kollektivizem einen Plakatentwurf zum Tag der Jugend an Titos Geburtstag ein. Vorlage des Entwurfs war ein Bild von dem Nazi-Maler Richard Klein. Eine offizielle Jury wählte das Plakat als das beste Plakat für den Aufruf zu den Jugendfeiern aus. Die anhaltende Faszination der Gesellschaft für die hehre Ästhetik körperlicher Hygiene und klassizistischer Reinheit stand damit unerbittlicher zur Debatte, als es nach jeder anderen Form sozialer Kritik der Fall gewesen wäre.

Aber Laibach/NSK haben immer einen romantischen Nationalismus propagiert und eine harte Position des Partikularismus vertreten. Politisch und historisch analysieren sie Universalismus als eine Entwicklung, die nicht Volkssouveränität, Freiheit, Gleichheit und internationale Solidarität durchgesetzt hat, sondern den Internationalismus des Kapitals und die universale Unterwerfung unter bürgerliche Normen. Sie gehen davon aus, daß die Beschäftigung mit dem Partikularen, mit Nation und Region, die Hirne und Herzen der Menschen besetzt hält. Nationale Mythen und Traumata sind tief in die Körper eingelassen. NSK und Laibach durchqueren diese Phantasmen, durchwandern die Stationen jugoslawischer und slowenischer Geschichte. Mythische Geschichten tauchen wieder auf, die Erinnerung an den ungeheuren Einfluß der katholischen Kirche in Slowenien, die Erfahrung des Faschismus. Mit Totalitarismus kennzeichnet Laibach nicht bestimmte politische Systeme. Totalitarismus ist für sie eine in immer neuer Verkleidung auftretende Gestalt, die den Menschen und Gesellschaften alle drängenden Fragen vom Hals schafft, alle Sehnsüchte totschlägt und Sicherheit, Ordnung und Klarheit herstellt. Totalitär ist demnach jede Bewegung, die der Zufälligkeit und Ungesichertheit der eigenen Existenz, der Herausforderung der Freiheit, der Unordnung, die jeder Versuch sozialer Befreiung mit sich führen wird, ausweicht. „Gib mir ein Leitbild" ist der immer gleiche Schrei des Totalitarismus.
Was die psychologische Sicht auf den Menschen anbetrifft, ist die Vorstellung von Laibach und NSK eng an das Denken von Slavoj Zizek, einem slowenischen Psychoanalytiker und Lacan-Anhänger, angelehnt. Vereinfacht gesagt, geht es darum, daß der Mensch nicht dazu in der Lage ist, im Hier und Jetzt zu leben und Lust, an dem zu empfinden, was er/sie gerade macht. Das Genießen ist immer eine verschobene Lust, ist nie real, sondern phantasmatisch. Jedes Subjekt, jedes Kollektiv strukturiert um dieses ständig verschobene Genießen seine kleine Welt, seine partikulare Vorstellung von dem, wie die Dinge liegen. Dabei hat diese Vorstellung keinen eigenen Inhalt, sondern kreist um die Verdächtigung des Anderen. Das Subjekt denkt nicht „Ich will das!" sondern „Was wollen die anderen? Welcher besondere Genuß der Anderen wird mir vorenthalten?" Die Versagung der eigenen Lust führt dazu, daß der andere zur Bedrohung wird. Das eigene Genießen wird dann zu einem paranoischen Konstrukt, das sich von dem ständig vorgestellten Genießen der Anderen abgrenzen will. Der Nationalismus ist nun der bevorzugte Bereich für den Einbruch dieses Genießens ins soziale Feld. Ich bin mir nicht sicher, ob die Kritik nicht schon bei dieser Psychologie des Mangels beginnen muß, bei dieser These, daß man immer in Phantasmen gefangen sei, daß es unmöglich sei, real zu genießen. Aber das ist eine andere Diskussion. Was ich wirklich falsch finde, ist die Vorstellung von Laibach, man könne diese Bindung des Partikularismus an den Nationalismus in den Griff kriegen. Laibach läßt die Bindung von Partikularismus an nationale/regionale Kultur bestehen. Auch wenn sie noch

andeuten, wie sich der Nationalismus der Sehnsucht nach partikularer Identität einschreibt, denken sie, man könne diese Dynamik in den Griff bekommen. Hier ist der Punkt in ihrer Argumentation, an dem die Traversale in rechtes Denken möglich ist. Wer dem Partikularismus den Nationalismus nicht austreibt, kommt nie aus dieser paranoischen Raserei heraus, die in Gang gesetzt wird, wenn gerade aus der exzessiven Versagung der Lust das Genießen bezogen wird und wenn Lust verschoben wird auf nationalistische Ersatztugenden. Unter der Hand dealt Laibach mit einer essentialistischen Vorstellungen vom Wesen des Menschen, das nicht aus der historischen Falle des Nationalismus herauszuholen sei. An diesen Überlegungen sind NSK und auch der Psychoanalytiker Slavoj Zizek schwer in Bewegung geraten. Noch Anfang der 90er Jahre hat auch Zizek davon geredet, daß es möglich sein muß, einen gemäßigten Nationalismus zu vertreten und daß man dieses Feld nicht den Rechten überlassen darf. Heute ist er eindeutig antinationalistisch und hat eine Reihe von Texten geschrieben, die das katastrophale Zusammenspiel von Nationalismus, Kapitalismus und sozialer Unterdrückung deutlich machen. NSK propagiert im Moment die Errichtung eines Kunststaates, eines kollektiven geistigen Ortes ohne Nation, der die „Autorität für ethnische und heimische Wurzeln durchtrennt". Die Antworten von Laibach zeigen jedoch, daß sie noch einem Denken verhaftet sind, daß Partikularismus nicht aus der Geschichte des Nationalismus entlassen will – auch dann wenn sie mit ihrer Musik immer die Katastrophe nationalistischer Mythen beschworen haben und in ihrer Analyse nationalistische Aggression und ethnischen Narzißmus angreifen.

Die Kritik von Linken in der BRD an Laibach bezog sich weniger auf Laibachs Positionen zu Differenz und Nationalismus, sondern auf ihre antiaufklärerische Strategie. Es gibt in der Linken eine starke Tradition, den politischen Kampf an die Verbreitung der guten (revolutionären) Botschaft zu binden. Diese Strategie tut so, als ob die Verhältnisse so sind, weil die Menschen nicht wissen, daß sie selber unterdrückt sind und in einem System leben, daß die Unterdrückung anderer organisiert. Weiter noch ist in dieser Vorstellung vom guten Revolutionär auch ein linkes Modell der Identität verpuppt, das Widersprüche dadurch ausschalten will, daß es das Pathos des aufrechten Kämpfers, des Bruch-Machens usw. verbreitet. Laibach singt nicht „Give the fascist man a gunshot" sondern „Gib mir ein Leitbild". Ihre Musik setzt nicht auf politische Aufklärung, nicht auf die Erklärung der falschen Verhältnisse und schon gar nicht auf den Beweis der eigenen politischen Korrektheit. Ihre Strategie geht davon aus, daß zum Beispiel in Jugoslawien in den 80er Jahren alle gewußt haben, daß nationalistische Mythen unter der offiziellen Oberfläche antifaschistischen Pathos weiter Bestand haben, und daß Nationalismus und Rassismus nicht verschwunden sind. Anstatt zu singen, daß System ist rassistisch, bringen sie das rassistische Phantasma auf die Bühne. Ihre Inszenierung ist Übertreibung, Übercodierung von Heimatkitsch, neo-klassizistischem Körperkult, nationalistischen Mythen, dem Willen zur Macht und der Lust zur Unterwerfung. Rausspringen soll dabei, daß klar wird, wie Ideologie funktioniert. Der Anspruch von Laibach/NSK ist: nicht rational erklären, wie Unterdrückung funktioniert, sondern diesen Mechanismus psychisch nachvollziehbar machen und dadurch entmachten.

Das Problem einer exorzistischen, auf so etwas wie Katharsis setzenden ästhetischen Strategie beginnt damit, daß Faschisten sie sich aneignen können, was auch passiert ist. Nazi-Skins sind auf Laibach-Konzerte gekommen, sobald sie außerhalb von Jugoslawien aufgetreten sind, wo der subkulturelle Kontext ihrer musikalischen Arbeit nicht mehr parat war. Wenn die exorzistische Strategie die Erotik der Macht nachbuchstabieren will, läuft sie darüberhinaus Gefahr, sobald sie sich mit Faschismus auseinandersetzt, die undenkbare und unerträgliche Vernichtungskraft des Faschismus zu verdrängen und so zu tun, als sei Faschismus nicht mehr als Lichtdom plus Nürnberger Parteitag plus sexuellem Sadismus. Daß die Grenze zwischen Aufarbeitung und Huldigung hauchdünn ist, zeigt schon Dalis Traum vom ledernen Schulterriemen, der in Hitlers fleischigen Rücken einschneidet oder Syberbergs Filmarbeiten, in denen faschistische Ästhetik nicht dekonstruiert wird, sondern positiv wieder auftaucht. Im westlichen Kontext stand die Strategie des Exorzismus und der antiaufklärerischen Provokation von Anfang an vor der Frage, ob sie mit rechter Ideologie in Gleichklang geraten kann. Totalitarismus ist hier ein Kampfbegriff der Rechten, der die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus betreibt, ja weiter noch, die industrielle Vernichtung historisch Stalin zuschreiben will. Der Begriff der „asiatischen Tat" suggeriert, Hitler habe sich organisierte Vernichtung nur von der Sowjetunion abgeschaut.

Tabubruch und Provokation sind ein Versuch, mit sozialdemokratischem Reformismus und humanistischer Studienrats-Moral unkompatibel zu sein. Gleichzeitig ist aber auch klar, daß der Versuch, mit Provokation die wirkliche Wirklichkeit darzustellen, den Schein, die Illusion zu verbannen, nicht funktionieren kann, wenn Rassismus und Nationalismus nicht als Verdrängtes funktionieren, sondern offen zutage treten, wenn Nazi-Chic ästhetisch Furore macht, wenn Provokation als Gleitmittel, als Verjüngungs- und Attraktionsmittel in die spätkapitalistische Kultur eingespeist wird und wenn Provokation von Subversion zur ästhetischen Vermittlung der herrschenden Verhältnisse fortschreiten kann.

Katja Diefenbach

Taylorismus, Bruitismus, Nazi-Kunst & Disco

Ein schriftliches Interview mit Laibach

In den 80er Jahren habt Ihr das ideologische Pathos des damaligen Systems mit allen Zeichen politischer und religiöser Ideologie gekontert, mit allen Zeichen des Totalitarismus in diesem Jahrhundert. Im Moment erleben wir - nicht nur in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien - ein aggressives Hervorbrechen von Nationalismus. Glaubt Ihr, daß man in dieser Situation fortfahren kann, die Idee ein es romantischen ästhetischen Nationalismus zu propagieren? Was sagt Ihr zu dieser neuen Übereinstimmung zwischen Eurer ästethischen Strategie und der tatsächlichen Re-Nationalisierung?

Die vorherrschende Idee der letzten Jahrzehnte war, daß Nationalismus überflüssig geworden ist. Als aber Anfang der 90er Jahre die Weltordnung plötzlich zusammenkrachte, tauchte sehr schnell wieder eine starke nationalistische Erregung auf. Heute ist der vertraute Ton des Nationalismus zur überzeugendsten Sprache vieler Communities geworden, um sich in den Unsicherheiten einer destabilisierten Welt zurechtzufinden. Nationalismus scheint realistischer zu sein als Sozialismus, und darüber hinaus scheint er, unmittelbar mehr Lösungen anbieten zu können als kapitalistischer Liberalismus. Nationalismus ist stark, weil er psychologisch die Struktur der Familie nachbuchstabiert. Nationalismus steht für Autorität, weil er Führung gewährleistet, Wärme und Identifikation stiftet. Das ist die Situation, vor der wir stehen, und die post-imperialistische Welt ist ein wahrlich fruchtbarer Boden, auf dem der neue Nationalism s wuchert. Bis vor kurzem haben kurzsichtige Intellektuelle die Illusion verbreitet, daß internationale Kommunikation, multinationale Zusammenschlüsse, regionale und globale Regierungen und Gerichte (EU, Internationaler Gerichtshof, wiedererstarkte Vereinte Nation en usw.) lokale politische Streitigkeiten beenden könnten. Das, was in Somalia passiert, in Ruanda, in einigen europäischen Regionen und in der ehemaligen Sowjetunion, hat diese Illusion zerstört. Es gibt absolut keine Verbindung zwischen internationalen, ökonomischen Entwicklungen und lokalen, politischen Praktiken. Liberale Intermezzi waren in den letzen zwei Jahrhunderten vergleichsweise selten. Sie waren begrenzt auf einige wenige Nationen und Länder. Das kurze Zwischenspiel des Liberalismus – die europäische Rennaiss ance – ging zurück auf einen optimistischen Universalismus, der uns mit Liberalismus (als Kapitalismus) und Sozialismus zurückließ, mit zwei entgegensetzten Visionen der Befreiung der Menschheit. Manche Leute mögen den Tod des Sozialismus freudig begrüßt haben, gleichzeitig ist er aber ein warnendes Signal, daß auch der Liberalismus vergänglich ist. Diese Vergänglichkeit ist er unhintergehbare Beweis, daß liberale Zivilisation dem menschlichen Verhalten nicht immanent ist. Liberale Zivilisation kann nur aufrechterhalten w erden, wenn gegen das Wesen des Menschen angekämpft wird. Wenn das stimmt und wenn nationalistischer Partikularismus einer Wesensart des Menschen entsprechend hergestellt wird, dann müssen wir nicht nur lernen, das zu verstehen, sondern auch mit welchen Mitteln wi r nationalistische Dynamiken fördern oder kontrollieren können. Laibach und NSK (Neue Slowenische Kunst) haben Nationalismus in seiner ästhetischen Dimension analysiert. Wir haben nationale und re gionale Symbole nebeneinander geschaltet und dadurch ihre Allgemeinheit, ihre Universalität gezeigt. Nationen benutzen, wenn sie sich gegen andere abzugrenzen versuchen, meist alle eine ähnliche oder sogar genau dieselbe Rhetorik und Symbolsprache. Kurz gesagt, Nationen sind nicht besonders orginell, wenn es darum geht, ihr besonderes Wesen, ihre Raison d'etre zu beweisen. In der Tat benutzen sie die gleichen Argumente und Symbole (nimm zum Beispiel die Verwendung des Adlers bei den Deutschen, Amerikanern, Albanern, Österreichern, Polen usw.). Das ist das Paradoxon nationalistischer

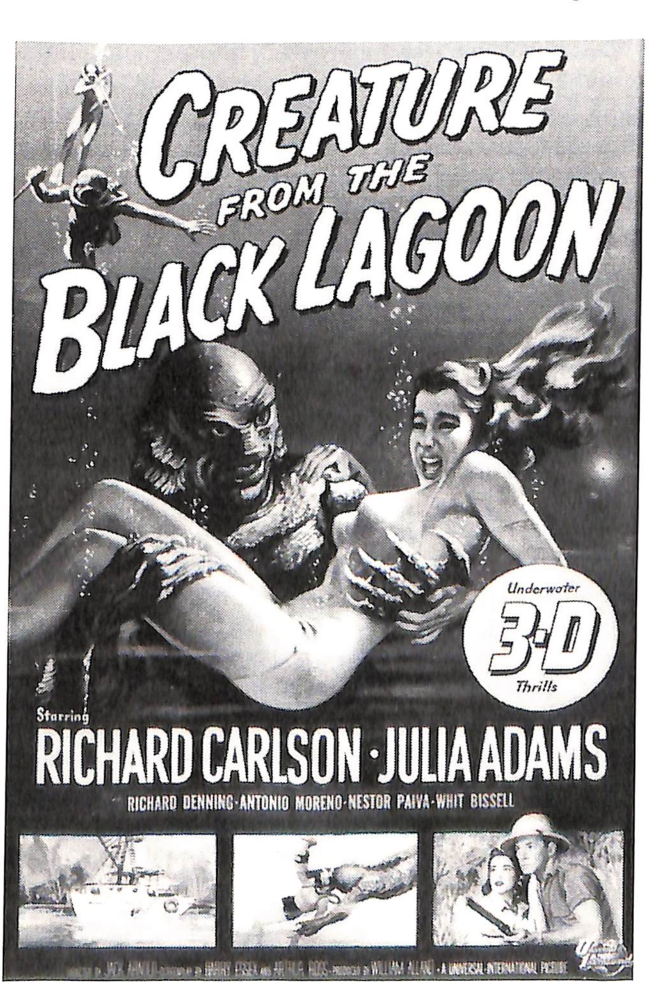
Konflikte. Sie sind nicht das Resultat von Unterschieden, weil die Differenzen viel zu klein sind. Nationalismus basiert auf dem Narzißmus des kleinen Unterschieds, der minimalen Differenz. Das ist seine verbreiteteste, seine europäischste und fatalste Form, auch in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien.

1992 habt Ihr in einem Interview gesagt, daß Ihr gegen eine Vereinigung Europas unter kapitalistischen Vorzeichen seid und daß Eure Strategie gegen diese falsche Vereinigung die Betonung nationaler Differenzen ist, die Betonung der unterschiedlichen Geschichte und der unterschiedlichen kulturellen Identitäten in Europa. Heute argumentieren aber Neo-Rassisten und Neo-Nationalisten, zum Beispiel die Neue Rechte in Frankreich um Alain de Benoist, mit genau diesem Begriff der kulturellen Differenz.

Klar ist, daß die traditionellen Vorstellungen, die die Linke von der Rechten unterschieden haben, im heutigen Europa vollständig aufgeweicht sind. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat unter der alten, im Moment total marginalisierten Linken zu einer Angst vor po litischem Ausschluß und politischer Exkommunizierung geführt. Im Laufe dieses Identitätsverlusts ist die Linke zum Anwalt von Eurozentrismus und weichem Liberalismus mit menschlichem Antlitz geworden. Die politische Landschaft ist nun von einer extremen Zunahme gemäßigter, politisch korrekter Parteien geprägt. Die ehemalige Rechte hat sich währenddessen entlang von zwei Momenten polarisiert. Am einen Ende des Spektrums haben wir die extreme Rechte, während die populistischeren Rechten genau den Raum besetzen, den die demor alisierte und gewendete Linke verlassen hat. Deshalb ist heute, vor allem nach den letzten Wahlen in Italien und in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion, die Konfusion total. Angesichts der Neuformierung politischer Parteien macht jeder traditionelle politische Kompass vollkommen unzuverlässige Angaben. Natürlich ist da ein Unterschied zwischen den Tendenzen französischer Rassisten und Nationalisten, die die heutige Kehrseite des blutigen und kompromißlosen Kolonialismus Frankreichs in Nordafrika darstellen, und den Nationalisten in den baltischen Staaten. Darum ist es notwendig, sich all diese Bewegungen getrennt anzuschauen und sie so genau wie möglich zu analysieren. Unsere Meinung zum Pro und Contra eines Vereinten Europas haben wir schon ziemlich oft klar gemacht, und sie ist bis heute die gleiche geblieben: Europa ist nicht Nordamerika. Europa ist getränkt mit dem Blut von Tausenden von Jahren der politischen und kulturellen Differenzen zwischen verschiedenen Regionen, alle mit ihren eigenen starken Traditionen. Europa wird sich nicht in einen gleichförmigen Schmelztiegel verwandeln, ohne Schmerzen, Enttäu-

Sozialistische Multikulti-Politik:

„Jugoslawien ist eine multinationale Gemeinschaft von mehreren Völkern und Nationaliäten – Serben, Kroaten, Slowenen, Makedoniern, Montenegrinern, Muselmanen, Albanern, Ungarn, Slowaken, Bulgaren, Rumänen, Ruhthenen u.a. Zugleich bildet Jugoslawien eine Gemeinschaft aus 6 Sozialistischen Republiken und 2 Autonomen Gebieten (innerhalb von Serbien). Die Souveränität der Republiken ist vollständig, und ihre gegenseitigen Beziehungen beruhen auf Gleichberechtigung und Verantwortlichkeit für die Bundesgemeinschaft, unabhängig von ihrer Größe oder Einwohnerzahl. Unser Ziel ist die Verwirklichung der Rechte und der Macht der Werktätigen sowie die volle nationale Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten, die in Jugoslawien leben. Die Außenpolitik Jugoslawiens beruht im Grunde auf den gleichen Prinzipien, nach denen die nationale Frage im eigenen Lande gelöst wurde" (aus einer Werbebroschüre der Wirtschaftskammer Jugoslawien, 1979).



schungen und Konflikte hervorzurufen. Eine Vereinigung wird neue politische und militärische Vorherrschaft schaffen. Die Diktatur der Mehrheit und die Unterdrückung der Diffenrenzen, das ist die Wahrheit eines vereinten Europas. Alle, die von der neuen Vorherrschaft ausgeschlossen bleiben, werden Druck und ökonomischer Erpressung ausgesetzt sein. Westeuropa formt seine Einheit auf der Ebene ökonomischer und nicht ideeller Forderungen. Westeuropa handelt aus Angst, nicht aus Mut. Die Vereinigung ist nicht das Resultat eines 'good will'-Aktes bestimmter europäischer Regierungen und Nationen, sondern erzwungen aus der Einschätzung, daß die Macht des einzelnen Staates erodiert, unterlaufen wird von multinationalen Unternehmen und weltweiten ökonomischen Entwicklungen. Das Kapital funktioniert nicht mehr in den Grenzen eines einzelnen europäischen Staates. Aber wenn die formale Vereinigung der hochentwickelten europäischen Staaten ohne die volle Beteiligung der ökonomisch ärmeren östlichen und südlichen Regionen Europas stattfindet, wird sie zu einer neuen radikalen Trennung des Kontinents führen, zu neuem Mißtrauen zwis chen den Regionen. In der Union selbst wird die Angst vor politischen Konflikten zu einer Zunahme neuer Gesetze führen, zu Techno- und Politokratie. Zunehmende Überwachung mit immer ausgefeilteren Kontrolltechniken wird das Ergebnis der Abschaffung der Metaphysik sein. In einer solchen Zukunft wird es nicht länger möglich sein, über regionale, kulturelle usw. Differenzen zu reden, sondern nur noch über ein Zentrum und dessen Satelliten.

In Eurem Manifest „Die zehn Artikel des Vertrags" habt Ihr geschrieben, das Material Eurer Manipulation sei Taylorismus, Bruitismus, Nazi-Kunst und Disco. Könntet Ihr erklären, warum Ihr dieses Material benutzt?

Laibach analysiert die Beziehung zwischen Ideologie und Kultur in ihrer fortgeschrittensten Phase, dargestellt durch Kunst. Zu diesem Zweck verwenden wir alle historischen Erscheinungsformen, die in den folgenden vier symb olischen Definitionen vereint oder kombiniert sind: 1. Taylorismus ist der rationell organisierte Arbeitsprozeß in der kapitalistischen Fabrik, mit dem die Produktivität von Arbeitskraft und Maschinen maximiert wird (Arbeitsteilung, intensive Spezialisierung, Zeit- und Bewegungsstudien, Stückwerk-Fertigung). Ungeachtet der kosmetischen Verbesserungen der letzten Jahrzehnte ist Taylorismus bis heute die Grundlage der kapitalistischen Produktion und weiter noch das zentrale Regulationsprinzip der westlichen Gesellschaft. Taylorismus ist ihre Psychologie. 2. Bruitismus ist eine künstlerisch/philosophische Bewegung, die die Welt in ihrer elementarsten, ungeschminktesten und brutalsten Form zeigt. 3. Nazi-Kunst ist der Titel für die Kunst des Dritten Reichs, und als solche definiert sie am deutlichsten die grundlegende Beziehung zwischen Kunst und Ideologie. 4. Disco ist gleichzeitig der präziseste psychologische Ausdruck der gegenwärtigen Kultur und das Surrogat der drei anderen Begriffe (Taylorismus, Bruitismus, Nazi-Kunst).

Wie kommentiert ihr die kulturelle Praxis von PolitArt in Belgrad? Was sagt Ihr dazu, daß sie eines Eurer Manifeste aus den 80er Jahren kopiert haben? Ist ihre Arbeit in irgendeiner Art und Weise mit Eurer vergleichbar? Was war Eure Antwort, als PolitArt Euch bat, eine Hymne für eine paramilitärische Einheit zu komponieren, deren Anführer Dragoslav Bokan ist Mitglied von PolitArt?

Wir müssen gestehen, daß uns eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich selbst als künstlerische Extremisten bezeichnen, nicht im geringsten interessiert. Allein ihr Name läßt eine anachronistische Attitüde erkennen, die höchstwahrscheinlich in die Rumpelkammer für quasi-futur istische Plagiatoren gehört, die sich eng an den Gestus der italienischen und russischen Avantgarde aus dem ersten Drittel dieses Jahrhunderts anlehnen. Wenn dem so ist, wird vielleicht ein Beerdigungsmarsch passender für sie sein als eine Hymne.

Was denkt Ihr darüber, daß konservative Intellektuelle seit je dazu tendieren Realsozialismus und Faschismus unter dem Label Totalitarismus gleichzusetzen?

Totalitarismus ist seiner eigenen Definition nach allumfassend. Intellektuelle, die die angesprochene Gleichsetzung nur als sublime Übereinkunft verstehen, sind in ihr selbst gefangen, ohne sie je wirklich zu verstehen, ohne je das Wesentliche einfangen zu können.

Der postkommunistische Osten wird nun von kapitalistischer, westlicher Ideologie durchdrungen. Was ist Eure Antwort auf MTV-Kultur, auf den Bedeutungsverlust von Worten und Zeichen im weltweiten medialen Austausch bishin zum Sieg des kapitalistischen Realismus und der wiederholten Integration von Subkultur in den kommerziellenn Mainstream?

Es war nie unsere Intention, gegen den Mainstream zu schwimmen. Wir haben ihn immer durchdrungen, uns wieder aus ihm herausgezogen und dann wieder in ihn entleert. Und zum Osten? Hat er nicht bekommen, was er die ganze Zeit wollte? Und will nicht auch die Subkultur immer Teil des kommerziellen Mainstreams werden?

Fußnoten:

Über die Rolle der Fußnoten in Wissenschaft und Literatur ist noch nicht viel geschrieben worden. Fest steht jedoch, daß sie ein Reservat sind, in dem sich die Subjektivität ungestraft austoben darf. Hochdisziplinierte Autoren, die sich sonst streng an ihren roten Faden und andere Reglements halten, verschaffen sich in Fußnoten etwas Luft und geben uns dort Einblick in ihre wahren Schreibmotive. In Fußnoten werden die Emotionen und Ressentiments untergebracht. Sie sind oft ein System geheimer Verweise und informieren uns so über Vorlieben und Abneigungen, die angeblich nicht zur Sache gehören. In Fußnoten verraten uns die Autoren auch, welchen Bezug ihr Text zum aktuellen Geschehen haben soll. Eine kleine Umfrage unter Leserinnen und Lesern ergab, daß beim ersten Durchblättern dieser Zeitschrift zunächst die Fußnoten gelesen werden. Deshalb ab diesem Heft: Noch mehr Fußnoten – zu Artikeln, die erst noch geschrieben werden müssen.

(1) Wenn der ***Cybernaut****, aus seiner Maschine tretend, die Frage stellt, welche Differenz eigentlich zwischen der fiktiven Welt des Datenhelms und der sogenanten realen Welt besteht, dann hat das Reale für ihn durch die Verfremdung des Fiktiven seine Selbstverständlichkeit verloren. Wenn* ***Antifaschisten*** *in Zeitungsartikeln von einer durch einen Sturz schwer verletzten Frau aus Potsdam hören, die sich einen Skinheadüberfall frei erfunden hat, weil sie nicht weiß, wie sie sonst ihre Krankenhausrechnung bezahlen soll, dann haben sie keinen Grund, an der Realität einer rassistischen Wirklichkeit zu zweifeln und sich auf die Seite des Radikalen Konstruktivismus zu schlagen. Sie wissen nämlich, daß (a) die „Bilder", die sich Skinheads und andere von ihren Feinden machen, wahr gemacht werden, daß (b) die Medien den realen Rassismus herunter spielen und zu einem „Kids"-Ding machen und daß (c) die Phantasie dieser Frau von der Wirklichkeit nicht weiter entfernt ist, als die Praxis von Medien, die über faschistische Überfälle nur unter dem Gesichtspunkt berichten, ob Deutschland dabei Schaden zugefügt wurde oder nicht. Skinheads, die deutsche Großmütter und Mütter bedrohen, belegen ja die These, daß es sich bei diesen „Kids" um bewußte Rassisten nicht handeln kann. Die Frau aus Potsdam brauchte keine besondere Phantasie, als sie sich die anderen Fahrgäste als Mittäter vorstellte, die bei Fascho-Angriffen „wegsehen". Der 25jährige Mann aus Ghana, der ein paar Tage zuvor stundenlang schwerverletzt neben den Gleisen der Berliner S-Bahn lag, kann das bezeugen. Und sie ahnte, daß ihre Geschichte – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Polizeischikanen gegen Dunkelhäutige und andere – besser klang, wenn sie das Opfer, dem sie angeblich zur Seite stand, als ältere deutsche Frau und nicht als jungen Afrikaner beschrieb. Insofern ist ihre Geschichte zu 95% wahr und das anschließende Presse-Dementi zu 100% unwahr.*

(2) Der Unterschied zwischen Fiktion und Wirklichkeit ist für jene die Macht haben irrelevant, weil sie ihre Fiktionen einfach zu Tatsachen machen können. Ob irgendein Junta-Chef in Haiti oder anderswo ein Verbrecher oder ein ehrenwerter Politiker ist, das hängt von seinen Taten zu allerletzt ab. Die Interessen einer Weltmacht haben sich von solchen Kriterien völlig emanzipiert. Auf einer Tagung westlicher Asienreporter hat kürzlich ein polnischer Journalist die Urteile zusammengefaßt, die derzeit über den neuen nordkoreanischen Regierungschef Kim Jong-Il in Westmedien zirkulieren: krebskrank, schlaganfallgeschädigt, schizophren, Epileptiker, Alkoholiker, Diabetiker, Frauenheld, Filmnarr, Technokrat, hardliner, softliner, Kriegshetzer, Friedensstifter. Wenn der Westen einen Krieg gegen Nordkorea führen will, dann wird es automatisch einen treffen, der es verdient hat.

(3) Die verbündete kulturelle Opposition agitierte Christoph Kind, Redakteur der „Beute" im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Künstlergruppe „Die FrischmacherInnen" am 12.5.94 in Köln mit einem „Ökonomie-Referat", in dem er u.a. ausgiebig von Silvio Gesell handelt: „Mit einer gewissen Berechtigung spielen sich die heute zentralen Diskussionen um Nationalismus, Rassismus und Sexismus ohne eine gleichzeitige Diskussion des Kapitalismus ab. Die Utopie einer radikal anderen Vergesellschaftungsform muß dafür jedoch nicht aufgegeben werden, sondern wird im Gegenteil immer den Unterschied zur Rechten ausmachen. Anknüpfungspunkt einer linken Vision lassen sich benennen. Einer der ersten und originellsten Kritiker der monetären Ordnung, der bereits erkannte, daß der GeldZINS die Profiterwirtschaftung diktiert und nicht umgekehrt, ist Silvio Gesell (1862–1930). Seine Theorien des Freilands und des Freigelds sahen eine radikale sozialistische Bodenreform und eine Veränderung des Geldwesens über die Einrichtung künstlicher Geldhaltungskosten vor." George L. Mosse kommt in seinem Standardwerk „Die völkische Revolution" zu einem ganz anderen Urteil über den Schweizer Großkaufmann Gesell. Er zählt dessen Lehren zu den „germanisch-völkischen Utopien". Der US-amerikanische Historiker Moishe Postone sieht den modernen Antisemitismus nicht zuetzt in Vorstellungen begründet, die die kapitalistischen Verhältnisse so analysieren, daß die gesellschaftliche Dimension der Ware entfällt und insbesondere das Geld als Ort des Wertes und der ZINS als Quelle der Ausbeutung dargestellt wird. Kind, der freimütig aufzählt, wo Gesell heute überall en vogue ist, vergißt Karl Schmitts antisemitisches Werk „Silvio Gesell – Marx der Anarchisten?" (Berlin 1989) zu erwähnen. Eine gute Kritik an dieser völkischen Zinstheorie findet sich u.a. in dem Beitrag „Silvio Gesell & Knochengeld" der Zeitschrift „ÖkoLinX" 13/94.

(4) Zur sozialistischen oder anarchistischen Fachliteratur wird bis heute neben Gesells Zinstheorie immer wieder auch Georges Sorels Schrift „Über die Gewalt" gezählt. Sorel, der sich als begeisterter Anhänger Lenins ausgab und Moskau als „Rom des Proletariats" feierte, sah im Generalstreik einen massenmobilisierenden Mythos verborgen, den er für einen autoritären Sozialismus nutzbar machen wollte (s.a. unseren Fanon-Artikel). Benito Mussolini behauptete: „Was ich bin, verdanke ich Georges Sorel". Unter dem Titel „Masse und Mythos" brachte der „Schwarze Faden" 48/94 eine lesenswerte Sorel-Kritik.

(5) Postmoderne und Poststrukturalisten bekommen Angst vor der eigenen Courage. Nachdem sie jahrelang eine Politik der Differenz predigten, machen sie sich nun ganz konformistische Gedanken darüber, ob die „Nation" eine solche Politik auch aushalten wird. In dem von Joseph Vogl herausgegebenen Sammelband „Gemeinschaften. Positionen zu einer Philosophie des Politischen" (Frankfurt 1994) wird nach einem politischen Konzept gesucht, das einerseits den Identitätszwang aufhebt und andererseits die nationale Gemeinsamkeit nicht bedroht. Das Mystische der Gemeinschaft, die Vorstellung einer Substanz und der Wahn einer Verschmelzung der Individuen zu einem höheren Einen müsse zwar gebrochen werden, aber auf die Idee der Gemeinschaft könne man nicht verzichten. Gesucht wird ein Individuum, das in seinem „In-der-Schwebe-Sein" keinen Gegensatz zu den Interessen der Nation darstellt. Auch die „taz", die das Buch Anfang Oktober rezensierte, macht sich Sorgen, ob „in dieser Balance singulärer Wesen die Fliehkräfte nicht schließlich überwiegen." Es ist die alte Warnung der bürgerlichen Individualismus-Apologeten vor der Übertreibung. Lyotards Phrase „Krieg dem Ganzen, aktivieren wir die Differenzen" erweist sich als schäbiger Modernisierungs-Vorschlag. Beteiligt an dem Band sind u.a. Deleuze, Vattimo, Zizek und Lyotard. In die gleiche Richtung argumentiert auch Rainer Forst „Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus" (Frankfurt 1994). Auch er warnt vor universalistischem und partikularistischem Extremismus und hofft, daß Teil und Ganzes doch noch zur Deckung kommen: „Der Universalismus ist die schützende Hülle, unter der die Unterschiede gedeihen." Allerdings!

(6) „Zwischen den Polen von individueller Freiheit und gemeinschaftstiftenden Werten" bewegte sich auch der von der Frauenanstiftung e.V. organisierte Kongreß „Demokratie & Differenz. Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft." (Mitte Oktober/Berlin). Dort fragte sich auch frau, wie das „Recht auf Besonderheit" und auf „Selbstfindung" mit „Gemeinschaft" und dem „Aushandeln unterschiedlicher Interessen" in der „Zivilgesellschaft" zusammenpassen könnte. Eine der Referentinnen, die nun auch die Nachzüglerinnen mit der „question of identity", mit „multicultural alliances" und mit „African American Studies" vertraut machen sollte, war Nancy Frazer (Illinois), die derzeit als die sozialreformistische Antwort auf Judith Butler gehandelt wird.

(7) Mitte August lud die Schweizerische Bankengesellschaft in Zürich zu einer HipHop-Party mit Ice Cube und Sense Unik. Im Oktober lud die Hamburger Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. zu eine HipHop-Party mit den gängigen BRD-Acts. In Berlin spendierte der Senat einen HipHop-Studio-Bus, in dem „Kids" aus „Problemvierteln" Demo-Tapes einspielen sollen, damit sie „von der Straße" kommen. HipHop wird zum sozialtechnologischen Allzweckreiniger. Den Eindruck gewinnt man auch bei dem neuen Sampler „HipHop-Aktivisten gegen Gewalt" (Juiceful Records). Das mehrsprachige Stück „Halt! Keine Gewalt" ist – für BRD-Rap eher untypisch – sogar ziemlich gut. Doch die Leute, die da nach eigenen Angaben „schon lange in der deutschen HipHop Community" aktiv sind, rappen ernsthaft gegen „den Terror von Rechts, Gangs oder sonstiges". Sie merken nicht, daß sie kaum anders reden als der Innenminister, der den Terror von Rechts immer wieder an („ausländischer") Bandenkriminalität und Antifa-Aktionen relativiert. Nicht viel besser ist die Ankündigung, auf dieser Platte kämen „5 Nationen" zu Wort. Diese Praxis einer „multikulturellen" Differenzmarkierung, die jedes Individuum an „seine Nation" ankettet, ist in der HipHop-Szenen Standard geworden (was auch Label-, Magazin- und Gruppennamen wie Nation Records, Credit To The Nation, Trance Nation, Minimal Nation, Tribes..., Grüße an die NOI, Lobgesänge auf Ethno-Culture und multikulturelle Groove-Cocktails belegen). Da kann es kaum noch wundern, daß auch diese CD vom Berliner Senat gesponsort wurde. Man gibt sich verantwortungsbewußt: „Internation ist ein Zusammenschluß Berliner HipHop-Aktivisten und möchte durch das Organisieren von Partys eine Menge Kids von der Straße holen". Dazu paßt, daß die US-Sportschuhfirma Knights Sneakers die HipHop-Szene zu einem Wettbewerb aufgerufen hat: Gesucht ist die beste HipHip-Version der amerikanischen Nationalhymne.

Eingegangene Geschenke:

„Wir kennen das Gewicht des bedruckten Papiers" (Majakowskij)

Verlage, Gruppen und Personen schicken uns gelegentlich Bücher, Zeitschriften, Platten/CDs, Veranstaltungsankündigungen, Kommentare und manchmal auch unerwartete Überraschungen. Die meisten dieser Materialen enthalten wichtige Anregungen für die Redaktion. Da wir nicht in der Lage sind, auf alle relevanten Zusendungen zu antworten oder die Zeitschriften oder Bücher zu rezensieren, werden wir die Eingänge in Zukunft an dieser Stelle nach und nach erwähnen und manchmal auch knapp kommentieren.

***(1) Coletti/Volpe/Dellwo: „Für eine neue revolutionäre Praxis. Tripple Oppression & bewaffneter Kampf"** (c/o Kopierladen M99, Manteufelstr. 96, 10997 Berlin. 200 Seiten/A4, 10 DM). Texte verschiedener, teilweise gegensätzlicher politischer Richtungen, die sich mit antiimperialistischer, feministischer und kommunistischer (hier ist Marx noch kein toter Hund!) Politik im allgmeinen und mit der Politik der RAF im speziellen befassen. Sorgfältige Edition und umfassender Überblick. **(2) Initiative Sozialistisches Forum „Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich"** (Ca Ira-Verlag, Pf. 273, 79002 Freiburg. In 17°C eschien der Text, der dieses Buch einleitet). **(3) „Corazón – Scheiß-Autoreferentialität" (CD, Kultur Arbeiter Verlag München, 089-770182. 15 DM inkl. Versand).** Daß das Cover ausschaut wie das eines Suhrkamp-Taschenbuchs ist pure Ironie gegen die bürgerliche Feier des „genialen Autors/Künstlers". Mit 808-Bass Drum-Version von Ton Steine Scherben's „Macht kaputt..." (1971) und weiteren Coverversionen von Team 4 (DDR 1967. Songwriter König war u.a. FDJ-Vorsitzender), Malaria (1982) und Flowerpornoes (1993). Produziert von alten Bekannten, nämlich Pyrolator aka Kurt Dahlke von Der Plan. Linksradikaler Dancefloor. **(4) Projektgruppe „Rechtsextremismus im Siegerland 1988-1994"** (c/o AStA Uni Siegen, 57068 Siegen. 180 S., 15 DM). Vorbildlich recherchiertes und übersichtlich gestaltetes Buch über die regionalen Aktivitäten der „Anti-Antifa" und sämtlicher Fascho-Gruppen. **(5) Heaven Sent 13/1994:** Ein Blatt, das von den üblichen Instrumenten medialer Machtentfaltung und Gruppenbildung keinen Gebrauch machte, mußte aufgeben. Die Artikel in HS waren keine Grußadressen an Bündnispartner, sondern das Magazin war ein Sammelpunkt für untaktische Leute, die sich keiner Posse zuordnen wollen. Menschen, die unter einem „Standpunkt" ein wechselndes politisches Kalkül verstehen, machten HS den Vorwurf der Standpunktlosigkeit. Doch bei entsprechenden Artikelangeboten hätte HS wohl auch über Kuba, Südafrika, Kapitalismus in Estland und Antifa-Probleme berichtet. So aber hat man über Flusser, Zizek, Bronfen, Majorie Garber und Judith Butler und all die anderen wichtigen Dinge geschrieben, die Linksradikale erst Jahre später in der verfälschenden „Spiegel"-Fassung mitkriegen. **(6) ANYP 6/1994:** Etwas ähnlich wie HS ist vielleicht diese jährlich nur einmal (in Berlin) erscheinende Zeitung des Minimal Club zu beurteilen. Über ihren Kunstbegriff wäre zu diskutieren. Der Artikel über „Ost-Identität" ist eine schlimme Entgleisung. Die Kritik an der RAF-Veranstaltung des Wohlfahrtsausschusses deckt sich exakt mit unserer. Ansonsten: Donna Haraway, Norbert Bolz-Kritik und AIDS-Test-Kritik. **(7) Oliver Demny „Die Wut des Panthers. Die Geschichte der Black Panther Party":** Ein Buch, das über die NOI zu berichten weiß, daß „sozialistische Vorstellungen dort nicht vorhanden sind" ist nicht besonders empfehlenswert. Schwache Datenbasis und keine aktuelle Auseinandersetzungen. (Unrast-Verlag Münster). **(8) Beute 3/94:** Das Kursbuch der 90er Jahre mit der Ästhetik der 80er Jahre (Heft 1) bzw. der Ästhetik der seriösen Beflissenheit (Heft 3)? Mit vielen guten Artikeln von guten Autoren, die wir auch drucken würden und etlichen (z.B. Bad Kleinen, Die elektronische Störung, NOI), die einen abgrenzenden Kommentar und anschließende Debatte erfordert hätten. Das Problem an der Beute ist, daß sich in diesem Blatt irgendwie alle Artikel wie Zielgruppen-Marketing ausnehmen und selbst Abbildungen von Stadtguerillero-Büchern ganz eigenartig in den „Sog des Schönen" geraten. **(9) Die Allwissende Billardkugel „Versus CNN" (What's So Funny About/ Indigo):** Indie-Rock über das plötzliche Gefühl, in einer Schußlinie zu stehen oder Ferien in Somalia zu machen. **(10) Autorenkollektiv „Like A Rolling Stone. Zur Krise der revolutionären Linken.** Eine Aufarbeitung zu Steinmetz" (Basis, 0681-399990. 35 S./2 DM). **(11) Various Artists „Zugeschaut & Mitgemacht. Blaupausen für die Nation."** Eine Textsammlung zu den Themen Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton (G.Oy, Marbachweg 320, 60320 FFM. 62 S./3 DM). **(12) Kampagne „Kill The Nation" gegen das Essener Gipfeltreffen der Europäischen Union, 9.-11. Dez., Demonstration am 10.12.** Kontakt über Initiativ-Zentrum, Weberstr.79, 45879 Gelsenkirchen. #*

Zeitschrift für den Rest

***(1) Kritische Kommentare** zu einzelnen Artikeln aus 17°C finden sich in: * Der Zeitschrift „Spezial": Beginn einer Diskussion über „Kapitalismus und Lebenswelt" (Heft 98/1994. Zu beziehen über Andere Seiten GmbH, Slicherstr.2, 30163 Hannover). * Heaven Sent: eine Kritik von Barbara Kirchner an Hajo Sengs „Is this real?", mit der einige in der Redaktion einverstanden sind, andere nicht. Eine Replik kommt wahrscheinlich in Heft 10. (Nr.13/94. Zu beziehen über Graben Verlag, Domstr. 81, 63067 Offenbach). * Arranca: eine Kritik an unserer Selbstdefinition als Teil des „Rests" findet hier im Rahmen eines Sektierertum-bashings in dem Artikel „Changing Times" statt, der auch noch andere Fragen anschneidet – Subkultur, revolutionäres Subjekt, etc. (Heft 4/94. Bezug über c/o LAZ, Crellestr.22, 10827 Berlin). * Urban Sound Clash '94-Magazin: Eine indirekte Auseinandersetzung mit unseren kritischen Bemerkungen zum Sound Clash im Vorwort des letzten Heftes (über Groove City noch erhältlich). * Junge Welt: Beprechung des letzten Heftes (in Nr. 168. Bezug: 030-68834-301). * Hardcore-Magazin ZAP: Kurzbesprechung von Nr.8 (in Heft 97/94. Bezug: 06841-120489). **(2) „Practice What You Preach" (Barry White):** 17°C ist KEINE Zeitschrift für „Kultur & Politik" und auch keine für die „politische & kulturelle Opposition". Wir reklamieren weder ein „Kulturerbe" für uns, noch ergreifen wir Partei für Underground- und Avantgardekonzepte oder Mainstream-Subkulturen. Uns geht es statt dessen um eine möglichst umfassende Kapitalismus- und Nationalismus-Kritik und somit um die Kritik an einem „System", zu dem Lohnarbeit, Staat, bürgerliche Wissenschaft, Literatur, Medien und Pop-Kultur gleichermaßen gehören. Die „Kultur", die in dem gesellschaftlichen Verhältnis „Kapitalismus" als autonome Sphäre erscheint, ist diesem alles andere als äußerlich. Weil sich einige Linke, deren Plattensammlung bei Pink Floyd endet und die seit Panzerkreuzer Potemkin keinen guten Film mehr gesehen haben, derzeit verstärkt auf „Kultur" stürzen (man hofft u.a. auf Beachtung in den Medien), werden auch andere, die damit nichts zu tun haben, in diese Schublade gesteckt. Aber sowohl jene, die uns für „Kulturbeiträge" loben, als auch jene, die „mehr Politik" erwarten, liegen falsch: Auch wo wir über Pop oder Literatur sprechen, geht es uns um die Kritik an Wert, Ware, Kapitalverhältnis, Klassengegensatz, Patriarchat, kapitalistischer Individualität, Ethnisierung der Weltarbeitskraft, etc. Versuche, „Kultur" propagandistisch vor den Karren linker Strategien einzuspannen, zeigen hingegen, daß die kapitalistische Produziertheit der geistigen und künstlerischen Produktion nicht begriffen ist. **(3) Unter und über dem Ladentisch:** Die Existenz vieler kleiner linker Zeitschriften ist, das hat die Entwicklung der linken Presse im abgelaufenen Jahr gezeigt, nicht nur dem gegenwärtigen theoretischen und praktischen Stand angemessen, sondern auch vorteilhaft für AutorInnen, die keine Lust haben, ihre Beiträge an fragwürdigen „Prinzipien" ambitionierter Redaktionen messen zu lassen, die auf einen guten Eindruck bei der „Öffentlichkeit" achten wollen. Hinter 17°C steht kein zur Etablierung drängendes Polit-Projekt, keine subkulturelle Seilschaft und kein Geschäftsinteresse, sondern ein ANTINATIONALER Zusammenhang von Leuten mit unterschiedlicher politischer Biographie und entprechend unterschiedlichen Zugangsweisen zu den anstehenden Fragen. Wir machen diese Zeitschrift auch nicht, weil uns eine „historische Situation" („Niedergang und Verfall der Linken stoppen", „Rechtsentwicklung aufhalten" etc.) dazu den Auftrag erteilt hat, sondern weil wir sie machen wollen. Wir schreiben nicht im Namen „wichtiger" Diskurse, sondern in unserem eigenen. Wir drängen nicht by any means nescesarry „auf den Ladentisch" und wollen nicht anderen linken Projekten einen Platz „unterm Ladentisch" zuweisen. Vor allem geht es uns nicht darum ein alternatives Zerstreuungsbedürfnis zu bedienen und Widerstandsmomente in Konsumartikel zu verwandeln. Mit Benjamin sind wir gegen die „Verwandlung des politischen Kampfes aus einem Zwang zur Entscheidung in einen Gegenstand kontemplativen Behagens". Anders gesagt: Wir wollen nicht unterhalten, sondern uns und andere agitieren: zum Selbstdenken, Selbsthandeln und auch zum Selbstschreiben – z.B. in 17°C. **(4) Druckfehler-Berichtigung zu Heft 8/94:** Die meisten Druckfehler (etwa den in der Subheadline des Artikels „Comic & Holocaust") übergehen wir stillschweigend. Zwei gravierende müssen aber erwähnt werden: In dem Beitrag „Der Schein der Zirkulation" muß es auf Seite 40 oben heißen: „Soweit sie die Klassen für Subjektformen eines vorsintflutlichen Kapitalismus hält, identifizieren sie mal mehr, mal weniger grob die Begriffe Klasse und STAND". Zwei Geto Boys (Scarface und Willie D) haben uns im Oktober mit beeindruckenden Solo-Alben („The Diary" und „Play Witcha Mama") auch an einen verlorenen Satzteil im Artikel „Sympathy for the devil" erinnert. Auf Seite 76 unten rechts muß es vollständig heißen: „Je mehr Erfolg sie haben, desto fester sind sie angesichts eines... Publikums, das glaubwürdig „Authentizität" verlangt, an diesen beschissenen 5.Bezirk gekettet..." **(5) Überlegungen zur Abschlußdiskussion der Dresdener Veranstaltung „Links ist da, wo keine Heimat ist", 3. Block „Kritik des linken Identitäts- und Massenbegriffs"** (Grimm, Weber, Wertmüller): „Sich vom bürgerlichen Nationalismus inbesondere der Herrschenden abzugrenzen, fällt den Linken nicht so schwer. Gleichwohl wird in der Tradition linker Nationentheorie die „nationale Identität" als etwas quasi Natürliches betrachtet, das an sich nichts schlechtes sei, allerdings „mißbraucht" werde. Viele nicht-nationalistische Linke konstruieren daher Ersatz-Heimaten: Ethnie, Region, unser Kiez, Geschlecht – aber auch Arbeiterklasse. An diesen „Identitäten" und den daraus folgenden „Betroffenheiten" setzt linke Massenpolitik an. Dies korreliert mit einem Begriff von Massenpolitik, die vorgibt, die Leute „dort abzuholen, wo sie stehen". Sie muß im linken Populismus enden, weil die notwendige radikale Kapitalismuskritik sich nicht aus Betroffenheit ableitet, sondern aus Kenntnis der Funktionsweise des kapitalistischen Systems." Wenn sich die in Dresden teilnehmenden Gruppen und Personen auf diese Sätze verständigen könnten, käme das einer kleinen Sensation gleich: „Politikfähigkeit" ist eines der Lieblingsstichworte auch bei antinationalen Linken und Subkulturellen. Auch das System cleverer linker Bündnis-Politik ist immer auch instrumentalisierende Betroffenheitspolitik, die an den „Interessen" von (als homogen aufgefaßten) Kiez-Szenen, Frauenbewegung, Immigrantengruppen oder deutschen Proletarieren „ansetzen" will. Selbst die linke Beschäftigung mit US-Feminismus, Öko-Themen oder Pop ist bei Bündnislinken immer vom Instrumentalisierungswunsch gezeichnet. Eigentlich glaubt man ihnen nicht, daß sie sich für diese „Themen" wirklich interessieren. Gegenüber dem Identitäts-Anspruch ihrer „Bündnispartner" („Man braucht Identität, wo Identität herrscht") verhalten sich solche Linke grundsätzlich opportunistisch. Aber alle Szenen und „Communities", die aus Angst vor Ambivalenzen auf eine eindeutige oder „situative" Identität wert legen, tendieren zu essentialisierenden Festschreibungen ihres „Anders-Seins" und damit zu Konformitätszwang. Im Namen politischer Handlungsfähigkeit wollen sie auf das Identitätsprinzip nicht verzichten. Auch nicht nach den im Namen von „Identität" und „Betroffenheit" durchgeführten Brandanschlägen auf essentialisierte „Fremde" in Deutschland, nicht nach dem im Namen „ethnischer Identität" geführten Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien, nicht nachdem in Griechenland jüdische Bürger ihre Volkszugehörikeit im Ausweis angeben müssen, nicht nach der Verfolgung von „Zigeunern" in Rumänien und in der Slowakei, etc. Wir wollen Antinationalisten sein und den Mythos der Nation destruieren. Aber während wir das tun, unterlaufen neue Identitätskonzepte, die nach ganz ähnlichen Prinzipien gestrickt sind wie der Nationalismus, unsere Argumentation. Und als „Multikulturalismus", der nach wie vor die „alternative" Leitideologie ist, schließt das Identitätsprinzip an deutsche Politik an. #*

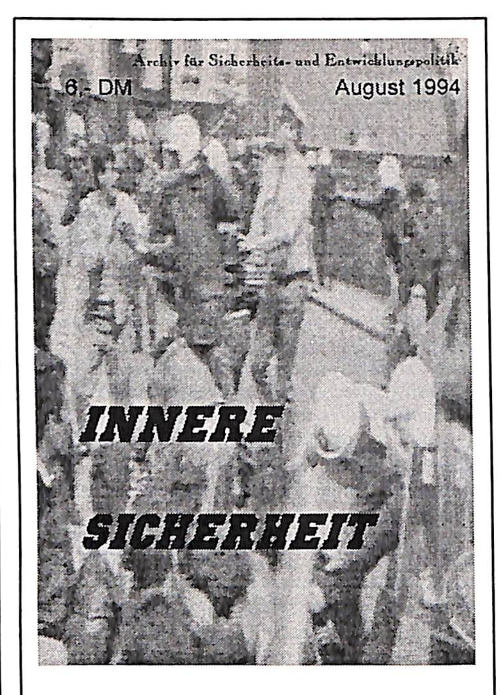
DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung auf schwarz-braune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 18,- DM (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324, 30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND



Mit Beiträgen zu folgenden Themen:

- Bundeswehreinsatz im Inneren
  Detlev Beutner
- Politische Polizei
  Jürgen Korell
- BND
  Erich Schmidt-Eenboom
- Organisierte Kriminalität
  Norbert Pütter
- Grundrechtsabbau
  Wolf-Dieter Narr
- Festung Europa
  Katina Schubert u. Monika van Ooyen
- Polizeiliche Kriminalstatistik
  Caren Blume

...

Für 7,-DM (Scheck/Rechnung; keine Briefmarken!) zu bestellen bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, 48348 Everswinkel, Tel/Fax: 02582/9321

Wo andere Däumchen drehen, schlagen wir zu!

Faust berichtet aus den Katakomben des Elfenbeinturms und erklimmt die eisigen Gipfel der theoretischen Debatten.
Faust schreibt über Quotierung, Burschenschaften und politische Gefangene, über die Vereinnahmung der Forschung durch die Industrie, linke Debatten und andere Ungeheuerlichkeiten.
Faust erscheint vierteljährlich im Gretchenverlag.

Kontakte und Probeexemplar:
FAUST
Marchstraße 6
10587 Berlin
030/4614330



ANTIFASCHISTISCHER KALENDER



Informationen, Service, Adressen und natürlich interessante Diskussionsbeiträge für mehr als 365 Tage

1995

Jetzt in linken Buch- und Infoläden
oder bei: UNRAST, Postfach 8020 48043 Münster
256 Seiten, 11.50 DM, Hosentaschenformat

UNRAST

Rechtsextremismus im Siegerland

Eine Bestandsaufnahme seit 1988

Ein Toter und achtzehn Verletzte bei fast dreißig faschistisch-motivierten Angriffen auf Einzelpersonen.
Unzählige Morddrohungen, rassistische und antisemitische Schmierereien, Pöbeleien, Belästigungen, Flugblätter und Aufkleber nationalsozialistischen Inhaltes.

Inhalt:
Bestandsaufnahme aus der Region
Chronologie rechtsextremistischer Übergriffe
Siegener Skinheadprozeßserie etc.

Erscheint Ende August 94

Bestellungen an:
Antifa-AG GH Siegen
c/o ASTA
Adolf Reichwein-Str. 2
57068 Siegen

Zahlungsweise:
Überweisungsbeleg
Sparkasse Siegen
BLZ 460 500 01
KTO 41 53 65 33
Verrechnungsscheck
oder Barzahlung

15,- DM + Porto (1,50 DM)
WiederverkäuferInnenrabatt



Z E I T U N G
ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

Schwerpunkte
Nr. 6 — Gleiche Rechte für alle
Nr. 7 — Rassismus und Medien
Nr. 8 — Abschiebung und Ausweisung
Nr. 9 — Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr. 10 — Rassismus und Bildung
Nr. 11 — Innere Sicherheit
Nr. 12 — Rassismus und soziale Frage
Nr. 13 (4/94) — Polizei und Justiz

aus dem Inhalt von Nr. 12
- Abschiebeknäste: Widerstand in Kassel und Berlin
- Bleiberechtskampagne: Legalisieren statt Kriminalisieren

Abo: 4 Ausgaben/Jahr 20 DM Förderabo: 4 Ausgaben/Jahr 30 DM Einzelheft 5 DM + Porto
Bestellungen an: ZAG / Antirassistische Initiative e.V. Yorckstr. 59 10965 Berlin fon/fax 030-786 99 84

Inhalt:

